

MITTEILUNGEN

des

Mindener Geschichtsvereins

82/83 2010/2011

Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, Jahrgang 82/83, 2010/2011
(Vorabdruck im „Mindener Tageblatt“ unter dem Titel „Heimatblätter“)

Heimatkundliches Organ für den Kreis Minden-Lübbecke

Herausgegeben vom Redaktionskreis der Mindener Mitteilungen

Bezug durch die Geschäftsstelle des Mindener Geschichtsvereins
(Kommunalarchiv Minden)

Tonhallenstraße 7, 32423 Minden

Druck: J.C.C. Bruns, Minden

ISSN 0340-188X

INHALT

BEITRÄGE

Vorwort in eigener Sache	6
Wirtschaftlicher Niedergang einer ausgebeuteten Provinz Brandenburg-Preußen und das Fürstentum Minden im Merkantilismus 1648 bis um 1750: ein Forschungsaufritt von Philipp Koch	7
„Der Erfolg wird aber selbst die kühnsten Hoffnungen Übertreffen ...“ Vorgeschichte und Gründung der Rhein-Weser-Eisenbahn-Aktiengesellschaft und ihr Niedergang in der Wirtschaftskrise 1836/37 von Philipp Koch	45
Die Glashütte Gernheim zwischen Konkurs und Schließung Rudolf und Wilhelm Schrader an der Spitze des Unternehmens (1848–1886) von Marco Stenzel	79
Franz Boas und die Burschenschaft Alemannia zu Bonn von Michael Hacker	103
Peter Florens Weddigen (1758–1809) als Pfarrer zu Kleinenbremen von Frank Stückemann	123



BERICHTE

Archivpädagogische Praxis: Die Kulturstrolche im Kommunalarchiv Minden von Sandra Eubel	157
---	-----

SCHÜLERFACHARBEITEN

Einführung	163
Lesen lernen handschriftlicher Quellen am Beispiel von St. Simeonis in der Schlacht bei Minden 1759 Facharbeit am Ratsgymnasium Minden im Leistungskurs Geschichte, betreut von Werner Schütte von Theresia Lakomek	165



REZENSIONEN

Hexerei in Minden: Zur sozialen Logik von Hexenverdäch- tigungen und Hexenprozessen (1584–1684) Münster 2009, Barbara Groß von Uschi Bender Wittmann	179
Friedrich Wilhelm IV und Bad Oeynhausen Eine Spurensuche zum 150. Todestag des preußischen Königs. Ge- schichte im unteren Werretal, Rico Quaschny von Carsten Reuß	186



MITTEILUNGEN

Jahresbericht des Mindener Geschichtsvereins 2010 von Peter Kock	191
Jahresbericht des Mindener Geschichtsvereins 2011 von Peter Kock	195

MITARBEITER DIESES BANDES

Philipp Koch
Mindener Museum
Ritterstraße 23
32423 Minden

*

Marco Stenzel
Mirecourtstraße 17
53225 Bonn

*

Michael Hacker
Osloer Straße 157
53117 Bonn

*

Dr. Frank Stückemann
Kirchstraße 2
59494 Soest

*

Dr. Christian Preuße
Geminweg 4
32429 Minden

*

Dr. Sandra Eubel
Unterm Berg 6
32429 Minden

*

Theresia Lakomek
Weingarten 52
32423 Minden

In eigener Sache

Der Mindener Geschichtsverein veröffentlicht seit seiner Gründung im Jahre 1922 Studien zur regionalen Geschichte. Die „Mindener Mitteilungen“ (seit 1965) und zuvor die „Mindener Heimatblätter“ (1923-1964) als regelmäßige Publikationen haben in dieser Zeit einen Platz in der Landesgeschichtsschreibung Westfalens gefunden. Die redaktionelle Betreuung mit den dazu gehörigen umfangreichen Aufgaben erfolgte über Jahrzehnte in der Geschäftsstelle des Vereins, dem Kommunalarchiv Minden. Diese Betreuung konnte in den vergangenen Jahren nicht mehr im gewohnten Maße aufrecht erhalten werden. Die jährliche Veröffentlichung der Mindener Mitteilungen war damit nicht mehr gewährleistet.

Aus diesem Grund hat sich ein Kreis von Mitgliedern des Vereins zusammengefunden, der nunmehr im Auftrag des Vorstands die Redaktion der Veröffentlichungen übernommen hat. Diese Aufgabe erforderte zunächst einige Einarbeitung, sodass nach dem Erscheinen der Jahressbände 2008 und 2009 in 2012 nun ein Doppeljahresband für 2010 und 2011 vorliegt. Der Redaktionskreis strebt an, die jährliche Erscheinungsweise zukünftig wieder aufzunehmen. Die Geschäftsstelle des Geschichtsvereins bleibt jedoch Ansprechpartner für Interessierte sowie Autorinnen und Autoren.

Mit der neuen organisatorischen Betreuung sind auch konzeptionelle Neuerungen verbunden. Die ersten Ideen konnten bereits umgesetzt werden: So sollen Rezensionen wieder einen Platz in den Mitteilungen finden. Darüber hinaus sollen Hinweise auf regionalgeschichtliche Projekte und Berichte veröffentlicht werden. In dieser Ausgabe finden Sie die Vorstellung der archivpädagogischen Arbeit im Rahmen des Projektes „Kulturstrolche“. Es sollen vermehrt auch jüngere Geschichtsinteressierte angesprochen werden. Deshalb können Schülerinnen und Schüler im Kreis Minden-Lübbecke zukünftig ihre besonders herausragenden lokal- und regionalgeschichtlich angelegten Facharbeiten veröffentlichen.

Somit wird aus dem Kreis der Mitglieder die Tradition regionaler Geschichtsschreibung gepflegt und weiter entwickelt. Der Redaktionskreis hofft, Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, mit diesem Band erneut eine interessante und anregende Lektüre vorlegen zu können. Sollten Sie Wünsche, Anregungen oder Kritik haben sowie Hinweise auf mögliche Beiträge, kontaktieren Sie uns sehr gerne entweder über die Geschäftsstelle des Vereins oder sprechen Sie uns direkt an.

Der Redaktionskreis

Uschi Bender-Wittmann, Petra Brinkmann, Dr. Sandra Eubel, Dr. Ulrike Faber-Hermann, Katrin Holthaus, Philipp Koch M.A., Peter Kock, Jürgen Langenkämper, Hans-Helmut Preuße, Carsten Reuß M.A., Werner Schütte, Dr. Marion Tüting

PHILIPP KOCH

Wirtschaftlicher Niedergang einer ausgebeuteten Provinz?

Brandenburg-Preußen und das Fürstentum Minden
im Merkantilismus 1648 bis um 1750: ein Forschungsaufritt

Forschungsstand und Quellenlage

Die Geschichtsschreibung hat die wirtschaftliche Integration neuer Landesteile in den brandenburg-preußischen Gesamtstaat vor allem am Beispiel Schlesiens lebhaft und kontrovers diskutiert.¹ Auch für andere Provinzen liegen Studien vor, die hauptsächlich für das 18. Jahrhundert die Vor- und Nachteile des Übergangs an Brandenburg-Preußen auf die wirtschaftliche Entwicklung untersuchen.² Für das Fürstentum Minden sind wir für das 17. und den Beginn des 18. Jahrhunderts nach wie vor auf die Habilitation Karl Spannagels aus dem Jahr 1894 angewiesen, die bis heute den aktuellen Forschungsstand bestimmt.³ Seine Arbeit hat das Bild vom wirtschaftlichen Niedergang Mindens unter den Hohenzollern im „Zeitalter des Merkantilismus“⁴ maßgeblich geprägt: „Während der Regierung des Großen Kurfürsten fehlte es an einer thatkräftigen Initiative, um den immer unhaltbarer werdenden Zuständen ein Ende zu machen. Statt die Wunden zu heilen, die der dreißigjährige Krieg dem Lande geschlagen, sah sich der Herrscher vielmehr genötigt, sie durch neue Geldforderungen stets offen zu halten. Das Fürstentum erlag unter dem ungeheuren Steuerdruck, der ihm zugemutet wurde. Es bezahlte seinen Beitrag zu dem Aufbau des preußischen Staates mit seinem wirtschaftlichen Niedergang, von dem in erster Linie seine Hauptstadt betroffen wurde.“⁵ Diese These ist von der nachfolgenden Literatur bis in die Gegenwart,⁶ mit Ausnahme von Heinz Potthoff und Hildegard Ditt,⁷ nicht in Frage gestellt worden, obwohl sie schon zu ihrer Entstehungszeit im Widerspruch zur herrschenden Lehre einer positiv bewerteten Wirtschaftspolitik der Hohenzollern stand.⁸ Da Spannagel ein pro-preußischer, borussischer Historiker war, hat die regional- und lokalgeschichtliche Forschung keinen Anlass gesehen, seine kritische Beurteilung der merkantilistischen Politik des Großen Kurfürsten und dessen Nachfolger in Zweifel zu ziehen.⁹ Dabei hätte ein Blick in das Werk Spannagels genügt, die eingeschränkte Perspektive der vorgelegten „Verwaltungs-, Rechts-, Finanz- und Wirtschaftsgeschichte“¹⁰ über Minden und Ravensberg zwischen 1648 und 1719 zu erkennen. Nur die letzten beiden Kapitel befassen sich überhaupt intensiver mit wirtschaftlichen Themen, wobei die lokalen Folgen der Steuer-, Domänen-, Handels- und Gewerbepolitik für die öffentlichen Finanzen Brandenburg-Preußens im Mittelpunkt stehen. Dem wissenschaftlichen und politischen Verständnis seiner Zeit

folgend sah Spannagel fast ausschließlich im Staat die zentrale Einflussgröße der wirtschaftlichen Entwicklung Mindens und erwähnte andere Faktoren wie die „Herrschaft der Natur“ (Dipper) nur beiläufig.¹¹ Die Mindener Kaufleute hätten sich nicht dazu entschließen können, zum Handel mit Garn und Leinen überzugehen, wie in Ravensberg, sondern hätten sich auf das Brauwesen und den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten konzentriert. Dies beweise, so Spannagel, wie wenig Verständnis und wie wenig Tatkraft in ihren Kreisen vorhanden gewesen sei und entlaste die Mindener Regierung, die sich in dieser Beziehung viel einsichtsvoller gezeigt habe. Die Kaufleute dagegen führten die städtische Akzise mit ihren hohen Sätzen auf Garn und Leinwand und die lästigen Kontrollen an den Stadttoren als Hauptursache an, warum sich Minden nicht zu einem Stapelplatz für Garn- und Leinenhandel entwickeln können. Regierung und Kaufleute, schließt Spannagel seinen Abschnitt über Minden, hätten Zeit und Kräfte in gegenseitigen Vorwürfen vergeudet und sich gegenseitig neutralisiert, sodass positive wirtschaftliche Impulse anders als in Ravensberg letztlich ausblieben.¹²

Die geschilderten Konflikte zwischen der Mindener Regierung und den Kaufleuten spiegeln allerdings die verschiedenen Wurzeln und Traditionen der Wirtschaftstheorie ihrer Zeit wider: den Handlungswissenschaften der Kaufleute einerseits und dem Kameralismus der brandenburgischen Beamten andererseits. In dem hier betrachteten Zeitraum gab es noch kein einheitliches Verständnis unseres heutigen Begriffes „Wirtschaft“. Erst im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts setzte sich ein Gesamtbegriff im modernen Sinn durch, der Produktion und Tausch umfasste.¹³ Mit seiner Bewertung übernahm Spannagel wirtschaftspolitisch die Argumente der Mindener Regierung, ohne die Begründungen der Mindener Kaufleute näher zu betrachten und die tatsächlichen Marktverhältnisse überhaupt zu prüfen. Das langfristige Wachstum des Ravensberger Leinengewerbes wurde für ihn der einzige Bewertungsmaßstab wirtschaftlichen Erfolges. Dies hatte zur Konsequenz, die ökonomische Entwicklung Mindens einzig und allein als krisenhaften Niedergang zu bewerten. Die wirtschaftliche Entwicklung und der langfristige Wachstumspfad der beiden Territorien Minden und Ravensberg unterscheiden sich allerdings erheblich, was die Forschung bisher kaum zur Kenntnis genommen hat. Die gemeinsame Verwaltungstradition führt dazu, vielfach die Entwicklung Ravensbergs als Vorbild und Maßstab anzusehen, hinter der Minden als rückständiger Nachzügler erscheinen musste.¹⁴ Ziel dieses Aufsatzes ist es daher, die bisherigen lückenhaften und widersprüchlichen Ergebnisse und Bewertungen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Untersuchungsraum anhand allgemeiner wirtschaftsgeschichtlicher Erkenntnisse und ausgewählter Quellen kritisch zu reflektieren. Dabei können nicht alle Facetten merkantilistischer Politik in der Zeit zwischen Westfälischem Frieden und Franzosenzeit tieferschürfend für das Fürstentum Minden untersucht und die vorhandenen Lücken geschlossen werden. Desiderate einer historischen Forschung bleiben sowohl eine zusammenfassende Darstellung der frühneuzeitlichen Wirtschaftsgeschich-

te des Fürstentums Minden vom 16. bis ins 18. Jahrhundert, als auch systematische und Quellen gesättigte Detailstudien zu Bevölkerung, Landwirtschaft, Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Handwerk und Gewerbe – besonders zur Mindener Bierbrauerei und Brennerei, Verlag und Manufaktur, Handel und Messen – einschließlich der öffentlichen und privaten Finanzen, Transport und Verkehr sowie der sonstigen Dienstleistungen.¹⁵ Schließlich hängt eine Beurteilung der These vom wirtschaftlichen Niedergang Mindens unter der Herrschaft des Großen Kurfürsten entscheidend von der Interpretation der Ausgangslage um 1650 ab: In welchem Zustand übernahm Friedrich Wilhelm das säkularisierte Fürstentum? Eine Antwort auf diese vermeintlich einfache Frage ist angesichts des defizitären Forschungsstandes kaum möglich, weil sie das Ergebnis einer Studie zur wirtschaftlichen Situation um 1600 und den Folgen des Dreißigjährigen Krieges wäre, die ebenfalls noch nicht geschrieben ist.¹⁶ Es mangelt außerdem an einer grundlegenden Studie zur Territorial- und Verwaltungsgeschichte des Fürstentums. Diese verlief zwar nach Reininghaus relativ geradlinig; Erkenntnisfortschritte zu ihr sind seit Spannagel aber kaum erzielt worden.¹⁷ Insgesamt sind wir bei vielen Themen und Fragestellungen einem „sumpfigen Boden historischer Unwissenheit“¹⁸ ausgesetzt, der häufig als solcher auf den ersten Blick nicht zu erkennen ist. Eine vermeintlich sichere und feste Oberfläche entpuppt sich beim Betreten sehr schnell als Morast, in dem der wissenschaftliche Untergang droht. Am Beispiel der langfristigen Entwicklung von Bevölkerung und Landwirtschaft bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts sollen darum zentrale Einflussfaktoren auf die Lokalpolitik der brandenburgisch-preussischen Herrscher sowie die ökonomischen Konjunkturen dieser Zeit identifiziert und Fragestellungen für künftige Detailstudien abgeleitet werden. Welche Gründe und Ursachen können die negativen Wirkungen der merkantilistischen Maßnahmen des Großen Kurfürsten und seiner Nachfolger für die wirtschaftliche Entwicklung der Region erklären? Und welche externen Faktoren lassen sich als wirkungsmächtige Einflussgrößen konjunktureller Entwicklungen identifizieren?

Die Quellenlage zur Beantwortung dieser Fragen ist insgesamt günstig, weil nicht nur ungedrucktes Material unerforscht in den staatlichen, kommunalen und privaten Archiven liegt,¹⁹ sondern zur Geschichte der Hohenzollern zahlreiche Quellenpublikationen existieren, die bislang ebenfalls nicht systematisch von der lokal- und regionalgeschichtlichen Literatur ausgewertet worden sind. Hierzu zählen die Acta Borussica zur Behördenorganisation,²⁰ zur Getreidehandelspolitik²¹ sowie zur Handels-, Zoll- und Akzisepolitik²², die „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg“²³ oder die „Protokolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rathes aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm“.²⁴ Die gedruckten Quellen und das teilweise verstreute Archivmaterial systematisch für verschiedene Fragestellungen vergleichend auszuwerten, dürfte ein lohnendes, allerdings manchmal aufwendiges Unterfangen sein, aber unser bisheriges Bild vom Niedergang des Fürstentums Minden unter dem Großen Kurfürsten relativieren.

Bevölkerung

In der Frühen Neuzeit beherrschte die Landwirtschaft alle übrigen Wirtschaftszweige hinsichtlich ihrer Beschäftigung und Wertschöpfung. Ihre Ertragskraft wurde vom Umfang und der Bodenqualität der Nutzfläche sowie von der Zahl der beschäftigten Menschen beeinflusst.²⁵ Die Zahl der Beschäftigten hing wiederum vor allem von der Größe und Struktur der Bevölkerung ab, wobei die merkantilistische Wirtschaftspolitik versuchte, die Bevölkerung zu vergrößern, um das Arbeitskräftepotential zu steigern.²⁶

Für das 17. und frühe 18. Jahrhundert liegen für Minden nur wenige Angaben zur Bevölkerung und demografischen Entwicklung vor.²⁷ Zwar ist die Bevölkerungsgeschichte Ravensbergs deutlich besser untersucht, aber dieser Zeitraum weist ebenfalls große Lücken und widersprüchliche Erkenntnisse auf.²⁸ Dies hängt mit den Erhebungsgrundlagen zusammen, weil die meisten seriellen Quellen mit Ausnahme der Kirchenbücher im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bevölkerung entstanden sind. Diese erfassen einerseits den Adel, die Geistlichkeit und die Beamten nicht, die alle steuerbefreit waren. Andererseits fehlt aus anderen Gründen oft die Militärbevölkerung, zu der neben den Soldaten auch deren Angehörige zählten. Außerdem sind religiöse und soziale Minderheiten wie Juden oder Insassen von Hospitälern und Anstalten selten berücksichtigt worden. Die Quellen der vorstatistischen Zeit erlauben daher nur relative Aussagen zur Bevölkerungsgeschichte.²⁹

Hans Nordsiek gibt für die Zeit um 1630 ohne Beleg eine Zahl von 50.000 Einwohnern an und vermutet für die Mitte des 17. Jahrhunderts einen niedrigeren Wert.³⁰ Für das Jahr 1650 liegen für das Fürstentum Minden Visitationsprotokolle des ersten brandenburgischen Superintendenten Schmidt vor, der mit Ausnahme der sechs städtischen Kirchengemeinden Lübbeckes und Mindens alle 34 ländlichen Kirchengemeinden inspizierte.³¹ Für 26 Gemeinden ist jeweils die Zahl der Feuerstätten, Häuser oder Eingepfarrten angegeben. Daten fehlen nur für die Städte Hausberge und Petershagen sowie für Alswede, Blasheim, Dielingen, Levern, Rahden und Wehden, die sich aber durch die Angaben Nordsieks teilweise ergänzen lassen.³² Im Amt Reineberg gab es 1650 insgesamt 1.615 Häuser oder Feuerstellen, von denen 95 oder knapp 6 % unbesetzt waren. Mit hohen Unsicherheiten lässt sich aus allen verfügbaren Angaben für das Fürstentum auf rund 5.000 ländliche Häuser und Feuerstätten schließen, was etwa 25.000 bis 29.000 Menschen entspricht. Zu diesen ist die städtische Bevölkerung aus Lübbecke und Minden mit knapp 3.500 Menschen hinzuzurechnen, sowie die aus sonstigen Gründen nicht erfasste Bevölkerung wie die adlige Ritterschaft, Beamte oder der Klerus. Problematisch bleiben Zahl und Anteil der wüsten, nicht besetzten Stellen und Höfe, sodass die Angaben angesichts der schlechten Forschungslage nur einen ersten Näherungswert darstellen können. Um 1650 dürften zwischen 30.000 bis 34.000 Menschen das Fürstentum Minden bewohnt haben.³³

Die hohen Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges in der

Mark Brandenburg erklären das früh aufkommende statistische Interesse des Staates an Informationen zu Stand und Entwicklung der Bevölkerung. Kurfürst Friedrich Wilhelm befahl im Jahre 1683 dem geistlichen Ministerium, künftig auf Basis der lokalen Kirchbucheintragungen Listen der Geborenen und Gestorbenen zusammenzustellen und einmal jährlich einzureichen.³⁴ Für Minden-Ravensberg liegt eine gedruckte Liste der Trauungen, Geburten und Sterbefälle für den Zeitraum von 1688 bis 1759 vor.³⁵ Ergänzt wird diese serielle Übersicht durch die älteste bis jetzt nachweisbare Liste der „Getauften, Vertrauten und Verstorbenen“ aus dem Jahr 1688, die für das Fürstentum Minden 388 Eheschließungen, 1.996 Geborene und 986 Gestorbene belegt.³⁶ Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass sich über diese Quellen hinaus weiteres Material in den staatlichen Archiven erhalten hat. Johann Peter Süßmilch fand bereits um 1750 keine vollständigen Bevölkerungslisten mehr für das 17. Jahrhundert vor, obwohl er unbeschränkten Zugang zu den Akten hatte.³⁷ Obwohl Zweifel hinsichtlich der Vollständigkeit und Verlässlichkeit der Daten angebracht sind, geben sie mangels anderer Quellen wichtige Hinweise zur demografischen Entwicklung des Fürstentums Minden. Unsicher ist, inwieweit die Angaben tatsächlich alle Kirchspiele erfassen und ob nicht Daten fehlen. Übertragungs- oder Rechenfehler durch den Verwaltungsgang lassen sich ebenfalls nicht ausschließen. Außerdem gab es im Fürstentum Minden mehrere territorial übergreifende Kirchspiele oder Dörfer, denen entweder Angehörige benachbarter Herrschaften angehörten, oder deren Bewohner kirchlich zu einem exterritorialen Kirchspiel zählten.³⁸ Der Vergleich zwischen den Angaben Süßmilchs und Behres für das Jahr 1688 zeigt die tönernen Quellengrundlage, weil Behre 86 Getaufte mehr nachweist.³⁹

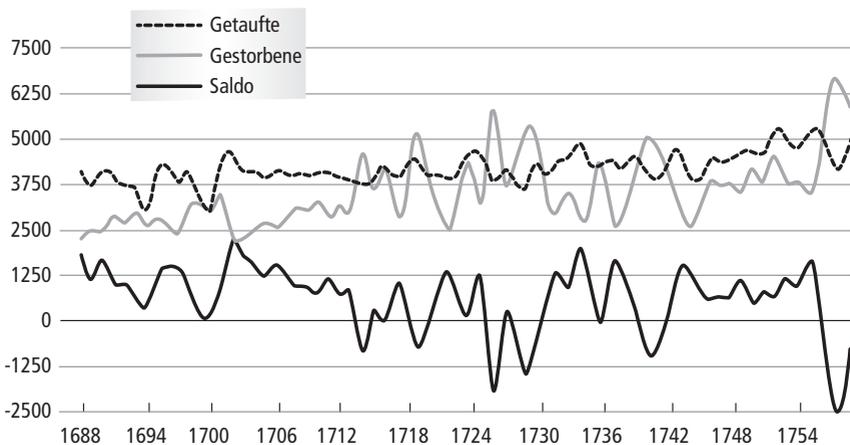


Abbildung 1: Getaufte und Gestorbene im Fürstentum Minden und in der Grafschaft Ravensberg 1688 bis 1759⁴⁰

Zwischen 1688 und 1759 lassen sich für Minden-Ravensberg sechs bis sieben Mortalitätskrisen nachweisen, die alle im 18. Jahrhundert lagen (1714, 1719/1720, 1726, 1728/1730, 1736, 1740/1742, 1757/1759). Die letzte Krisenphase hängt unmittelbar mit dem Siebenjährigen Krieg zusammen, wobei die Bevölkerungsverluste des „Katastrophenjahres“ 1758 im gesamten 18. Jahrhundert nur noch durch das Jahr 1772 übertroffen wurden.⁴¹ Im Vergleich dazu erreichen offenbar nur die Krisen der Jahre 1726 und 1729 annähernd das Niveau des Siebenjährigen Krieges. Die hohe Sterblichkeit Anfang der 1740er Jahre dürfte sich aus einer typischen Hungerkrise des Ancien Regime erklären, die für weite Teile Europas belegt ist und in deren Folge Mangelernährung und Krankheiten auftraten.⁴² Die Forschung unterscheidet bei den Mortalitätskrisen zwei Grundmuster: epidemische Krisen sowie Subsistenz- und Hungerkrisen. Merkmal epidemischer Krisen sei ein steiler Gipfel der Sterbefälle, während die Tauf- und Heiratsziffern – mit ansteigender Tendenz – nahe beim Durchschnitt bleiben. Subsistenz- und Hungerkrisen kennzeichnet neben der Übersterblichkeit ein Rückgang der Tauf- und Heiratsziffern.⁴³ Beim jetzigen Forschungsstand ist es nicht möglich, die sieben Mortalitätskrisen einem bestimmten Muster zuzuordnen. Die drei Krisen im zweiten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts erklären neben anderen Faktoren, warum die Bevölkerungsangaben für 1722 relativ niedrig sind. Methodisch ist es allerdings problematisch, allein aus den Rohdaten auf demografische Struktur- und Wachstumseffekte zu schließen, wie die folgenden kursorischen Hinweise zeigen.

Bereits Süßmilch hat die Bevölkerung einzelner Provinzen in bestimmten Jahren mangels geeigneter Quellen auf Basis von Vergleichswerten zu den Geburten, Hochzeiten und Sterbefällen hochgerechnet. Für das Jahr 1688 schätzt Behre die Bevölkerung Minden-Ravensbergs mittels einer Rückrechnung der Erhebung von 1740 auf 66.330 Menschen.⁴⁴ Auffäl-

JAHR	HEIRATS-ZIFFER	GEBURTEN-ZIFFER	STERBE-ZIFFER	ÜBERSCHUSS-ZIFFER
1688	13,3	62,3	33,3	29,0
1722	10,8	42,4	27,7	14,7
1740	9,3	40,6	47,5	-7,0
1756	10,7	42,0	32,1	9,9
1763	17,4	41,6	57,0	-15,4
1777	9,0	45,6	33,6	12,0
Ø 1688/1777	11,8	45,8	38,5	7,2
Ø 1722/1777	11,4	42,4	39,6	14,2

Tabelle 1: Entwicklung der Heirats-, Geburten- und Sterbe- und Überschussziffern in Minden-Ravensberg je 1.000 Einwohner 1688 bis 1777⁴⁶

Provinz	HEIRATS- ZIFFER	GEBURTEN- ZIFFER	STERBE- ZIFFER
Minden	29.173	32.039	29.610
Ravensberg	36.992	34.286	36.787
gesamt	66.165	66.325	66.397

Tabelle 2: Schätzung der Bevölkerung des Fürstentums Minden und der Grafschaft Ravensberg auf der Basis der Heirats-, Geburten- und Sterbeziffern 1688⁴⁸

lig ist, dass alle demografischen Kennzahlen für 1688 teilweise deutlich über den Vergleichswerten für das 18. Jahrhundert liegen. Dies spricht entweder für eine ungewöhnliche demografische Konstellation, die näher zu untersuchen wäre, oder für eine fehlerhafte Schätzung. Einige Fakten sprechen dafür, dass es sich um ein typisches demografisches Nachkriegsmuster nach dem französischen Einfall 1679 handeln könnte, mit dem die wahrscheinlich eingetretenen Bevölkerungsverluste wieder kompensiert wurden.⁴⁵

Aufgrund der berechneten Kennzahlen lässt sich die Bevölkerung Mindens für das Jahr 1688 schätzen, wobei die Angaben aufgrund der dargestellten methodischen Schwierigkeiten allenfalls eine grobe Orientierung erlauben. Die Schätzung könnte insgesamt zu günstig ausfallen, weil sich möglicherweise vorhandene regionale Unterschiede zwischen Minden und Ravensberg durch die Kumulation bei Behre mathematisch nivellieren. Im Ergebnis dürfte die Bevölkerung Mindens um 1688 gerundet zwischen 29.000 und 32.000 Menschen gelegen haben, während die Ravensbergs zwischen 34.000 und 37.000 Menschen betrug. Demgegenüber findet sich eine Berechnung von Weddigen, der für diese Zeit die Ravensberger Bevölkerung auf rund 47.000 Bewohner schätzt.⁴⁷

Die Schätzungen für die Jahre 1650 und 1688 deuten darauf hin, dass die Bevölkerung im Fürstentum Minden in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zwar tendenziell wuchs, es aber häufiger zu demografischen Rückschlägen kam. Im Kirchspiel Bergkirchen stieg die Zahl der Feuerstätten zwischen 1650 und 1671 von 250 auf 295 und damit um 18%. 1671 lebten in den 38 Wohnorten des Kirchspiels 1.801 Personen, darunter 575 Kinder. Damit bewohnten durchschnittlich 6,1 Personen eine Feuerstelle. Ausgehend von einer stabilen Zahl der Personen je Feuerstätte wäre die Bevölkerung damit jährlich um 0,8% gewachsen.⁴⁹ Jürgen Schlumbohm hat für das benachbarte osnabrückische Kirchspiel Belm ermittelt, dass die Zahl der großen bäuerlichen Betriebe zwischen dem 16. und der Mitte des 19. Jahrhunderts sehr stabil blieb und die der kleinen nur gering zunahm. Das Bevölkerungswachstum sei vor allem auf die Zunahme der landlosen Haushalte zurückzuführen, die Land und Kotten pachteten.⁵⁰ Bei der jetzigen diffusen Forschungslage ist offen, ob sich diese Befunde für das Fürstentum Minden empirisch bestätigen lassen. Für

die Bauerschaft Werste lässt sich aufgrund siedlungsgeschichtlicher Arbeiten ein langfristiger Anstieg der Zahl der bäuerlichen Stätten zwischen 1680/82 von 49 bis 1820 auf 95 Hofstätten nachweisen. Allerdings fehlt ein systematischer Vergleich zwischen den überlieferten Katastern von 1680/82 und 1745/52, der die einzelnen Faktoren des Bevölkerungswachstums identifiziert.⁵¹

Ditt kommt nach einer Auswertung des Mindener Häuserkatasters von 1662/63 zu einem deutlichen Wachstum der Stadt Minden seit dem Westfälischen Frieden.⁵² Dies wird durch die allgemeine Literatur bestätigt, die von einem Wachstum vieler Städte durch verstärkte Zuwanderungen aus dem Umland auf Kosten der ländlichen Bevölkerung ausgeht, was deren demografische Erholungszeit zusätzlich verlängerte.⁵³ Um zu weiteren Erkenntnissen zu gelangen, ist eine Auswertung der verschiedenen genealogischen Quellen wie der Kirchenbücher dieser Zeit unverzichtbar.⁵⁴ Eine systematische Bevölkerungsberechnung muss zudem die Kataster einbeziehen, die für Minden seit 1675 aufgestellt wurden, sich aber nur ungleichmäßig erhalten haben und kaum editiert sind.⁵⁵

Für das Jahr 1713 ist für das Fürstentum Minden die Zahl der Feuerstätten der fünf Ämter bekannt, die 6.145 betrug.⁵⁶ Der Begriff der „Feuerstätte“ differenziert räumlich, zeitlich und sozial und kann sowohl Haus oder Haushalt als auch Kochstelle bedeuten.⁵⁷ Insofern ist es hier ebenfalls methodisch schwierig von den angegebenen Feuerstätten auf die Bevölkerung zu schließen. Am Ende des Jahrhunderts, 1787, kamen auf dem Mindener Land durchschnittlich zwischen 5,1 und 5,8 Personen auf eine Feuerstelle.⁵⁸ Demnach hätte die ländliche Bevölkerung des Fürstentums Minden 1713 gerundet zwischen 31.350 und 35.650 Menschen gelegen, wobei hierzu noch die Städte Minden, Lübbecke, Petershagen, Hausberge und Schlüsselburg mit zusammen vier- bis fünftausend Einwohnern sowie die aus sonstigen Gründen nicht erfasste Bevölkerung hinzuzurechnen wäre. Insgesamt dürfte die Bevölkerung des Fürstentums Minden im ersten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts zwischen 36.000 bis 40.000 Menschen gelegen haben.

Ab 1722 setzen mit den sogenannten „Historischen Tabellen“ erste relativ geordnete Bevölkerungserhebungen der preußischen Verwaltung ein,⁵⁹ die neben der Einwohnerzahl zahlreiche weitere statistische Auskünfte bieten. Allerdings dürften die Daten des Jahres 1722 sowohl für Minden (38.565) als auch Ravensberg (54.155) zu niedrig sein. Erst für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts werden die Angaben verlässlicher. Die Ungenauigkeit der historischen Statistik lässt darum für unseren Untersuchungszeitraum ohne Detailstudien keine klaren Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung zu.⁶⁰

Fasst man die vorläufigen Ergebnisse zusammen, so fällt das vermeintlich geringere Bevölkerungswachstum Mindens gegenüber Ravensberg auf. Unsicher ist, ob der absolute Überschuss der Bevölkerung tatsächlich in Ravensberg langfristig größer war, oder sich das langsamere Wachstum Mindens aus einer größeren Abwanderung und anderen Faktoren erklärt, die nicht durch Zuwanderung ausgeglichen werden konnte. Hierfür spre-

chen die zahlreichen Auswanderungsverbote und Strafen, die die Mindener Regierung und später die Kriegs- und Domänenkammer erließen.⁶¹ 1710 heißt es in einem Bericht, dass durch die preußischen Rekrutierungsmethoden „etliche 100 junge Leute aus dem Lande in die benachbarte Provinz getrieben“ würden⁶², was 1713 sogar zu einem Aussetzen der Aushebung führte.⁶³ Mit der Einführung des Kantonsystems im Jahre 1735 verbesserte sich die Lage wenig. Nach wie vor flüchteten oder desertierten zahlreiche junge Männer aus den Bauernschaften des platten Landes und den Städten jedes Jahr in die benachbarten Territorien und bis in die Niederlande.⁶⁴ Die Motive der Wanderungsbewegungen und ihre zeitliche Dauer liegen wie die geographischen Ziele oder die soziale Struktur der Migranten großteils im Dunkeln. Angesichts der zahlreichen Kriege in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und später ist ein freiwilliger Dienst als Söldner im brandenburgischen Militär oder den Armeen anderer Landesherren nicht auszuschließen. Formen der Arbeitsmigration wie die alljährliche Hollandgängerei sind sowohl für Männer als auch Frauen belegt.⁶⁵ Das Fürstentum Minden war, das angrenzende Ravensberg ausgenommen, von sieben Territorien verschiedener Landesherren umgeben. Daher boten sich den Menschen zahlreiche kurze Wege, um ins „Ausland“ zu fliehen oder ihre Wohn- und Arbeitsstätte zumindest zeitweise zu verlassen. Die Ursachen dieser temporären oder dauerhaften Migrationsbewegungen waren vielfältig. Mögliche Unterdrückung und Ausbeutung durch lokale Grundherren dürfte ebenso wie angespannte wirtschaftliche Existenzgrundlagen oder der Militärdienst eine Rolle gespielt haben. Kriege und zahlreiche Abgaben, Steuern und Dienstleistungen verschärften die vielfach prekäre Situation gerade der unterbäuerlichen Schicht, die durch Migration nur wenig zu verlieren, aber viel zu gewinnen hatte. Ob sich aus diesem Faktor erklärt, warum es in Minden weniger Menschen als in Ravensberg gab, die der klein- und unterbäuerlichen Schicht zuzurechnen sind,⁶⁶ ist eine These, die weiterer Forschung bedarf.

Ist bereits die Zahl der Bevölkerung bis um 1750 sehr unsicher, lässt sich zu ihrer Struktur ohne die Erschließung weiterer Quellen und insbesondere die Auswertung der Kirchenbücher mit Hilfe der Familienrekonstruktionsmethode kaum etwas sagen, weil verlässliche Angaben in aggregierter Form bislang erst für das Jahr 1769 vorliegen. Altersaufbau und Geschlechterstruktur beeinflussen aber nicht nur die Wachstumschancen der Bevölkerung, sondern über die Zahl der Beschäftigten auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, vor allem der Landwirtschaft.⁶⁷

Landwirtschaft

Die Forschung erklärt das langfristig stärkere Bevölkerungswachstum Ravensbergs gegenüber Minden infolge der ähnlichen Agrarverfassung und landschaftlichen Verhältnisse beider Provinzen vor allem aus der Existenz des protoindustriellen Leinengewerbes.⁶⁸ Tatsächlich gehören beide Territorien aber verschiedenen Naturlandschaften an.⁶⁹ Ein Umstand, der durch die gemeinsame Verwaltungstradition „Minden-Ravensbergs“ oft

überlagert wird und die erforderliche räumliche und zeitliche Differenzierung verhindert. Die Dissertation Hans Nordsieks aus dem Jahr 1966 bildet hier eine erfreuliche Ausnahme, weil sie die agrarischen Rechtsverhältnisse am Beispiel des Amtes Reineberg um 1650 systematisch untersucht und die vielfältigen persönlichen sowie rechtlichen Bindungen der bäuerlichen Bevölkerung aufzeigt.⁷⁰

Das Fürstentum Minden stellt sich bis weit ins 18. Jahrhundert hinein, wie andere frühneuzeitliche Territorien ebenfalls, noch nicht als modernes Staatsgebilde heutiger Prägung dar, sondern als hoch komplexer Personenverband mit vielschichtigen, gegenseitigen rechtlichen und persönlichen Beziehungen und unterschiedlicher Herrschaftsdichte, die hier nicht detailliert dargestellt werden können.⁷¹ Abgesehen von Nordsieks und Lüpkes Arbeiten fehlen allerdings vergleichende Detailstudien zu den konkreten Rechtsverhältnissen der einzelnen Hofstätten in den verschiedenen Ämtern, Kirchspielen und Bauernschaften des Fürstentums Minden, um zu allgemeinen Aussagen zu gelangen.⁷²

Die unterschiedliche Ertragskraft des Bodens wird als Begründung der andersartigen demografischen Entwicklung zwischen Ravensberg und Minden erst für die Zeit nach 1770 herangezogen.⁷³ Die sehr heterogenen natürlichen Grundlagen waren jedoch die entscheidende Ursache, warum das Fürstentum Minden bereits im Mittelalter und dann in der Frühen Neuzeit weder gleichmäßig besiedelt wurde, noch eine homogene Landwirtschaft entstand. Die Fruchtbarkeit der Äcker, der Ertrag der Weide-, Futter- und sonstigen Nutzflächen sowie eine ökonomische Ausnutzung der übrigen natürlichen Ressourcen bestimmten den Grad der Besiedlung und die Ausprägung der agrarischen Wirtschaftsform.⁷⁴ Die fünf Ämter Hausberge, Petershagen, Rahden, Reineberg und Schlüsselburg wiesen untereinander, aber auch in sich teilweise stark variierende natürliche Bedingungen auf: Auf dichtem Raum existierten einerseits sehr fruchtbare, ertragreiche Zonen wie beispielsweise im Tal der Weser, die eine intensive landwirtschaftliche Nutzung erlaubten, andererseits karge, nährstoffarme Sandböden oder Moore wie im nördlichen Tiefland, die nur extensiv zu bewirtschaften waren. Die Bodenqualität beeinflusste zudem Art und Zahl der Zugtiere, das dafür notwendige landwirtschaftliche Gerät und den Einsatz des in der Frühen Neuzeit wichtigsten Produktionsfaktors, der menschlichen Arbeitskraft. Allerdings bildete eine günstige Faktorkombination von Boden, Arbeit und Kapital (Zugtiere und Geräte) angesichts der „Herrschaft der Natur“ keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Bedingung hoher Erträge. Die an sich günstige Produktionsfunktion dank einer ertragreichen Lage an der Weser konnte durch externe Effekte erheblich gestört werden, weil das Risiko bestand, Aussaat oder Ernte durch Standort abhängige Einflüsse wie Überschwemmungen, Versandungen und Eisgänge ebenso wie durch witterungsbedingte und klimatische Folgen zumindest teilweise, wenn nicht gar vollständig verlieren zu können.⁷⁵ Es verwundert darum nicht, wenn durchschnittlich nur etwa die drei- bis fünffache Menge des ausgesäten Korns geerntet werden konnte, wobei ein Teil wieder für die nächste Saat benötigt wurde.⁷⁶

Die Landwirtschaft beeinflusste durch das Angebot an und die Nachfrage nach agrarischen Produkten entscheidend die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, wobei die Pflanzenproduktion rund zwei Drittel des Rohertrages ausmachte. Wachstum oder Krise im agrarischen Sektor wirkten dank komplexer Wirkmechanismen auf andere wirtschaftliche Prozesse ein, deren größte externe Störgrößen Klima, Kriege und Krankheiten waren.⁷⁷ Die unterschiedlichen naturräumlichen Grundlagen im Fürstentum Minden beeinflussten unmittelbar die Wirtschaftsweise der Menschen. Wo Natur und Raum keine ertragreiche Landwirtschaft zuließen, die Erträge durch die herrschaftlichen Machtverhältnisse zu stark abgeschöpft wurden oder keine bäuerlichen Stellen mehr verfügbar waren, mussten Nebenerwerbe wie ländliches Handwerk, Hollandgängerei, Heringsfischerei oder Leinenspinnerei das Überleben sichern. 1722 sind nach einer „Tabelle über die Handwerker und Nahrungstreibenden auf dem platten Lande im Fürstentum Minden“ insgesamt 1.098 Personen nachgewiesen, die nicht oder nicht ausschließlich von der Landwirtschaft lebten.⁷⁸ Die tatsächliche Verbreitung von Handwerk, Gewerbe und Handel auf dem Land steht im Gegensatz zu den zahlreichen Verboten und Beschränkungen, die im Fürstentum Minden seit 1685 stetig erneuert wurden, um die Wirtschafts- und damit Steuerkraft der Städte zu stärken.⁷⁹ Wenn jede 1722 im ländlichen Handwerk, Gewerbe oder Handel tätige Person einem Haushalt zugeordnet wird, hätten etwa 15 bis 20 % der ländlichen Haushalte ihr Einkommen teilweise oder sogar vollständig aus nicht-agrarischer Herkunft bezogen.⁸⁰ 81 Personen übten ein Gewerbe in Kombination mit einem anderen Handwerk oder Handelstätigkeit aus. Dies sind immerhin 7 %. Schneider (187), Schuster (180), Weber (92) und Schmiede (73) dominieren und stellen knapp die Hälfte aller ländlichen Gewerbe- oder Handeltreibenden. In der Quelle fehlt mit den Müllern sogar noch eine weitere große Berufsgruppe, die für die Versorgung des ländlichen Grundbedarfs wichtig war. Zu den Mühlen liegen statistische Informationen erst für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts vor, wonach es im Jahre 1762 110 Müller gab.⁸¹ Unklar ist, inwieweit Müller zugleich als Brauer und Branntweinbrenner tätig waren und in diesem zahlenmäßig größten Gewerbe erfasst wurden. Mit 210 Personen besaßen Brauerei und Brennerei im Jahre 1722 einen Anteil von 19 % am gesamten ländlichen Gewerbe. Zum Schutz der städtischen Bierbrauerei Mindens hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm 1650 ein Privileg erlassen, wonach im Umkreis von zwei Meilen – rund 16 Kilometern – um die Stadt kein Bier gebraut werden durfte. Davon ausgenommen waren nur Braustätten, die über alte, bereits bestehende Braurechte verfügten.⁸² Inwieweit das Wachstum des ländlichen Gewerbes den Niedergang der Mindener Brauerei beförderte, wo es innerhalb des Fürstentums Minden überhaupt angesiedelt war, ob es der Selbstversorgung diente oder für lokale und überregionale Absatzmärkte produziert wurde, ist völlig offen.⁸³ Die exportorientierte Garnerzeugung und die Produktion von groben Löwendlinnen, die als agrarisches Nebengewerbe im Fürstentum Minden von einiger Bedeutung waren, bedürfen ebenso wie das übrige Gewerbe

auf dem Land dringend weiterer Detailstudien.⁸⁴

Das Bild von der bäuerlichen Landwirtschaft Westfalens hat sich in den letzten Jahren radikal gewandelt.⁸⁵ Obwohl die vorindustrielle Gesellschaft von Mangel und Unterbeschäftigung geprägt war, expandierten die Agrarbetriebe langfristig und nahmen an kapitalistischen Marktkonjunkturen teil. Die konkreten Mechanismen dieser Expansion sind aber noch nicht hinreichend untersucht, weil sich die bäuerlichen Verhältnisse von Hof zu Hof auch bei relativ gleicher Faktorausstattung infolge der auf dem Betrieb lastenden Abgaben und Dienste erheblich unterscheiden konnten.⁸⁶ Schließlich konnte der Grundherr die Ertragslage der bäuerlichen Betriebe entscheidend beeinflussen, indem er Steuern ganz oder teilweise erließ, oder die rechtlich zulässige Höhe der so genannten „ungewissen Gefälle“ für Hochzeiten, Erbfälle oder an den Hof gebundene Ab- bzw. Zuwanderung beispielsweise für weichende, nicht erbende Familienmitglieder ausschöpfte oder dies unterließ. Spannagels Urteil, die Form der Leibeigenschaft in Form der Eigenbehörigkeit, die außer den beträchtlichen regelmäßigen Abgaben einen scharfen Aderlass des Gesamtvermögens bei jedem Besitzwechsel der Stätte herbeigeführt hätte, sei hart gewesen und habe in Verbindung mit der geringen Ergiebigkeit des Bodens keinen kräftigen Bauernstand aufkommen lassen, ist bereits verschiedentlich in Frage gestellt worden.⁸⁷ Eine Neubewertung der bisherigen Ergebnisse aus institutionenökonomischer Perspektive ist dringend geboten.⁸⁸ Die drei grundlegenden Elemente der seit dem Mittelalter überkommenen westfälischen Bodenverfassung, Grundherrschaft, Markgenossenschaft und Gemeinde, bildeten – so Kopsidis – den institutionellen Rahmen, in dem sich eine marktorientierte Dynamisierung der westfälischen Agrarentwicklung erfolgreich bis Mitte des 19. Jahrhunderts vollzog. Das vierte und wichtigste Element einer schon Ende des 17. Jahrhunderts einsetzenden Kommerzialisierung seien spezifische Faktor- und Absatzmärkte zur Verteilung (Allokation) von Arbeit, Kapital, Boden und Output gewesen, die in ihrem Zusammenspiel lokale „interlocked (factor) markets“ als Reaktion auf multiples Marktversagen gebildet hätten. Diese lokalen Marktsysteme hätten über lange Zeiträume die Anreize an die bäuerlichen und unterbäuerlichen Agrarproduzenten für eine anhaltende Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung vermittelt.⁸⁹ Diese These ist für die agrarische Entwicklung im Fürstentum Minden noch nachzuweisen.

Bei den landwirtschaftlichen Betrieben sind grundsätzlich drei Arten zu unterscheiden: Zum einen die Domänen, zum zweiten die adeligen Rittergüter und zum dritten die bäuerlichen Familienbetriebe. Die Forschungslage ist für alle drei Betriebsformen bis in die Zeit um 1750 schlecht, obwohl alle drei Betriebsformen durch die Grundherrschaft in vielfältigen rechtlichen und wirtschaftlichen Wechselbeziehungen standen.⁹⁰ Eine Rechts-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Grundherrschaft ist sowohl für Minden als auch Ravensberg bislang ein Desiderat der Forschung. Darum kann das vielfältige und sehr differenzierte System der Grundherrschaft im Fürstentum Minden an dieser Stelle nicht aus-

fürlich betrachtet werden. Nordsiek weist allein für das Amt Reineberg zwölf grundherrliche Obereigentümer und weit über dreißig innerhalb und außerhalb des Fürstentums ansässige landesherrliche, adelige oder kirchliche Grundherren nach, die noch in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts unterschiedlich intensiv in das System der Grundherrschaft eingebunden waren. Die Spannweite des Eigentums reichte von wenigen Höfen bis hin zu ganzen Bauernschaften und Dörfern, wobei der Kurfürst vermutlich der größte Grundherr gewesen sein dürfte. Danach folgte wahrscheinlich das Mindener Domkapitel, das 1721 204 eigenbehörige Stätten mit einem Landbesitz von rund 6.600 Morgen besaß.⁹¹ Abgesehen davon liegen Erkenntnisse über den Umfang des grundherrlichen Besitzes erst für die Zeit um 1800 vor, als 38% der Höfe in Minden-Ravensberg dem preußischen König gehörten.⁹²

Kurfürst Friedrich Wilhelm fielen mit der Inbesitznahme in allen fünf Ämtern landesherrliche Domänen mit mehreren Vorwerken unterschiedlicher Größe und Ertragskraft zu. Zur Domäne Reineberg, die zwischen 1652 und 1661 für 2.100 Thaler jährlich verpachtet war, gehörten nach Nordsiek 364 Morgen Ackerland, drei Wiesen mit einem Ertrag von 37 Fudern Heu, drei Viehweiden, zwei Gärten und eine Wassermühle, eine Anzahl eigenbehöriger Höfe und Stätten aus den umliegenden Bauernschaften mit zahlreichen Abgaben und Leistungen in Geld, Naturalien oder Arbeitskraft.⁹³ Während für die Petershagener Domäne bis 1661 kein Pächter gefunden wurde, erzielten in diesem Zeitraum die Güter in Rahden 2.500 Thaler, Schlüsselburg 3.000 Thaler und Rothenhoff im Amt Hausberge 8.000 Thaler jährliche Pacht. Linnemeier beschreibt den Zustand dieser fünf Domänen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts auf Basis noch vorhandener Amtsbücher und Akten aus dem Landesarchiv Münster.⁹⁴ Allerdings fußt seine Bewertung einer verfehlten Domänenpolitik des Großen Kurfürsten neben diesen Quellen nur auf lokaler Literatur und weder auf agrar- noch finanzgeschichtlichen Arbeiten zum Thema.⁹⁵ Die brandenburgische Finanzverwaltung bot zu dieser Zeit einen trostlosen Anblick mit chronisch leeren Kassen, hohen Schulden, verpfändeten Besitztümern oder Rechten. Sie war geprägt von Unordnung in der Rechnungsführung sowie Korruption unter den Beamten.⁹⁶ Diese erhielten neben Geld Teile ihres Einkommens nach wie vor in Naturalleistungen – so genannten Deputaten –, unabhängig davon, ob es sich um hohe Staatsdiener bei Hofe in Berlin oder lokale Beamte in den Ämtern des Fürstentums Minden handelte.⁹⁷ 1651 versuchte Friedrich Wilhelm mit Hilfe des Grafen Waldeck einen Überblick über sämtliche Einkünfte, Kosten und Schulden zu gewinnen und seine Finanzverwaltung zu reformieren.⁹⁸ Hierbei kam es auch zur Revision der Mindener Amtskammern, was Linnemeier in seiner Untersuchung aber ebenso wie die zu dieser Zeit herrschende Agrarkrise übersieht. 1652/53 betrugen die Einnahmen aus den fünf Ämtern nach seiner Schätzung 11.053 Thalern, denen Ausgaben von 16.610 Thalern gegenüber standen. Der Landesetat des Fürstentums Minden habe damit nach seiner Auffassung einen Verlust von 5.557 Thalern ausgewiesen.⁹⁹

Doch war der Landeshaushalt tatsächlich defizitär? Es ist schwierig, darauf eine eindeutige Antwort zu finden. Die einzelnen Kassen, Etats und Zahlungsströme lassen sich nur schwer rekonstruieren, weil noch keine zentrale Finanzverwaltung existierte. Die Naturalleistungen zur Versorgung der lokalen Beamten entzogen sich ebenso der Berechnung, wie die eigentlichen Verwaltungskosten, die nach Breysig insbesondere bei den Domänenämtern von vornherein von den Erträgen abgezogen wurden.¹⁰⁰ Daher ist unsicher, ob die von Linnemeier herangezogenen Quellen tatsächlich Netto- oder Bruttobeträge ausweisen, was das Ergebnis verfälschen könnte. Die vier Ämter Hausberge, Rahden, Reineberg und Schlüsselburg waren für insgesamt 15.600 Thaler verpachtet.¹⁰¹ Das nicht verpachtete Amt Petershagen hinzu gerechnet, das 5.085 Thaler zu den Landeseinnahmen beitrug, ergäbe einen Überschuss von 4.075 Thalern. Spannagel kommt für das Rechnungsjahr 1651/52 auf Einkünfte von rund 21.700 Thalern und damit ebenfalls auf einen positiven Etat.¹⁰²

Linnemeier bewertet das Pachtsystem der Ämter negativ und führt mehrere Belege für Ämtermissbrauch und Exzesse gegen die bäuerliche Bevölkerung an.¹⁰³ Die wenigen ausgewerteten Quellen, der defizitäre Forschungsstand und der Vergleich mit anderen brandenburgischen Provinzen lassen es aber unsicher erscheinen, ob es sich um Einzelfälle oder strukturelle Prozesse handelte. Abgesehen davon lagen Risiken wie Brand, Raub, Krieg, Sturmschäden, Blitzschlag, allgemeines Viehsterben und Missernten nach den rechtlichen Grundsätzen dieser Zeit beim Kurfürsten als Verpächter und nicht beim Pächter!¹⁰⁴ Die Pächter hatten zwar die Bauten und das Inventar der Domäne zu erhalten. Sie mussten aber bei Schäden durch die beschriebenen Risiken keinen Ersatz leisten, sondern diese lediglich der jeweiligen Amtskammer anzeigen. Insofern kann den Pächtern beispielsweise der bauliche Zustand der Domänen und Vorwerke nur begrenzt angelastet werden.¹⁰⁵ Allerdings bemängelte der aus Magdeburg nach Minden versetzte Kanzler Unverfäht 1681 die fehlende Rechnungslegung und -prüfung, unübersichtliche oder erst gar nicht geführte Register sowie nicht vorhandene Inventare der Ämter, die neben der Begünstigung der Pächter durch korrupte Beamte der Lokalverwaltung eine generelle Bewertung erschweren.¹⁰⁶ Die lokalen Quellen sind außerdem in die Entwicklung des brandenburgischen Finanzwesens insgesamt einzuordnen, was das bisher sehr einseitige Urteil verändern dürfte.¹⁰⁷ Ohne ergänzende systematische, vergleichende Forschungen und die Erschließung neuer Quellen lässt sich das widersprüchliche und unklare Bild über die Domänen nicht weiter aufhellen.

Für die zweite Kategorie der landwirtschaftlichen Betriebe, die Rittergüter, ist die Forschungslage ebenfalls mehr als dürftig. Die Sozialgeschichte der adeligen Ritterschaft des Fürstentums Minden als Träger der Güter hat Karl Adolf von der Horst nahezu zeitgleich mit Karl Spannagel vor mehr als 100 Jahren zuletzt untersucht.¹⁰⁸ Abgesehen von verstreuten Mitteilungen in der Literatur fehlt eine zusammenfassende Untersuchung, die den Ansprüchen an eine moderne Geschichte adeligen Wirtschaftens gerecht wird.¹⁰⁹ Die Zahl der adeligen Güter ist erst für das Jahr

adelige Güter verwaltet von	Minden	Ravensberg
ihren Eigentümern	25	11
Generalpächtern, Beamten	4	9
Verwalter und Unterpächter	18	24
gesamt	47	44

Tabelle 3: Zahl und Gliederung der Rittergüter in Minden und Ravensberg 1762

1762 bekannt:¹¹⁰

Zu diesen Rittergütern kommen in Minden noch 35 und in Ravensberg 138 freie, nicht landtagsfähige Güter hinzu, die zu dieser Zeit noch in adeligem oder bereits in bürgerlichem Besitz waren.¹¹¹ Offen ist daneben, ob sich die wenigen Erkenntnisse, die wir über die Rittergüter aus der Zeit um 1800 haben, einfach auf das 17. und frühe 18. Jahrhundert übertragen lassen.¹¹²

Die bäuerlichen Betriebe Westfalens lassen sich in drei Gruppen einteilen: Erstens die persönlich freien Bauern, die keine an ihre Person oder ihren Besitz gebundenen Abgaben und Dienste, ausgenommen die an den Landesherrn und den Zehnten, zu tragen hatten. Zweitens die Meier, die persönlich ebenfalls frei waren und ihre Höfe auf Zeit pachteten. Drittens die unfreien Bauern, die als Eigenbehörige für bestimmte Rechte eine Zustimmung ihres Grundherrn benötigten, allerdings über ein relativ sicheres Besitzrecht an den grundherrlichen Höfen verfügten.¹¹³ Während sich im Fürstbistum Paderborn in der Frühen Neuzeit viele Bauern von der Eigenbehörigkeit befreien konnten, hielten die Grundherren in Minden-Ravensberg daran fest. Um 1800 stellten freie Höfe ohne Eigenbehörigkeit hier nur 41 % aller landwirtschaftlichen Betriebe. In Paderborn waren dies immerhin 66 %.¹¹⁴ 1672 waren nur 1,5 % aller ravensbergischen Betriebe Meierhöfe, deren Besitzer persönlich frei waren, während die übrigen Stätten im grundherrlichen Obereigentum standen. Für das Fürstentum Minden liegen keine Vergleichswerte für diesen Zei-

Betriebe	Minden		Ravensberg	
	Zahl	i.v.H.	Zahl	i.v.H.
Meier, Erbe und Krüger	2.822	27,3%	2.167	21,9%
Kötter, Brinksitzer	5.617	54,2%	3.351	33,8%
Einlieger, Häuslinge	1.645	15,9%	4.295	43,3%
Witwen, die Höfen vorstehen	271	2,6%	101	1,0%
gesamt	10.355	100%	9.923	100%

Tabelle 4: Struktur der bäuerlichen Betriebe in Minden und Ravensberg 1762

traum vor, sodass wir hier auf Angaben aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts angewiesen sind.¹¹⁵

Die Daten zeigen deutliche strukturelle Unterschiede zwischen Minden und Ravensberg, lassen aber wegen der unscharfen Begrifflichkeit die Frage der persönlichen Freiheitsrechte offen. Auffällig ist der gegenüber Ravensberg niedrigere Anteil an landlosen beziehungsweise mit wenig Landbesitz ausgestatteten Einliegern, Häuslingen und Heuerlingen in Minden.¹¹⁶ Für die Zeit nach dem Siebenjährigen Krieg liegt für das Jahr 1770 eine Quelle vor, die die Struktur der bäuerlichen Betriebe in beiden Territorien klarer erkennen lässt.¹¹⁷ Gegenüber den Angaben des Jahres 1762 sind größere Abweichungen bei der absoluten Gesamtzahl der Höfe und Stellen ersichtlich, die sich hier nicht völlig aufklären lassen. Die Diskrepanz liegt für Minden mit 24,2 % deutlich höher als für Ravensberg mit 6,7 %.¹¹⁸ Der Saldo der freien Bauern und Brinksitzer entspricht mit 2.924 für Minden nahezu den Angaben des Jahres 1762 mit 2.822 Höfen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass auch ein größerer Teil der bäuerlichen Betriebe, denen im selben Jahr Witwen vorstehen, zu den freien Höfen zuzurechnen ist, scheinen die Angaben auf den ersten Blick plausibel, weil die Forschung von einer relativ konstanten Zahl großer und kleiner bäuerlicher Höfe vom 16. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts ausgeht.¹¹⁹ Auf der Grundlage dieses Ergebnisses läge der Anteil der freien Höfe in Minden auch in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts deutlich über dem in Ravensberg. Die Mindener Daten für die Eigenbehörigen und die Heuerlinge dürften aber im Vergleich zwischen 1762 und 1770 vermutlich zu niedrig sein.¹²⁰ Allerdings lassen sich auch Doppelzählungen und andere Fehlerquellen in der Erhebung von 1762 nicht ausschließen, weil die statistische Klassifizierung und Erhebung noch lange Zeit unvollkommen blieb.¹²¹ Selbst wenn diese Einflüsse berücksichtigt werden, fällt der deutliche Unterschied in der Struktur der bäuerlichen Betriebe zwischen beiden Territorien auf. Der Anteil der freien Bauern und Brinksitzer ist im Fürstentum Minden mehr als dreimal so hoch wie in der Grafschaft Ravensberg, während der Anteil der Heuerlinge vier- bis fünfmal niedriger liegt.¹²² Die Mindener Bauern haben, unabhängig davon ob frei oder eigenbehörig, eine wesentlich stärkere Bedeutung für die ländliche Klassengesellschaft als in weiten Teilen der Grafschaft Ravensberg. Ob die Mindener Vollbauern ähnlich restriktiv die Marken verwalteten, wie dies für das ravenbergische Amt Enger belegt ist, ist offen.¹²³ Die Heuerlinge konzentrierten sich im Fürstentum Minden in den Ämtern Hausberge und Reineberg, in denen der Landesherr über relativ große Anteile an den Gemeinheiten verfügte. Dies spricht dafür, dass die Ansiedlung von Brinksitzern, Markköttern und Neubauern auch in Minden vor allem von der Initiative des Herrschers abhing.¹²⁴

Die Heuerlinge waren zwar häufig persönlich frei, jedoch regelmäßig auf zusätzliche Einkommen aus nicht-agrarischen Quellen angewiesen. Allerdings lässt sich aus ihrer rechtlichen Stellung allein und dem vermeintlich fehlenden Landbesitz ohne weitere Differenzierung nicht auf wirtschaftlichen Misserfolg und eine stets prekäre Einkommenssituation

Betriebe	Minden		Ravensberg	
	Zahl	i.v.H.	Zahl	i.v.H.
Freie Bauern	1.039	13,2%	162	1,7%
Freie Brinksitzer	1.885	24,0%	736	7,9%
Eigenbehörige Bauern	2.478	31,6%	1.730	18,7%
Eigenbehörige Brinksitzer	1.591	20,3%	2.099	22,7%
Heuerlinge	857	10,9%	4.536	49,0%
gesamt	7.850	100%	9.263	100%

Tabelle 5: Struktur der bäuerlichen Betriebe in Minden und Ravensberg 1770

schließen. Das Anlegen von bäuerlichen Kleinstellen hing neben den institutionellen Verfügungsrechten über den Markenboden in erheblichem Maße von der vorhandenen Bodengüte ab.¹²⁵ In Ravensberg reichte auf den besseren Böden zur Selbstversorgung mit Getreide etwa ein Hektar intensiv bewirtschafteten Landes bei einem durchschnittlichen Ernteertrag aus.¹²⁶ Neben Getreide dürfen auch andere pflanzliche Produkte wie Hülsenfrüchte oder Kartoffeln, die in den Ämtern Schlüsselburg und Petershagen seit 1730/1735 als Gartenfrucht angebaut wurden,¹²⁷ nicht bei der Selbstversorgung vergessen werden. Michael Prinz hat erst jüngst darauf hingewiesen, dass diese bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts bedeutsam in der bäuerlichen Lebenswelt blieb.¹²⁸ Die ältere Forschung hat aus der Tradition des bürgerlichen 19. Jahrhunderts heraus den Aspekt der persönlichen Freiheitsrechte der ländlichen Bevölkerung sehr hoch gewichtet, damit aber den Blick auf die eigentlichen funktionalen Zusammenhänge der Agrarentwicklung Westfalens verstellt.¹²⁹ Es bedarf hier weitergehender Forschungen, um die Bandbreite zwischen Vollbauernhöfen sowie Zu- und Nebenerwerbsstellen für das Fürstentum Minden zu ermitteln und mit anderen Regionen zu vergleichen, um die Frage zu klären, „von was diese Leute überhaupt leben konnten.“¹³⁰

Exemplarisch sei auf die Struktur der bäuerlichen Betriebsgrößen im Amt Reineberg anhand des von Nordsiek erschlossenen Lagerbuches von 1650 verwiesen.¹³¹ Die mit einem Meierrecht ausgestatteten Betriebe stellten mit 26,4 % zwar nur eine Minderheit der Höfe und Stätten, verfügten aber – je nach Berechnungsart – über 69,1 % bis 78,1 % der gesamten Ackerfläche des Amtes. Allerdings bebauten selbst die größten Vollmeier nur zwischen 15 bis 18 ha Ackerland und besaßen darüber hinaus noch Wiesen mit einem Ertrag zwischen sechs und zehn Fuder Heu sowie Huderechte für bis zu zehn Schweine.¹³² Damit gehörten sie in die Kategorie der mittleren spannfähigen Vollerwerbsbetriebe, die über zwei bis vier Pferde verfügten.¹³³

Die Betriebsgröße allein sagt allerdings noch nichts über das Einkommen der Bauern aus, weil die Bodenfruchtbarkeit den Rohertrag des bäu-

Betrieb	Zahl	i.v.H.	Fläche in ha	i.v.H.	Fläche in ha	i.v.H
Vollmeier	34	2,1%	398	12,3%	462	11,1%
Halbmeier	248	15,4%	1.584	48,9%	1.170	42,6%
Viertelmeier	142	8,8%	533	16,9%	639	15,4%
Kötter	135	8,4%	270	8,3%	405	9,8%
Halber Kötter	154	9,5%	212	6,5%	308	7,4%
Brinksitzer	256	15,9%	192	5,9%	320	7,7%
Halber Brinksitzer	375	23,2%	47	1,5%	234	5,6%
Häusling	271	16,8%	7	0,2%	14	0,3%
gesamt	1.615	100,1%	4.662	100,5%	6.566	99,9%

Tabelle 6: Struktur der bäuerlichen Betriebe im Amt Reineberg um 1650¹³⁴

erlichen Betriebs noch stärker beeinflusste.¹³⁵ Spannagels Urteil, die Zahl der Meier in Minden und Ravensberg sei ebenso klein wie die durchschnittliche Fläche der Bauerngüter, stimmt wie oben gezeigt, offenbar nur bedingt.¹³⁶ Er übersah, dass große Höfe nicht zwangsläufig auch wirtschaftlich erfolgreich sein mussten. Großbetriebe galten, so Jean-Marc Moriceau, bei Physiokraten, Liberalen und Marxisten lange als einzige Unternehmensform, die landwirtschaftlichen Fortschritt überhaupt ermöglichten. Jedoch gab es in der Produktionstechnologie keine signifikanten Unterschiede zwischen großen und kleinen Höfen.¹³⁷ Warum blieb die Struktur der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe im Fürstentum Minden in der Frühen Neuzeit weitgehend erhalten? Was machte sie relativ erfolgreich oder welche Mechanismen verhinderten ihre Auflösung?

Das Bild von der autarken bäuerlichen Subsistenzwirtschaft in der Frühen Neuzeit ist ein Stereotyp der rechts- und politikgeschichtlich geprägten älteren Agrargeschichte. Märkte seien für europäische Bauern der Neuzeit nichts Fremdes gewesen, so Kopsidis. Seit Ende des Mittelalters hätten sich aus der ländlichen Gesellschaft heraus hochkomplexe oft lokal geschlossene Marktkreisläufe für Arbeit, Kapital, Boden und Absatz agrarischer Produkte mit Bauern und landarmen Unterschichten als wichtigsten Akteuren gebildet. Die steigende Nachfrage nach Agrarprodukten habe neben der zunehmenden Bevölkerung vor allem in einer bis dahin unerreichten Zunahme nicht agrarischer Schichten mit weitreichenden Folgen sowohl für den absoluten Pro-Kopf-Konsum als auch seine Struktur in Richtung immer wertschöpfungsintensiverer Nahrungserzeugnisse beruht.¹³⁸ Wilhelm Abel hat bereits früh nachgewiesen, dass die größten Betriebe am stärksten von Agrarkrisen und -konjunkturen betroffen waren, weil sie den höchsten Rohertrag je Betrieb erwirtschafteten und die höchste Marktquote zum Verkauf bringen konnten.¹³⁹

Allerdings diene eine von Marktpreisen unabhängige Selbstversorgung als Puffer, der vor den Krisenfolgen schützen konnte.¹⁴⁰ Diejenigen ländlichen Familien, die sich wie die größeren und mittleren Bauern ausreichend mit pflanzlichen und tierischen Produkten selbst ernähren konnten, waren deshalb weniger krisenanfällig als diejenigen, die über keinen Krisenpuffer verfügten. Achilles hat daher vorgeschlagen, in Hinblick auf Agrarkrisen und Agrarkonjunkturen von einer Dreiteilung des Bauerntandes auszugehen: Solche Bewirtschafter, die von einer Konjunktur profitierten, solche, die praktisch keine Auswirkungen verspürten, und jene, deren Einkommen bei Agrarpreiserhöhungen sank.¹⁴¹ Unabhängig davon, ob die Getreide- oder Viehpreise stiegen, mussten aber auch größere Bauern zwingend am Markt verkaufen, wenn sie Bargeld benötigten und über keinen Kredit mehr verfügten. Insofern beeinflussten der Grad der Verschuldung ebenso wie die vielschichtigen Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldnern die Krisenanfälligkeit nicht nur der bäuerlichen Bevölkerung, sondern auch der ländlichen Unterschicht.¹⁴² Die Monetarisierung von Steuern, Abgaben und Arbeitsverpflichtungen habe, so Wolfgang Mager, die Bauern dazu gezwungen, ihre Erzeugnisse auch in solchen Fällen auf den Markt zu bringen, wo hierzu aus haus- und betriebswirtschaftlichen Gründen keine Veranlassung bestand.¹⁴³

Teilweise besaßen die eigenbehörigen Höfe im Fürstentum Minden dabei die Option, die grundherrlichen Abgaben und Dienste entweder in Naturalien bzw. Arbeitskraft oder in Form von Geldzahlungen leisten zu können. Damit verfügten diese Eigenbehörigen über einen Spielraum für marktorientiertes Verhalten und Entscheidungen, selbst wenn es bei der Umwandlung in Geldleistungen häufig zu Streitigkeiten mit einzelnen Grundherren kam. Es bedarf allerdings einer systematischen Ertrags-Aufwands-Rechnung für die verschiedenen bäuerlichen Betriebe im Fürstentum Minden, um sowohl den Rohertrag als auch die Ausgaben abschätzen zu können, wie dies für andere Regionen bereits erfolgt ist.¹⁴⁴ Erst wenn geklärt ist, welcher Betrieb welche Marktquote aus welchen Quellen bezog, wie hoch die Feudalquote an Steuern und Abgaben tatsächlich lag und wie sich der Sachaufwand entwickelte, kann geklärt werden, welche ökonomischen Mechanismen die lokalen Märkte wie bestimmten. Eine systematische Studie zur ländlichen Gesellschaft bleibt darum ein drängendes Desiderat der Forschung, weil die wenigen kursorischen Bemerkungen zeigen, dass eine einfache Übertragung der bisher für Ravensberg erarbeiteten Ergebnisse nicht überzeugt.

Die Einbindung der bäuerlichen Betriebe in ein überregionales Marktsystem hing entscheidend von ihrer Verkehrslage ab. Getreide als Massengut mit hohem Gewicht konnte über längere Strecken kostengünstig nur über das Wasser transportiert werden. Minden hatte sich dank seines Stapelrechts auf der Weser zu einem zentralen Getreidemarkt Nordwestdeutschlands entwickelt,¹⁴⁵ dessen Preisentwicklung stärker als viele andere lokale Agrarmärkte von überregionalen Preisbeziehungen und Märkten abhing.¹⁴⁶ Allerdings war die Stadt nicht der einzige Getreidemarkt im gleichnamigen Fürstentum. Von Süden nach Norden durchzog

die Weser das Fürstentum, wobei die natürlichen Gegebenheiten des Flusses selbst wie auch rechtliche Einschränkungen lange eine intensive Flussschifffahrt verhinderten. Dennoch hatten sich in den an der Weser gelegenen Städten Petershagen und Schlüsselburg zwei weitere Getreidemärkte entwickelt, die wegen ihrer verkehrlichen Lage ebenfalls in ein überregionales Marktsystem eingebunden waren.

Roggen war das wichtigste Brotgetreide in Westfalen,¹⁴⁷ so dass seine Preisentwicklung in der Frühen Neuzeit ein Indikator für die Periodisierung konjunktureller Agrarphasen sein kann. Für Minden und Ravensberg existiert eine lückenhafte Übersicht der Kornpreise zwischen 1638 und 1747 sowie der Roggenpreise zu Martini von 1756 bis 1850. Sie belegen bei geringfügigen Unterschieden in der Preisentwicklung zwischen beiden Territorien teilweise starke konjunkturelle Preisschwankungen.¹⁴⁸ Eindeutige Preiskonjunkturen, wir beschränken uns hier auf die Preisentwicklung des Roggens, sind aber wegen der vorhandenen Lücken nicht immer ersichtlich. Unmittelbar nach dem Westfälischen Frieden stieg der Roggen bis 1651 erheblich im Preis. Der Mindener Statthalter, Graf Johann VIII. zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein,¹⁴⁹ berichtete am 10. April 1651, dass bei den meisten Untertanen weder Brot noch Saatkorn, noch andere Lebens- oder Geldmittel vorhanden seien.¹⁵⁰ Nach Angaben Culemanns stieg der Scheffel Roggen zwischenzeitlich sogar auf zwei Thaler.¹⁵¹ Spannagel nimmt den Bericht Wittgensteins allerdings als Beleg für seine These von der finanziellen Erschöpfung des Fürstentums Minden nach dem Dreißigjährigen Krieg, ohne auf diese konjunkturellen Rahmenbedingungen konkreter einzugehen.¹⁵² Nach der Agrarkrise 1651/52 fiel der Roggenpreis fast um die Hälfte, wobei als Ursache des Preisverfalls in der Literatur häufig der kriegsbedingte Bevölkerungsrückgang genannt wird, der zu einem drastischen Sinken der Nachfrage geführt habe.¹⁵³ Für Minden ist aber davon auszugehen, dass auch ein hoher oder niedriger Pegel der Weser nachhaltig den Getreidepreis beeinflussen konnte.¹⁵⁴ Einerseits hing die Menge des angebotenen Getreides infolge des Stapelprivilegs nicht nur vom Angebot der Getreideproduzenten im Fürstentum Minden, sondern auch von Importen aus dem Gebiet der oberen und unteren Weser ab, wie dies für das 16. und frühe 17. Jahrhundert belegt ist.¹⁵⁵ Andererseits konnte sich die Nachfrage Bremens auf den Mindener Markt auswirken. Eingeschränkte oder ganz eingestellte Schifffahrt auf der Weser konnte darum auch bei guten Ernten die lokale und überregionale Preisbildung beeinflussen.

Auf die Preisentwicklung des Mindener Getreidemarktes wirkte sich daneben das örtliche Kriegsmagazin aus, das der brandenburgisch-preussische Staat in der Stadtfestung Minden zur Versorgung seiner Truppen unterhielt. 1657 wurde Thomas Egbert, der bisherige Obereinnehmer des Fürstentums Minden, zum „Proviand-Comissarius der im Westfälischen Kreise gelegenen und dem Grafen von Waldeck in Kriegsdirektion angewiesenen Landen“ ernannt.¹⁵⁷ In dieser Eigenschaft war Egbert dem Generalproviandmeister unterstellt, der die Truppenverpflegung in Krieg und Frieden sowie das Magazinwesen verantwortete. Dabei konkurrier-

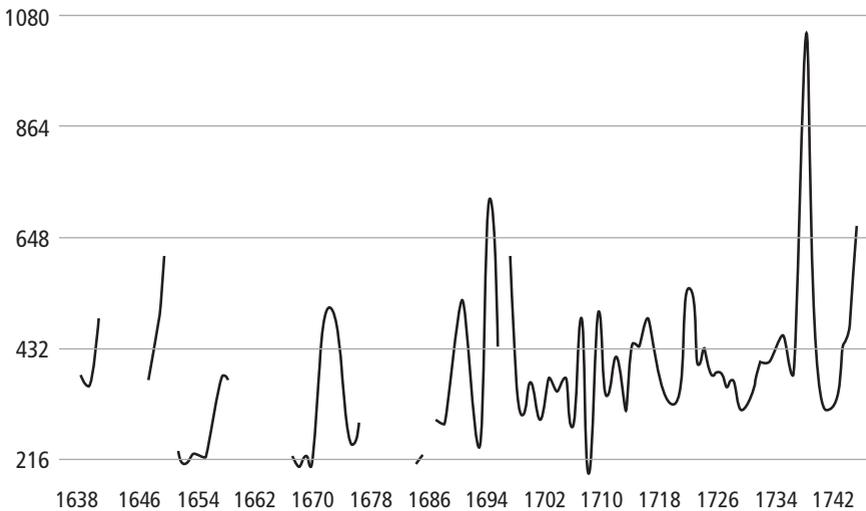


Abbildung 2: Roggenpreise im Fürstentum Minden 1638 bis 1747 in Pfennigen¹⁵⁶

ten die Proviantämter getreidehandelspolitisch mit den Domänenkammerbehörden, die weniger die zentralstaatlich-absolutistischen als vielmehr die provinziell-ständischen Interessen vertraten.¹⁵⁸ Kurfürst Friedrich Wilhelm ordnete dabei die militärische Versorgungsaufgabe einem möglichen sozialen Zweck über, sodass die Magazine kaum Preis regulierende Marktfunktionen übernahmen.¹⁵⁹ Der Getreideexport wurde nur bei Missernten und infolge kriegsbedingt steigender Nachfrage in den Jahren 1651, 1658, 1660, 1662, 1674/75 und 1684 verboten.¹⁶⁰ Unsicher ist, ob sich Ravensberg und Minden in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und im frühen 18. Jahrhundert überhaupt selbst versorgen konnten oder ob sie auf Getreidezufuhren angewiesen waren. Naudé kommt unter Bezug auf Spannagel zu dem Schluss, dass beide Territorien selbst in guten Jahren nicht den Bedarf ihrer Bevölkerung hätten decken können.¹⁶¹ Schulz bestätigt dies zumindest für Ravensberg.¹⁶² Dagegen scheint Minden zumindest in normalen Erntejahren Überschüsse erzielt zu haben, die exportiert werden konnten.¹⁶³ Hierfür sprechen die Exportverbote, die für Minden in den Jahren 1651, 1684 oder 1693 verhängt wurden.¹⁶⁴

Beim jetzigen Forschungsstand scheint der Mindener Getreidemarkt den beiden langen Konjunkturphasen der frühneuzeitlichen Landwirtschaft zu folgen. Die Agrardepression nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde im frühen 18. Jahrhundert von einer Phase steigender Preise abgelöst, die schließlich in die Phase der Agrarreformen um 1800 mündete.¹⁶⁵ Es bedarf jedoch noch intensiver Forschungen, um ein fundiertes Bild der Marktentwicklungen im Fürstentum Minden zu gewinnen.

Exkurs: Der Einfall der Franzosen 1679 – Kriege als exogene Schocks

Das Fürstentum Minden zählte in der Frühen Neuzeit hinsichtlich seiner Fläche und Bevölkerung zu den kleinen Territorien Nordwestdeutschlands. Es war von Nebenländern umgeben, deren Herrscher im 17. und 18. Jahrhundert häufig mit den Hohenzollern rivalisierten.¹⁶⁶ Seine räumliche und verkehrliche Lage, weniger seine natürlichen Ressourcen, machten die Stadt Minden als strategisch wichtige Festung in allen Kriegen dieser Zeit zu einem begehrten Objekt der beteiligten Parteien. Der brandenburgische Brückenkopf Minden lag fast genau auf der Hälfte der Marschstrecke von Berlin bis zu seinem westlichsten Außenposten Kleve, was Stadt und Fürstentum als Quartier kurfürstlicher Truppen prädestinierte. In seinem Politischen Testament von 1667 empfahl der Große Kurfürst daher seinem Nachfolger in Minden eine 650 Mann starke Garnison in Friedenszeiten vorzusehen, „so lange keine Citadell gebaut.“¹⁶⁷ Im Krieg sollte die Festung durch eine eintausend Mann starke Garnison, im Frieden durch sechshundert Soldaten gesichert werden. Damit gehörte Minden neben Berlin-Cöln, Magdeburg und Kolberg zu den größten Standorten der brandenburgischen Armee. 1688 umfasste die Garnison 1.398 Soldaten, einschließlich der Artillerie, was knapp 4,6 % der Streitmacht entsprach. Die monatlichen Unterhaltungskosten betragen rund 4.250 Thaler und etwa 3,4 % der monatlichen Gesamtkosten.¹⁶⁸ Nach dem Frieden von Oliva 1660 setzte der Kurfürst eine reine Geldverpflegung der Soldaten durch, die die alte Verpflegung durch den Quartierwirt ersetzte. Trotz der Tatsache, dass die Mittel nicht direkt an die Soldaten, sondern an die Kompagniechefs ausgezahlt wurden, entfaltete die Geldverpflegung in den Garnisonsstädten eine enorme wirtschaftliche Bedeutung, weil sie die private Nachfrage nach Nahrungsmitteln verstärkte und damit die Preise auf den lokalen Märkten beeinflusste.¹⁶⁹ Zum Verhältnis von stehendem Heer und der städtischen Gesellschaft in Minden ist anders als beispielsweise für Göttingen kaum etwas bekannt.¹⁷⁰

Die krisenhaften ökonomischen Entwicklungen nach dem Westfälischen Frieden bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts lassen sich hauptsächlich durch exogene Faktoren wie Kriege und andere nicht-zyklische Katastrophen erklären.¹⁷¹ Die vormodernen Kriege entfalteten eine sehr ambivalente Wirkung, weil sie neben destruktiven und rückwärts gewandten Impulsen, moderne und wachstumsfördernde Schübe setzten.¹⁷² Nach 1648 begann keine Friedenszeit, sondern, so Johannes Burkhart, ein zweiter Dreißigjähriger Krieg (1667-1697).¹⁷³ Die Hintergründe dieser zahlreichen Konflikte können hier nicht ausführlich dargelegt werden. Friedrich Wilhelm war kein verlässlicher Koalitionspartner und wechselte seine Verbündeten mehrfach. In diesen Kriegen blieben nordwestdeutsche Nebenländer, wie Minden, Ravensberg oder andere brandenburgisch-preußische Besitzungen, weiterhin Objekte der Begierde und begehrte Kompensations- und Tauschgegenstände der kriegführenden Parteien.¹⁷⁴ So versuchten die Schweden im Jahre 1662 vergeblich, das Fürstentum in ihren Besitz zu bringen. Auch der allzeit kriegsbereite

Fürstbischoff von Münster, Christoph Bernhard von Galen, fiel mehrfach in das Land ein, so dass es wieder direkter Kriegsschauplatz wurde.¹⁷⁵ Die Feldzüge, Durchmärsche und Einquartierungen während dieser Konflikte trafen neben der Stadtfestung Minden gerade das militärisch ungeschützte ländliche Umland stark, weil ein Besatzer nach geltendem Kriegsrecht Fourage (Naturalien und Dienstleistungen, vor allem Transportfuhren) und Kontributionen (Geld) fordern durfte. Im Falle der Verweigerung drohte die unkontrollierte Ausplünderung.¹⁷⁶

Zu Beginn des Holländischen Krieges 1672 führte der Große Kurfürst im Fürstentum Minden nicht nur umfangreiche Musterungen durch, sondern zog etwa eintausend Bauern zu Schanzarbeiten für die Festung Minden heran. Gleichzeitig scheiterte er mit dem Versuch, seine rheinischen Provinzen gegen französische Truppen zu verteidigen und musste die linksrheinischen Gebiete zwischen März 1672 und Juni 1673 an Ludwig XIV. abtreten.¹⁷⁷ Ein Jahr später besetzte die Armee des Fürstbischoffs von Galen die Stadt Lübbecke und zog sich aus der Burg Reineberg erst nach Zahlung von 5.000 Thalern und etlichen Fudern Roggen zurück.¹⁷⁸ 1674 fielen erneut rund 6.000 Söldner des Fürstbischofs in das Fürstentum ein, wobei das Sommergetreide zur Versorgung der Armee fouragiert wurde. In den folgenden Jahren kam es mehrfach zu Invasionen und Durchmärschen eigener und fremder Truppen. Die nachhaltigsten Folgen dürfte allerdings der Einfall einer rund 40.000 Mann starken französischen Armee am Ende des Holländischen Krieges 1679 gehabt haben.¹⁷⁹ Hier deutete sich bereits die französische Politik einer verbrannten Erde an, wie sie wenige Jahre später im Pfälzischen Erbfolgekrieg Realität werden sollte.¹⁸⁰ Die französische Heeresverwaltung war relativ straff und wirkungsvoll organisiert und auf eine Zentralisierung sowie die Erhöhung der militärischen Schlagkraft bedacht.¹⁸¹ Dazu hatte sie Proviantmagazine dicht an der Grenze aufgebaut. Allerdings verhinderte der Rhein als natürliche Grenze eine gesicherte Truppenversorgung, je weiter die französische Armee auf rechtsrheinisches Gebiet vordrang. Allein der tägliche Verpflegungsbedarf der brandenburgischen Armee betrug zu Beginn des Krieges für knapp 25.500 Mann und 14.700 Pferde täglich rund 12.200 kg Brot, 225 Hektoliter Bier, 7.000 kg Fleisch und 42.000 Liter Hafer.¹⁸² Hierbei ist der Bedarf an Heu beziehungsweise frischem Gras von etwa fünf Kilo und 50 bis 100 Litern Wasser pro Pferd und Tag noch nicht einmal enthalten. Die verfügbaren Transportkapazitäten, die organisatorischen und logistischen Mittel dieser Zeit reichten nicht aus, die für eine ausreichende Versorgung der Truppen notwendigen Nahrungsmittel und Güter in der erforderlichen Stückzahl, von der Qualität einmal ganz abgesehen, in kurzer Zeit an die wechselnden Kriegsschauplätze zu liefern. Die Versorgung war damit in fast allen Kriegen der Frühen Neuzeit oft völlig unzureichend, so dass die Feldzüge weniger der militärischen Auseinandersetzung, als vielmehr der Sicherstellung von Kontributionen und Fourage dienten.¹⁸³ Die jeweiligen Oberbefehlshaber nutzten dazu einerseits kurzfristige militärische Operationen, meistens durch die mobilere Kavallerie, um in verfeindeten Nachbarterri-

torien, teilweise abseits vom eigentlichen Kriegsschauplatz, kurzfristig relativ willkürlich festgelegte Kontributionen und Fouragelieferungen zu erpressen. Die oben geschilderte Besetzung Lübbeckes und der Burg Reineberg ist dafür ein gutes Beispiel. Andererseits schlossen Besatzer und Besetzte eigene Verträge über die Kontributions- und Fourageleistungen ab, um sowohl gesicherte Erträge zur Finanzierung der Kriegskosten zu erzielen, als auch die materiellen und monetären Forderungen kalkulierbar, finanzierbar und realisierbar zu halten. Als die Franzosen im Juni 1679 in das Fürstentum Minden einfielen, forderten sie eine Brandschatzung von 30.000 Thalern und drohten andernfalls, alle Dörfer um die Stadt in Schutt und Asche legen zu wollen.¹⁸⁴ Die militärische Lage Brandenburgs war zu diesem Zeitpunkt fast aussichtslos. Der für die Truppen des westlichen Kriegsschauplatzes verantwortliche General von Spaen hatte dem Kurfürsten schon im April geraten, Frieden mit Frankreich zu schließen.¹⁸⁵ Anfang Juni hielt er die Versorgungslage seiner Truppen durch das Mindener Kriegsmagazin für nicht mehr als fünf Wochen gesichert, mit dem aber, was in der Stadt Minden vorhanden sei, werde er nicht über sechs Wochen „subsistieren“ können.¹⁸⁶ Nach dem Rückzug der Truppen in die Festung Minden offenbarte sich dann am 20. Juni in einem Schreiben an Friedrich Wilhelm die aussichtslose Lage. Alle hohen Offiziere wiesen darauf hin, dass das Magazin schlecht bestellt sei, die Festungswerke noch schlecht aufgemacht seien und an allem Mangel herrsche und Minden nur noch durch die Zahl der eigenen Truppen gehalten werde. Andernfalls müsse die Stadt in wenigen Tagen verloren gehen. Sie seien zwar bereit, ihr Leben zu opfern und diesen Ort bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, baten den Kurfürsten aber zu bedenken, was der Verlust von mehr als 8.000 Mann für die gesamte brandenburgische Armee und den Kriegsetat bedeuten würde.¹⁸⁷ Friedrich Wilhelm antwortete darauf am 24. Juni, er habe bereits vor 14 Tagen den Geheimen Rat Meinders beauftragt, Frieden mit Frankreich zu schließen.¹⁸⁸ Bis zur endgültigen Bestätigung des Friedensschlusses weigerte sich aber der französische General Créqui, auf die Kontribution und Fourage zu verzichten.

Obwohl offen ist, welche Schäden der Holländische Krieg tatsächlich an Menschen, Vieh, Gebäuden und anderen Sachwerten anrichtete,¹⁸⁹ trug das Fürstentum Minden durch solche Konflikte und militärischen Ereignisse immer wieder Schäden davon, die vor allem die Landwirtschaft als Basis der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung strukturell schwächten. Es verwundert daher nicht, dass beispielsweise aus dem Kirchspiel Bergkirchen viele Menschen vor der französischen Invasionsarmee in die benachbarte Grafschaft Hoya flüchteten, während die Kirche „vom Feinde elend zugerichtet“ worden sein soll.¹⁹⁰ Dieser Einzelbeleg spricht dafür, dass die ländliche Bevölkerung Strategien im Umgang mit den verschiedenen Militärmächten und für die eigene Lebens- und Subsistenzhaltung gefunden haben dürfte, wie dies für andere Regionen belegt ist.¹⁹¹ Insofern ist es ohne vertiefende Forschungen kaum möglich, ein klares Bild von der tatsächlichen Lage im Fürstentum Minden zu gewinnen. Die Zeiträume

zwischen den Kriegen und militärischen Belastungen scheinen jedoch in der Regel für einen gründlichen, nachhaltigen Aufbau zu kurz gewesen zu sein, so dass sich die Provinz Minden Anfang des 18. Jahrhunderts wirtschaftlich in einem schlechten Zustand befand. Die These Spannagels vom wirtschaftlichen Niedergang des Fürstentums Minden unter dem Großen Kurfürsten lässt diese entscheidenden Ereignisse der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts aber weitgehend außer Betracht.¹⁹²

Fazit und Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung des Fürstentums Minden im 17. Jahrhundert wurde durch zahlreiche sich kumulierende und gegenseitig verstärkende Faktoren nachhaltig gehemmt. Dabei lassen sich zufällige Ursachen wie klimatische und Witterungseinflüsse ebenso unterscheiden wie strukturelle und konjunkturelle Faktoren, denen die merkantilistische Politik der brandenburgischen Herrscher und eine sich gerade erst entwickelnde frühmoderne Verwaltung nur wenig entgegenzusetzen hatten. Strenge Winter (1658, 1665, 1674), Stürme (1660, 1694), Brände (1651, 1672, 1676) und Überschwemmungen (1651, 1674, 1682) oder Seuchenumzüge (1656, 1668, 1672, 1677) lösten lokale Krisen aus,¹⁹³ deren Folgen sich durch Kriege und andere militärische Belastungen verstärkten. Die demographische und wirtschaftliche Erholungsfähigkeit des Fürstentums wurde zwar nicht grundsätzlich erschüttert, aber die wiederkehrenden externen Schocks verlängerten die Erholungszeiten selbst in relativ dynamischen Phasen wie nach der französischen Invasion 1679.

1710 fasste ein Bericht der Mindenschen Kommission den Zustand des Fürstentums Minden wie folgt zusammen: „Die Ursachen solchen Abfalls sind außer Zweifel mit die von 20, 30 Jahren her dieses Land betroffene viele Unglücksfälle, feindliche Invasiones, Mißwachs, Hagel- und Wasserschaden, Sturmwinde, Feuersbrunst und die annis 1698 und 99 erlittene große Theurung, da die meiste Unterthanen zu Anschaffung des benötigten Brotkorns sich in große Schulden gesetzt und davon noch nicht befreiet; sodann die schwere Einquartierungen auf dem Lande, die vielfältige Marschen und Remarschen, die gewaltsame Ausnehmung der Recruten, da der Unterthan keinen Knecht oder Sohn bei der Stätte sicher behalten, noch den Acker der Gebühr nach bestellen kann; die dabei vorgenommene Geldpressuren, die Krieges- und andere ausländische Fuhren, dabei der Unterthan nicht allein das Seinige versäumen muß, sondern seine Pferde öfters dazu verlieret; Der Abgang des Commercii, sonderlich beim Garn- und Leinenhandel, worauf hin und wieder so schwere Imposten geleet, daß der Landmann solches ohne Schaden nicht loswerden kann; der Mangel an guten Fabriken und Manufacturen und daß denenjenigen, welche dabei etwas zu entrepeniren Vorhabens, nicht, wie an anderen Orten geschehen, assistiret wird; die Städte und Flecken sich allein vom Bierbrauen, Branntweinbrennen und Ackerbau ernähren müssen; dabei sonderlich dem Mindener Bier schlechter Profit, und die meisten zurück kommen;“¹⁹⁴

Das Fazit der bisherigen Forschung fällt mit Karl Spannagel ernüchternd aus: Friedrich III./I. sei zwar ein Reichtum an Projekten zuzugestehen, aber seine Regierung habe wenig Bereitschaft und Tatkraft entwickelt, die Ideen in durchgreifenden Reformen auch umzusetzen.¹⁹⁵ Das Fürstentum Minden war allerdings keine Kolonie, die seinen Eintritt in den brandenburgisch-preußischen Staat mit seinem eigenen wirtschaftlichen Niedergang bezahlen musste. Dazu war der sich im Aufbau befindliche Verwaltungsapparat des frühmodernen Brandenburg zumindest bis um 1750 weder quantitativ noch qualitativ in der Lage. Der Start des Fürstentums unter der Herrschaft der Hohenzollern war nach 1648 mit strukturellen Problemen und exogenen Schocks behaftet, für die die neuen Herrscher nur bedingt verantwortlich waren.

Anmerkungen

- 1 Hermann Fechner, Wirtschaftsgeschichte der preußischen Provinz Schlesien in der Zeit ihrer provinziellen Selbständigkeit 1741-1806, Breslau 1907; Karl Heinrich Kaufhold, Schlesien 1740 – 1806. „Kolonie“ oder „Entwicklungszentrum“ Preußens? in: Weltwirtschaft und Wirtschaftsordnung. Festschrift für Jürgen Schneider zum 65. Geburtstag, hg. von Rainer Gömmel, Markus A. Denzel, Stuttgart 2002, S. 139-150. Siehe auch Burkhard Nolte, Merkantilismus und Staatsräson in Preußen. Absicht, Praxis und Wirkung der Zollpolitik Friedrichs II. in Schlesien und in den westfälischen Provinzen (1740 – 1786), Marburg 2004. Zur kritischen Auseinandersetzung um den Begriff des modernen und frühmodernen Staates siehe Wolfgang Reinhard, Frühmoderner Staat – moderner Staat, in: Die Entstehung des modernen Europa 1600-1900, hg. von Olaf Mörke, Michael North, Köln 1998, S. 1-9 und Bettina Braun, Frank Göttmann, Der geistliche Staat der Frühen Neuzeit. Einblicke in Stand und Tendenzen der Forschung, in: Geistliche Staaten im Nordwesten des Alten Reiches. Forschungen zum Problem frühmoderner Staatlichkeit, hg. von Dies., Michael Strömer, Köln 2003, S. 59-86.
- 2 Gustav Schmoller, Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs des Großen und Preußens überhaupt von 1680 bis 1786. Teil I bis V, Leipzig 1884; Ders., Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte. Besonders des preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert, Reprint Hildesheim 1974 [1898]; Wolfgang Mager, Protoindustrialisierung und agrarisch-heimgewerbliche Verflechtung in Ravensberg während der Frühen Neuzeit. Studien zu einer Gesellschaftsformation im Übergang, in: Geschichte und Gesellschaft 8 (1982), S. 435-474; Ders., Die Rolle des Staates bei der gewerblichen Entwicklung Ravensbergs in vorindustrieller Zeit, in: Rheinland und Westfalen im Industriezeitalter, hg. von Kurt Düwell, Wolfgang Köllmann, Wuppertal 1983, S. 61-72; Wolfgang Radtke, Gewerbe und Handel in der Kurmark Brandenburg 1740 bis 1806. Zur Interdependenz von kameralistischer Staatswirtschaft und Privatwirtschaft, Berlin 2003.
- 3 Karl Spannagel, Minden und Ravensberg unter brandenburgisch-preußischer Herrschaft von 1648 bis 1719, Hannover, Leipzig 1894 und dazu Philipp Koch, Licht auf lange Schatten borussischer Historiographie. Karl Spannagel und die Geschichte Mindens und Ravensbergs 1648 bis 1719, in: Westfälische Forschungen Bd. 59, 2009, S. 353-377. Für die Zeit nach 1750 siehe Ders., Bevölkerung und Wirtschaft im Fürstentum Minden in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Zum demografischen und ökonomischen Umfeld der Schlacht bei Minden 1759, in: Die Schlacht bei Minden. Weltpolitik und Lokalgeschichte, hg. von Martin Steffen, Minden 2008, S. 63-93 und Werner Abelshauser, Die etwas andere Industrialisierung. Skizzen einer alternativen Entwicklung, in: Die etwas andere Industrialisierung. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Minden-Lübbecke Landes im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Ders., Essen 1999, S. 9-32, hier S. 9f.
- 4 Rainer Gömmel, Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Merkantilismus 1620-1800, München 1998.
- 5 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 217f.
- 6 Johannes Burkardt, Minden und Ravensberg. Zwei nordwestfälische Territorien unter der Herrschaft des Großen Kurfürsten, in: Membra unius capituli. Studien zu Herrschaftsauffassungen und Regierungspraxis in Kurbrandenburg (1640 – 1688), hg. von Michael Kaiser, Michael Rohrschneider, Berlin 2005, S. 121–145, hier S. 121f. und S. 135f.
- 7 Heinz Potthoff, Geschichte von Gewerbe und Handel, in: Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern. Festschrift zur Erinnerung an die dreihundertjährige Zugehörigkeit der Grafschaft Ravensberg zum brandenburg-preußischen Staate, hg. von Hermann Tümpel (Hg.), Bielefeld/Leipzig 1909, S. 179-256, hier S. 204 und Ders., Das Ravensberger Leinengewerbe im 17. und 18. Jahrhundert, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg Bd. 35 (1921), S. 27-83, hier S. 73ff.; Wiederabdruck in: Eduard Schöneweg, Das Leinengewerbe in der Grafschaft Ravensberg. Ein Beitrag zur niederdeutschen Volks- u. Altertums-

- kunde, 2. Aufl., Osnabrück 1985, S. 263-320, hier S. 309; Hildegard Ditt, Stadt- einzugsbereich von Minden und Kulturraumgrenzen des Wesergebietes in der Frühen Neuzeit, in: Niederlande und Nordwestdeutschland. Studien zur Regional- und Stadtgeschichte Nordwestkontinentaleuropas im Mittelalter und in der Neuzeit, hg. von Wilfried Ehbrecht, Heinz Schilling, Köln 1983, S. 180-218, hier S. 196.
- 8 Grundlegend dafür Schmoller, Studien, wie Anm. 2. Vgl. allgemein zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft Gerold Ambrosius, Staat und Wirtschaftsordnung. Eine Einführung in Theorie und Geschichte, Stuttgart 2001.
 - 9 So explizit bei Bernd-Wilhelm Linne-meier, Jüdisches Leben im Alten Reich. Stadt und Fürstentum Minden in der Frühen Neuzeit, Bielefeld 2002, S. 350. Eine Ausnahme zur kritischen Reflexion des Forschungsstandes und der Quellenlage bietet Jens Bruning, Das pädagogische Jahrhundert in der Praxis. Schulwandel in Stadt und Land in den preußischen Westprovinzen Minden und Ravensberg 1648-1816, Berlin 1998.
 - 10 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, Vorwort, S. III.
 - 11 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 218 und Christof Dipper, Deutsche Geschichte 1648- 1789, Frankfurt/Main 1991, S. 9ff.
 - 12 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 222 und Potthoff Leinengewerbe, wie Anm. 7, S. 73.
 - 13 Johannes Burkhardt, Artikel Wirtschaft, a) Einleitung und b) Neuzeitteil (16.-20. Jh.), in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Wörterbuch zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 511-513 und S. 550-594.
 - 14 Vgl. zu den unterschiedlichen Wachstumspfaden Hans-Werner Niemann, Europäische Wirtschaftsgeschichte. Vom Mittelalter bis heute, Darmstadt 2009, S. 77ff.
 - 15 Immer noch grundlegend für das 18. Jahrhundert ist die Studie von Stephanie Reekers, Beiträge zur statistischen Darstellung der Wirtschaft Westfalens um 1800. Teil 2 Minden- Ravensberg mit 4 Karten im Text und einem Tabellen- teil, in: Westfälische Forschungen Bd. 18 (1965), S. 75-130. Eine Untersuchung zur Finanzverwaltung des Fürstentums Min- den, wie sie beispielsweise seit kurzem für das Hochstift Hildesheim vorliegt, fehlt. Christian M. Zachlod, Die Staatsfinanzen des Hochstifts Hildesheim vom Ende des Siebenjährigen Krieges bis zur Säkularisation (1763 – 1802/03), Stuttgart 2007. 16 Friedrich Lütge, Die wirtschaftliche Lage Deutschlands vor Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges, in: Der Dreißigjährige Krieg. Perspektiven und Strukturen, hg. von Hans Ulrich Rudolf, Darmstadt 1977, S. 458-539. Zu Minden vgl. Koch, Licht, wie Anm. 3, S. 370f.
 - 17 Wilfried Reininghaus, Territorialarchiv von Minden, Ravensberg, Tecklenburg, Lingen und Herford, Münster 2000, S. 11f.; Burkardt, Minden, wie Anm. 6, S. 121f. und 126ff.; Georg Galle, Kammer und Kommissariat. Die Entwicklung der Kammer- und Kommissariatsverwaltung in Minden-Ravensberg zur Zeit Friedrich Wilhelms I., in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 61 (1989), S. 45-69. Diese Feststellung trifft auch für die Verwaltungsgeschichte der Stadt Minden zu. Vgl. Theodor Lampmann, Die Stadt Minden in ihrem Verhältnis zum brandenburgisch-preußischen Staate 1648 bis 1723. Besonders die Regulierung des rathäuslichen Wesens unter Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I., in: Mindener Jahrbuch 3 (1927), S. 7-83.
 - 18 Koch, Licht, wie Anm. 3, S. 370. Eine der wenigen aktuellen Studien zur Geschichte Mindens in der Frühen Neuzeit ist die Dissertation von Barbara Groß zur Hexerei. Vgl. dies., Hexerei in Minden. Zur sozialen Logik von Hexereiverdächtigungen und Hexenprozessen (1584-1684), Münster 2009 und dazu die Rezension von Ursula Bender-Wittmann in diesem Band.
 - 19 Martin Krieg, Handschriften der Mindener Chronistik im 16. und 17. Jahrhundert, in: Westfälische Zeitschrift 107 (1957), S. 107-134; Burkardt, Minden, wie Anm. 6, S. 121f. und Reininghaus, Territorialarchiv, wie Anm. 17, S. 43ff.; Wolfgang Bockhorst, Adelsarchive in Westfalen. Die Bestände der Mitgliedsarchive der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e.V. sowie die in staatlichen kommunalen und sonstigen Archiven Westfalens verwahrten Adelsarchive, Kurzübersicht, 2. Aufl., Münster 2004; Hans Nordsiek (Hg.), Kommunalarchiv Minden. Archiv der Stadt Minden

- und des Kreises Minden-Lübbecke. Geschichte, Bestände, Sammlungen, Minden 1993 und Gerhard Rösche, Das Archiv des Hauses Beck, in: Beiträge zur Heimatkunde der Stadt Löhne 3 (1973), S. 110-116.
- 20 Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Acta Borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert, 16 Bde., Berlin 1892-1928.
- 21 Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Acta Borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Die einzelnen Gebiete der Verwaltung. Die Getreidehandelspolitik und die Kriegsmagazinverwaltung Brandenburg-Preußens, 4 Bde., Berlin 1901-1931.
- 22 Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Acta Borussica. Denkmäler der Preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Die einzelnen Gebiete der Verwaltung. Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Brandenburg-Preußens, 3 Bde., Berlin 1911-1928.
- 23 Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, 27 Bde., Berlin 1864-1930.
- 24 Otto Meinardus (Hg.), Protokolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rathes aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, 16 Bde., Berlin 1889-1919.
- 25 Walter Achilles, Landwirtschaft in der Frühen Neuzeit, München 1991.
- 26 Gömmel, Entwicklung, wie Anm. 4, S. 57 und Christian Pfister, Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1500-1800, München 1994.
- 27 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 5f. (Minden) sowie S. 51 (Ravensberg). Gertrud Angermann, Volksleben im Nordosten Westfalens zu Beginn der Neuzeit. Eine wachsende Bevölkerung im Kräftefeld von Reformation und Renaissance, Obrigkeit und Wirtschaft (Minden-Herford-Ravensberg-Lippe), Münster 1995, S. 8f., 72ff. und 156ff.
- 28 Dietrich Ebeling, Peter Klein, Das soziale und demografische System der Ravensberger Protoindustrialisierung, in: Bevölkerungsgeschichte im Vergleich. Studien zu den Niederlanden und Nordwestdeutschland, hg. von Ernst Hinrichs, Henk van Zon, Aurich 1988, S. 27-48; Peter Klein, Wiederverheiratungen in einer agrarisch-heimgewerbliche Region. Das Kirchspiel Spenge 1768-1868, in: Kultur und Staat in der Provinz. Perspektiven und Erträge der Regionalgeschichte, hg. von Stefan Brakensiek, Axel Flügel u.a., Bielefeld 1992, S. 83-105; Peter Klein, Familie und agrarisch-heimgewerbliche Verflechtung. Eine demografische Studie zu Spenge (Ravensberg) 1768-1868, Bielefeld 1993; Jürgen Kocka, Karl Ditt u.a., Familie und soziale Plazierung. Studien zum Verhältnis von Familie, sozialer Mobilität und Heiratsverhalten an westfälischen Beispielen im 18. und 19. Jahrhundert, Opladen 1980; Hans-Wilhelm Peter, Bevölkerungsentwicklung in einer agrarisch-heimgewerblichen Region. Das Kirchspiel Spenge 1768-1868, in: Brakensiek, Kultur, wie Anm. 28, S. 67-81.
- 29 Vgl. Heinz Potthoff, Die Bevölkerung von Minden und Ravensberg im 18. Jahrhundert, in: JBHVR Bd. 37 (1923), S. 10-19; Philipp Koch, Bevölkerungsgeschichte Mindens im 18. und 19. Jahrhundert. Quellen und Daten zur Bevölkerungsstatistik, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 76, 2004, S. 37-62 und Rolf Gehrman, Bevölkerungsgeschichte Norddeutschlands zwischen Aufklärung und Vormärz, Berlin 2000, S. 105.
- 30 Hans Nordsiek, Minden unter schwedischer Herrschaft (1633/34-1649/50), in: Die Bedeutung Norddeutschlands für die Großmacht Schweden im 17. Jahrhundert, Kolloquium schwedischer und deutscher Historiker in Stade am 25.6. 1984, bearb. von Jürgen Bohmbach, Stade 1986, S. 37-47, hier S. 37 und Hans Nordsiek, Zur Eingliederung des Fürstbistums Minden in den brandenburgisch-preußischen Staat, in: Expansion und Integration. Zur Eingliederung neu gewonnener Gebiete in den preußischen Staat, hg. von Peter Baumgart, Köln 1984, S. 45-79, hier S. 47.
- 31 Martin Blomenkamp, Über den Beginn der Kirchenbuchführung im Fürstentum Minden, in: Beiträge zur westfälischen Familienforschung 1, 1938, S. 49-59, hier S. 57; Ludwig Koechling, Die Kirchenvisitation vom Jahre 1650 im Fürstentum Minden, in: Dona Westfalica. Georg Schreiber zum 80. Geburtstag, hg. von der Historischen Kommission Westfa-

- lens, Münster 1963, S. 167–173; Ders., Die Kirchenbücher und kirchenbuchähnlichen Aufzeichnungen des ehemaligen Fürstentums Minden sowie der übrigen Kirchspiele der heutigen Kreise Minden und Lübbecke, Minden 1970 und Heinrich Oskar Brocke, Kirchenvisitation im Fürstentum Minden Anno Domini 1650, in: Beiträge zur Heimatkunde der Stadt Löhne Heft 3 (1973), S. 59–88.
- 32 Hans Nordsiek, Grundherrschaft und bäuerlicher Besitz im Amt Reineberg, Minden 1966, S. 44f. und S. 273.
- 33 Ermittelt nach den Angaben bei Angermann, Volksleben, wie Anm. 27, S. 8f. und S. 75ff.; Blumenkamp, Beginn, wie Anm. 31, S. 54ff. und Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 44f. und S. 273. Zu den wüsten Stellen vgl. Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 46f. und Brocke, Kirchenvisitation, wie Anm. 31, S. 84.
- 34 Matthias Asche, Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006; Otto Behre, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 132; Martin Fuhrmann, Volksvermehrung als Staatsaufgabe? Bevölkerungs- und Ehepolitik in der deutschen politischen und ökonomischen Theorie des 18. und 19. Jahrhunderts, Paderborn 2002, S. 23ff.
- 35 Johann Peter Süßmilch, Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen. 3 Teile, 3., verbesserte Auflage, Berlin 1765, S. 116ff.; Behre, Geschichte, wie Anm. 34, Beilage 4, S. 450 und Gehrmann, Bevölkerungsgeschichte, wie Anm. 22, S. 462ff. Zu Süßmilch siehe Herwig Birg (Hg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767), Frankfurt/Main 1986.
- 36 Behre, Geschichte, wie Anm. 34, S. 134.
- 37 Ebd. S. 137 und Süßmilch, Ordnung, wie Anm. 35, Teil 1, Tabellenanhang S. 82.
- 38 Blumenkamp, Beginn, wie Anm. 31, S. 57.
- 39 Süßmilch, Ordnung, wie Anm. 35, S. 116 und Behre, Geschichte, wie Anm. 34, S. 134.
- 40 Berechnet nach Süßmilch, Ordnung, wie Anm. 35, S. 116ff.
- 41 Gehrmann, Bevölkerungsgeschichte, wie Anm. 29, S. 103 und Koch, Bevölkerung, wie Anm. 3, S. 79ff.
- 42 Gehrmann, Bevölkerungsgeschichte, wie Anm. 29, S. 101.
- 43 Pfister, Bevölkerungsgeschichte, wie Anm. 26, S. 37.
- 44 Behre, Geschichte, wie Anm. 34, S. 198.
- 45 Siehe unten.
- 46 Berechnet nach Süßmilch, Ordnung, wie Anm. 35, S. 116 und Behre, Geschichte, wie Anm. 34, S. 134 und S. 450.
- 47 Nach Potthoff, Bevölkerung, wie Anm. 29, S. 10.
- 48 Als Berechnungsgrundlage wurden die Werte für 1688 aus der Tabelle 1 herangezogen, um zu einer vorläufigen Schätzung zu gelangen. Berechnet nach Süßmilch, Ordnung, wie Anm. 35, S. 116 und Behre, Geschichte, wie Anm. 34, S. 134 und S. 450.
- 49 Berechnet nach Blumenkamp, Beginn, wie Anm. 31, S. 54 und Heinz Brandt, Das Seelenverzeichnis des Kirchspiels Bergkirchen von 1671 und eine Konfirmandenliste von 1676, in: Beiträge zur Heimatkunde der Städte Löhne und Bad Oeynhausens Heft 20 (2006), S. 43–66, hier S. 52ff.
- 50 Jürgen Schlumbohm, Familienformen und demographisches Verhalten. Politische Debatten und empirische Befunde zum vorindustriellen Deutschland, in: Frühe Neuzeit. Festschrift für Ernst Hinrichs, hg. von Karl-Heinz Zießow, Christoph Reinders-Düselder, Heinrich Schmidt, Bielefeld 2004, S. 219–231, hier S. 228f. und Gehrmann, Bevölkerungsgeschichte, wie Anm. 29, S. 310ff.
- 51 Otto Steffen, Gerhard Bartling, Karl Ottenmeier, Die bäuerlichen Hofstätten in der Bauerschaft Werste vom 16./17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, in: Beiträge zur Heimatkunde der Städte Löhne und Bad Oeynhausens Heft 10 (1983), S. 141–150, hier S. 141ff.; Heinrich Backs, Gerhard Bartling, Otto Steffen, Bäuerliche Hofstätten in den Bauerschaften Dehme, Eidinghausen und Volmerdingen vom 16./17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, in: Beiträge zur Heimatkunde der Städte Löhne und Bad Oeynhausens Heft 8/9, 1982, S. 125–157 und Otto Steffen, Die bäuerlichen Hofstätten in

- der Bauerschaft Wulferdingsen vom 16./17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, in: Beiträge zur Heimatkunde der Städte Löhne und Bad Oeynhausen Heft 13/14 (1991), S. 160-168.
- 52 Ditt, Stadteinzugsbereich, wie Anm. 7, S. 196f.
- 53 Pfister, Bevölkerungsgeschichte, wie Anm. 26, S. 15f.
- 54 Brandt, Seelenverzeichnis, wie Anm. 49, S. 43ff.; Martin Krieg, Mindener Bürgeraufnahmen 1641-1662, in: Beiträge zur Westfälischen Familienforschung 1 (1938), Heft 2, S. 59-72; Heinz Riechmann, Die Familien des Kirchspiels Bergkirchen 1670-1770, Frankfurt/Main 1988; Helmut Riechmann, Die Familien der Kirchengemeinde Hartum Bd. 1 (1661-1760), Minden 1981 und Wilhelm Vieth, Familiengeschichtliche Quellen der Mindener ev.-luth. Kirchengemeinden im Archiv des ev. Gemeindeamtes Minden i.W., in: Mindener Jahrbuch 9 (1937/38), S. 210-211.
- 55 Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 29f.; Reininghaus, Territorialarchive, wie Anm. 17, S. 30; Gerhard Rösche, Otto Steffen, Erik Steffen, Das Katasterprotokoll der Hoheit Beck von 1681 mit den Bauerschaften Mennighüffen, Oberbeck und Löhne-Beck, in: Beiträge zur Heimatkunde der Städte Löhne und Bad Oeynhausen Heft 20, 2006, S. 67-102, hier S. 67f. und Otto Steffen, Erik Steffen, Die Landesvisitation in der Vogtei Gohfeld des Fürstentums Minden im Jahre 1682. Bauerschaften Jöhlenbeck und Depenbrock, in: Beiträge zur Heimatkunde der Städte Löhne und Bad Oeynhausen Heft 21, 2010, S. 41-70.
- 56 Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen, Münster, KDK Minden Nr. 1231, Bl. 1-55; wieder abgedruckt bei Meinolf Nitsch, Rita Gudermann (Hg.), Agrarstatistik der Provinz Westfalen 1750 – 1880, Paderborn 2009, S. 38. Zusätzlich forderten die Zentral- und Mittelbehörden von den Lokalverwaltungen daneben immer wieder auch zusätzliche Bevölkerungsangaben, die sich verstreut in den Archiven erhalten haben. So eine Liste der 1713 bis Dezember 1728 an und abgegangenen Bürger der Stadt Minden in: Kommunalarchiv Minden, Bestand C, Nr. 43,1.
- 57 Pfister, Bevölkerungsgeschichte, wie Anm. 26, S. 70f.
- 58 Dagegen schwankte die durchschnittliche Personenzahl je Feuerstelle in Ravensberg zwischen 4,8 (Amt Limberg) und 7,3 (Amt Heepen). Jürgen Kloosterhuis (Bearb.), Bauern, Bürger und Soldaten. Quellen zur Sozialisation des Militärsystems im preußischen Westfalen 1713-1803, Münster 1992, S. 201.
- 59 Für das Fürstentum Minden finden sich bereits für das Jahr 1718 saldierte Listen in: Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen, Münster, KDK Minden Nr. 1224, Bl. 8ff.
- 60 Walter G. Rödel, „Statistik“ in vorstatistischer Zeit. Möglichkeiten und Probleme der Erforschung frühneuzeitlicher Populationen, in: Bevölkerungsstatistik an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Quellen und methodische Probleme im überregionalen Vergleich, hg. von Kurt Andermann, Hermann Ehmer, Sigmaringen 1990, S. 9-25.
- 61 Potthoff, Bevölkerung, wie Anm. 29, S. 11f. und Potthoff, Geschichte, wie Anm. 7, S. 192. Grundsätzlich dazu Jürgen Schlumbohm, Gesetze, die nicht durchgesetzt werden – ein Strukturmerkmal des frühneuzeitlichen Staates?, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 647-663.
- 62 Acta Borussica, Behördenorganisation Bd. 1, wie Anm. 20, S. 52-56, hier S. 54 und den Bericht der mindischen Kommission über den Zustand des Fürstentums Minden vom 9. Oktober 1710, in: ebd., S. 126-132, hier S. 126f.
- 63 Kloosterhuis, Bauern, wie Anm. 40, S. 24.
- 64 Ebd., S. 71ff., S. 79f., S. 82 und S. 84.
- 65 Burschel, Peter, Söldner im Nordwestdeutschland des 16. und 17. Jahrhunderts, Göttingen 1994 und Koch, Licht, wie Anm. 3, S. 368ff.
- 66 Koch, Bevölkerung, wie Anm. 3, S. 75 und Josef Mooser, Ländliche Klassengesellschaft 1770 – 1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen, Göttingen 1984, S. 246ff. und S. 479.
- 67 Koch, Bevölkerung, wie Anm. 3, S. 77f.
- 68 Potthoff Geschichte, wie Anm. 7, S. 204; Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 202; Mager, Rolle, wie Anm. 2, S. 61ff. Für die Untersuchungszeit immer noch ertragreich Oskar Schulz, Die Entwicklung der Landwirtschaft, in: Tümpel, Minden-Ravensberg, wie Anm. 7, S. 139-178, hier S. 153ff.
- 69 Rita Gudermann, Heinrich Volkmann,

- Einleitung, in: Nitsch, Gudermann, Agrarstatistik, wie Anm. 56, S. 1-32, hier S. 4 und Gehrman, Bevölkerungsgeschichte, wie Anm. 29, S. 202ff.
- 70 Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32. Siehe in Anlehnung an Nordsiek auch Reinhard Lüpke, Geschichte der Gemeinde Hüllhorst, Hüllhorst 1987, S. 51ff.
- 71 Vgl. allgemein die einleitenden Beiträge von Bosbach und Opgenoorth im Sammelband von Kaiser, Rohrschneider, Membra, wie Anm. 6.
- 72 Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32 und Lüpke, Geschichte, wie Anm. 70, S. 51ff.
- 73 Stefan Brakensiek, Agrarreform und Ländliche Gesellschaft. Die Privatisierung der Marken in Nordwestdeutschland 1750 – 1850, Paderborn 1991, S. 94; Ders., Die Landschaft in den Kreisen Minden und Lübbecke im 19. Jahrhundert, in: Abelhauser, Industrialisierung, wie Anm. 3, S. 61-84, hier S. 61f. sowie Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 53f.
- 74 Hildegard Ditt, Naturräume und Kulturlandschaften Westfalens. Ihre Inwertsetzung seit dem frühen Mittelalter, in: Der Raum Westfalen Bd. 6, Fortschritte der Forschung und Schlussbilanz, Teil 2, hg. von Franz Petri, Alfred Hartlieb von Wallthor, Münster 1996, S. 1-326, hier S. 145ff.; Kurt Horstmann, Die Entwicklung von Landschaft und Siedlung in der Umgebung Mindens, in: Mindener Jahrbuch 7, 1934/35, S. 1-75 und Koch, Bevölkerung, wie Anm. 3, S. 65ff.
- 75 Hermann Benz, Landbevölkerung und Landwirtschaft im Amt Levern, in: Tausend Jahre Levern. Beiträge zu seiner Geschichte, hg. von den Gemeinden des Amtes Levern, Minden 1969, S. 250-275, hier S. 250ff.; Bernd-Wilhelm Linne-meier, Ein Gut und sein Alltag. Neuhof an der Weser, Münster 1992, S. 175ff.; Hans Nordsiek, Die bäuerlichen Besitzungen des Kirchspiels Levern im Jahre 1646, in: Levern, wie Anm. 49, S. 143-211 und Koch, Bevölkerung, wie Anm. 3, S. 65ff.
- 76 1801 lag der Ertrag im Fürstentum Minden bei dem fünffachen der Aussaat. Nitsch, Gudermann, Agrarstatistik, wie Anm. 56, S. 181.
- 77 Achilles, Landwirtschaft, wie Anm. 25, S. 18 und Karl Ditt, Rita Gudermann, Norwich Rübe (Hg.), Agrarmodernisierung und ökologische Folgen. Westfalen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Paderborn 2001.
- 78 Heinz Potthoff, Gewerbestatistik von Ravensberg und Minden, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg Bd. 24, 1910, S. 98-113, hier S. 98f.
- 79 Wilfried Reininghaus, Gewerbe in der Frühen Neuzeit, München 1990, S. 64ff. und Potthoff, Geschichte, wie Anm. 7, S. 198f.
- 80 Grundlage der Schätzung ist die Zahl der Feuerstellen 1713. Alle folgenden Berechnungen nach Potthoff, Gewerbestatistik, wie Anm. 61, S. 99. 1798 liegt der Anteil bei 19,7%. Vgl. Reekers, Beiträge, wie Anm. 15, S. 85
- 81 Reininghaus, Gewerbe, wie Anm. 62, S. 67; Potthoff, Gewerbestatistik, wie Anm. 61, S. 100 und Potthoff, Geschichte, wie Anm. 7, S. 210.
- 82 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 217; Potthoff, Geschichte, wie Anm. 7, S. 210f. und Helge Kater, Zwischen Brauhaus und Rathaus. Bierbrauen in Minden vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zur Aufhebung der städtischen Selbstverwaltung (1650- 1711/23), Staatsexamensarbeit Universität Bielefeld 2004. Die Arbeit bietet zwar zahlreiche instruktive Informationen zum Mindener Braugewerbe und zu anderen Themen (Metrologie; Ratsverfassung im 17. Jh.), zeichnet sich aber durch erhebliche inhaltliche, systematische und methodische Mängel aus. So vernachlässigt Kater die politischen Rahmenbedingungen durch die zahlreichen Konflikte und Kriege dieser Zeit als Faktor des politischen Handelns der Ratsherren und Braugenossen sowie ihre Folgen für das Mindener Braugewerbe. Völlig entgangen ist ihm die große Bedeutung der Mindener Klöster und des Domkapitels für die Entwicklung des Braugewerbes. Ebenfalls unberücksichtigt bleibt die zentrale Bedeutung des Wassers für das Bierbrauen, die neben der Getreideversorgung die Qualität des Bieres entscheidend mit bestimmte.
- 83 Reininghaus, Gewerbe, wie Anm. 62, S. 38.
- 84 Reekers, Beiträge, wie Anm. 15, S. 101f. Eine systematische Auswertung der Angaben in den Gewerbestatistiken Preußens steht noch aus. Vgl. Gewerbestatistik Preußens vor 1850, Bde. 1-3, hg. von

- Karl Heinrich Kaufhold, Ulrike Albrecht, St. Katharinen 1989-2000.
- 85 Michael Kopsidis, Agrarentwicklung. Historische Agrarrevolutionen und Entwicklungsökonomie, Stuttgart 2006, S.7f. und S. 277ff.
- 86 Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 254f.
- 87 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 171 und dazu ausführlich Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 243-256.
- 88 Clemens Wischermann, Institutionen-ökonomische Theorien und die Erklärung der Wirtschaftsentwicklung Europas in der Neuzeit, in: Mörke, North, Entstehung, wie Anm. 1, S. 81-92; Ders., Anne Nieberding, Die institutionelle Revolution. Eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2004, S. 30-50; Kopsidis, Agrarentwicklung, wie Anm. 85, S. 277ff.
- 89 Kopsidis, Agrarentwicklung, wie Anm. 85, S. 284f.
- 90 Schulz, Landwirtschaft, wie Anm. 68, S. 158; Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 171 und Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 134ff.
- 91 Wilfried Dammeyer, Der Grundbesitz des Mindener Domkapitels. Ein Beitrag zur Güter- und Wirtschaftsgegeschichte der deutschen Domkapitel, Minden 1957, S. 131ff. und S. 136.
- 92 Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 67ff.; Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 96f., S. 387 und S. 469.
- 93 Acta Borussica Getreidehandelspolitik Bd. 2, wie Anm. 21, S. 199 und S. 202; Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 135ff. und Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 169 und S. 182.
- 94 Bernd-Wilhelm Linnemeier, Die landesherrliche Domänenwirtschaft und die Amtshäuser des Fürstentums Minden. Untersuchungen zu ihrer Struktur und äußeren Beschaffenheit in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins Bd. 64 (1992), S. 49-80.
- 95 Koch, Licht, wie Anm. 3, S. 371f.
- 96 Bernhard Erdmannsdörfer, Graf Georg Friedrich von Waldeck. Ein preußischer Staatsmann im siebzehnten Jahrhundert, Berlin 1869, S. 53; Kurt Breysig, Geschichte der brandenburgischen Finanzen in der Zeit von 1640 bis 1697. Bd. 1, Die Zentralstellen der Kammerverwaltung. Die Amtskammer, das Kassenwesen und die Domänen der Kurmark, Sonderabdruck Leipzig 1895, S. 55ff. und Ferdinand Hirsch, Der Versuch einer Finanzreform in Brandenburg in den Jahren 1651-1655, in: Gustav von Schmoller, Beiträge zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Festschrift zu Gustav Schmollers 70. Geburtstag, Leipzig 1908, S. 23-48.
- 97 Breysig, Geschichte, wie Anm. 94, S. 61 und S. 94; Linnemeier, Domänenwirtschaft, wie Anm. 92, S. 64 und S. 68 sowie Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 125f.
- 98 Erdmannsdörfer, Graf, wie Anm. 94, S. 62ff.; Breysig, Geschichte, wie Anm. 94, S. 69ff.; Hirsch, Versuch, wie Anm. 94, S. 23ff. und Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 185.
- 99 Acta Borussica, Getreidehandelspolitik Bd. 2, wie Anm. 21, S. 64; Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 83; Linnemeier, Domänenwirtschaft, wie Anm. 92, S. 51ff.
- 100 Breysig, Geschichte, wie Anm. 94, S. 63.
- 101 Breysig, Geschichte, wie Anm. 94, S. 91f.; Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 182 und Linnemeier, Domänenwirtschaft, wie Anm. 92, S. 51ff.
- 102 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 167 und Linnemeier, Domänenwirtschaft, wie Anm. 92, S. 54 und S. 62.
- 103 Linnemeier, Domänenwirtschaft, wie Anm. 92, S. 75f.
- 104 Breysig, Geschichte, wie Anm. 94, S. 276f.
- 105 Linnemeier, Domänenwirtschaft, wie Anm. 92, S. 58ff. und S. 65f.
- 106 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 113-120 und dazu Burkardt, Minden, wie Anm. 6, S. 129f.
- 107 Breysig, Geschichte, wie Anm. 94, S. 77-88 zur Ära Canstein und S. 291ff.
- 108 Karl Adolf von der Horst, Die Rittersitze der Grafschaft Ravensberg und des Fürstentums Minden, Nachdruck Osnabrück 1970 [1894], S. 95-197 und Nachtrag S. 37-150; Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 76 sowie Elizabeth Harding, Landtag und Adligkeit. Ständische Repräsentationspraxis der Ritterschaften von Osnabrück, Münster und Ravensberg 1650 bis 1800, Münster 2011, S. 42ff.
- 109 Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 158ff.; Gerhard Rösche, Bilanz des Gutes Beck aus dem Wirtschaftsjahr 1718/19, in: Beiträge zur Heimatkunde

- der Stadt Löhne und Bad Oeynhausen Sonderheft 2, Löhne 1979, S. 25-48; Manfred Wolf, Die Rittergüter in Hal- dem im 16. und 17. Jahrhundert, in: Mit- teilungen des Mindener Geschichtsver- eins Bd. 57 (1985), S. 27-67 und Michael Sikora, Der Adel in der Frühen Neuzeit, Darmstadt 2009, S. 32ff., S. 78ff. und S. 113ff. 110 Potthoff, Bevölkerung, wie Anm. 29, S. 18.
- 111 Um 1800 gehörten in Minden-Ravens- berg noch 98 Güter dem Adel. 1810 sind für Minden 41 und Ravensberg 27 Rit- tergüter nachzuweisen. Nitsch, Guder- mann, Agrarstatistik, wie Anm. 56, S. 55 und S. 62.
- 112 Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 95f.
- 113 Kopsidis, Agrarentwicklung, wie Anm. 85, S. 286f. und Schulz, Landwirtschaft, wie Anm. 68, S. 159f.
- 114 Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 97.
- 115 Potthoff, Bevölkerung, wie Anm. 29, S. 18.
- 116 Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 246ff.
- 117 Schulz, Landwirtschaft, wie Anm. 68, S. 167f. und S. 371.
- 118 Berechnet nach Potthoff, Bevölkerung, wie Anm. 29, S. 18 und Schulz, Land- wirtschaft, wie Anm. 68, S. 371.
- 119 Schlumbohm, Familienformen, wie Anm. 50, S. 228f.
- 120 Berechnet nach Potthoff, Bevölkerung, wie Anm. 29, S. 18 und Schulz, Land- wirtschaft, wie Anm. 68, S. 371.
- 121 Gudermann, Volkmann, Einleitung, wie Anm. 69, S. 11ff.
- 122 Vgl. Tabelle 5.
- 123 Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 246ff.; Brakensiek, Agrarreform, wie Anm. 73, S. 94ff.
- 124 Brakensiek, Agrarreform, wie Anm. 73, S. 95f.
- 125 Achilles, Landwirtschaft, wie Anm. 25, S. 58f. und S. 107ff.
- 126 Mager, Protoindustrialisierung, wie Anm. 2, S. 459.
- 127 Linnemeier, Gut, wie Anm. 75, S. 332f. und Anm. 1351. Auf den kompensieren- den Effekt einer guten Kartoffelernte in Jahren gestiegener Getreidepreise ver- weist Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 324 und S. 450f.
- 128 Michael Prinz, Aus der Hand in den Mund. Geschichte und Aktualität der Selbstversorgung, in: Westfälische For- schung Bd. 61 (2011), S. 1-20, hier S. 9.
- 129 Werner Rösener, Einführung in die Agrargeschichte, Darmstadt 1997, S. 117ff. und Kopsidis, Agrarentwicklung, wie Anm. 85, S. 286f.
- 130 Günter Franz, Geschichte des deut- schen Bauernstandes vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 2., erg. u. erw. Aufl. Stuttgart 1978, S. 225. Dazu inhaltlich Achilles, Landwirtschaft, wie Anm. 25, S. 114. Zu Franz siehe Wolfgang Behringer, Bauern-Franz und Rassen-Günther. Die politische Geschich- te des Agrarhistorikers Günther Franz (1902-1992), in: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, hg. von Winfried Schule, Otto G. Oexle, Frankfurt/Main 1999, S. 114-141.
- 131 Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 272f. Die historischen Flächenan- gaben wurden in moderne Flächenma- ße umgerechnet. Siehe dazu Nitsch, Gu- dermann, Agrarstatistik, wie Anm. 56, S. 425 und S. 62. Da die Angaben bei Nordsiek Bandbreiten enthalten, wur- den die Minima- und Maxima-Flächen als Berechnungsgrundlage herangezo- gen.
- 132 Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 275-344.
- 133 Siehe als Vergleich Nitsch, Gudermann, Agrarstatistik, wie Anm. 56, S. 74 sowie Kopsidis, Agrarentwicklung, wie Anm. 85, S. 306f. für die Zeit um 1800.
- 134 Nordsiek, Grundherrschaft, wie Anm. 32, S. 275-344.
- 135 Achilles, Landwirtschaft, wie Anm. 25, S. 77.
- 136 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 171f.
- 137 Jean-Marc Moriceau, Im Zentrum des landwirtschaftlichen Fortschritts? Land- wirtschaftliche Großbetriebe in Frank- reich vom 17. – 19. Jahrhundert, in: Ländliche Gesellschaften in Deutschland und Frankreich im 18.-19. Jahrhundert, hg. von Reiner Prass, Jürgen Schlum- bohm, Gérard Béaur, Göttingen 2003, S. 77-100, hier S. 78 und Kopsidis, Agrar- entwicklung, wie Anm. 85, S. 7f., S. 9 und S. 306ff.
- 138 Rösener, Einführung, wie Anm. 129, S. 169ff.; Frank Konersmann, Klaus-Joa- chim Lorenzen- Schmidt, Zum Stand der deutschen Sozialgeschichte von Bauern. Studien über Bauern als Händler zwi- schen dem 15. und 19. Jahrhundert, in: Bauern als Händler. Ökonomische Diver-

- sifizierung und soziale Differenzierung bäuerlicher Agrarproduzenten (15. – 19. Jahrhundert), hg. von Dens., Stuttgart 2011, S. 1-16, hier S. 2f. und Kopsidis, Agrarentwicklung, wie Anm. 85, S. 11f.
- 139 Wilhelm Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur in Mitteleuropa vom 13. bis zum 19. Jahrhundert, Berlin 1935, S. 280.
- 140 Achilles, Landwirtschaft, wie Anm. 25, S. 41f., S. 74f. und S. 77 und Prinz, Hand, wie Anm. 128, S. 9.
- 141 Achilles, Landwirtschaft, wie Anm. 25, S. 79.
- 142 Jürgen Schlumbohm (Hg.), Soziale Praxis des Kredits. 16.-20. Jahrhundert. Hannover 2007;
- 143 Mager, Protoindustrialisierung, wie Anm. 2, S. 462.
- 144 Achilles, Landwirtschaft, wie Anm. 25, S. 76ff.
- 145 Hans-Joachim Behr, Freiheit der Schifffahrt und Stapelzwang. Die Ausbildung des Stapelrechts an der Weser, in: Schifffahrt, Handel, Häfen. Beiträge zur Geschichte der Schifffahrt auf Weser und Mittellandkanal, hg. von Jutta Bachmann, Helmut Hartmann, Minden 1987, S. 51-73.
- 146 Vgl. Michael Kopsidis, Marktintegration und Entwicklung der westfälischen Landwirtschaft 1780 – 1880. Marktorientierte ökonomische Entwicklung eines bäuerlich strukturierten Agrarsektors, Münster 1996 und Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 132f.
- 147 Bruno Kuske, Wirtschaftsgeschichte Westfalens in Leistung und Verflechtung mit den Nachbarländern bis zum 18. Jahrhundert, Münster 1949, S. 29 und Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 132f.
- 148 Acta Borussica, Getreidehandelspolitik Bd. 2, wie Anm. 21, S. 510f. und S. 534-538; Nitsch, Gudermann, Agrarstatistik, wie Anm. 56, S. 345-351; Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. 462f.
- 149 Burkardt, Minden, wie Anm. 6, S. 125 und Anm. 22.
- 150 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 82f. und Acta Borussica, Getreidehandelspolitik Bd. 2, wie Anm. 21, S. 64.
- 151 Ernst Albrecht Friedrich Culemann, Hermann Adolph Meinders, Fünfte Abtheilung Mindischer Geschichte, darinnen kürzlich erzählt wird, was sich unter der Regierung sechs Bischöffe und des Chur-Hauses Brandenburg, Vom Jahr 1554 bis 1713 im Stifft Minden merckwürdiges zugetragen. Aus beglaubten Nachrichten zusammen gebracht, nebst dreyen zur Mindischen Historie dienenden Monumentis, Minden 1748, S. 233.
- 152 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 83.
- 153 Wilhelm Abel, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 3., neu bearb. Aufl., Stuttgart 1978, S. 272ff., Achilles, Landwirtschaft, wie Anm. 25, S. 3.
- 154 Fernand Braudel, Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts Bd. 2, Der Handel, München 1986, S. 389ff.
- 155 Dirk Korinth, Güter auf dem Fluss, in: Die Weser. Einfluss in Europa Bd. 2, Aufbruch in die Neuzeit, hg. von José Kastler, Vera Lüpkes, Holzminden 2000, S. 150-155, hier S. 150ff.
- 156 Acta Borussica, Getreidehandelspolitik Bd. 2, wie Anm. 21, S. 534-538; Nitsch, Gudermann, Agrarstatistik, wie Anm. 56, S. 345-350.
- 157 Friedrich Wolters, Geschichte der brandenburgischen Finanzen in der Zeit von 1640 bis 1697 Bd. 2, Die Zentralverwaltung des Heeres und der Steuern, München 1915, S. 130 und Lars Atorf, Der König und das Korn. Die Getreidehandelspolitik als Fundament des brandenburgisch-preußischen Aufstiegs zur europäischen Großmacht, Berlin 1999, S. 57f.
- 158 Wolfgang Neugebauer, Zur neueren Deutung der preußischen Verwaltung im 17. und 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Osteuropas Bd. 26 (1977), S. 26-128, hier S. 91. Siehe auch Atorf, König, wie Anm. 157, S. 58.
- 159 Die politischen Testamente der Hohenzollern, bearb. von Richard Dietrich, Köln 1986, S. 194ff.; Acta Borussica, Getreidehandelspolitik Bd. 2, wie Anm. 21, S. 88ff. und Atorf, König, wie Anm. 157, S. 59f.
- 160 Acta Borussica, Getreidehandelspolitik Bd. 2, wie Anm. 21, S. 63ff. und Atorf, König, wie Anm. 157, S. 62.
- 161 Acta Borussica, Getreidehandelspolitik Bd. 2, wie Anm. 21, S. 114f. und Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 202, S. 217, S. 221ff.
- 162 Schulz, Landwirtschaft, wie Anm. 68, S. 156.
- 163 Kuske, Wirtschaftsgeschichte, wie

- Anm. 147, S. 32f. und Mooser, Klassengesellschaft, wie Anm. 66, S. S. 132f.
- 164 Acta Borussica, Getreidehandelspolitik Bd. 2, wie Anm. 21, S. 64, S. 72, S. 114f., S. 122f. und S. 128.
- 165 Wilhelm Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, 3., neu bearb. u. erw. Aufl. Hamburg 1978, S. 155 und Ders., Geschichte, wie Anm. 153, 272ff. 166 Gerhard Köbler, Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien und reichsunmittelbaren Geschlechter vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 6., vollständig überarbeitete Auflage, Darmstadt 1999, S. 80ff. (Braunschweig), S. 102f. (Calenberg), S. 128f. (Diepholz), S. 281 (Hoya), S. 354f. (Lippe), S. 459f. (Osnabrück), S. 568ff. (Schaumburg und Schaumburg-Lippe).
- 167 Dietrich, Testamente, wie Anm. 159, S. 202.
- 168 Angaben und Berechnungen nach Behre, Geschichte, wie Anm. 34, S. 117 und Beilage 3, S. 439ff.
- 169 Atorf, König, wie Anm. 157, S. 64ff.
- 170 Ralf Pröve, Stehendes Heer und städtische Gesellschaft im 18. Jahrhundert. Göttingen und seine Militärbevölkerung 1713-1756, München 1995
- 171 Joseph Aloys Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmerrisiko, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, 6. Aufl., Berlin 1964, S. 324 und Ders., Konjunkturzyklen. Eine theoretische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses Bd. 1, Göttingen 1961, S. 260.
- 172 Vgl. Bernhard R. Kroener, Vom „extraordinari Kriegsvolk“ zum „miles perpetuus“. Zur Rolle der bewaffneten Macht in der europäischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen Bd. 43 (1988), S. 141-188, hier S. 166-170.
- 173 Johannes Burkhardt, Vollendung und Neuorientierung des frühmodernen Reiches 1648- 1763, Stuttgart 2006, S. 98ff.
- 174 Jürgen Bohmbach, Ein Anzug der nicht passte. Die Herzogtümer Bremen und Verden als schwedischer Brückenkopf, Kompensationsobjekt und militärisches Reservoir, in: Der Westfälische Frieden von 1648. Wende in der Geschichte des Ostseeraums, Hamburg 2001, S. 247-266.
- 175 Burkhardt, Vollendung, wie Anm. 173, S. 111 und S. 114ff.; Culemann, Geschichte, wie Anm. 151, S. 265ff. und Schroeder, Chronik der Stadt Minden, Minden 1883, S. 610 und S. 615f.
- 176 Horst Carl, Unter fremder Herrschaft. Invasion und Okkupation im Siebenjährigen Krieg, in: Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, hg. von Bernhard R. Kroener, Ralf Pröve, Paderborn 1996, S. 331-348. Kersten Krüger, Kriegsfinanzen und Reichsrecht im 16. und 17. Jahrhundert, in: Kroener, Pröve, Krieg, wie Anm. 176, S. 47-57, hier S. 57 und Culemann, Geschichte, wie Anm. 151, S. 273.
- 177 Atorf, König, wie Anm. 157, S. 69.
- 178 Culemann, Geschichte, wie Anm. 151, S. 268 und Schroeder, Chronik, wie Anm. 175, S. 618ff. Siehe auch Spanngel, Minden, wie Anm. 3, S. 195 Anm. 2.
- 179 Hermann Tümpel, Politische Geschichte, in: Ders., Minden-Ravensberg, wie Anm. 7, S. 1- 88, hier S. 26ff.; Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Bd. 18, Berlin 1902, S. 101ff.; Culemann, Geschichte, wie Anm. 151, S. 373 und Schroeder, Chronik, wie Anm. 175, S. 621ff.
- 180 Burkhardt, Vollendung, wie Anm. 173, S. 103f.
- 181 Hans Schmidt, Militärverwaltung in Deutschland und Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert, in: Kroener, Pröve, Krieg, wie Anm. 176, S. 25-46, hier S. 37.
- 182 Angaben nach Wolters, Geschichte, wie Anm. 157, S. 508f. Siehe dazu auch Atorf, König, wie Anm. 157, S. 69. Ein Pfund wurde mit 468,5 g, das Faß mit 2,25 Hektoliter und ein Metzen mit 3,51 Litern nach den Angaben bei Johann Friedrich Hauschild, Georg K. Chelius, Vergleichungstafeln der Gewichte verschiedener Länder und Städte. Nebst der neuesten Verordnungen und Untersuchungen über Maße u. Gewichte, wie auch mehreren Beiträge zur Berichtigung der Gewichtskunde, Frankfurt/Main 1836, S. 112 umgerechnet.
- 183 Carl, Herrschaft, wie Anm. 176, S. 334f. Eine der wenigen Ausnahmen war der Winterfeldzug Friedrich Wilhelms in der Kornkammer Ostpreußen 1678/79, der ohne Versorgungsprobleme geführt werden konnte. Atorf, König, wie Anm.

- 157, S. 72f.
- 184 Culemann, Geschichte, wie Anm. 151, S. 273 und Schroeder, Chronik, wie Anm. 175, S. 624ff.
- 185 Urkunden Bd. 18, wie Anm. 179, S. 101.
- 186 Ebd., S. 108.
- 187 Ebd., S. 111.
- 188 Ebd., S. 113. Zu Meinders siehe Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 98f., S. 160 und S. 195.
- 189 Schroeder, Chronik, wie Anm. 175, S. 625. 190 Bergkirchen. Beitrag zur Heimatgeschichte aus den Jahren 1673 und 1679, in: Mindener Heimatblätter Bd. 5 (1927), Heft 4, S. 3.
- 191 Jörg Rathien, Soldaten im Dorf. Ländliche Gesellschaft und Kriege in den Herzogtümern Schleswig und Holstein 1625-1720. Eine Fallstudie anhand der Ämter Reinbek und Trittau, Kiel 2004, S. 142ff.
- 192 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 195.
- 193 Culemann, Geschichte, wie Anm. 151, S. 233ff. und Schröder, Chronik, wie Anm. 176, S. 541ff. für Stadt und Fürstentum Minden für den Zeitraum zwischen 1650 und 1700.
- 194 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 217ff. und Acta Borussica, Behördenorganisation, wie Anm. 20, Bd. 1. Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert, Berlin 1894, S. 52ff. und S. 126.
- 195 Spannagel, Minden, wie Anm. 3, S. 220.

PHILIPP KOCH

„Der Erfolg wird aber selbst die kühnsten Hoffnungen übertreffen ...“

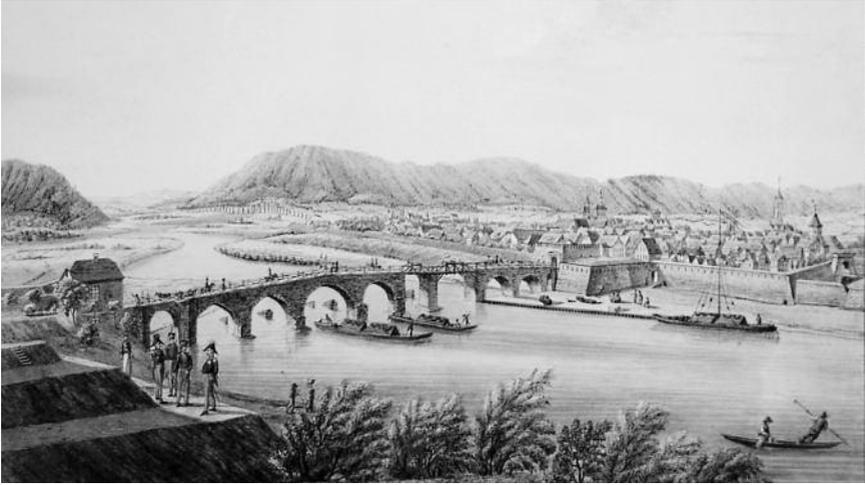
Vorgeschichte und Gründung der Rhein-Weser-Eisenbahn-Aktiengesellschaft und ihr Niedergang in der Weltwirtschaftskrise von 1836/37

„Sobald Staatsschulden einmal ein bestimmtes Ausmaß erreicht haben, gibt es, glaube ich, kaum ein einziges Beispiel dafür, dass sie ehrlich und vollständig bezahlt worden wären. Die Entlastung der Staatseinnahmen ist, wenn es überhaupt dazu kam, immer auf dem Wege eines Bankrotts erfolgt – manchmal eines offenen, immer aber eines faktischen, auch wenn häufig eine Zahlung vorgetäuscht wurde.“¹

Adam Smith (1723-1790)

Einleitung

Seit 2009 erschüttert eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise das ökonomische, politische und gesellschaftliche Leben in den Industriestaaten und Schwellenländern. Verstärkt und überlagert wird diese Krise durch eine wachsende Staatsschuldenkrise einiger Industrienationen. Beinahe täglich gibt es neue Hiobsbotschaften und viele Staaten versuchen, die Krisen einzeln oder gemeinsam durch verschiedenste wirtschafts-, konjunktur- und finanzpolitische Maßnahmen zu beeinflussen, um verlorenes Vertrauen wieder herzustellen und Börsen, Märkte sowie nicht zuletzt die Konjunktur zu stabilisieren. Dabei gehören Krisen, Spekulation und Staatsbankrott, so Werner Plumpe, zum Kapitalismus wie Gewitter zu einem heißen Sommertag.² Unsere Wahrnehmung der unterschiedlichen Krisenereignisse heute wird vielfach von unzutreffenden Vergleichen mit früheren Krisen verzerrt. Bereits zu Beginn der Industrialisierung hingen die deutschen Staaten und private Unternehmen von unvollkommenen Finanzmärkten ab, die – in komplexe internationale Geld- und Kreditssysteme eingebunden – eng mit öffentlichen Finanzen verwoben waren. Der Aufstieg der vor 175 Jahren in Minden gegründeten Rhein-Weser-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft und ihr Niedergang in der heute vergessenen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 1836/1837 soll zeigen, dass schon zu Beginn des liberalen Industriekapitalismus weltweite Krisen erhebliche lokale Folgen für das wirtschaftliche Wachstum und die Stadtentwicklung Mindens zeitigen konnten. Denn ohne die Krise von 1836/1837 und das Scheitern der Rhein-Weser-Eisenbahn läge der Mindener Bahnhof heute vermutlich statt auf dem rechten, auf dem linken Weserufer.



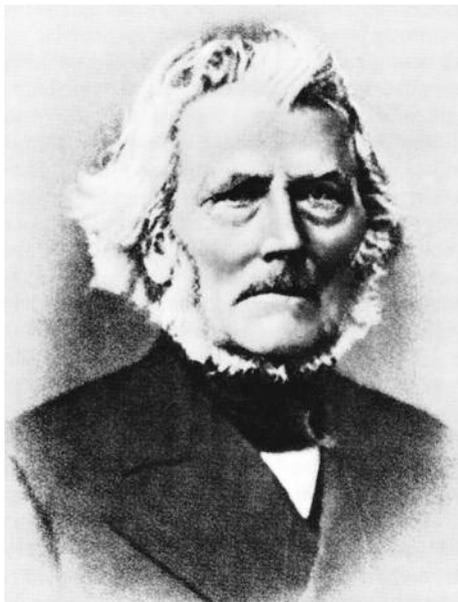
Der Kupferstich von Anton Wilhelm Strack zeigt die Stadtfestung Minden Mitte der 1820er Jahre zurzeit der ersten Pläne einer Eisenbahnverbindung von Rhein und Weser. Quelle: Mindener Museum.

Eisenbahnpioniere in Westfalen und Minden 1825 bis 1835

Am Anfang war die Vision. Die Vision, Rhein und Weser durch eine Eisenbahn zu verbinden. Eine Vision, die erst 20 Jahre später mit der Inbetriebnahme der Köln-Mindener Eisenbahn am 15. Oktober 1847 verwirklicht werden konnte. „Noch vor 15 Jahren“, leitete der Mindener Justizrat Johann Ludwig Koch bei den Eröffnungsfeierlichkeiten seinen Überblick zur Geschichte der Köln-Mindener Eisenbahn ein, „gab es auf dem Europäischen Festlande keine große Eisenbahnanlage; nur in Franken, auf einer ganz kurzen Strecke, lag ein Schienenweg, welcher das betriebsame Fürth mit der reichen Handelsstadt Nürnberg verband. Da, im J.[ahre, der Verfasser] 1832, bildete sich hier, in unserer Stadt, der große Plan und Entwurf aus, den Rhein mit der Weser durch eine Eisenbahn zu verbinden.“³

Mit seiner Aussage irrte Koch allerdings, reichen die Anfänge dieser Eisenbahnstrecke doch weiter als bis ins Jahr 1832 zurück. Bereits im Frühjahr 1825 hatte der märkische Unternehmer Friedrich Harkort in einem Zeitschriftenartikel erste Pläne einer Eisenbahn zwischen Rheinland und Westfalen veröffentlicht.⁴ Harkort hatte eine Fernverbindung von Rhein und Weser gefordert, um den infolge holländischer Zollpolitik stark beeinträchtigten Absatz des rheinisch-märkischen Exportgewerbes durch die Rheinschifffahrt wieder zu verbessern, wobei er das Bild eines künftigen nordwestdeutschen Eisenbahnnetzes entwarf: „Man verbinde Elberfeld, Köln und Duisburg mit Bremen oder Emden und Holland's Zölle sind nicht mehr!“⁵ Die Idee, eine Eisenbahn entweder vom Rhein bis zur Ems

oder Weser zu bauen, war visionär und utopisch zugleich. Bis dahin nutzte man das Transportmittel in Deutschland lediglich im Bergbau als Stoltenkarren für kurze Entfernungen.⁶ Selbst im Mutterland der Eisenbahn, England, hatten sich zu diesem Zeitpunkt erst Pferdebahnen auf zunächst hölzernen, später eisernen Schienen durchgesetzt, die vor allem für den Kohletransport von küstennahen Bergwerken zu den Seehäfen gebaut worden waren und seit 1801 vom Parlament konzessioniert werden mussten.⁷ Die von George Stephenson 1825 fertiggestellte Eisenbahn von Darlington nach Stockton war ebenfalls noch eine Pferdebahn, die nur an zwei steilen Rampen von stehenden Dampfmaschinen mit Zugseil gezogen wurde. Die Gleise der immerhin 41 km langen Strecke bestanden aber aus gewalztem Stabeisen,⁸ die die deutsche Eisenindustrie zu



Friedrich Harkort (1793-1880) setzte sich als erster publizistisch für eine Verbindung von Rhein und Weser durch eine Eisenbahn ein.

Quelle: Hundert Jahre Deutsche Eisenbahnen, Berlin 1935, S. 50.

diesem Zeitpunkt weder in der erforderlichen Menge noch in der notwendigen Qualität liefern konnte. Vollständig dampfbetriebene Eisenbahnen oder Fernstrecken, wie sie Harkort vorschwebten, waren selbst im industriell fortgeschrittenen England mit der 1823 gegründeten „Liverpool and Manchester Railway Company“ gerade erst in der Planung.⁹ Harkorts Erkenntnis, die Eisenbahn transportiere Güter schneller und günstiger, zeugte von seinem wirtschaftlichem Weitblick. Obwohl er selbst als Unternehmer scheiterte, behielt er mit seiner Vision, die Eisenbahnen würden manche „Revolutionen in der Handelswelt“ hervorbringen, Recht. Innerhalb eines Vierteljahrhunderts hatte die Eisenbahn tatsächlich das wirtschaftliche Leben und den Alltag vieler Menschen nicht nur in Deutschland tiefgreifend und nachhaltig verändert.¹⁰

Wer sich wann in der preußischen Festung Minden zuerst mit dem Thema Eisenbahn befasste, ist nicht belegt. War Harkorts Artikel hier überhaupt wahrgenommen worden? Wenn ja, von wem oder welchen Gruppen? Gab es noch andere Kommunikationswege und -mittel, die das Wissen über das neue Transportmittel bis in die Garnison- und Verwaltungstadt verbreiteten?

Ob die Zeitschrift „Hermann“, in dem Harkort seinen Artikel publiziert hatte, überhaupt in Minden gelesen wurde, ist fraglich. Die Zeitung erschien zweimal wöchentlich in Schwelm, war überwiegend im bergisch-märkischen Bürgertum verbreitet, scheint jedoch in anderen Gebieten Westfalens ebenfalls wahrgenommen worden zu sein.¹¹ Wahrscheinlich hatten weder einzelne Beamte der Mindener Regierung noch andere Vertreter des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums den „Hermann“ selbst abonniert, sondern konnten die Zeitschrift in einer der drei Mindener Leihbibliotheken oder der Dienstbibliothek der Regierung einsehen.

Das öffentliche Interesse an Harkorts Artikel zur Eisenbahngründung blieb zunächst insgesamt gering, was in Minden kaum anders gewesen sein dürfte. Dennoch wurden technische Innovationen aufmerksam verfolgt. Eine der wichtigsten Informationsquellen in der Festungsstadt war das „Mindener Sonntagsblatt“. Hier erschien Mitte Januar 1825 unter der Überschrift „Neue Erfindung“ ein Artikel über den Nutzen der Dampfmaschine, in dem der Verfasser und Herausgeber Nikolaus Meyer über ihre vielfältige Nutzung und ihren „ausgezeichnetsten Einflüsse auf Industrie, Handel und Verkehr“ berichtete. Obwohl die Dampfschiffahrt ausdrücklich erwähnt wird, findet sich allerdings noch kein Hinweis auf das neue Verkehrsmittel Eisenbahn.¹²

1826 hatten Beamte, Bildungs- und Wirtschaftsbürger die „Westfälische Gesellschaft für vaterländische Kultur“ gegründet. Die Forschung hat die Bedeutung dieser bürgerlichen Institution für die technische und wirtschaftliche Modernisierung Minden-Ravensbergs in der Phase der Frühindustrialisierung bisher kaum gewürdigt. Im ersten Jahresbericht finden sich Hinweise, dass sich sowohl die naturwissenschaftliche als auch die polytechnische Sektion über die Nutzung der Dampfmaschine informiert hatten.¹³ Die Gesellschaft unterhielt ferner Kontakte zur „Rheinisch-Westindischen Handelskompagnie“,¹⁴ zum „Mexikanischen Bergwerks-Verein“ Elberfeld¹⁵ und zum „Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen“¹⁶ in Berlin, was die ökonomischen und technisch-naturwissenschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder belegt. Motor des Themas Eisenbahn dürften die westfälischen Mitglieder des Gewerbevereins gewesen sein. Der 1821 gegründete Verein verstand sich als Förderer des technologischen und industriellen Fortschritts.¹⁷ In den „Verhandlungen“ des Vereins wurden Berichte über neue technische Errungenschaften publiziert, so 1830 in Band 9 über „die auf der Schienenwegsanlage zwischen Liverpool und Manchester angestellten Versuche mit Dampfswagen“,¹⁸ der ersten modernen Eisenbahn. Zwei der fünfzehn nicht aus Berlin stammenden Gründungsmitglieder des Vereins kamen aus Westfalen:¹⁹ Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, der aus Minden stammende Ludwig Freiherr von Vincke,²⁰ und der Besitzer der im Norden des Kreises Minden an der Weser gelegenen Glashütte Gernheim, H.F. Schrader.²¹ Bis Ende 1821 traten weitere 31 Mitglieder aus Westfalen bei, darunter Friedrich Harkort und der Mindener Regierungsvizepräsident Christian Detmar Mallinkrodt.²² 1825 sind neben Vincke und Schrader der Mindener Regierungsrat von Forckenbeck und der Regierungspräsident

von der Horst vertreten.²³ 1830 schließlich ist die Zahl der Mindener Mitglieder in diesem Gewerbeverein auf vier angewachsen. Neben „der Königlichen Regierung in Minden“, Glashüttenbesitzer Schrader auch der Major und Ingenieur vom Platz von Uthmann²⁴ sowie das Unternehmen Weddigen & Söhne.²⁵ Sowohl der Berliner Gewerbeverein als auch die „Westfälische Gesellschaft“ mit ihren mehr als 300 Mitgliedern²⁶ bildeten insgesamt ein institutionelles Netzwerk, das – ergänzt durch verwandtschaftliche und persönliche Beziehungen – einen frühzeitigen Informations- und Kulturtransfer über das neue Transportmittel Eisenbahn als wahrscheinlich erscheinen lassen. In diesem Zusammenhang dürfen zum einen die frühen Eisenbahnprojekte in der mit Minden wirtschaftlich eng verbundenen Hansestadt Bremen und dem benachbarten Hannover nicht außer Acht gelassen werden. Zum anderen ist offen, ob nicht einzelne Beamte der Mindener Regierung oder Kaufleute durch eine Auslandsreise nach England den Wissenstransfer übernahmen.²⁷

Im Frühjahr 1828 griff die preußische Provinzialbürokratie Harkorts Pläne auf, um die handelspolitische Lage am Rhein mittels Kanal- und Eisenbahnprojekten zu entschärfen. Bereits in napoleonischer Zeit hatte es Pläne gegeben, die eine Verbindung von Rhein und Nordsee durch ein komplexes Kanalsystem entweder über Lippe und Ems oder über Lippe und Weser weiter zur Elbe vorsahen.²⁸ 1815 hatte der hannoversche Wasserbauinspektor Dietrich Reinhold ähnliche Pläne unter dem Titel „Der deutsche Handelskanal oder die schiffbare Verbindung der deutschen Meere, Flüsse und Handelsstaaten“ veröffentlicht.²⁹ Im selben Jahr hatte Vincke auf Anregung der Weseler Kaufmannschaft und ihres Sekretärs Seib begonnen, die inzwischen auf ganzer Länge preußische Lippe für die Schifffahrt auszubauen.³⁰ Auch auf dem ersten westfälischen Landtag 1826 nahm die verkehrs- und infrastrukturpolitische Frage der Regulierung der Lippe breiten Raum ein, wobei der Landtagsabschied einen Antrag zum weiteren Ausbau des Flusses bis Lippstadt enthielt.³¹ Die durchgängige Schiffbarkeit der Lippe zwischen Wesel und Lippstadt stand im Frühjahr 1828 unmittelbar bevor und wurde schließlich Ende des Jahres mit der Fertigstellung der Schleuse Benninghausen tatsächlich verwirklicht.³² Der Mindener Regierungsrat Dr. Carl Wilhelm Koppe knüpfte an diese Ideen an und projektierte eine Eisenbahnverbindung zwischen Rhein und Weser.³³ Von Rehme aus sollte eine pferdegezogene Eisenbahn bis Lippstadt gebaut werden und der weitere Gütertransport bis zum Rhein durch die von dort an schiffbare Lippe ermöglicht werden. Gemeinsam mit dem westfälischen Provinzialsteuereinspektor Krüger aus Münster richtete Koppe eine Eingabe an den preußischen Finanzminister Friedrich Christian von Motz.³⁴ Ende Mai 1828 wandte sich dieser an Vincke.³⁵ Motz schlug eine Eisenbahn von Rehme bis Lippstadt vor und beauftragte Vincke mit der Klärung offener Fragen.³⁶ Probleme sah der Finanzminister nicht nur in der geringen Schiffbarkeit der Lippe, sondern auch in der Leistungsfähigkeit der rheinisch-westfälischen Eisenhütten, die die Schienen liefern sollten. Fraglich blieb außerdem, ob die geplante Eisenbahn über Lippstadt hinaus weiter gebaut werden sollte. Während Motz



Friedrich List (1789-1846) berichtete aus seinem Exil seit Ende der 1820er Jahre über die Anfänge der Eisenbahn in den USA. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland entwarf er 1833 die Grundlagen eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems. Die Lithografie von Joseph Kriehuber zeigt List kurz vor seinem Tod im Jahr 1845.

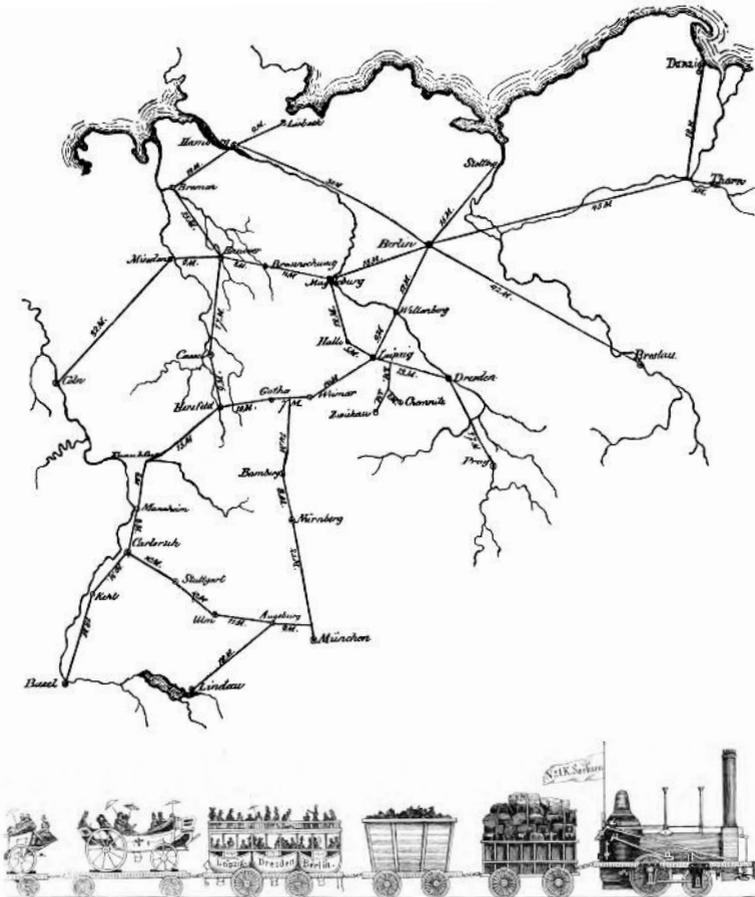
Quelle: Hundert Jahre Deutsche Eisenbahnen, Berlin 1935, S. 49

trotz seiner Fragen zu den Befürwortern der Eisenbahnpläne gehörte, standen viele andere Minister und weite Teile der preußischen Bürokratie entsprechenden Ideen ablehnend oder wenigstens misstrauisch gegenüber. Ihre Haltung erklärt sich vor allem aus zwei Motiven. Einerseits hatte der preußische Staat seit 1814 erhebliche Investitionen für den Ausbau seines unzureichenden Straßennetzes getätigt. Andererseits ließ die Staatsschuldenverordnung von 1820 keine finanzpolitischen Spielräume für neue infrastrukturelle Maßnahmen zu, ohne gleichzeitig das Verfassungsversprechen eines Vereinigten Landtages einlösen zu müssen.³⁷ Trotzdem forderte Vincke verschiedene Gutachten an, die sich mit den aufgeworfenen Problemen und den daraus resultierenden Streckenführungen befassten. Auch der Kölner Regierungspräsident Delius griff nun in die Debatte ein, befürwortete aber den Bau einer Eisenbahn vom Rhein zur Ems, damit das rheinische Gewerbe einen Zugang zur Nordsee habe und so den holländischen Zoll umgehen könne.³⁸

Nach und nach kristallisierten sich sechs mögliche Streckenführungen heraus, um den Rhein oder einen seiner Nebenflüsse über Ems oder Weser mit der Nordsee zu verbinden: Haltern – Rheine, Wesel – Rheine, Rehme – Lippstadt oder Hamm, Rehme – Ruhrort, Rehme – Köln über Ruhrort und schließlich die direkte Strecke Rehme – Köln.³⁹ Nachdem Vincke weitere Gutachten eingeholt hatte, erstellte er Ende des Jahres 1828 einen Abschlussbericht für Finanzminister Motz. Dieser setzte sich daraufhin für den Bau einer Eisenbahn zwischen Rehme und Köln über Hamm ein.

In Minden verfolgte man seit Längerem sehr aufmerksam die geplan-

ten Eisenbahnprojekte. Der Regierungs- und Wasserbaurat Johann Christian Friedrich Nauck⁴⁰ verfasste Mitte April 1829 ein Promemoria über das Projekt der Weser-Lippe Eisenbahn.⁴¹ In seinem Gutachten kam Nauck allerdings zu dem Ergebnis, dass ein Kanal anstelle einer Eisenbahn für die Verkehrsströme günstiger wäre. Gerade in England, Belgien oder Holland hatten Kanäle die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben.⁴² Ende Mai 1829 skizzierte der Kaufmann Friedrich Wilhelm Weddigen⁴³ gegenüber der Stadt seine „Gedanken über die anzulegende Eisenbahn zur Verbindung der Weser mit dem Rhein“.⁴⁴ Weddigen hatte 1824 zu-

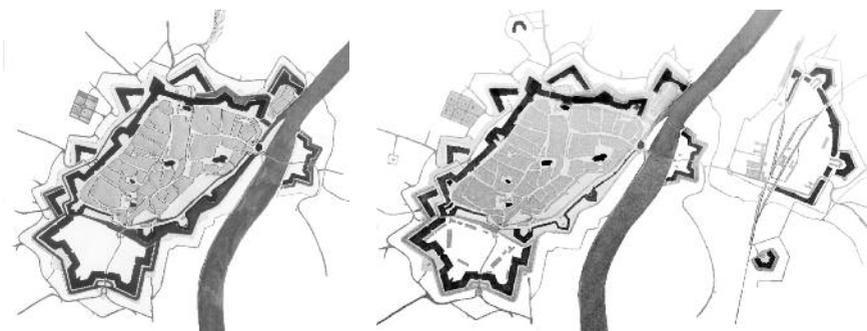


Die Karte von Friedrich List aus dem Jahr 1833 zeigt die Grundlagen eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems.

Quelle: Friedrich List, *Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahn-Systems*, Leipzig 1833.

sammen mit seinem Bruder Friedrich August⁴⁵ das Gebäude der 1763 gegründeten Mindener Zuckerraffinerie gekauft. Dort betrieben die Brüder eine Zuckerfabrik, die zu den bedeutendsten frühindustriellen Unternehmungen Westfalens zählt. So gehörte „F.W. Weddigen & Söhne in Minden“ zum privilegierten Kundenkreis des Provinzial-Banco-Comtoirs in Münster, dem 1831 aus der gesamten Provinz lediglich 34 Unternehmen angehörten.⁴⁶ 1833 wurden beide Brüder mit jeweils 5.000 Taler Einkommen in der Bürgerrolle geführt und zahlten die höchste Grundsteuer aller Mindener Bürger.⁴⁷ Friedrich Wilhelm und Friedrich August Weddigen verkörpern den frühindustriellen Typus des westfälischen Wirtschaftsbürgers, der sich sowohl allmählich von traditionellen ökonomischen Ansichten löste, als auch weiterhin einem tradierten Wirtschaftsverständnis verhaftet blieb. Beide sahen in einer besseren Verkehrsanbindung der Stadt die Voraussetzung, einerseits die ökonomische Lage ihres Unternehmens, andererseits die wirtschaftliche Entwicklung Mindens weiter zu verbessern. Zum einen setzten sie sich als Mitglieder des Mindener Eisenbahnkomitees für den Bau der Rhein-Weser-Eisenbahn ein. Zum anderen bemühten sie sich, eine Dampfschiffverbindung nach Bremen ins Leben zu rufen. Beide Projekte boten ihnen die Chance, die Beschaffungs- und Transportkosten für den jährlichen Bedarf von etwa 28.000 Zentnern aus Übersee importierten Rohzuckers ihrer Zuckerfabrik erheblich zu senken, gleichzeitig kostengünstig neue Absatzmärkte zu erschließen und damit die Rendite ihres Unternehmens deutlich zu erhöhen.⁴⁸

Bereits seit 1824 unterhielten die Weddigen Kontakte zu Friedrich Harkort, aus dessen Mechanischer Werkstätte in Wetter die Firma eine Maschine bezogen hatte.⁴⁹ Wahrscheinlich wurden die betrieblichen Beziehungen auch für den Informationsaustausch über das neue Verkehrsmittel Eisenbahn genutzt. Dies dürfte ebenfalls für die engen wirtschaftlichen Kontakte der Brüder nach Bremen gelten, von wo das Unternehmen seinen Rohzucker bezog.⁵⁰ Friedrich Wilhelm Weddigen sah jedenfalls durch das neue Transportmittel „schöne und große Hoffnungen für Handel, Gewerbe und Ackerbau“.⁵¹ Er hob zudem die wirtschaftlichen Vorteile hervor, die aus einer Kombination von Eisenbahn und Dampfschiffahrt für Minden resultierten und glaubte: „Der Erfolg wird aber selbst die kühnsten Hoffnungen übertreffen ...“⁵² Weddigen plädierte aufgrund seines unternehmerischen Interesses dafür, Minden als Anfangspunkt der Strecke zu wählen. Um den Anschluss der Stadt an die geplante Eisenbahn sicherzustellen und den Vorzug vor Rehme zu erhalten, rief er das erste Eisenbahn-Komitee Westfalens ins Leben. Neben seinem Bruder gehörten diesem Komitee weitere Mindener Kaufleute und Beamte der Regierung an.⁵³ Anfang Juni bekräftigte Weddigen nochmals in einem Brief an das Oberpräsidium, die Errichtung der Dampfschiffahrt auf der Weser setze eine Eisenbahn in Minden voraus und betonte, dieser Überzeugung seien auch große Bremer Handelshäuser, mit denen er verhandelt habe.⁵⁴ Auch Bürgermeister Kleine wandte sich zeitgleich an die Regierung in Minden und das Oberpräsidium in Münster mit dem Gesuch, die Stadt als Ausgangspunkt der geplanten Eisenbahn zu neh-



Die Ausdehnung der Stadtfestung Minden in den Jahren 1820 (links) und 1873 mit der Bahnhofsfestung auf dem rechten Weserufer.

Quelle: Mindener Museum.

men.⁵⁵ Magistrat, Verwaltung und vor allem die Kaufleute der Stadt versuchten damit, Mindens zu diesem Zeitpunkt noch führende Position unter den westfälischen Städten weiter auszubauen. Dem lokalen Interesse begegnete das Finanzministerium am 29. Juni mit der Erklärung, es werde das Gesuch der Stadt wohlwollend prüfen.⁵⁶ Noch im Februar war Finanzminister Motz dafür eingetreten, die geplante Eisenbahn „in der Gegend von Minden oder Rehme“⁵⁷ beginnen zu lassen, ohne sich allerdings genau festzulegen. Minden verdankt seine Auswahl als Anfangs- bzw. Endpunkt der geplanten Eisenbahn anstelle des ursprünglich favorisierten Rehme hauptsächlich dem politischen Einfluss Vinckes. Dieser befürwortete gegenüber dem Staatsministerium seine Heimatstadt, wie er sich insgesamt für den wirtschaftlichen Fortschritt Mindens einsetzte. Ob er dies immer ausschließlich uneigennützig tat, oder seine eigenen Kapitalanlagen wie beispielsweise an der Zeche Klus im Blick hatte, ist offen.⁵⁸ Das Mindener Komitee dankte ihm in einem Schreiben Ende des Jahres 1829 für seinen Einsatz: „Wir und unsere Mitbürger erkennen dankbar die Wichtigkeit der von Ew. Exzellenz vermittelten Verlängerung der Eisenbahnlinie bis Minden, indem durch Genehmigung dieses Anschlusses die für die lokale Zukunft der Stadt wichtigste Vorfrage gelöst worden ist.“⁵⁹

Anfang des Jahres 1830 trat das Eisenbahnprojekt angesichts des extrem kalten Winters und zunehmender Not der unteren Bevölkerungsschichten zunächst in den Hintergrund. Im Juli 1830 erschien in der Beilage des Mindener Sonntagsblattes ein Artikel zur Schifffahrt auf der Lippe. Wahrscheinlich werde die Schifffarmachung der Lippe bis Paderborn gelingen, dann sei die Verbindung von Rhein und Weser bis auf sechs Meilen gelungen. Wo und wie dies Ziel zu erreichen sei, ob durch die Schifffarmachung der Rethe und einer Eisenbahn über das Gebirge, oder vermöge eines Stollens durch dasselbe in die Weser, oder auch durch die Verbindung der Lippe mit dem Max-Clemens-Kanal bei Münster in die Ems, sei zwar noch ungewiss und hänge vom Staat ab.⁶⁰ Die auf andere

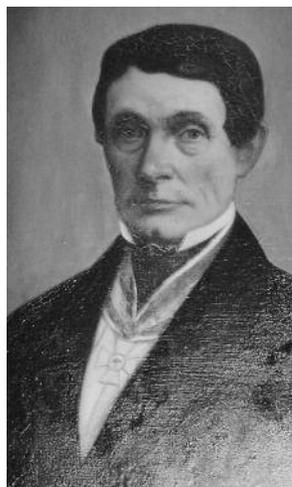
Städte und Regionen im Deutschen Bund übergreifende Julirevolution in Paris bestimmte jetzt aber zusammen mit der sich verschärfenden Agrarkrise und Preissteigerungen bei den Lebensmitteln das alltägliche, politische und wirtschaftliche Leben, sodass Eisenbahn- und andere Verkehrsprojekte nebensächlich wurden.⁶¹ Die politischen Ereignisse und die wachsende Armut nährten in Minden wie im übrigen Westfalen die Angst im Bürgertum und bei den Behörden, die Unterschichten könnten gegen ihre Lage aufbegehren. Es blieb allerdings in der Provinz Westfalen insgesamt sehr ruhig.⁶²

Erst auf dem dritten Westfälischen Provinziallandtag, der von Dezember 1830 bis Januar 1831 in Münster tagte, kam das Eisenbahnprojekt wieder zur Sprache. Friedrich Harkort brachte einen Antrag ein, der den Bau einer Eisenbahn von Minden nach Lippstadt forderte. Er setzte sich nun für Minden als Anfangspunkt ein, weil hier die Bedingungen für die Anlage eines Freihafens deutlich günstiger als in Rehme seien. Die von Harkort eingebrachten Argumente für diese Streckenführung beruhten dabei auf den Vorarbeiten der westfälischen Provinzverwaltung um Vincke und den Eingaben des Mindener Komitees.⁶³

Die Provinzialstände behandelten den Antrag am 17. Januar 1831 und verabschiedeten einen Tag später ihre Resolution an den preußischen König Friedrich Wilhelm III.. Der Landtagsbericht sah hinsichtlich der Finanzierung des Eisenbahnbaus zwei Modelle vor.⁶⁴ Entweder solle der preußische Staat vollständig auf eigene Kosten bauen oder sich zumindest mit einem größeren Betrag an einer privaten Aktiengesellschaft beteiligen. Diese Aktiengesellschaft sollte für diese Fälle von einer ständischen Kommission kontrolliert werden. Friedrich Wilhelm III. möge gestatten, „eine Actien-Gesellschaft unter ständischer Vermittlung zu bilden, der es nicht an Theilnahme fehlen dürfe, wenn die Grundbedingungen dahin gestellt würden; 1.) dass von dem Staate die Hälfte des Anlage – Kapitals unverzinslich auf gewisse Zeit vorgeschossen werde, 2.) dass die Ausführung lediglich der Leitung des Königlichen Oberpräsidenten und einer ständischen Deputation übertragen werde, wobei die Mitwirkung des Herrn von Oeynhausen erbeten werde.“⁶⁵

Nachdem der Provinziallandtag sich für den Bau der Eisenbahn eingesetzt hatte, erwarteten alle Beteiligten voller Hoffnung den königlichen Bescheid aus Berlin. Doch Friedrich Wilhelm III. verabschiedete den Landtagsbericht erst Mitte Juli 1832. Der Staat habe zwar die Vermessung und Nivellierung vornehmen lassen und werde mit weiteren Vorarbeiten zu Hilfe kommen; auch zur Übernahme von Aktien werde er „eine angemessene Beihülfe gewähren. Eine weitere Zusage, sie [die Aktien, der Verf.] für Rechnung des Staates entweder unmittelbar, oder durch Gewährung von Darlehen zu bewirken, kann aber nicht ertheilt werden, da das jetzige Communications-Bedürfniß durch die vorhandene Chaussee gesichert ist, die künftige kommerzielle Wichtigkeit der Anlage auf unsicheren Voraussetzungen beruht, und andere dringende Bauten die disponiblen Mittel in Anspruch nehmen.“⁶⁶ Für die Befürworter der Eisenbahn war dieser Landtagsabschied ein herber Misserfolg. Das Mindener

Komitee setzte sich nun verstärkt für eine privatwirtschaftliche Realisierung des Projektes ein.⁶⁷ Im November 1832 gab es eine Denkschrift unter dem Titel „Mittheilungen über die Anlage einer Eisenbahn zur Verbindung des Rheines mit der Weser“ heraus.⁶⁸ Es forderte jetzt nicht mehr nur den Bau einer Eisenbahn von Minden nach Lippstadt, sondern trat für eine Verbindung bis Köln ein: „Der mächtige deutsche Rheinstrom bietet alsdann und nur erst dann den wichtigen Hansestädten die Hand, hebt die Gefahr der Beschränkung von Seiten Hollands auf und bildet und verstärkt die Konkurrenz. Die merkwürdigst, reichste und an Industrie allen andern unendlich voranstehende Fabrikgegend Norddeutschlands wird durchschnitten und ihre Productionen folgen plötzlich einem andern Zuge. Dem unerschöpflichen Kohlenschatz jener Ruhrgebirge und der umliegenden Gemarkungen wird ein neuer Markt eröffnet. Für die Gegenden welche reich an Getreide und rohen Producten sind, wird der Absatz in die Fabrik- und Berggegenden möglich, denen es daran mangelt, dadurch aber werden wohlfeilere Arbeitspreise bedingt und die Konkurrenz mit den Fabrikaten anderer in dieser Hinsicht begünstigten Fabrikgegenden wird erleichtert. Waarenzüge, die sonst auf verschiedenen Straßen das nord-westliche Deutschland durchkreuzten, um sich mühsam in verschiedenen Richtungen dem Rhein zu nähern, oder von ihm den deutschen Häfen zugeführt zu werden, müssen sich nothwendig auf dieser Eisenbahn konzentriren.“⁶⁹ Die Herausgeber forderten zur Bildung weiterer Komitees auf, um eine private Aktiengesellschaft für den geplanten Eisenbahnbau zu gründen. Noch im Dezember legte man dazu einen „Foundations-Plan zur Bildung des Actien-Vereins für die Anlage einer Eisenbahn zwischen Rhein und Weser“ vor.⁷⁰ Die wirtschaftlichen Interessen des Mindener Komitees kommen in der Denkschrift klar zum Ausdruck: „Minden, der natürliche Stapelplatz für die Weserschiffahrt der Provinz Westphalen, im Mittelpunkt sich kreuzender Straßen von Cöln, Münster, Osnabrück, Bremen, Hannover, Hamburg, Braunschweig, Magdeburg und Kassel, fast im alleinigen Besitz der Spedition für viele dieser Städte, in der Nähe vorzüglicher Kohlenbergwerke, mit einzelnen aber bedeutenden Fabriken in der Nähe und im Orte, dazu Festung mit einem geschützten, ganz vorzüglich für die großartigsten Anlagen geeigneten Hafenplatz zum Anschließen der Eisenbahn an die Weser, ist in jeder Beziehung bey der Anlage einer solchen um so mehr inter-



Freiherr Carl Ludwig August von Oeynhausen (1795-1865) wurde Ende der 1820er Jahre mit der Untersuchung möglicher Eisenbahnstrecken beauftragt.

*Quelle: Stadtarchiv
Bad Oeynhausen.*



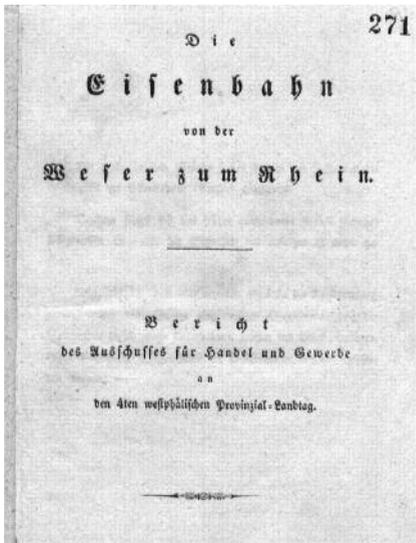
1832 veröffentlichte das Mindener Eisenbahnkomitee eine erste Informations- und Werbeschrift über das geplante Projekt.

Quelle: Kommunalarchiv Minden, Nr. 3096.

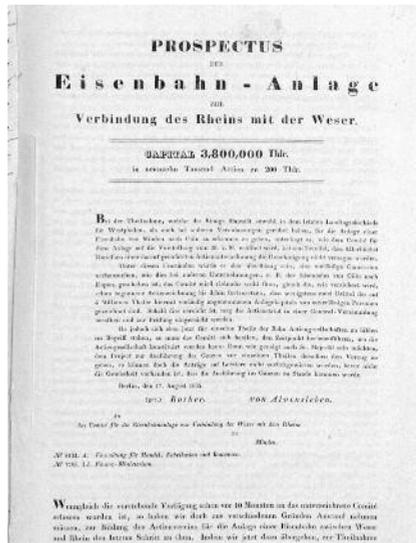
essirt, als ein großer Theil seines Wohlstandes, entweder vermehrt oder vermindert, dabey auf dem Spiele steht, wenn es zur Frage kommt, ob diese Eisenbahn hier oder weiter oberhalb von der Weser abgehen soll.“⁷¹ Sollte die Eisenbahn nicht über die Stadt führen, drohte der Verlust der zentralen wirtschaftlichen Position in der Region. Weserschiffahrt und Handel würden sich nach Rehme verlagern und Minden zu einer unbedeutenden Landstadt herabsinken. Es war allerdings nicht der Wohlstand der gesamten städtischen Bevölkerung, der für diesen Fall auf dem Spiel stand, sondern in erster Linie die Gefährdung der wirtschaftlichen Basis der Mindener Großkaufleute. Diese mussten befürchteten, ohne eine Eisenbahn den lukrativen Kommissions- und Speditionshandel an Rehme zu verlieren.⁷²

Der Bauinspektor der königlichen Regierung zu Minden, Gustav Schelle, der dem Eisenbahnkomitee bereits seit dessen Gründung angehörte, verfasste im Dezember 1832 eine Denkschrift, die sich mit der konkreten Streckenführung vom Rhein zur Weser auseinandersetzte.⁷³ In Elberfeld, Barmen, Köln, Soest und anderen rheinischen und westfälischen Städten bildeten sich nach Erscheinen der Mindener Druckschriften weitere Komitees. Die Stadt Bremen und ihre Kaufleute unterstützten ebenfalls die geplante Rhein-Weser-Bahn, von der sie sich durch die Verbindung von Dampfschiffahrt auf der Weser und Eisenbahn für die Zeit nach der beabsichtigten Zollvereinsgründung größere Handelsmöglichkeiten erwarteten.⁷⁴ Zur gleichen Zeit entwarf Harkort zusammen mit dem Hattinger Wasserbauingenieur Henz eine Streckenkarte der geplanten Eisenbahn.

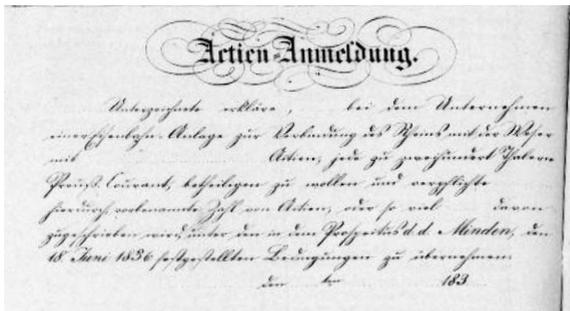
Diese Pläne wichen dabei von den Vorstellungen Schelles und des Mindener Komitees ab.⁷⁵ Obwohl sich mehrere Komitees für den privaten Bau der geplanten Fernstrecke bildeten, stieß die angestoßene Aktienzeichnung zunächst auf wenig Resonanz. Hierfür gab es verschiedene Gründe.⁷⁶ Zum einen die finanziellen, technischen und sonstigen Herausforderungen, die durch die Anlage einer Fernstrecke erwartet wurden. Bereits die englischen Erfahrungen mit den Problemen beim Bau der Eisenbahn zwischen Liverpool und Manchester hatten bewiesen, dass bei längeren Strecken das Risiko von Kostensteigerungen aus den verschiedensten Ursachen zunahm.⁷⁷ Der Grunderwerb für die Trassen und Bahnanlagen stellte eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar, weil er sich – wie in England – zunächst nach den Vorschriften für den Straßenbau richtete. Diese sahen den Erwerb durch einzelne Kaufverträge mit den jeweiligen Grundeigentümern vor, wobei sich eine mögliche Enteignung nach der jeweiligen Rechtslage in den Provinzen Preußens richtete.⁷⁸ Weil die geplante Fernstrecke neben Westfalen nunmehr auch die Rheinprovinz erfassen sollte, waren wegen der unterschiedlichen Rechtsverfassung beider Provinzen rechtliche Auseinandersetzungen äußerst wahrscheinlich. Denn während in Westfalen nach dem Allgemeinen Landrecht die jeweils zuständige Regierung eine Enteignung genehmigen konnte, oblag dies im Rheinland den Gerichten.⁷⁹ Die aus Sicht vieler lokaler Komitees unkalulierbaren Risiken des geplanten Großprojektes wurden durch gegensätzliche, teilweise rivalisierende Interessen um die konkrete Streckenführung verschärft, aus denen sich in der Folgezeit mehrere, eigenständige Eisenbahnprojekte entwickelten.⁸⁰ Zum anderen gab es für die Mindener Eisenbahnpläne einen herben Rückschlag. Ende Dezember 1829 war die Weddigensche Zuckerfabrik durch einen Brand zerstört worden. Obwohl die Brüder versuchten, ihre Verluste im aufstrebenden Tabakgewerbe zu kompensieren,⁸¹ geriet das Unternehmen in Schwierigkeiten. Hatte im Juni 1832 der Mindener Architekt Burgheim noch den Bau eines Wohnhauses sowie eines Lagerhauses für die Firma Weddigen vorbereitet und die Firma in die Anlage einer Knochenmühle sowie einer Stärkefabrik investiert, gingen „F.W. Weddigen & Söhne“ im Frühjahr 1833 überraschend in Konkurs. Es gelang zwar, zumindest einen Totalverlust des Familienvermögens zu verhindern und vereinzelt den Besitz in Petershagen und Minden vor der Zwangsversteigerung zu retten, jedoch verloren die Weddigen den größten Teil ihres umfangreichen Mindener Immobilienbesitzes.⁸² Um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, betätigten die Brüder sich anschließend weiter in der Zigarrenindustrie, konnten aber weder ökonomisch, noch hinsichtlich ihres Sozialprestiges und öffentlichen Ansehens an frühere Zeiten anknüpfen. Friedrich-Wilhelm wurde mehrfach als Stadtverordneter wiedergewählt, war – gemessen am Einkommen – allerdings aus der städtischen Elite in die Mittelschicht abgestiegen.⁸³ Ob die Gründe für ihren Konkurs in ihrem Engagement zur Gründung der Eisenbahngesellschaft an der Jahreswende 1832/1833 liegen, ist ungeklärt. Im Ergebnis fielen die bis dato sehr kapitalkräftigen und überregional wirtschaftlich wie politisch gut vernetzten Weddigen



Deckblatt des Berichts an den vier-ten Provinziallandtag durch den Ausschuss für Handel und Gewerbe.



Deckblatt der am 18. Juni 1836 publizierten Werbeschrift für die Zeichnung der Aktien der Rhein-Weser-Eisenbahn-AG.



Muster einer Aktien-Anmeldung zur Zeichnung der Aktien der Rhein-Weser-Eisenbahn-AG, 1836. Quelle der Abbildungen: Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen, Münster.

als Schlüsselpersonen des Mindener Eisenbahn-Komitees aus. Sie verloren durch die Liquidation ihrer Firma das besonders in kaufmännischen Netzwerken so wichtige Vertrauen, was sich angesichts der institutionellen Verhältnisse auf den rheinisch-westfälischen Kapitalmärkten als ausgesprochen negativ für die geplante Rhein-Weser-Bahn auswirken sollte.⁸⁴

Zeitgleich hatte Friedrich Harkort im Frühjahr 1833 seine berühmte Schrift „Die Eisenbahn von Minden nach Cöln“ veröffentlicht, in der er die von ihm und Henz bereits herausgegebene Karte erneut abdruckte. Ob sein Werk mehr als eine regionale Bedeutung für Rheinland-Westfalen hatte, ist strittig.⁸⁵ Allerdings befasste sich die Öffentlichkeit nun in-

tensiver mit den verschiedenen Eisenbahnprojekten, was sich vor allem in der Vielzahl und Verbreitung an Zeitungs- und Zeitschriftenartikel zu diesem Thema zeigt.⁸⁶

Im Frühjahr und Sommer 1833 liefen die privaten Initiativen einzelner Komitees auf Hochtouren. Vor allem das Elberfelder Komitee entwickelte sich zum schärfsten Widersacher der Mindener. Die dortigen Interessenten setzten sich für den raschen Bau von zwei Strecken nach Düsseldorf und ins Kohlerevier ein. Die Verlängerung nach Minden sollte erst später in Angriff genommen werden. Der preußische Staat hielt sich angesichts der divergierenden Interessen der beteiligten Städte und Provinzen, aber auch aus den bekannten verfassungs- und finanzpolitischen Gründen äußerst bedeckt. Als Anfang Februar 1833 das Mindener Komitee Oberpräsident Vincke bat, Bauinspektor Schelle zu Vorarbeiten der geplanten Bahnlinie für vier Wochen zu beurlauben, lehnte dies der preußische Innenminister Schuckmann ab. Er begründete seine Entscheidung an Vincke damit, dass die Aktionäre versuchten, der Staatskasse die Kosten der erforderlichen Planungsarbeiten aufzubürden. Außerdem hätten die Unternehmer aus Minden weder hinlänglich Intelligenz noch ausreichend Kapital für dieses Großunternehmen, was daran zu erkennen sei, dass diese nicht einmal eine Verbesserung des Ausladeplatzes an der Weser zustande gebracht hätten.⁸⁷ An der ablehnenden Haltung wichtiger Entscheidungsträger änderte selbst die Unterstützung des Kronprinzen Wilhelm nichts, der im Oktober 1833 die Stadt besuchte.

Die einzelnen Eisenbahnkomitees trieben teils mit Hilfe staatlicher Vermesser die konkreten Streckenplanungen und Kostenschätzungen weiter voran. Der vierte westfälische Provinziallandtag Ende 1833 und der ein Jahr später verabschiedete Landtagsabschied brachten allerdings immer noch keine staatliche Förderung. Die Konzessionierung der Rhein-Weser Eisenbahn ging weder in der Hauptstadt noch in Minden entscheidend voran. Als das Elberfelder und das Düsseldorfer Komitee ausreichend Privatkapital für zwei geplante Streckenabschnitte der Rhein-Weser Eisenbahn aufbrachten, gerieten die Mindener Kaufleute unter Druck.⁸⁸

Eisenbahnbau und Kapitalmarkt in den 1830er Jahren

Der Eisenbahnbau hat die Entwicklung des Kapitalmarktes in Deutschland nachhaltig geprägt. Im Gegensatz zum englischen marktorientierten Finanzsystem, das auf den relativ wenig kapitalintensiven Führungsektor der Textilindustrie ausgelegt war, entwickelte sich aus dem enormen Kapitalbedürfnis der deutschen Eisenbahnen ein institutionell deutlich anderer, Bank orientierter Kapitalmarkt.⁸⁹ Zu Beginn des Eisenbahnbaus stellten private, überwiegend in den wichtigsten deutschen Handelszentren konzentrierte Bankhäuser die meisten Finanzinstitute. Es waren keine Notenbanken, sondern Handelshäuser, die in Verbindung mit ihren Handels-, Speditions- und Reedereigeschäften Bankfunktionen entwickelt hatten. Bis zu den 1830er Jahren habe, so Richard Tilly, ihre Hauptaufgabe darin gelegen, eine angemessene Verwendung der ver-

- 97, C. F. Vögeler
 98, Geo. Augustus Vogelgang
 99, Hans Juppach Vorländer
 100, F. Nachsmuth
 101, Georg Meinken
 102, F. A. Weddigen
 103, F. W. Weddigen.
 104, Aug. Hoff von Medell
 105, Johann Christian Herkmann
 106, Juppach Störth
 107, Augustus C. Milken
 108, Aug. Hoff Henkelmann
 109, Aug. Seb. Holtmann
 110. Leopold Carl Hoff Löwen.

Auszug aus der Liste der 110
 Mindener Aktionäre der
 Rhein-Weser-Eisenbahn-AG
 mit den Gebrüdern Friedrich
 August und Friedrich Wil-
 helm Weddigen (Nr. 102 und
 103), 1840.

Quelle:
 Kommunalarchiv Minden,
 Bestand E Nr. 771

fügbaren Kapitalüberschüsse zu finden. Dadurch sei die deutsche Finanzentwicklung von niedrigen und sinkenden Zinsen und Kapitalexport geprägt gewesen, wobei es weder einen einheitlichen, nationalen Markt gab, noch perfekte und stabile Marktbedingungen herrschten.⁹⁰ Dennoch hätte die Kapitalnachfrage der ersten Eisenbahnprojekte die deutschen Märkte unter diesen Vorzeichen nicht vor größere Herausforderungen stellen dürfen. Allerdings gaben die Privatbanken nur sehr selten langfristige industrielle Investitionskredite, wobei sie ihr hohes Sicherheitsbedürfnis durch Hypothekarkredite absicherten. Erst mit Hilfe der Aktiengesellschaft konnten die vorhandenen Kreditverhältnisse überwunden und Kapital in Form vieler kleiner Vermögen für die langfristige Finanzierung des Eisenbahnbaus, aber auch der Eisen- und Stahlindustrie und des Bergbaus mobilisiert werden.⁹¹ Die Finanzierung des Eisenbahnbaus leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur Integration der regionalen Kapitalmärkte. Dennoch ist sie von der Forschung bisher eher stiefmütterlich behandelt worden.⁹²

1835 ging die erste Eisenbahn im Deutschen Bund auf der Strecke von Nürnberg nach Fürth in Betrieb. Die Gesellschaft erzielte im ersten Geschäftsjahr aufgrund der kurzen Strecke von sechs Kilometern, niedriger Anlage- und Betriebskosten und einer hohen Auslastung satte zwanzig Prozent Dividende, was den Aktienkurs verdreifachen ließ. Mehrere Bauprojekte waren in Planung, die das spekulative Klima für die Emission von Eisenbahnaktien an den Effektenbörsen und Finanzmärkten zusätzlich anheizten.⁹³ Das Mindener Komitee beantragte daher am 28. Juli 1835 in Berlin die Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapitalstock von 3,8 Millionen Talern. Drei Wochen später, am 17. August, teilte das Ministerium mit, dass eine Konzessionierung erfolge, wenn zwei Drittel des erforderlichen Aktienkapitals gezeichnet wären. Während das

Mindener Komitee noch immer für den Bau der Gesamtstrecke eintrat, versuchten die Komitees aus Elberfeld und Düsseldorf zunächst, den Bau der beiden Teilstrecken Witten-Elberfeld und Elberfeld-Düsseldorf durchzusetzen.⁹⁴ Da der Kronprinz jedoch den Bau der Gesamtstrecke unterstützte, erhielt das Mindener Komitee in einer Allgemeinen Kabinettsordre vom 18. April 1836 eine letzte Frist von drei Monaten, um die Zeichnung von mindestens zwei Dritteln des benötigten Aktienkapitals nachzuweisen.⁹⁵ Um die Zeichnungsbereitschaft potentieller Aktionäre zu fördern, gab das Mindener Komitee daraufhin am 18. Juni 1836 einen Werbeprospekt heraus.⁹⁶ Am Anfang stand die Verfügung des Finanzministers von Alvensleben vom August 1835, in der die Konzessionierung der Rhein-Weser Eisenbahn in Aussicht gestellt worden war. Hierdurch sollte die Unterstützung des preußischen Staates belegt und so das Vertrauen der Geldgeber gewonnen werden. Um das erforderliche Kapital von 3,8 Millionen Talern aufzubringen, sollten 19.000 Aktien mit einem Nominalwert von 200 Talern herausgegeben werden. Allerdings mussten die Aktionäre nur ein halbes Prozent des Nennwertes anzahlen. Die übrigen Beträge sollten je nach Bedarf in weiteren Raten eingezogen werden.⁹⁷ Dies

1836 Vollmachten		29. Juli 1836	
Zur Generalversammlung vom 29. Juli 1836 (Ruhrbahn)			
Caroline Mayer	mit 50 Aktien	347	
H. J. Melthaus	" 8 "	40	
D. Splittgerber	" 25 "	50	
Dr. Josef v. Helges	" 4 "	4	
Johann Franz Heijer	in Halberstadt	20	
Dr. Ernst Anton Keller	do	20	
Dr. Ernst v. Me. v. Gern. v. Brunn	do	10	
H. G. Grote	Königsberg	5	
Königl. Regierung	Berlin	60	
Commisarius v. v. v. v. v. v.	Berlin	60	
Dr. v. v. v. v. v. v. v.	Berlin	80	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Lohé	30	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Menden	30	
Dr. v. v. v. v. v. v. v.	Frankfurt	80	
Dr. v. v. v. v. v. v. v.	Kleinsee	50	
H. v. v. v. v. v. v. v.	do	4	
H. v. v. v. v. v. v. v.	do	3	
H. v. v. v. v. v. v. v.	do	10	
H. v. v. v. v. v. v. v.	do	1	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Frankfurt	40	
H. v. v. v. v. v. v. v.	do	160	
Transport		731	
29. Juli 1836			
Transport		731	
Königsberg & Co.	Berlin	60	
Carl Heyden	Frankfurt	15	
Karoline v. v. v. v. v.	Berlin	60	
Johann v. v. v. v. v.	Elber	10	
David Ingens	Hannover	30	
Carner & Buchholz	Königsberg	10	
Dr. Friedr. v. v. v. v.	Berlin	15	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Mosbun	18	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Magdeburg	10	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Stettin	8	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Frankfurt	40	
Joh. v. v. v. v. v. v. v.	Königsberg	20	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Frankfurt	30	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Berlin	15	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Mosbun	39	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Frankfurt	100	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Magdeburg	50	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Frankfurt	30	
Joh. v. v. v. v. v. v. v.	Berlin	100	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Frankfurt	10	
H. v. v. v. v. v. v. v.	do	15	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Königsberg	2	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Mosbun	10	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Frankfurt	10	
H. v. v. v. v. v. v. v.	Frankfurt	143	

Vollmachten zur Generalversammlung vom 29. Juli 1836 der Ruhrbahn, an der sich das Mindener Bankhaus Levison mit 30 Aktien beteiligte und durch das Elberfelder Bankhaus von der Heydt vertreten ließ.

Quelle: Historisches Archiv der Commerzbank AG, Frankfurt/Main

sollte sich später als Achillesferse des gesamten Projektes erweisen, zumal die rechtlichen Rahmenbedingungen für Aktiengesellschaften in Preußen für Eisenbahngesellschaften mit so hohem Stammkapital nicht ausgelegt waren.

Am gleichen Tag veröffentlichte das Mindener Komitee eine ausführliche Denkschrift, die „die Ausführbarkeit, die Baukosten und die Ertragsfähigkeit“ der geplanten Eisenbahn untersuchte.⁹⁸ Die Strecke solle „dicht über Minden am linken Weserufer“ beginnen und bis Elberfeld führen. Auf der Grundlage der teils vom Staat, teils von den Komitees bezahlten Nivellierung der einzelnen Streckenabschnitte kam das Komitee zu dem Ergebnis, dass die Baukosten rund 131.000 Taler pro Meile betragen würden. Das erwartete Transportaufkommen berechnete man auf rund 30 Millionen Zentner Fracht, die eine Einnahme von rund 300.000 Talern brächten. Demgegenüber ständen Ausgaben in Höhe von 106.000 Talern. Der Gewinn sollte nach diesen Berechnungen 190.000 Taler betragen und es wurde eine Dividende von fünf Prozent in Aussicht gestellt.⁹⁹ Zwar war diese Rendite angesichts der Marge der Nürnberg-Fürther Gesellschaft ausgesprochen bescheiden, jedoch immer noch höher als Kapitalanleger mit Staatsanleihen, Pfandbriefen und anderen Wertpapieren zu diesem Zeitpunkt erzielen konnten. Zusätzlich heizte das grassierende, spekulative Eisenbahnfieber die Nachfrage weiter an, weil neben der Dividende überproportional steigende Kurse erwartet wurden. Im Gegensatz zu den drei Aktienemissionen ein Jahr zuvor, wurden 1836 alle fünf Zeichnungen innerhalb kürzester Frist aufgebracht und erheblich überzeichnet.¹⁰⁰ Die Hoffnung des Mindener Komitees, zahlreiche Anleger für eine Investition in Eisenbahnaktien zu gewinnen, erfüllte sich noch vor Ablauf der gesetzten Dreimonatsfrist. Vor allem in Magdeburg und Sachsen hatte man beträchtlich in das Projekt investiert. Ein Viertel aller Zeichnungen kam aus diesen beiden Regionen und vereinigte knapp 54 Prozent des aufgebrachten Aktienkapitals. Eine Ursache der großen Anlagebereitschaft dürfte der Tatsache geschuldet sein, dass die im Juli 1836 aufgelegten Aktien der Leipzig-Magdeburger Eisenbahn schon nach vier Wochen überzeichnet waren. Statt des notwendigen Stammkapitals von 2,3 Millionen Talern wurden für mehr als 5,2 Millionen Taler Aktien emittiert, so dass den leer ausgegangenen Anlegern die Aktienzeichnung der Rhein-Weser Eisenbahn wie gerufen kam.¹⁰¹

Um die Zeichnung der Aktien zu gewährleisten, zog das Mindener Komitee verschiedene private Bank- und Handelshäuser zu Hilfe. Die Organisation der Aktienzeichnung lag dabei in den Händen des jüdischen Bankhauses Isaac Levison aus Minden.¹⁰² Die drei Brüder Adolph, Louis und Jacob führten das Bank- und Wechselgeschäft des 1814 verstorbenen Vaters unter dessen Namen weiter. Die Bankiers wurden zur Oberschicht Mindens gerechnet und galten als die angesehenste jüdische Familie Westfalens.¹⁰³ Louis Levison gehörte seit 1832 dem Mindener Rat an, was die große Assimilation dieser jüdischen Familie im Bürgertum der preußischen Garnisons- und Verwaltungsstadt unterstreicht. Schließlich zählte die Familie mit einem Vermögen von 30.000 Talern und einem jährlichen

Einkommen von etwa 3.000 Talern je Person zu den reichsten Familien der Stadt.¹⁰⁴ Allerdings litt der Finanzplatz Minden wie viele andere westfälische Kapitalmärkte an institutionellen Schwächen, die die Finanzierung des Projektes auf tönernen Füßen stellte. Die Privatbank Levison unterhielt wohl nur geringe Geschäftsbeziehungen zu den großen Bankhäusern in Berlin, Hamburg, Frankfurt oder Köln.¹⁰⁵ Intensive und langjährige Kontakte bestanden zum Elberfelder Bank- und Handelshaus von der Heydt, das aber in die Kategorie der mittleren Banken gehörte.¹⁰⁶ Gleichzeitig setzte sich dessen Eigentümer, August von der Heydt,¹⁰⁷ massiv für die Konzessionierung und den Bau der eigenen Teilstrecke der Rhein-Weser-Bahn von Elberfeld nach Witten ein. Um die Zeichnung der Aktien dennoch zu gewährleisten, zogen die Levisons über den Kreis ihrer bisherigen Geschäftspartner weitere private Bankhäuser vermutlich gegen Provision zur Streuung auf süd- und mitteldeutschen Kapitalmärkten heran. Allerdings gelang es ohne die Unterstützung des Kölner Handelskammerpräsidenten Ludolf Camphausen nicht, große Banken für das Projekt zu interessieren. Der mit Provinzialsteuereinsichtsdirektor Krüger in Verbindung stehende Camphausen setzte sich dafür ein, die Aktien der Rhein-Weser Eisenbahn durch die drei Kölner Bankhäuser Herstatt, Oppenheim und Stein am Kapitalmarkt zu platzieren.¹⁰⁸ Doch seine Bemühungen waren wenig erfolgreich. Im September 1836 schrieb er in seinem monatlichen Handelskammerbericht: „Zu der Rhein-Weser-Eisenbahn sind hier nur sehr wenig Aktien gezeichnet worden. Für diese Unternehmungen ist in Köln alle Lust und Freudigkeit erloschen.“¹⁰⁹ Ob Camphausens Kontakte zum Frankfurter Bankhaus Bethmann und zu Augsburger Banken wirksamer waren, muss bezweifelt werden.¹¹⁰ Übersichten über die regionale Herkunft der Aktionäre aus den Jahren 1836 und 1838 belegen, dass die knapp dreißig süddeutschen Aktionäre nur rund drei Prozent aller Aktien des Unternehmens hielten.¹¹¹ Das nominelle Interesse in Bremen und in der Provinz Westfalen war dagegen sehr groß. Mehr als die Hälfte aller Aktionäre stammte aus diesen beiden Regionen. Doch ihr finanzielles Engagement hielt sich sehr in Grenzen, zeichneten sie durchschnittlich nur zwischen vier und fünf Papiere und beteiligten sich lediglich mit knapp 15 Prozent am Stammkapital des Unternehmens. Allerdings unterstützte die Mindener Bürgerschaft die Aktienzeichnung erheblich.¹¹² Nach einem „Verzeichnis der Aktionäre des Rhein-Weser-Eisenbahn-Unternehmens in Minden“ vom 20. Juli 1840 zeichneten 110 Einwohner Aktien.¹¹³ Damit kamen allein acht Prozent aller Aktionäre von hier. Der Umfang des gezeichneten Aktienkapitals ist nicht bekannt, doch ist wie im übrigen Westfalen von einem relativ geringen Niveau auszugehen, so dass die Mindener Kapitalanleger ebenfalls kaum mehr als vier oder fünf Papiere gehalten haben dürften. Die Aktionärsliste kann allerdings anhand weiterer Quellen so ergänzt werden, dass eine genaue Identifikation aller Aktionäre möglich ist. Vor allem mit Hilfe der Bürgerrollen von 1833 und 1836 lassen sich berufliche und regionale Herkunft der Mindener Aktionäre feststellen. In dieser Quelle finden sich ebenfalls Angaben über das Geburtsjahr, so dass zu-

sätzlich noch ihr Alter bestimmt werden kann.¹¹⁴ Von den 110 Aktionären besaßen 88 das Mindener Bürgerrecht nach der Revidierten Städteordnung von 1831.¹¹⁵ Diese Personen besaßen entweder Grundeigentum im Wert von mindestens 1.000 Talern oder erzielten ein jährliches Einkommen von wenigstens 500 Talern.¹¹⁶ Tagelöhner, Lehrlinge, Gesellen, Handwerker ohne Hausbesitz und Besitzer von geringwertigen Häusern blieben vom Bürgerrecht ebenso ausgeschlossen wie Frauen. Von den 20 Aktionären ohne städtische Bürgerrechte gehörten fünf als Offiziere der Mindener Garnison an. Weitere sieben waren Beamte, die nicht zur Annahme des Bürgerrechtes verpflichtet waren. Die beiden einzigen weiblichen Aktionärinnen waren die Witwe des verstorbenen Regierungsdirektors von Carow und die Tochter bzw. Schwester des Komiteemitgliedes Niemann, und damit ebenfalls Angehörige des kapitalkräftigen Kaufmanns- und Beamtenstandes. Einziger institutioneller Anleger war das Bankhaus Levison. Die übrigen Aktionäre erreichten entweder die Zensusgrenzen nicht oder erwarben das Bürgerrecht erst zwischen 1836 und 1840.¹¹⁷

Hinsichtlich ihrer beruflichen Herkunft bildeten die Beamten mit einem Anteil von 37 Prozent die größte Gruppe der Aktionäre. In dieser Gruppe überwogen vor allem die Mitglieder der Königlichen Regierung, während sich nur drei kommunale Beamten beteiligten. Die „Kaufleute“ stellten mit 34 Prozent fast ebenso viele Aktionäre wie die Beamten. Unter diese Berufsbezeichnung fallen nicht nur diejenigen, die sich auf eine Tätigkeit im Groß- und Kleinhandel beschränkten, sondern auch viele Unternehmer. In der frühindustriellen Übergangsphase lagen Güterproduktion und -vertrieb oft noch in einer Hand, so dass Unternehmer wie die Zuckerfabrikanten Weddigen ihren Beruf häufig mit „Kaufmann“ angaben.¹¹⁸ Selbständige stellten mit acht Prozent, Offiziere und Handwerker mit jeweils sechs Prozent einen relativ geringen Teil der Aktionäre.¹¹⁹

Die Berufsstruktur der Mindener Aktionäre spiegelt die unterschiedlichen Motive für den Eisenbahnbau der Region wieder. Die Beamten scheinen neben der Perspektive einer durch die Eisenbahn geförderten regionalen Entwicklung vor allem eine attraktive Rendite ihrer Kapitalanlage erwartet zu haben. Im Wirtschaftsbürgertum dominierte das Interesse des ökonomischen Fortschritts und die Perspektive, die Eisenbahn werde eine Ausweitung von Handel und Gewerbe bewirken. Damit wiederum stiegen die ökonomischen Chancen der Mindener Kaufleute, persönliches Einkommen und Wohlstand steigern zu können. Dies traf, wie Rudolf Boch für die rheinischen Unternehmer, Fabrikanten und Kaufleuten nachweist, sowohl auf die Vertreter des Freihandels als auch auf die Schutzzoll-Fraktionen zu, womit der Eisenbahnbau tendenziell handelspolitisch integrierend wirkte.¹²⁰

Über die regionale Herkunft der Aktionäre gibt es weniger klare Hinweise, weil die Geburtsorte in der Bürgerrolle nicht immer verzeichnet sind. Obwohl von 26 Aktionären keine Angaben über den Geburtsort vorliegen, wurden nur 27 Prozent der Aktionäre als in Minden oder Umgebung geboren verzeichnet. In dieser Gruppe dominieren die Kaufleu-

te, von denen immerhin 20 der 37 Aktionäre aus Minden stammten. Mehrheitlich kamen die meisten Aktionäre allerdings nicht aus der Region, sondern waren hierher gezogen. Dies könnte ein Beleg für eine höhere Risikobereitschaft und eine stärkere Leistungsbereitschaft dieser Gruppe gegenüber dem ortsansässigen, immobilienbürgertum sein, ist aber auch dem hohen Anteil der höheren Beamten geschuldet, die grundsätzlich eine hohe Mobilität aufwiesen.¹²¹ Obwohl sich die Mindener Bürger zwar zahlreich, aber nur mit geringen Beträgen an der Rhein-Weser Eisenbahn beteiligten, konnte das Mindener Komitee dem Oberpräsidenten Vincke schließlich am 6. September 1836 mitteilen, dass bereits für zwei Millionen Taler Aktien gezeichnet seien und damit die Voraussetzung des von Berlin geforderten Eingangs von zwei Dritteln des Stammkapitals erfüllt sei.¹²²

Gründung und Scheitern der Rhein-Weser-Bahn 1836 bis 1839

Nach Erfüllung der ministeriellen Kapitalforderungen konnte am 28. September 1836 in Minden die Rhein-Weser-Eisenbahn-Aktiengesellschaft gegründet werden. An der konstituierenden Versammlung nahmen 84 Personen teil, die zusammen 4.692 Stimmen vertraten.¹²³ Die Stadt Minden wurde in der Gründungsversammlung zum Unternehmenssitz bestimmt. Oberste Entscheidungs- und Kontrollinstanz bildete die jährliche Generalversammlung aller stimmberechtigten Aktionäre. Allein dieses Gremium durfte eine Erhöhung des Stammkapitals durch Anleihen oder neue Aktienemission sowie Änderungen der Unternehmensstatuten beschließen. Darüber hinaus wählte die Generalversammlung einen aus 20 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat und deren Stellvertreter. Der Verwaltungsrat bestellte mit drei Viertel Mehrheit die Direktion und sollte deren Geschäfte kontrollieren. Die Direktion bestand aus einem Direktor und zwei Direktorialräten, die die laufenden Geschäfte der Gesellschaft führten. Außerdem konnte die Direktion weiteres technisches und kaufmännisches Personal einstellen.¹²⁴

Auf der Gründungsversammlung wählten die Aktionäre den westfälischen Provinzialsteuereinspektor Krüger aufgrund seiner Verdienste zum Ehrenmitglied der Gesellschaft. Als Vorsitzender des Verwaltungsrates fungierte der Besitzer des Gutes Rothenhof bei Costedt, Oskar Caesar, der bereits dem Mindener Eisenbahn-Komitee angehört hatte. Die Mitglieder des Mindener Komitees Schelle und Steinheuer waren ebenso wie der Oberpräsident von Vincke in den Verwaltungsrat berufen worden.

Nachdem die Versammlung die Erweiterung der Strecke von Minden über Elberfeld bis Köln beschlossen hatte, stand dem Streckenbau scheinbar nichts mehr entgegen. Am 21. August 1837 erhielt die Gesellschaft ihre endgültige Konzession. Doch die Differenzen innerhalb des Unternehmens über den geplanten Streckenverlauf und die damit verbundenen Kosten nahmen in den folgenden Wochen und Monaten drastisch zu. Vor allem die unterschiedlichen Interessen der Verwaltungsratsmit-



Das Rittergut Rothenhof bei Costedt gehörte seit 1822 der aus Bremen stammenden Kaufmannsfamilie Cäsar. Gutsbesitzer Oskar Cäsar wurde 1836 auf der Gründungsversammlung zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats gewählt.
Quelle: Mindener Museum

glieder aus Minden und Elberfeld behinderten die Geschäfte und verunsicherten die Aktionäre. Nach ihrer Konzessionierung geriet die Rhein-Weser-Eisenbahn im Herbst 1837 in akute finanzielle Schwierigkeiten. Der Verwaltungsrat beschloss im Oktober für den geplanten Baubeginn im kommenden Jahr eine erste Rate von fünf Prozent des Nominalwertes in Höhe von 10 Talern pro Aktie einzuziehen. Im Januar sollte dann die nächste zehnpromzentige Rate folgen. Auf der Gründungsversammlung hatte man eine Erhöhung des Grundkapitals von 3,8 auf 5,6 Millionen Taler beschlossen. Für die Beschaffung des Kapitals von 1,8 Millionen Talern hatten jedoch nur 6.000 weitere Aktien auf dem Kapitalmarkt platziert werden können. Insgesamt waren nun 25.000 Aktien des Unternehmens gezeichnet worden. Doch als die erste Rate eingezogen wurde, zahlten nur 17.500 Aktionäre ihren Anteil von 10 Talern. Im Januar 1838 waren es gar nur 5.500 Aktionäre die ihre Schuld von 20 Talern beglichen. Anstelle der erwarteten 750.000 Taler verfügte das Unternehmen lediglich über 285.000 Taler.¹²⁵

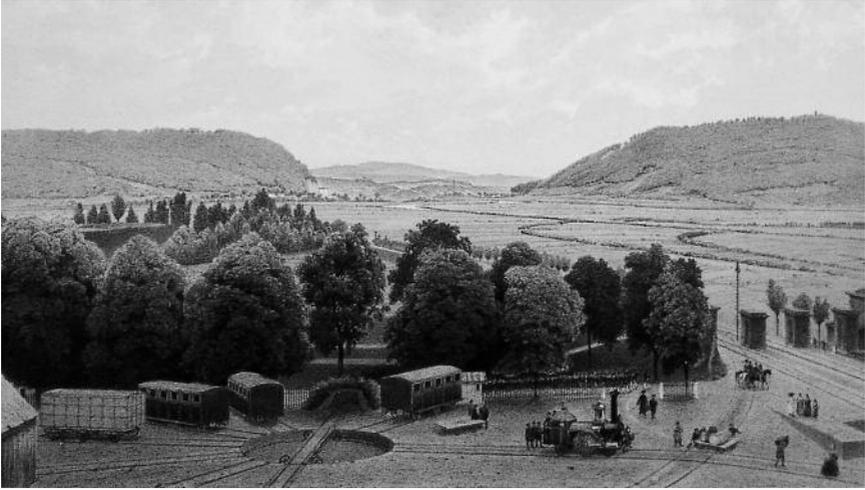
Es waren verschiedene Gründe, die die Blase der Eisenbahnspekulationen seit Spätsommer 1837 platzen ließen. Einerseits hatten immer neue und höhere Kostenschätzungen das Vertrauen der Anleger gerade bei Gesellschaften, die Fernstrecken planten, erschüttert. Dies traf neben der Rhein-Weser-Bahn beispielsweise auf die Rheinische Eisenbahn zu, deren Stammkapital von drei auf viereinhalb Millionen Taler aufgestockt werden musste. Am Ende sollte die Gesamtstrecke mit 10,5 Millionen Talern mehr als das Fünffache des Gründungskapitals kosten! Erst die Übernah-

me von 4.000 Aktien durch den belgischen Staat rettete im Oktober 1839 diese Gesellschaft schließlich vor dem Konkurs.¹²⁶ Andererseits erreichte der stürmische Expansionsprozess in Deutschland Mitte der 1830er Jahre einen Wendepunkt, nachdem die gesamtwirtschaftliche Lage noch Anfang des Jahrzehnts relativ günstig war.¹²⁷ Massive Auswirkungen auf den Eisenbahnbau und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland besaßen Turbulenzen auf den Kapital- und Produktmärkten in England, der damals führenden Weltwirtschaftsmacht.¹²⁸ Im beginnenden Industriezeitalter zeichnete sich – nicht zum ersten Mal – die wachsende Verflechtung der regionalen und nationalen Märkte eines europäisch-amerikanischen Weltwirtschaftssystem ab, das infolge der beschränkten Verkehrs- und Kommunikationswege und Marktunvollkommenheiten instabil und anfällig für Störungen war. Die industriell aufstrebenden Vereinigten Staaten hatten ihr Wachstum und ihren Konsum vor allem mittels des englischen Kapitalmarkts finanziert. Zwischen 1834 und 1836 verdoppelte sich die Ausfuhr Englands nach Amerika nahezu, wobei die Finanzierung durch kurzfristige Wechselkredite von sieben hauptsächlich im Amerikahandel engagierten Handelshäusern aus Manchester und Liverpool erfolgte. Ein Zahlungsausfall allein musste das gesamte System des Zahlungsverkehrs nicht zwangsläufig gefährden, konnte aber mit dem zufälligen Eintritt weiterer Risikofaktoren angesichts der trägen Verkehrswege sowie witterungsbedingter Verzögerungen in den transatlantischen Post- und Nachrichtenverbindungen bei den unvollkommenen Geld- und Kreditmärkten massive Störungen auslösen, die sich wiederum auf andere sektorale und regionale Märkte auswirken konnten und am Ende zeitlich verzögert die lokale Wirtschaft erreichten.¹²⁹ Die ersten Anzeichen einer drohenden Weltwirtschaftskrise gab es auf der Londoner Börse, wo sich in den beiden Jahren 1835 und 1836 allein 300 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von über 135 Millionen Pfund, bei einem tatsächlich eingezahlten Kapital von 15 Millionen Pfund, gegründet hatten, davon 88 Eisenbahnen mit etwa der Hälfte des angelegten Kapitals. Dank der stark gewachsenen Nachfrage durch den Eisenbahnboom in England, Amerika, Belgien und Deutschland war der Preis für englisches Roheisen seit Herbst 1832 allein um 60 Prozent gestiegen. Dies verteuerte den Import britischer Schienen, Lokomotiven und anderer Eisenbahntechnik und begründete zumindest teilweise die steigenden Kosten der ersten Eisenbahngesellschaften. Die höheren Bezugskosten wirkten sich auf die laufenden Kosten des Eisenbahnbetriebs aus, schmälerten damit die Erwartungen der Anleger auf hohe Renditen, was wiederum das Risiko fallender Aktienkurse für Eisenbahnnotierungen erhöhte. Im Sommer 1836 platzte die Spekulationsblase auf den englischen Effektenmärkten und riss unweigerlich andere Märkte mit sich. Als die Bank von England den Diskontsatz, den entscheidenden Leitzins zur Refinanzierung der Wechselkredite erhöhte, setzte eine Geld- und Kreditkrise ein. Im Juli 1837 konnten drei der großen sieben englisch-amerikanischen Handelshäuser nur mit Hilfe der Zentralbank gerettet werden, um eine internationale Handelskrise zu verhindern. Dennoch

gerieten England und Amerika in eine mehrjährige Rezession, der sich die stark vom Ausland abhängige deutsche Wirtschaft nicht entziehen konnte.¹³⁰

Unter diesen Marktverhältnissen konnte die Finanzierung der Rhein-Weser-Bahn ohne staatliche Unterstützung nicht gelingen. Im April 1838 wandte sich eine Kommission des Verwaltungsrats an Friedrich Wilhelm III.. Die Mitglieder stellten den Antrag, der preußische Staat solle sich mit zwei Millionen Talern an der Rhein-Weser-Eisenbahn beteiligen, um so das Vertrauen der Aktionäre wiederherzustellen.¹³¹ Doch der König lehnte Mitte April eine Beteiligung ab. Im Gegenteil: Durch die Verabschiedung eines Eisenbahngesetzes sorgte Friedrich Wilhelm III. Anfang November 1838 dafür, dass das Vertrauen in preußische Eisenbahnaktien weiter sank. Die umfangreichen Eingriffsmöglichkeiten, die sich der Staat in die laufenden Geschäfte aller preußischen Eisenbahngesellschaften sicherte, erschütterte endgültig die Zuversicht der Aktionäre. Obwohl in der öffentlichen Presse der Rhein-Weser Eisenbahn kaum noch Überlebenschancen eingeräumt wurden, einigte sich die dritte Generalversammlung auf den Beginn des Streckenbaus an drei Abschnitten. Der im Sommer 1838 auch bei Minden begonnene Bau wurde jedoch im Dezember wieder eingestellt, da der Verwaltungsrat sich endgültig dazu entschlossen hatte, die Liquidation der Gesellschaft herbeizuführen. Das Eisenbahnprojekt zwischen Rhein und Weser war damit zunächst gescheitert.¹³²

Die Ursachen für den Fehlschlag des wohl wichtigsten wirtschaftlichen Infrastrukturprojektes der Stadt Minden im 19. Jahrhundert waren vielfältig. Zunächst lagen die Kostenschätzungen für die erste Strecke von Elberfeld nach Minden viel zu niedrig. Die Kostensteigerungen zogen eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals nach sich, die die erwartete Dividende schmälerte und sich negativ auf künftige Aktienemissionen auswirkte. Die beschlossene Erweiterung der Eisenbahn bis Köln sowie die Planungen für die Bauarbeiten an drei Streckenabschnitten gleichzeitig verunsicherten den Kapitalmarkt zusätzlich und erschütterten das Vertrauen der Aktionäre. Dies beeinflusste die Zahlungsmoral der Anleger, die aufgrund des geltenden Aktienrechts ihre Kapitalanteile nur sukzessive nach Baufortschritt leisten mussten. Zwar beruhigte sich der Kapitalmarkt nach der anfänglichen Spekulationswelle wieder etwas, gleichzeitig konnten aber die für die Kapitalerhöhung benötigten Aktien nur in geringem Umfang am Markt untergebracht werden. Die staatlichen Vorgaben durch die Allgemeinen Bestimmungen über das Eisenbahnwesen und schließlich das Eisenbahngesetz führten schließlich zu einem massiven Einbruch der preußischen Eisenbahnaktien, die angesichts der sich ausbreitenden Krise auf den internationalen Kapitalmärkten das Scheitern der Rhein-Weser-Eisenbahn bewirkten. Mitentscheidend für seinen Niedergang waren vor allem die geringen Erfahrungen, die man im Hinblick auf die Finanzierung solcher Großprojekte hatte. Die rechtlichen Bestimmungen waren für die finanziellen und organisatorischen Dimensionen des Großunternehmens Rhein-Weser-Eisenbahn noch nicht ausge-



*Die Lithografie „Porta Westfalica“ von Wilhelm Riefstahl zeigt den Mindener Bahnhof um 1850, kurz nach Eröffnung der Köln-Mindener Eisenbahn.
Quelle: Mindener Museum*

legt. Die Allgemeinen Bestimmungen zum Eisenbahnwesen und das Eisenbahngesetz untergruben das private Engagement und brachten neue Hindernisse für das Projekt. Zusätzlich erschwerten die widerstreitenden Interessen der Aktionäre, aber auch der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Direktion eine zielorientierte Willensbildung und Betriebsführung. Letztlich trugen auch institutionelle und finanzielle Schwächen des lokalen Mindener Kapitalmarkts zum Scheitern bei. Die Privatbank Levison hatte mit ihrem Vermögen von gut 30.000 Talern ein zu geringes Eigenkapital und konnte bei einer mittleren Bank wie den von der Heydts vermutlich nur über 10- bis 15.000 Taler Kredit verfügen.¹³³ Anders als bei der Rheinischen Eisenbahn, wo sich der Kölner Bankier Oppenheim stark engagierte, fehlte der Rhein-Weser-Bahn ein oder mehrere kapitalkräftige Privatbankiers von überregionaler Bedeutung und mit einem dichten kaufmännischen Netzwerk. Insgesamt waren der Rhein-Weser-Eisenbahn Aktiengesellschaft ihre angestrebte Größe sowie die strukturellen und konjunkturellen Verhältnisse auf den inhomogenen Finanzmärkten zum Verhängnis geworden.

Die entscheidende rechtliche Grundlage zur Finanzierung der Eisenbahnen und anderer industrieller Investitionen in Preußen wurde erst nach dem Thronwechsel 1840 eingeleitet. Das preußische Aktiengesetz von 1843 sollte die Grundlage für die Kapitalmobilisierung der regionalen Industrialisierung Preußens werden. Zu dieser Zeit wurden die Planungen für eine Eisenbahnverbindung von Rhein und Weser wieder aufgegriffen. Dem rheinischen Unternehmer David Hansemann gelang 1843 mit staatlicher Unterstützung die Gründung der Köln-Mindener-Eisen-

bahn-Aktiengesellschaft. Der preußische Staat übernahm ein Aktienpaket von rund 1,9 Millionen Talern und garantierte den Aktionären eine jährliche Dividende von 3,5 Prozent. Das Stammkapital von 13 Millionen Talern wurde schon am ersten Tag der Aktienemission überzeichnet. Allein in Köln hatte man für 31,5 Millionen und in Düsseldorf für 11,1 Millionen Taler Aktien gezeichnet.¹³⁴ Im Gegensatz zu den Planungen der Rhein-Weser-Bahn, die noch eine Streckenführung auf dem linken Weserufer vorsahen, plante und baute die Köln-Mindener Eisenbahn den Bahnhof rechts der Weser, der zudem eigene Befestigungswerke erhielt. Justizrat Koch urteilte in seiner Rede anlässlich der Inbetriebnahme der Strecke 1847 über das erste Eisenbahnprojekt von Minden nach Köln: „Es war ein großartiger Gedanke und das beabsichtigte Werk ein wahrhaftes Riesenunternehmen, wenn man, der kleinen Nürnberger Bahn gegenüber, die Größe der neuen Eisenbahngründung, die Beschaffung der für dieselbe aufzubringenden Millionen und die Besiegung aller Schwierigkeiten bedenkt, welche sich einer neuen, noch unbekanntem Sache und einer Unternehmung von so großer Ausdehnung notwendig immer entgegen stellen müssen.“¹³⁵ Die Mitglieder des ersten Mindener Eisenbahn Komitees um ihren Initiator Friedrich Wilhelm Weddigen teilten zwar die Visionen früher Eisenbahnpioniere wie Harkort, List und andere, konnten jedoch ihre „kühnsten Hoffnungen“ angesichts der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht in die Tat umsetzen.

Anmerkungen

- 1 Adam Smith, *Untersuchung über Wesen und Wohlstand des Reichtums der Völker* Bd. 2, Düsseldorf 1999, S. 882.
- 2 Werner Plumpe, *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, 2. Aufl., München 2011 und Richard Tilly, *Geld und Kredit in der Wirtschaftsgeschichte*, Stuttgart 2003, S. 10ff..
- 3 *Mindener Sonntagsblatt* vom 31. Oktober 1847. Vgl. auch Philipp Koch, *Rückständigkeit in einer industriellen Pionierregion? Die Wirtschaft der Festung Minden 1815 bis 1873*, in: *Die etwas andere Industrialisierung. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Minden-Lübbecke-Landes im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. von Werner Abelshäuser, Essen 1999, S. 85-110, hier S. 92ff..
- 4 Walter Steitz, *Die Entstehung der Köln-Mindener Eisenbahn. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der deutschen Eisenbahnen und des preußischen Aktienwesens*, Köln 1974, S. 97ff. und Wilfried Reininghaus, *Eisenbahnen zwischen Rhein und Weser 1825-1995*, in: *150 Jahre Köln-Mindener Eisenbahn. Katalog zur gleichnamigen Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe*, hg. von Karl-Peter Ellerbrock und Marina Schuster, Essen 1997, S. 12 – 73, hier S. 12ff.. Zu Friedrich Harkort (1793-1880) siehe die Biografie von Wolfgang Köllmann, *Friedrich Harkort*, Bd. 1, 1793-1838, Düsseldorf 1964 und Wilhelm Blome, *Friedrich Harkort als Pionier des Eisenbahnwesens*, Diss., Münster 1922.
- 5 Zitiert nach Reininghaus, *Eisenbahnen*, wie Anm. 4, S. 13.
- 6 Lothar Gall, *Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg*, in: *Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, hg. von Lothar Gall, Manfred Pohl, München 1999, S. 13 – 70, hier S. 13ff.; Stephan Deutinger, *Bayerns Weg zur Eisenbahn. Joseph von Baader und die Frühzeit der Eisenbahn in Bayern 1800 bis 1835*, St. Ottilien 1997, S. 19f.; Werner Kroker, *Frühe Eisenbahnen und das Montanwesen*, in: *Verkehr und Region im 19. und 20. Jahrhundert. Westfälische Beispiele*, hg. von Wilfried Reininghaus, Karl Teppe, Paderborn 1999, S. 57-70, hier S. 59ff. und Hans-Werner Niemann, *Europäische Wirtschaftsgeschichte, Vom Mittelalter bis heute*, Darmstadt 2009, S. 50.
- 7 Gustav Cohn, *Untersuchungen über die Englische Eisenbahnpolitik* Bd. 1. *Die Entwicklung der Eisenbahngesetzgebung in England*, Leipzig 1874, S. 20 und Henry Grote Lewin, *Early British Railways*. London 1998, Reprint 1925, S. 1-8.
- 8 G. Fleck, *Studien zur Geschichte des preußischen Eisenbahnwesens*, in: *Archiv für Eisenbahnwesen* 19, 1896, S. 27 – 55, hier S. 30f..
- 9 1820 hatten die Bellington-Eisenwerke bei Durham die ersten Schienen aus Walzstahl produziert. Köllmann, Harkort, wie Anm. 4, S. 91 und Wolfhard Weber, *Friedrich Harkort und der Technologietransfer zwischen England und Deutschland 1780 – 1830*, in: *Bürgerlichkeit zwischen gewerblicher und industrieller Wirtschaft. Beiträge des Wissenschaftlichen Kolloquiums anlässlich des 200. Geburtstags von Friedrich Harkort vom 25. bis 27. Februar 1993*, hg. von Wolfgang Köllmann, Karl Teppe, Dortmund 1994, S. 129 – 148, hier S. 136ff..
- 10 Zit. nach Hermann vom 30. März 1825 und Berger, Harkort, wie Anm. 4, S. 223. Siehe auch Dieter Ziegler, *Die Industrielle Revolution, Darmstadt 2005*, S. 56ff.; Ralf Roth, *Die Eisenbahn und ihre Folgen für die Mobilität im 19. Jahrhundert*, in: *„Auf eisernen Schienen, so schnell wie der Blitz“*. Regionale und überregionale Aspekte der Eisenbahngeschichte, hg. von Andreas Hedwig, Marburg 2008, S. 1-15 und *Statistik der Eisenbahnen in Deutschland 1835 – 1989*, hg. von Rainer Fremdling, Ruth Federspiel und Andreas Kunz, St. Katharinen 1995.
- 11 Hans-Joachim Hamann, *Nationalökonomie und Öffentlichkeit im Rheinland und in Westfalen vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis 1830*, Ein Beitrag zur Geschichte des Frühliberalismus und seiner Gegenströmungen, Diss., Heidelberg 1978, S. 211ff. und Rudolf Boch, *Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814-1857*, Göttingen 1991, S. 138ff.. Der Freiherr vom Stein gehörte schon 1819 zu den Lesern des „Hermann“. Karl vom und zum Stein, *Briefe und amtliche Schriften* Bd. 6, Stein in Westfalen, neu bearb. von Alfred Hartlieb von Wallthor, Stuttgart

- 1965, S. 61.
- 12 Wirtschaftsbürgertum in den deutschen Staaten im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, hg. von Karl Möckl, München 1996 und Mindener Sonntagsblatt vom 16. Januar 1825.
 - 13 Erster Jahres-Bericht der Westphälischen Gesellschaft für vaterländische Cultur, Minden 1826, S. 4f..
 - 14 Hans Joachim Oehm, Die Rheinisch-Westindische Kompagnie. Neustadt an der Aisch 1968.
 - 15 Wolfgang Köllmann, Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831-1956. Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum am 17. Januar 1956, Wuppertal-Elberfeld 1956, S. 162f..
 - 16 Wolfram Fischer, Die preußische Residenz auf dem Wege zur Industriestadt, in: Berlin und seine Wirtschaft. Ein Weg aus der Geschichte in die Zukunft – Lehren und Erkenntnisse, hg. von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin 1987, S. 59-78, hier S. 66f..
 - 17 Clemes Wischermann, Preußischer Staat und westfälische Unternehmer zwischen Spätmerkantilismus und Liberalismus, Köln 1992, S. 448.
 - 18 Verhandlungen des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen 9, 1830, S. 80-87.
 - 19 Wischermann, Staat, wie Anm. 17, S. 449 und Verhandlungen des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen 1, 1822, S. 8.
 - 20 Zu Vincke siehe Ludwig Freiherr Vincke. Ein westfälisches Profil zwischen Reform und Restauration in Preußen, hg. von Hans-Joachim Behr, Jürgen Kloosterhuis, Münster 1994.
 - 21 Gerhard Schrader, Gernheim. Die Gründung Johann Christoph Friedrich Schraders. Ein Beitrag zur westfälischen Wirtschaftsgeschichte im 19. Jahrhundert, Minden 1951.
 - 22 Mallinckrodt (1769-1842) war von 1818 bis 1823 Regierungsvizepräsident in Minden und ein enger Freund Vinckes. Vgl. Die Tagebücher des Oberpräsidenten Ludwig Freiherrn Vincke 1813-1818, bearb. von Ludger Graf von Westphalen, Münster 1980, S. 707 und Wischermann, Staat, wie Anm. 17, S. 451.
 - 23 Verhandlungen des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen 4, 1825, S. 7-10 August Friedrich Karl Hermann Freiherr von der Horst (1780-1861) war bis 1825 erster Regierungspräsident in Minden. Im Februar 1825 wegen seiner derangierten Vermögensverhältnisse in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Dietrich Wegmann, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815-1918, Münster 1969, S. 289.
 - 24 Von Uthmann war als Offizier des Ingenieur-Korps für das Bauwesen der Festung Minden verantwortlich. Volkmar Ulrich Meinhardt, Die Festung Minden. Gestalt, Struktur und Geschichte einer Stadtfestung, Minden 1958, S. 63 und S. 132.
 - 25 Verhandlungen, wie Anm. 19, S. 12-14. Zu Weddigen & Söhne siehe unten.
 - 26 Jahres-Bericht, wie Anm. 13, S. 8f.. und Hans Heinrich Blotvogel, Die Stellung Mindens im räumlichen Gefüge des mittleren Weserraumes. Grundzüge der Entwicklung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, in: Zwischen Dom und Rathaus. Beiträge zur Kunst- und Kulturgeschichte der Stadt Minden, hg. von Hans Nordsiek, Minden 1977, S. 335-368, hier S. 112f..
 - 27 Wilhelm Rasch, Die ersten Jahre bremscher Eisenbahnpolitik 1825-1840, Bremen 1926; Georg Heuer, Die Eisenbahnpolitik des Königreichs Hannover bis zum Jahre 1847 mit besonderer Berücksichtigung der Knotenpunkte Lehrte und Wunstorf, Diss., Hannover 1920, und Detlef Lüder, Forschungen zum Eisenbahnwesen des Königreichs Hannover nach den Beständen des niedersächsischen Staatsarchivs Hannover, Diss., Hamburg 1971. Siehe auch Lars Ulrich Scholl, Ingenieure in der Frühindustrialisierung. Staatliche und private Techniker im Königreich Hannover und an der Ruhr (1815-1873), Göttingen 1978, S. 170ff. und Martin Schumacher, Auslandsreisen deutscher Unternehmer 1750-1851 unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland und Westfalen, Köln 1968.
 - 28 Napoleon hatte in seinem Dekret vom 14. Dezember 1810, in dem er große Gebiete Norddeutschlands dem Kaiserreich einverleibte, versprochen, das Wasserstraßennetz mit der Ostsee zu verbinden. Johannes Kretzschmar, Napoleons Kanalprojekte zur Verbindung des Rheines mit der Elbe und Ostsee, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen 71, 1906, S. 139-150, hier S. 145f. sowie Helmut Stubbe da Luz:

- „Franzosenzeit“ in Norddeutschland (1803-1814), Napoleons Hanseatische Departements, Bremen 2003, S. 13 und S. 143ff. Zur Lippeschiffahrt siehe Werner Koppe, Die Lippewasserstraße, Schiffahrt auf Lippe und Lippe-Seitenkanal im Rahmen der nordwestdeutschen Binnenschiffahrtsgeschichte, Bielefeld 2004, S. 148ff..
- 29 Dietrich Reinhold, Der Rhein, die Lippe und Ems und deren künftige Verbindung als eine für Staat und Untertanen höchst nützliche Nationalanlage, in staatswirtschaftlicher und kommerzieller Hinsicht betrachtet, Hamm 1822. Zur zweiten Schrift Reinholds siehe Koppe, Lippewasserstraße, wie Anm. 19, S. 248f. und S. 336. Das erste Buch von Reinhold hat Koppe nicht wahrgenommen.
- 30 Anfang Oktober 1817 hatte Vincke gemeinsam mit zahlreichen Beamten seiner Wasserbauverwaltung das Gelände für die diversen Kanalstrecken zwischen Lippe und Ems inspiziert. Vincke scheidet dem Freiherrn von Stein 1818 „Akten wegen der Lippeschiffahrt“ überlassen zu haben. Vgl. dazu von Westphalen, Tagebücher, wie Anm. 22, S. 371f., hier Anm. 920, S. 445, S. 455f. und 468, hier Anm. 1120. Siehe auch Briefwechsel zwischen Stein und Vincke, Zum 75. Westfälischen Provinziallandtag im Auftrage des Provinzialausschusses der Provinz Westfalen, hg. von Heinrich Kochendörfer, Münster 1930, S. 77 und S. 91.
- 31 Der erste Landtag fand seit 29. Oktober 1826. Adolf Trende, Aus der Werdezeit der Provinz Westfalen. Münster 1933, S. 18.
- 32 Koppe, Lippewasserstraße, wie Anm. 28, S. 159.
- 33 Dr. jur. Karl Wilhelm Koppe (1770 – 1844) war von 1816 bis 1828 Regierungsrat in Minden. 1808 mit Papieren des Freiherrn vom Stein abgegangen und interniert, gehörte er der Regierung in Königsberg an und war Gouvernementsrat in Aachen gewesen. Ernst Siemer (Bearb), 175 Jahre alt – Bezirksregierung in Ostwestfalen 1816 – 1991. Eine Dokumentation, Detmold 1991, S. 33 und S. 35. Siehe auch Reinhart Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, 3. Aufl, Stuttgart 1981, S. 214 Anm. 171, Westphalen, Tagebücher, wie Anm. 22, S. 697 und Wegmann, Verwaltungsbe-
 amten, wie Anm. 23, S. 250.
- 34 Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 116. Über Krüger ist kaum etwas bekannt. Siehe dazu Wilfried Reininghaus, Verkehr und Region. Eine Einführung, in: Ders., Teppe, Verkehr, wie Anm. 6, S. 1-43, hier S. 37.
- 35 Das Schreiben vom 30. Mai erreichte Vincke erst am 29. Juni. Reininghaus, Eisenbahnen, wie Anm. 4, S. 17.
- 36 Steitz führt an, Motz habe bereits 1828 für eine Strecke Minden-Lippstadt plädiert. Motz orientierte sich dabei an den Plänen Koppes und Krügers. Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 107f. und Anm. 461 und S. 117 sowie Landesarchiv NRW Abteilung Münster (künftig: LA NRW Münster), Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 1-2.
- 37 Hanna Schissler, Preußische Finanzpolitik 1806-1810, in: Preußische Finanzpolitik 1806-1810. Quellen zur Verwaltung der Ministerien Stein und Altenstein, bearb. von Eckart Kehr, hg. von Dies., Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1984, S. 58-64, hier S. 58. Dietrich Eichholtz, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962; Rainer Fremdling, Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840-1879, Dortmund 1975; Dieter Ziegler, Eisenbahnen und Staat im Zeitalter der Industrialisierung. Die Eisenbahnpolitik der deutschen Staaten im Vergleich, Stuttgart 1996.
- 38 Delius (1773 – 1832) stand als enger Freund in regem Briefkontakt zum westfälischen Oberpräsidenten Vincke. Siehe von Westphalen, Tagebücher, wie Anm. 22, S. 661.
- 39 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 48ff.. Siehe auch Reininghaus, Eisenbahnen, wie Anm. 4, S. 17. und Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 119f..
- 40 Nauck war seit 1816 bei der Regierung in Minden. Vorher war er als Distriktbaumeister tätig. Siemer, Bezirksregierung, wie Anm. 33, S. 24, S. 27, S. 32 und S. 35.
- 41 Der von Steitz genannte Regierungs- und Wasserbaurat Nanok ist Johann Christian Friedrich Nauck. Offenbar hat Steitz Blomes Quellenbeleg nicht noch einmal geprüft Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 122 Anm. 316.
- 42 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 88-95.
- 43 (08.08.1794 – 20.10.1848). Theodor Wed-

- digen, Nachrichten aus der Familie Weddigen, Barmen 1886, S. 6.
- 44 Kommunalarchiv Minden (künftig: KAM) Stadt Minden E Nr. 771.
- 45 (19.08.1799 – 20.05.1882). Weddigen, Nachrichten, wie Anm. 43, S. 6.
- 46 Wischermann, Staat, wie Anm. 17, S. 337.
- 47 KAM E Nr. 94.
- 48 Mindener Sonntagsblatt vom 20. Februar 1831.
- 49 Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund (künftig: WWA) F 1 Nr. 600, WWA F 1 Nr. 628 und WWA F 1 Nr. 1286. Siehe dazu Friedrich Harkort, Kamp & Co. – Die Mechanische Werkstätte in Wetter und ihre Nachfolgefirmen (1780) 1819-1910, Inventar zum Bestand F 1, Band 1, bearb. von Wilfried Reininghaus, Dortmund 1993, S. 143 und S. 147 sowie Band 2, S. 273.
- 50 Zum Bremer Rohzuckerimport Karl H. Schwebel, Bremer Kaufleute in den Freihäfen der Karibik. Von den Anfängen des Bremer Überseehandels bis 1815, Bremen 1995, S. 330f..
- 51 KAM Stadt Minden E Nr. 771.
- 52 Ebd.
- 53 Fred Kaspar, Der Bahnhof Minden – Zur Kultur-, Sozial- und Siedlungsgeschichte eines Bahnprojektes, in: Ellerbrock, Schuster, 150 Jahre, wie Anm. 4, S. 161-171, hier S. 162f.. Siehe auch Susanne Brockfeld, „... wird überall die Eisenbahn zu einer Frage des Seins oder Nichtseins“: Eisenbahnkomitees in Westfalen 1830-1870, in: Reininghaus, Teppe, Verkehr, wie Anm. 6, S. 113-126, hier S. 114.
- 54 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 85. Schreiben Friedrich Wilhelm Weddigens an Vincke vom 2. Juni 1829. Vgl. Blome, Harkort, wie Anm. 6, S. 72. In diesem Zusammenhang wäre die spätere Initiative des Mindener Schiffseigners Georg Rolff zur Einführung der Dampfschiffahrt auf der Weser neu zu bewerten. Siehe Jutta Bachmann, Der Mindener Schiffseigner Georg Rolff (1802-1883) – eine „höchst eigenwillige Persönlichkeit“, in: Schiffahrt, Handel, Häfen. Beiträge zur Geschichte der Schifffahrt auf Weser und Mittellandkanal, hg. von Dies., Helmut Hartmann, Minden 1987, S. 385-398, hier S. 387ff..
- 55 Landesarchiv NRW Abteilung Detmold (künftig: LA NRW Detmold) M1 ID 47 und Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 122.
- 56 Ebd.
- 57 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 66-73, hier fol. 69f.. Schreiben des Finanzministers Motz an den Innenminister Schuckmann vom 29. Februar 1829. Siehe dazu Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 121f..
- 58 Hedwig Behrens, Mechanikus Johann Dinnendahl (1780-1849), Erbauer von Dampfmaschinen, Gründer der Friedrich Wilhelms-Hütte zu Mülheim an der Ruhr. Leben und Wirken aus zeitgenössischen Quellen, Neustadt/Aisch 1974, S. 82ff..
- 59 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 171-173. Schreiben des Komitees für die Eisenbahn-Anlage zwischen Rhein und Weser vom 29. Dezember 1829 an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Freiherr Ludwig von Vincke.
- 60 Mindensche Fama, Beilage zum Mindener Sonntagsblatt vom 4. Juli 1830. In der Quelle heißt es, es hänge „allein von höherer Bestimmung ab, auf welchem Punkt den Rheingütern, welche bei Wesel den Rhein verlassen haben, der wohlfeilste und unabhängigste Weg in die Nordsee geöffnet werden soll.“ Siehe Mindensche Fama, Beilage zum Mindener Sonntagsblatt vom 8. August 1830.
- 61 Mindensche Fama, Beilage zum Mindener Sonntagsblatt vom 15., 22., und 29. August 1830, 12., 19. und 26. September 1830, 3., 17., 24. und 31. Oktober 1830.
- 62 Friedrich Keinemann, Westfalen im Zeitalter der Restauration und der Julirevolution 1815-1833, Quellen zur Entwicklung der Wirtschaft, zur materiellen Lage der Bevölkerung und zum Erscheinungsbild der Volksstimmung, Münster 1987, S. 135ff..
- 63 Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 124ff. und Reininghaus, Eisenbahnen, wie Anm. 4, S. 18.
- 64 Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 123 – 130 und Blome, Harkort, wie Anm. 4, S. 75ff..
- 65 Zit. nach Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 129. Oeynhausens hatte als Oberbergamts-Assessor 1829 einen Bericht über die geplante Eisenbahn zwischen der Weser und Lippstadt für Vincke erstellt. Dazu Blome, Harkort, wie Anm. 4, S. 68ff..
- 66 Zit. nach Steitz, Entstehung, wie Anm. 4,

- S. 129.
- 67 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 159-163 und Mindener Sonntagsblatt vom 14. Oktober 1832, 11., 18. und 25. November 1832.
- 68 Die Denkschrift erschien im Verlag des Mindener Buchhändlers Friedrich Eßmann. KAM Drucksachensammlung Nr. 3096. Siehe dazu Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 131-133 und Reininghaus, Eisenbahnen, wie Anm. 4, S. 18.
- 69 Mittheilungen, wie Anm. 68, S. 5.
- 70 Mittheilungen, wie Anm. 68, S. 10 und LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 180-187.
- 71 Mittheilungen, wie Anm. 68, S. 3.
- 72 Zum bislang von der Forschung vernachlässigten Kommissions- und Speditionshandel jetzt Stefan Gorißen, Differenzierung und Spezialisierung im Fernhandel des 17. und 18. Jahrhunderts. Zur Bedeutung des Kommissions- und Speditionshandels, in: Wirtschaft – Kultur – Geschichte. Positionen und Perspektiven, hg. von Susanne Hilger, Achim Landwehr, Stuttgart 2011, S. 45-63.
- 73 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 174-179.
- 74 Raasch, Anfänge, wie Anm. 27, S. 37ff. und S. 89ff.; Mindener Sonntagsblatt vom 9. Dezember 1832, 24. März 1833 und 12. Mai 1833.
- 75 Reininghaus, Eisenbahnen, wie Anm. 4, S. 18.
- 76 Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 129ff. und Blome, Harkort, wie Anm. 4, S. 75ff..
- 77 Cohn, Untersuchungen, wie Anm. 7, S. 20ff. und Lewin, railways, wie Anm. 7, S. 9ff..
- 78 Klaus Bracht, Der Bau der ersten Eisenbahnen in Preußen. Eine Untersuchung der rechtlichen Grundlagen und der bei der Gründung und dem Grunderwerb aufgetretenen Rechtsprobleme, Berlin 1998, S. 107ff..
- 79 Ebd., S. 114 und Koselleck, Preußen, wie Anm. 33, S. 370f..
- 80 Ausführlich Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 129-148.
- 81 Mindener Sonntagsblatt vom 27. Dezember 1829 und 10. Januar 1830. Siehe auch Wilhelm Schröder, Chronik der Stadt Minden, Minden 1883, S. 691. Zum Tabakgewerbe Weddigens Rolf Momburg, Die Zigarrenmacher, Aus der Geschichte der Zigarrenindustrie im Minden-Lübbecker Land von 1830 bis zur Gegenwart. Hüllhorst 1996, S. 14, S. 20, S. 30f. und S. 78.
- 82 Mindensche Fama, Beilage zum Mindener Sonntagsblatt vom 3. Juni 1832, 7. Oktober 1832, 24. März 1833, 16. und 23. Juni 1833, 7. Juli 1833 und 4. August 1833.
- 83 KAM E Nr. 94 und KAM F Nr. 55. In der Bürgerrolle von 1833 ist Friedrich-Wilhelm Weddigen gestrichen und vermerkt, dass er die Grundsteuer gemeinsam mit seinem Bruder zahlen würde. Demnach fielen seine Häuser dem Konkurs zum Opfer, was für eine hypothekarische Sicherung der Unternehmenskredite spricht. Nach einer Klassensteuerliste von 1848 erzielte er ein Einkommen zwischen 600 und 900 Talern, zahlte darauf einen Taler Klassensteuer und gehörte damit der Mittelschicht an. Zur Oberschicht gehörten Personen mit einem Einkommen von mehr als 1.250 Talern. Siehe Mindener Sonntagsblatt vom 30. Juli 1848 und Philipp Koch, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einer preußischen Festung 1830 bis 1849. Perspektiven zur Mindener Stadtgeschichte zwischen Vormärz und Revolution, in: Aufbruch der Demokraten? Ostwestfalen-Lippe im Vormärz und in der Revolution von 1848/49, hg. von Reinhard Vogelsang, Rolf Westheider, Bielefeld 1998, S. 131-158, hier S. 136f..
- 84 Vertrauen. Historische Annäherungen, hg. von Ute Frevert, Göttingen 2003.
- 85 Blome, Harkort, wie Anm. 4, S. 103; Köllmann, Harkort, wie Anm. 4, S. 106; Reininghaus, Eisenbahnen, wie Anm. 4, S. 19 und Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 141.
- 86 Eine systematische Auswertung der zeitgenössischen Presse zum Thema Eisenbahn steht aus. Das Mindener Sonntagsblatt berichtete 1832 regelmäßig über verschiedene Projekte. Darüber hinaus erschienen im Verlauf des Jahres 1833 zwei Denkschriften von Friedrich List und Ludolf Camphausen, die für den Eisenbahnbau warben, und die eine breite öffentliche Aufmerksamkeit fanden. Vgl. Peter Beyer, Leipzig und die Anfänge des deutschen Eisenbahnbaus. Die Strecke nach Magdeburg als zweitälteste deutsche Fernverbindung und das Ringen der Kaufleute um ihr Entstehen 1829-1840, Weimar 1978, S. 90f..
- 87 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 196-198.

- Siehe dazu Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 143.
- 88 Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 143-152.
- 89 Richard Tilly, Zur Entwicklung des Kapitalmarktes im 19. Jahrhundert, in: Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung, hg. von Ders., Göttingen 1980, S. 77-91, hier S. 82ff. und Dieter Ziegler, Eisenbahnbau und Kapitalmarktentwicklung in England im 19. Jahrhundert. Ein Sonderfall?, in: Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte der deutschen Banken im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Manfred Köhler, Keith Ulrich, Essen 1995, S. 24-41. Zum Begriff des Kapitalmarktes siehe Dieter Ziegler, Artikel Finanzmärkte, in: Von Aktie bis Zoll. Ein historisches Lexikon des Geldes, München 1995, S. 108f. und S. 184.
- 90 Richard Tilly, Finanzielle Institutionen, Staat und Industrialisierung. Rheinland und Preußen im internationalen Vergleich, in: Ders., Kapital, wie Anm. 89, S. 15-28, hier S.
- 91 Peter Coym, Unternehmensfinanzierung im frühen 19. Jahrhundert. Hamburg 1971, S. 160ff. und Wischermann, Staat, wie Anm. 17, S. 400.
- 92 Wolfgang Hoth, Zur Finanzierung des Eisenbahnstreckenbaus im 19. Jahrhundert in Deutschland, in: Scripta Mercatura 12, 1978, S. 1-19, hier S. 2.
- 93 Ralf Banken, Die Finanzierung der Rhein-Weser- und Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft 1836-1844, in: Ellerbrock, Schuster, 150 Jahre, wie Anm. 4, S. 154-160, hier S. 155.
- 94 Blome, Harkort, wie Anm. 4, S. 112ff..
- 95 Banken, Finanzierung, wie Anm. 93, S. 155.
- 96 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 300-301 sowie Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 159 und S. 170ff..
- 97 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 301. so wie Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 171.
- 98 Denkschrift zur Begründung des Projects der Eisenbahn-Anlage zur Verbindung des Rheins mit der Weser, Minden 1836, S. 3 und Hans Eberhard Brandhorst, Aus der Vorgeschichte der Köln-Mindener Eisenbahn, in: Mindener Heimatblätter 2, 1960, Heft 9/10, S. 121-123.
- 99 Denkschrift, wie Anm. 98, S. 9-32.
- 100 Banken, Finanzierung, wie Anm. 93, S. 155.
- 101 Ebd. und Beyer, Leipzig, wie Anm. 86, S. 175ff..
- 102 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 298f. und Fama, Beilage zum Mindener Sonntagsblatt vom 17. Juli 1836 und 28. August 1836.
- 103 Arno Herzog, Das Sozialprofil der jüdischen Bürger von Minden im Übergang vom 18. bis 19. Jahrhundert, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 50, 1978, S. 45-70, hier S. 50 und S. 54 Anm. 49.
- 104 KAM E Nr. 94.
- 105 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 298 f.. Zum westfälischen Kapitalmarkt siehe Wischermann, Staat, wie Anm. 17, S. 398ff..
- 106 Historisches Archiv der Commerzbank AG Frankfurt/Main (künftig: HAC) Nr. 402/140 fol. 99 und Nr. 402/198, fol. 6.
- 107 Karl Wippermann, Artikel Heydt, August von der, in: Allgemeine Deutsche Biographie, hg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 12 (1880), S. 358-363.
- 108 Mathieu Schwann, Ludolf Camphausens Denkschriften, wirtschaftspolitische Arbeiten und Briefe, Essen 1915, S. 408f., S. 410f. und S. 418f. und Michael Stürmer, Gabriele Teichmann, Wilhelm Treue, Wägen und Wagen. Sal. Oppenheim jr. & Cie., Geschichte einer Bank und Familie, München 1989, S. 79ff. und S. 86.
- 109 Zitiert nach Mathieu Schwann, Ludolf Camphausen als Mitglied und Vorsitzender der Kölner Handelskammer, Essen 1915, S. 32.
- 110 Reininghaus geht davon aus, dass die erfolgreiche Aktienzeichnung hauptsächlich Frankfurter und Augsburger Banken zu verdanken war. Bankens Untersuchung bestätigt diese These jedoch nicht. Reininghaus, Eisenbahnen, wie Anm. 4, S. 21 und Banken, Finanzierung, wie Anm. 93, S. 155.
- 111 LA NRW Detmold Regierung Minden M 1 I Nr. 48, fol. 81 und Banken, Finanzierung, wie Anm. 93, S. 155.
- 112 KAM Stadt Minden E Nr.771.
- 113 „Verzeichnis der Aktionäre des Rhein-Weser-Eisenbahn-Unternehmens in Minden“ vom 12. Juli 1840, in: KAM Stadt

- Minden E Nr. 771. Wieder abgedruckt bei Koch, Rückständigkeit, wie Anm. 4, S. 102 und 104.
- 114 KAM, Stadt Minden E Nr. 94 und Martin Krieg, Die Bürgerrolle der Stadt Minden pro 1836, in: Mindener Heimatblätter 14, 1936, Nr. 5, S. 1-2; Nr. 6, S. 3-4; Nr. 7, S. 3-4 und Nr. 8, S. 2-3.
- 115 Franz-Josef Schulte-Althoff, Stadtbürgertum und Reform der Stadtverfassung. Die Einführung der Revidierten Städteordnung von 1831 in Minden, Herford und Paderborn, in: Vierteljahreshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 83, 1996, S. 347-371.
- 116 Ebd., S. 362ff..
- 117 KAM Stadt Minden E Nr. 94 und Nr. 771 sowie Krieg, Bürgerrolle, wie Anm. 114.
- 118 Koch, Politik, wie Anm. 83, S. 135.
- 119 Banken hat die Aktionärsliste nur nach regionaler Herkunft und Kapitaleinsatz, nicht aber nach sozialen Kriterien wie dem Beruf untersucht. Für die 1837 gegründete Rheinische Eisenbahn lägen dazu Vergleichsangaben vor. Banken, Finanzierung, wie Anm. 93, S. 155 und Joachim Deeters, Die Aktionäre der Rheinischen-Eisenbahn- Gesellschaft im Gründungsjahr 1837, in: Kölner Unternehmer und die Frühindustrialisierung im Rheinland und in Westfalen (1835-1871), hg. von Friedrich- Wilhelm Henning, Klara van Eyll, Köln 1984, S. 116-146.
- 120 Boch, Wachstum, wie Anm. 11, S. 138f..
- 121 Z.B. für Berlin Nadja Stulz-Herrnstadt, Berliner Bürgertum im 18. und 19. Jahrhundert. Unternehmerkarrieren und Migration, Familien und Verkehrskreise in der Hauptstadt Brandenburg-Preußens. Die Ältesten der Korporation der Kaufmannschaft zu Berlin, Berlin 2002.
- 122 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr. 1136, fol. 306 und Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 159-174.
- 123 LA NRW Münster, Oberpräsidium der Provinz Westfalen Nr.1137, fol. 31f. und Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 174.
- 124 Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 182-198.
- 125 Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 182-198.
- 126 Mindener Fama, Beilage zum Mindener Sonntagsblatt vom 10. Januar 1836; Stürmer, Teichmann, Treue, Wägen, wie Anm. 108, S. 83; Ziegler, Eisenbahnbau, wie Anm. 89 , S. 38.
- 127 Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung hat sich hauptsächlich mit dem industriellen Take-Off seit den 1840er Jahren befasst und das erste Drittel des 19. Jahrhunderts vor allem unter der Perspektive der Zollvereinsgründung untersucht. Reinhard Spree, Wachstumstrends und Konjunkturzyklen in der deutschen Wirtschaft von 1820 bis 1913, Göttingen 1978; Hans-Werner Hahn, Wirtschaftliche Integration im 19. Jahrhundert. Die hessischen Staaten und der deutsche Zollverein, Göttingen 1982 und Richard H. Tilly, Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834 bis 1914, München 1990. Jetzt eine knappe Einschätzung bei Plumpe, Wirtschaftskrisen, wie Anm. 2, S. 48f..
- 128 Rolf Walter, Geschichte der Weltwirtschaft. Eine Einführung, Köln 2006, S. 156ff. und S. 183 sowie Mentor Bouniatian, Geschichte der Handelskrisen in England im Zusammenhang mit der Entwicklung des englischen Wirtschaftslebens 1640-1840, München 1908; S. 270ff..
- 129 Charles P. Kindleberger, The formation of financial centers. A study in comparative economic history, Princeton 1974, p. 12ff. und Oskar Schwarzer, Die Stellung „Westeuropas“ in der Weltwirtschaft 1750-1950, in: Nordwesteuropa in der Weltwirtschaft 1750-1950, hg. von Michael North, Stuttgart 1993, S. 257-290, hier S. 274ff. und Bouniatian, Geschichte, wie Anm. 128, S. 284.
- 130 Bouniatian, Geschichte, wie Anm. 128, S. 270-296; Plumpe, Wirtschaftskrisen, wie Anm. 2, S. 48-50f sowie Köllmann, Geschichte, wie Anm. 15, S. 164.
- 131 Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 182ff..
- 132 Steitz, Entstehung, wie Anm. 4, S. 188ff..
- 133 Eine Angabe liegt nur für das Jahr 1859 vor. HAC Nr. 402/141 fol. 273.
- 134 Stürmer, Teichmann, Treue, Wägen, wie Anm. 108, S. 87.
- 135 Mindener Sonntagsblatt vom 31. Oktober 1847.

MARCO STENZEL

Die Glashütte Gernheim zwischen Konkurs und Schließung

Rudolf und Wilhelm Schrader
an der Spitze des Unternehmens (1848–1886)

Einleitung

Die Geschichte vieler Unternehmen ist gleichzeitig die Geschichte ihrer Gründerpersönlichkeiten bzw. deren Familien. In vielen Fällen ist der Name der Familie auch der Name der Firma (etwa Dr. Oetker, Krupp, Gauselmann, Porsche). Dadurch werden die zumeist sehr enge Verbindung und der hohe Identifikationsgrad zwischen dem Firmengründer und dem Unternehmen besonders deutlich. Stirbt der Firmengründer oder scheidet aus dem Betrieb aus, stellt sich die Frage nach der Nachfolge.

Besonders schwierig wird die Lösung dieser Frage, wenn die Gründerpersönlichkeit über viele Jahrzehnte die Geschicke der Firma erfolgreich bestimmte. Ein Beispiel für einen solchen Generationenübergang ist die Glashütte Gernheim. Über mehr als sechs Jahrzehnte führten Mitglieder der Familie Schrader das Unternehmen im Norden des Kreises Minden. Der Bremer Kaufmann Johann Christoph Friedrich („Fritz“) Schrader gründete die Hütte 1812 zusammen mit seinem Kompagnon Cornelius Lampe. Das Unternehmen florierte, ein neuer (Fabrik-)Ort entstand am Rande Ovenstädt's direkt an der Weser. Aus vielen Regionen kamen Glasmacher und ließen sich im Schatten der Hüttengebäude nieder.

In der Blütezeit der Glashütte zwischen 1830 und 1847/48 – unter der Leitung Fritz Schraders – beschäftigte das Unternehmen im Durchschnitt 222 Personen. Damit war Gernheim der größte Fabrikbetrieb in der Mindener Region und eine der bedeutendsten Glasfabriken in Nordwestdeutschland. Der Wert der hergestellten Fabrikate lag in dem genannten Zeitraum zwischen 84.831 Talern (1842) und 120.000 Talern (1830). Das Fabrikationsprogramm umfasste unter anderem weißes und grünes Hohlglas, Medizinglas und Tafelglas (Fensterglas). Das Glas wurde in Gernheim zudem auf vielfältige Weise veredelt: Es wurde graviert, vergoldet, geschliffen und bemalt. Ein besonderes Kennzeichen der Fabrik war die große Exportorientierung: Zeitweilig gingen mehr als die Hälfte der hergestellten Glaswaren ins Ausland, unter anderem nach Portugal, Spanien, Süd- und Nordamerika.

Als der Fritz Schrader 1848 starb, befand sich die Hütte in der größten Krise ihrer Geschichte. In dieser schwierigen Zeit übernahm eine neue Generation die Führung. Den Anfang machte Rudolf Schrader, Neffe des Firmengründers. Dieser starb allerdings bereits zwei Jahre später im Jahr 1850. Sein größter Verdienst in dieser kurzen Zeitspanne bestand in der

Rettung des Unternehmens und in der Einführung einer Kranken- und Unterstützungskasse. Nach seinem Tod führte sein Bruder Wilhelm die Familientradition weiter. Wilhelm leitete die Hütte in Gernheim bis zur Schließung im Jahr 1877. Trotz der sich immer weiter verschlechternden wirtschaftlichen Lage der Hütte schaffte er es, eigene unternehmerische Neuerungen einzuführen. Dazu gehörten neben der Modernisierung der Hütte die Gründung einer Ziegelei und einer Strohhülsenflechtereier.

Während in der Literatur die Phase unter der Ägide Fritz Schraders gut erarbeitet ist und auch das gesellschaftliche Leben Wilhelm Schraders, des letzten Besitzers der Glashütte Gernheim, bereits untersucht wurde, sind die spezifisch unternehmerischen Akzente der beiden Brüder Rudolf und Wilhelm bisher eher am Rande beachtet worden. Ebenso fehlen Untersuchungen zu den Folgen der Schließung der Hütte für die Glasmacher.¹

Unter diesen Voraussetzungen fragt der vorliegende Aufsatz nach den unternehmerischen Leistungen und Entscheidungen dieser zweiten Generation. Welchen Herausforderungen musste sie sich stellen? Welche Folgen hatten ihre Entscheidungen für die Arbeiter und für Gernheim und Ovenstädt? Was für alternative Arbeitsmöglichkeiten gab es für die Arbeiter nach der Schließung der Hütte 1877?

Aufgrund des begrenzten Raums eines Aufsatzes wird die Beantwortung dieser Fragen schlaglichtartig anhand ausgewählter Beispiele erfolgen. Bei Rudolf steht die Bewältigung der Krise und des Konkurses in den Jahren 1848 und 1849 im Zentrum der Betrachtung. Im Fall Wilhelms geht es um die Gründung der Ziegelei „Zur Bunte“ 1863 und die Folgen der Stilllegung des Betriebs 1877 für die Arbeiter. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Strohhülsenfertigung in und um Ovenstädt als alternativem Erwerbszweig nach der Schließung der Glashütte.

Krise, Konkurs, Kontinuität: Rudolf Schrader und die schwierigen Jahre 1848–1850.

Der Tod des Firmengründers und der Konkurs

Anfang der 1840er Jahre geriet die Glashütte Gernheim in größere finanzielle Schwierigkeiten. Die Konkurrenz belgischer und französischer Glashütten machte der Fabrik Fritz Schraders zu schaffen. Darüber hinaus lagerten unverkaufte Waren im Wert von 41.000 Talern auf verschiedenen Handelsplätzen in Übersee und für 60.000 Taler Waren und Material in Gernheim und Bremen. Das entsprach dem Umsatz eines ganzen Jahres. Auch der Wert der hergestellten Waren sank von 103.730 Talern im Jahr 1837 auf 84.831 Taler im Jahr 1842. Im gleichen Jahr beantragte Fritz Schrader ein Darlehen über 20.000 Taler von staatlicher Seite, um die Liquidität seiner Fabrik sicherstellen zu können. Er erhielt die gewünschte Summe als Hypothek auf seine Grundstücke und Gebäude von der Ruhrschiffahrtskasse zu Mülheim. Obwohl der Umsatz der Glashütte Gernheim in den Folgejahren erneut anstieg und in den Jahren 1845 und 1846 wieder auf über 100.000 Taler anwuchs, brach mit dem Tod des Fir-

mengründers am 6. März 1848 der Konkurs über die Glashütte herein. Allein die ausstehenden Löhne der Gernheimer Arbeiter beliefen sich 1848 auf 13.000 Taler. Infolge dieser Umstände und „bei dem in Folge der politischen Verhältnisse darniederliegen aller Gewerbe [gemeint ist die Märzrevolution 1848 mit ihren sozialen und politischen Unruhen] wurde die Glasfabrik größtenteils eingestellt und trat unter den zahlreichen Arbeitern große Not ein.“²

Die Obergerichte der Hansestadt Bremen verwalteten das Konkursverfahren. Mit der Regulierung der Verhältnisse wurden Deputierte beauftragt, die den Betrieb trotz der widrigen Umstände zunächst weiterführten. Auf diese Weise sollte der Wert der Besitzungen möglichst lange erhalten und den Arbeitern ihren Einkommen gesichert werden. Da Fritz Schrader keine Kinder hinterließ, wurde der Sohn seines Bruders Otto, Rudolf Friedrich Julius Schrader (1822–1850) als bevollmächtigter Geschäftsführer eingesetzt. Allerdings zwangen ihn der starke Absatzmangel und die schwierigen innenpolitischen Rahmenbedingungen bereits Mitte Juli dazu, die Arbeit an zwei der drei Glasöfen vollständig einzustellen. Dadurch waren auf einen Schlag 40 Familien mit über 150 Personen ohne Einkommen.

Rudolf Schrader war sich der schwierigen Lage der betroffenen Arbeiterfamilien zweifellos bewusst. So richtete er am 16. Juli ein Gesuch an die Mindener Regierung mit der Bitte um finanzielle Unterstützung. Diese sei umso dringlicher, da es schwer sein dürfte, „geeignete anderweitige Beschäftigung für die durch die beständige Hitze des Glasofens entnervten und verwöhnten Arbeiter zu beschaffen“³. Schrader schlug vor, aus dem Fonds der Provinzialhilfskasse eine Summe von 2.000 Talern bereit zu stellen. Damit sollten jeder hilfsbedürftigen Familie ungefähr zwei Taler pro Woche als Vorschuss ausgezahlt werden. Sobald die Arbeiter wieder Geld verdienten, sollten sie von ihrem Arbeitslohn die erhaltenen Vorschüsse wieder zurückzahlen. Schrader war der festen Überzeugung, dass nach der Zwangsversteigerung die Glasfabrik von dem neuen Eigentümer wieder in Betrieb gesetzt und die große Mehrzahl der Arbeiter erneut Beschäftigung erhalten werde. Bis dahin, für den Zeitraum



Rudolf Schrader.

Dr. Otto Schrader, Bielefeld

von sechs Monaten, sollte den Arbeitern durch die staatliche Hilfe die Möglichkeit gegeben werden, sich die notwendigsten Existenzmittel zu beschaffen. Der Staatskasse würden dabei, laut Rudolf Schrader, keinerlei Verluste entstehen, da die wieder beschäftigten Arbeiter bis zum Ende des Jahres 1849 die erhaltenen Geldleistungen wenigstens zum größten Teil wieder abgetragen hätten.

Trotz seiner Beteuerungen wurde das Gesuch, getreu der zu dieser Zeit dominierenden wirtschaftsliberalen Ideologie, am 3. August von der Regierung abgelehnt. Nach ihrer Einschätzung gab es weder eine Garantie für die Wiederinbetriebnahme der Fabrik noch für die Rückerstattung der Vorschüsse durch die Arbeiter. Außerdem hielt sie es für bedenklich, „eine große Anzahl Arbeiterfamilien auf die ungewisse Aussicht baldiger Wiedereröffnung ihrer gewöhnlichen Erwerbsquellen mit Barmitteln zu unterstützen.“⁴

Nur fünf Tage später richteten die Gernheimer Glasmacher Storm, Plassmann und Dannhof im Auftrag ihrer Kollegen ein Gesuch an die Regierung in Minden, in dem sie mit eindrücklichen Worten ihre schwierige Situation schilderten und baten, „daß aus Staatsmitteln den Herrn Gebrüder Schrader soviel Geld vorgeschossen werde, um wenigstens während der nächsten 6 Monate an einem Ofen die Arbeit wieder aufnehmen zu können. Bis dahin, hoffen wir, werden die Verhältnisse der Fabrik wieder in Ordnung kommen.“ Dabei hoben sie deutlich hervor, dass sie, solange die Fabrik in Betrieb stand, immer gerne und pünktlich ihre Abgaben entrichtet hatten. Auch mit einem geringeren Einkommen als zuvor wollten sie sich zufrieden geben, „wenn wir nur bei unserer gelerten Arbeit soviel verdienen, um uns und unsere Familien durch den Winter bringen zu können.“⁵

Doch auch dieses Gesuch „in dem festen Vertrauen, daß unsere Hohe Regierung uns in unserer jetzigen kummervollen Lage nicht ohne Hülfe lassen wird“⁶, wurde abgelehnt. Zwar verfügte die Gemeinde Ovenstädt über eine Armenkasse, diese war aber, ebenso wie die kirchliche Armenunterstützung, auf ein solches Ausmaß an Not nicht ausgelegt und angesichts der Anzahl der arbeitslos gewordenen Arbeiter hoffnungslos überfordert.

Die Versteigerung der Hütte

Am 23. März 1849 fand die Versteigerung der Glashütte statt. Trotz der Ankündigung in der Voßischen Zeitung, im Staats-Anzeiger und im Berliner Intelligenz Blatt war Rudolf Schrader der einzige Bieter. Mit einem Gebot von 27.000 Talern kaufte er die Glashütte für die Familie zurück. Am 30. März kamen die Ackerländereien und das Haus Nr. 9 in Ovenstädt zum Verkauf. Tatsächlich scheint die Stätte Nr. 9 bei dieser Gelegenheit den Besitzer gewechselt zu haben. Bei diesem Gebäude handelte es sich bis zu diesem Zeitpunkt um ein „typisches“ Glasmacherhaus, welches in Ovenstädt und damit außerhalb Gernheims Wohnraum für die Arbeiter bot.⁷ Alle Bewohner des Hauses Nr. 9 waren in den Folgejahren Bewohner Gernheims.⁸

Obwohl Schrader nun die Produktion an zwei der drei Öfen wieder aufnahm, blieb für viele der Glasarbeiterfamilien die Lage nach wie vor ausgesprochen schwierig. Am 3. April 1849 richteten die Gernheimer Glasarbeiter daher erneut ein Gesuch um finanzielle Unterstützung für Schrader an die Regierung in Minden. Schrader hatte zunächst nur zwei der Öfen wieder in Betrieb genommen, da „die beiden ersteren Öfen [...] ein nicht so großes Betriebskapital als der letztere [erfordern], bei welchem die feineren Glassorten angefertigt werden, und Herr R. Schrader ist ein junger Anfänger und ist nicht im Stande die Mittel für den sogenannten Weißhohlglasofen zu beschaffen, so gerne er auch wollte.

Unter diesem einen Glasofen leiden zufällig die meisten Familien, 25 an der Zahl und wissen nicht was dadurch werden soll.

Mit diesem Weißhohlglasofen ist die Fabrik Gernheim zuerst berühmt geworden, und soll nun der Ofen [der] erste sein der liegen bleibt, das wäre doch hart für uns, und was doch in unserer eigenen Interesse liegt, womit wollen wir unsere Familien ernähren?

Die unglücklichen Zeitverhältnisse haben es bewirkt, sonst wären wir heute noch in Arbeit, wir haben nun einmal als Glasarbeiter hier so lange Jahre gearbeitet, und ziehen ungern mit unseren Familien von hier, und wissen auch augenblicklich nicht wohin wir gehen sollen um Arbeit zu bekommen.“⁹ Mit den Staatsmitteln sollte es nun Schrader ermöglicht werden, auch den dritten Ofen wieder in Produktion zu setzen, damit sie mit ihren Familien wieder „getrost [...] in die Zukunft sehen können“.¹⁰

Auch diesmal wurde jegliche Unterstützung von staatlicher Seite verweigert. Das Antwortschreiben der Königlichen Regierung zu Minden an die Glasarbeiter Carl Plassmann und Genossen vom 4. April 1849 machte die rigorose Einstellung der Regierung deutlich: Begründet wurde die Entscheidung damit, „daß die Staatsmittel gegenwärtig schon zu den unmittlebaren Staatszwecken ungewöhnlich in Anspruch genommen werden, daß ferner überhaupt der Regel nach Unterstützungen industrieller Unternehmungen Seitens des Staats mit Baarmitteln nicht erfolgen und daß endlich die Staatskasse bei einem dem Vorbesitzer der Gernheimer Glasfabrik gemachten Darlehen sehr bedeutende Verluste erlitten hat, dürfen wir uns nicht veranlaßt finden, den Antrag vom 3. d. M. dem zeitigen Besitzer der dortigen Glasfabrik die Mittel zum Betriebe des Weißhohlglas Ofens zu beschaffen, höheren Orts zu befürworten.“¹¹

Eine Abschrift dieses Schreibens wurde dem Amtmann Puchmüller in Petershagen zugestellt mit der Aufforderung, Bericht zu erstatten und Möglichkeiten anzugeben, wie der augenblicklichen Situation der Gernheimer Glasarbeiter abgeholfen werden könnte. Die Antwort des Amtmannes an die Mindener Regierung vom 15. April 1849 vermittelte einen Eindruck von der Not der arbeitslos gewordenen Glasarbeiter und der Lage der mit dieser Situation überforderten Gemeindeverwaltung, nachdem durch die veränderten Produktionsverhältnisse 38 Familien mit 145 Personen ohne jegliches Einkommen waren und weitere fünf Familien mit 24 Personen wöchentlich nur noch 15 Silbergroschen bis höchstens einem Taler verdienten. Damit verfügten also nahezu 170 Menschen über

Verzeichnis der Arbeiter der Glasmacherei
 für die Zeit der folgenden Fabrikation
 (Lohn) genommen.

1	Joh. Dierich	mit fünf Familienmitgliedern, wöchentlich 20 Mark	auf 20 Mark
	A. Thomann	5	sonstiger gew. Arbeiter
2	C. Schmeier	6	sonstiger gew. Arbeiter
3	C. Spindler	5	sonstiger gew. Arbeiter
	C. Blömer	8	sonstiger gew. Arbeiter
4	J. Dierich	4	sonstiger gew. Arbeiter
	J. Weber	sonstiger gew. Arbeiter	sonstiger gew. Arbeiter
	C. Schmeier	sonstiger gew. Arbeiter	sonstiger gew. Arbeiter
	H. Hermann	4	sonstiger gew. Arbeiter
	C. Kapack	4	sonstiger gew. Arbeiter
5	C. Schmeier	4	sonstiger gew. Arbeiter
	H. Kuntze	2	sonstiger gew. Arbeiter
	A. Schulz	9	sonstiger gew. Arbeiter
	Kolb	5	sonstiger gew. Arbeiter
	J. Schmeier	5	sonstiger gew. Arbeiter

Diese Liste mit den arbeitslosen Glasmachern schickte Schrader am 13. April 1849 an den Amtmann in Petershagen. Neben den Namen enthielt die Aufstellung auch Angaben über die Anzahl der Familienmitglieder und das wöchentliche Einkommen. Die große Mehrheit war ohne jeglichen Verdienst. Stadtarchiv Petershagen (Ausschnitt)

nicht genug eigene Mittel, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Auch wenn Puchmüller davon ausging, dass zumindest ein Teil der Arbeiter wahrscheinlich nach mehreren Monaten wieder Beschäftigung erhalten werde, stand es für ihn außer Frage, dass die augenblickliche Situation der Glasarbeiter und „der schon bestehende Nothstand ein unbeschreibliches Elend herbei führen muß. Die Unterstützungs-Anforderungen an die Gemeinde Ovenstädt, zu welcher die Glasfabrik Gernheim gehört, mehren sich täglich und zwar nicht allein von zuvor arbeits- und verdienstlosen Fabrikarbeitern, sondern auch von anderen Einwohnern, auf welche natürlicherweise der jetzige traurige Zustand nachtheilige Rückwirkungen hat; die Gemeinde ist schlechterdings außer Stande, die dringlichsten Bedürfnisse zu gewähren. So kann und wird es nicht mehr lange gehen; es muß nothwendig und kräftige Hülfe gewährt werden. Dauernd und von Belang kann diese offenbar nur durch Wiederbeginn des Fabrikgeschäfts in dem früheren Umfange verschafft werden; der jet-

zige Besitzer der Fabrik, Rudolf Schrader zu Gernheim, ist dazu aber des beschränkten Vermögens wegen nicht im Stande; könnte ihm ein zinsfreies Darlehn von 10.000 Rt. aus Staats-Fonds zu Theil werden, so wäre es ihm, seiner Äußerung zufolge, möglich, den Weißhohl-Glasofen, nach dessen Löschung die meisten jener Arbeiter entlassen sind, wieder in Betrieb zu setzen. (...)

Königl. Regierung stelle ich hiernach die weiteren Maaßregeln ganz gehorsamst anheim, mit dem Hinzufügen, daß ich mich aller Verantwortlichkeit bei verweigerter Hülfe entsagen muß, indem, wie erwähnt, die Gemeinde nicht helfen kann.“¹² Seine Bitte um ein Darlehen von 10.000 Talern aus Staatsfonds wurde von der Mindener Regierung wiederum abgelehnt.

Am 12. November 1850 verstarb Rudolf Schrader unverheiratet im Alter von 28 Jahren in Bremen an der Schwindsucht. Seine Leiche wurde nach Gernheim überführt und am 17. November auf der Kätchenburg beerdigt. Obwohl Rudolf nur zwei Jahre die Geschicke der Firma bestimmte, war es nicht zuletzt sein Verdienst, die Glashütte vor der Schließung bewahren und für die Familie gesichert zu haben. Mehr noch, angesichts der großen Not unter den Glasmachern in Folge des Konkurses hatte er 1849 eine Unterstützungs- und Krankenkasse als betriebliche Sozialeinrichtung gegründet.¹³

Stagnation, Ende, Neuanfang: Die Ära Wilhelm Schrader 1850 – 1886

Die Gründung der Ziegelei „Zur Bünte“

Nach dem Tod Rudolfs übernahm sein Bruder Hermann Wilhelm Georg Schrader (1827 – 1889) die Leitung der Firma. Wilhelm hatte zuvor in Buenos Aires gelebt. Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen produzierte die Hütte noch weitere 27 Jahre, bevor Wilhelm den Betrieb stilllegte. Nachdem sich infolge des Konkurses die Zahl der Beschäftigten von 1847 bis 1850 fast halbiert hatte (1847: 265, 1850: 133), stieg sie mit der kurzzeitigen Inbetriebnahme des dritten Ofens in den Jahren 1852 und 1853 auf 200 an. An die hohen Beschäftigtenzahlen der 1840er Jahre mit stetig mehr als 225 beschäftigten Personen konnte sie allerdings in der Folgezeit nicht mehr anschließen. Zwischen 1851 und 1868 betrug die Anzahl der Arbeiter im Durchschnitt 172. An drei Öfen wurde nur noch in den Jahren 1851–53 und 1857–58 gearbeitet.

Auch die Produktionszahlen wuchsen in den 1850er Jahren wieder an, nachdem die Menge der produzierten Glaswaren von 11.700 Zentner 1847 auf 8.000 Zentner 1850 gesunken war. Im Durchschnitt wurden in den 1850er Jahren Waren im Wert von über 73.000 Talern per annum verkauft. In den Jahren 1829 bis 1847 hatte er noch stets über 91.000 Taler gelegen. 1859 sank der Wert auf 60.000 Taler, bevor er dann in den sechziger Jahren zwischen 40.000 und 51.700 Taler pendelte. Auch das Produktionsprogramm wurde in den nächsten Jahren vereinfacht: Im Jahr 1860 wurde noch weißes und grünes Hohlglas, Medizinglas sowie



*Wilhelm Schrader.
Dr. Otto Schrader, Bielefeld*

weißes und farbiges Flachglas hergestellt. In den letzten Jahren bis zur Stilllegung der Hütte 1877 verschob sich dann das Schwergewicht auf weißes Hohlglas für die Lampenzylinder der Petroleumlampen.

In den 1860er Jahren ließ Wilhelm Schrader die Glashütte noch einmal modernisieren. Eine Dampfmaschine ersetzte die Pferdegöpel in der Schleiferei, zwei neue, leistungsfähigere Schmelzöfen wurden eingebaut und auf dem Gelände der alten Hütte von 1812 wurde ein neues Fabrikationsgebäude errichtet. Für diese Bauvorhaben benötigte Schrader eine große Anzahl Ziegel. Den Rohstoff für die Ziegelherstellung fand er dabei in der direkten Umgebung. In der Region Petershagen-Lahde gab es große Vorkommen an Lehm und Ton. In erster Linie handelte es sich dabei um die fetten Marschtone und die spröderen Schiefertone.

Exkurs: Ziegeleien im Kreis Minden

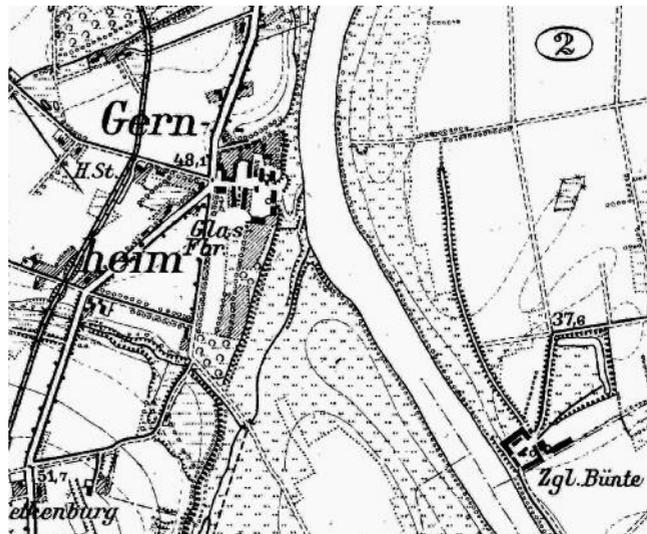
Zu der Zeit der Glashütte spielte die Ziegelfertigung allerdings noch nicht die Rolle, die ihr Ende des 19. Jahrhunderts und vor allem im 20. Jahrhundert zukommen sollte. Mitte der 1880er Jahre war der Gewerbebezweig Ziegeleien und Töpferwaren der drittgrößte Arbeitgeber im Kreis Minden mit etwa 400 Beschäftigten. Nur in der Tabak- und Zigarrenfabrikation (etwa 1150) und in der Glasindustrie (etwa 450) arbeiteten mehr Menschen. Etwas mehr als ein Jahrzehnt später, im Jahr 1900, gab es im Kreis Minden auf 62 Ziegeleibetrieben bereits 952 Beschäftigte. Davon lagen alleine 13 Betriebe mit 371 Beschäftigten (39 Prozent der Gesamtanzahl) in den Ämtern Petershagen und Windheim zu Lahde.¹⁴ Nach der Schließung der Glashütte Gernheim waren die Ziegeleien bis weit in das 20. Jahrhundert die größten industriellen Arbeitgeber in der Region. Bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts war die Arbeit auf den Ziegeleien vorwiegend Saisonarbeit. Gearbeitet wurde, solange die Witterung eine Trocknung der Ziegelrohlinge zuließ, in der Regel von März/April bis Oktober. Im Winter wurde auf den Ziegeleien entweder gar nicht oder nur in kleiner Besetzung gearbeitet. Daher betrieben viele Ziegelarbeiter nebenbei noch etwas Landwirtschaft oder verdingten sich als Hauschlachter. Erst mit Einsatz von Trockenöfen wurde aus der Saisonarbeit eine ganzjährige Tätigkeit. Im Fall der Tonindustrie Heisterholz als größ-

te Ziegelei der Region begann die Umstellung Mitte der 1930er Jahre. Abgeschlossen wurde sie allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Ab diesem Zeitpunkt konnten das ganze Jahr über Ziegel produziert werden. Die Arbeitsbedingungen auf den Ziegeleien waren hart. Lange Arbeitszeiten und körperlich anstrengende Arbeit waren die Regel. So wurde auf der Ziegelei „Zur Bünthe“ Anfang des 20. Jahrhunderts im Sommer 15 Stunden gearbeitet. Der Arbeitstag begann um fünf Uhr morgens und endete acht Uhr abends, inklusive zwei Stunden Pause. Im Winter betrug die Arbeitszeit, wenn gearbeitet wurde, immer noch elf Stunden, von sieben Uhr morgens bis sechs Uhr abends.

Die Ziegelei Schraders

Im Jahr 1863 entschloss sich Wilhelm Schrader auf der seiner Fabrik gegenüberliegenden Weserseite eine eigene Ziegelei zu gründen. Diese sollte auf einem unbebauten Gebiet auf der Grenze zwischen den Gemeinden Windheim und Jössen errichtet werden. Bei diesem Bauvorhaben hatte Schrader mit starkem Widerstand vor allem von Seiten der ansässigen Bauern zu kämpfen. Diese fürchteten durch die Raumentwicklung zurückgehende Erträge. Am 16. April 1863 stellte Schrader den Antrag auf „Conzession“ einer Ziegelei auf dem rechten Weserufer. Mit dieser Ziegelei wollte er, „falls sich der Absatz dafür findet“, ca. 800.000 Mauersteine und ca. 60.000 Dachpfannen und Drainage-Röhren herstellen. Die Produktion sollte „in der gewöhnlichen Weise über Handarbeit“ geschehen, d. h. die Ziegelrohlinge wurden mit Hilfe von Ziegelformen, in die der „Former“ den Ton hineindrückte, hergestellt.¹⁵ Für seine Ziegelei plante Schrader den Bau von „Trockenhäusern“ für die Lagerung der Produkte und für die Tonmühlen sowie von „Brennhäusern“. In jedem

Die Ziegelei Schraders lag flussaufwärts auf der rechten Weserseite. Der Transportweg für die Ziegel war durch die Nähe zur Glashütte sehr kurz. Topographische Karte von 1898. Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung



der „Brennhäuser“ sollte ein gemauerter und gewölbter Ofen stehen.

Am 29. April erfolgte die öffentliche Bekanntmachung im Minden-Lüb-
becker Kreisblatt und zwei Tage später im Öffentlichen Anzeiger für den
Regierungsbezirk Minden. Verbunden war die Veröffentlichung mit der
Aufforderung, innerhalb einer Frist von 14 Tagen etwaige Einwendun-
gen gegen das Vorhaben beim Amt Windheim vorzubringen. Bereits fünf
Tage später legten die Bauern Carl und Diedrich Klenke aus Jössen
Widerspruch ein. Ihnen folgten am 8. Mai der Bauer Börsing und die Wit-
we Salge aus Jössen sowie die Bauern David und Römke aus Windheim
und am 15. Mai der Bauer Humke aus Jössen. Die vorgebrachten Einwän-
de waren weitestgehend deckungsgleich, ihnen gemeinsam war die Sor-
ge, dass durch den Niederfall des Rauches aus den Öfen an ihren Acker-
grundstücken und deren Erträgen große Schäden entstehen würden. Ins-
besondere die Beschwerdeführer aus der Gemeinde Jössen verwiesen da-
bei auf ihre Erfahrungen mit der bestehenden Hollmannschen Ziegelei in
Jössen. Für den Fall, dass die Ziegelei trotz der Einwände gebaut werden
würde, sollte Schrader zumindest verpflichtet werden, ihnen jeden Schade-
n zu ersetzen, der nachweislich durch den Betrieb der Ziegelei an ihren
Grundstücken oder Erträgen entstanden war.

Am 8. Mai forderte die Gemeinde-Vertretung von Jössen in einem
Schreiben an das Amt in Windheim, dass sämtlicher Schaden „welcher
durch Furwerck an Wegen oder Ländereien durch Fus gehen oder auch
an den Früchten, welche in der Nähe der angelegten Ziegelei liegend
vorkommen, durch den Betrieb der Ziegelei, (...) vollständig ersetzt
wird.“ Knapp eine Woche später, am 14. Mai, protestierten auch der Ge-
meindevorsteher und -rat von Windheim gegen den geplanten Bau. Ihrer
Meinung nach sollte Schrader sich verpflichten, einen Damm südlich ent-
lang des Grundstücks zu bauen, da die Gemeindevertreter befürchteten,
„daß durch das Abgraben der Grundstücke (...) das Wasser von der Süd-
seite her durchdringt, unsere Felder in der Marsch dann faßt fortwäh-
rend unter Wasser zu stehen kommen“. Außerdem sollte er ihnen jeden
an ihren Felderträgen durch den Rauch und Dampf der Ziegelei erlitte-
nen Schaden zu ersetzen, und den Weg, welcher von und an die von
Schrader gekauften Parzellen führt, in fahrbarem Zustand erhalten.

Die öffentliche Anhörung zwischen den Beteiligten fand am 23. Mai
statt. Bei dieser Gelegenheit kam Schrader den Widerspruchführenden
entgegen. Er verpflichtete sich, Carl und Diedrich Klenke, Salge, Humke
und Börsing jeden durch den Betrieb seiner Ziegelei entstandenen Schade-
n zu ersetzen, unter der Voraussetzung, dass der Zusammenhang
durch das Gutachten eines Sachverständigen bewiesen wurde. Daraufhin
zogen diese ihre Widersprüche zurück. Im Fall von David und Römke aus
Windheim verwies Schrader darauf, dass er von diesen mehrere Grund-
stücke gekauft hatte, unter anderem auch Parzellen für die Ziegelei, und
dass sich diese dadurch bereits mit der Anlage der Ziegelei einverstanden
erklärt hätten. Schrader konnte bei dieser Anhörung die Zweifel und Ein-
wände weitestgehend ausräumen, indem er schon aus eigenem Interesse
das Anlegen und Instandhalten eines Weges zusicherte, der zugleich das

Minden, den 24. ten Junij 1863.

A. N^o 781

U. F. I

Concession

auf 15 Sgr. Stempel.

306

147

159
f. 138

erhalten
2
1/2

Dem Fabrikbesitzer Schrader

zu Gerakeim,

Streffes Mindens, wird hier-

durch die nachgeluchte landespolizeiliche Erlaubniß er-

theilt, auf seinem Flur 22, 24, 135, 134, Parcellen 133
132, 125, 124, 461/123 462/123 -

der Katastral-Gemeinde Mindens

zum Flur 24, 25, 334 Nr. 100000, 101
gen

belegene u. Grundstücke nach

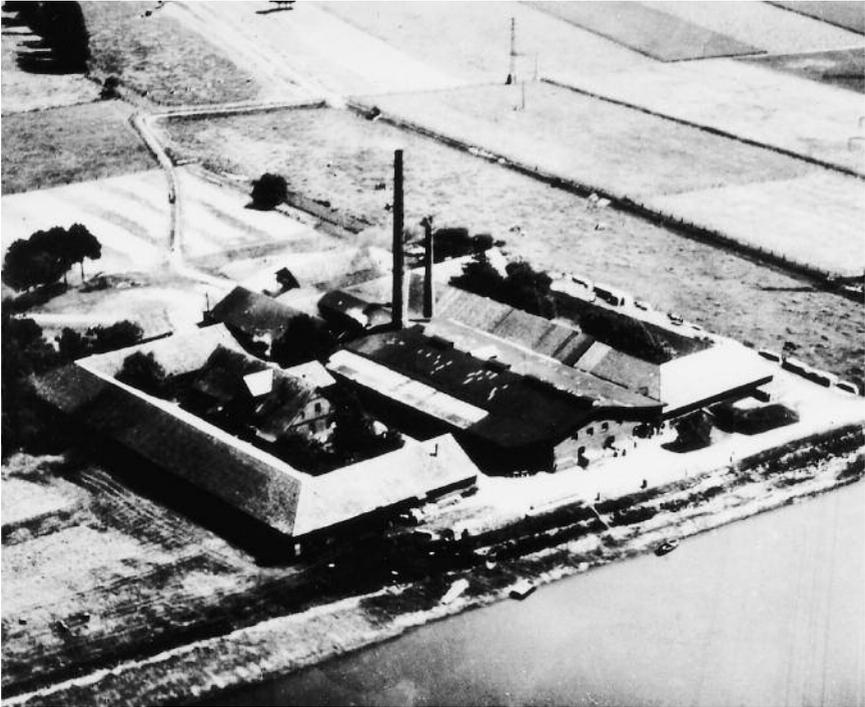
Maßstab der von Katoenys zu
Grundkataster (aufgezogen)

Es wurde beauftragt dem Herrn
Kaufmann B. v. ...

Die „Concession“ für den Fabrikbesitzer Schrader zur Anlage einer Ziegelei. Landesarchiv NRW Staats- und Personenstandsarchiv Detmold

Eindringen von Wasser in die Marsch verhindere. Bereits neun Tage später ersuchte daher der Landrat die Königliche Regierung in Minden, die „Conzession“ für die Anlage zu erteilen. Dies geschah unter dem ausdrücklichen Hinweis, dass die Widersprüche teilweise zurückgezogen wurden bzw. privatrechtlicher Natur waren. Unter der Auflage die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, erteilte die Regierung am 21. Juni Schrader die Baugenehmigung.¹⁶

Schrader betrieb die Ziegelei allerdings nur für einen kurzen Zeitraum. Bereits im Jahr 1871 übernahm der Kaufmann Jonas Meier aus Minden die Produktionsstätte. Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigte der Betrieb 24 Arbeiter. Die Ziegelei wechselte in ihrer Geschichte häufig den Besitzer. Im Jahr 1902 erwarb sie der Mindener Kaufmann Wilhelm Ruoff, der 1909 den Mauerziegel-Ringofen durch einen Falzziegel-Ringofen ersetzte. Ab diesem Zeitpunkt fertigte die Ziegelei Dachziegel. Nach der Übernahme durch Ruoff und den Bau des neuen Ringofens stieg auch die Anzahl der Arbeiter an. In den Jahren von 1903 bis 1907 beschäftigte die Ziegelei während des Sommers immer mehr als 30 Personen. Im Jahr 1910 gehörten zur Ziegelei das Wohnhaus des Ziegelmeisters, ein Ring-



Luftaufnahme der Ziegelei aus der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Wilhelm Summann

ofen mit Trockenschuppen, ein Maschinen- und Presshaus, fünf Trockenschuppen sowie ein Pferdestall. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs geschlossen, wurde sie 1949 von Josef Wegener als Pächter wieder in Betrieb genommen. Ein Jahrzehnt später war der Marschton erschöpft. Daraufhin wurde die Produktion endgültig eingestellt. Bis in die 1990er Jahre hinein wurde das Gelände als Truppenübungsplatz der Mindener Pioniere genutzt. Heute liegt das Gelände brach.

Über den Grund des relativ schnellen Verkaufs der Ziegelei durch Schrader lässt sich nur spekulieren. Die Gründung einer neuen Glashütte in Brackwede bei Bielefeld im gleichen Jahr lässt vermuten, dass Schrader bereits 1871, also sechs Jahre vor der Schließung der Glashütte, den Beschluss gefasst hatte, sich unternehmerisch weitgehend aus Gernheim zurückzuziehen und der Verkauf der Ziegelei hier ein erster Schritt war. Denkbar wäre es auch, dass er nach der Modernisierung der Hütte keine Verwendung mehr für die hergestellten Ziegel hatte und sich wieder voll und ganz auf die Glasherstellung konzentrieren wollte.

Am Ende des gemeinsamen Weges: Die Schließung der Gernheimer Hütte

In den 1870er Jahren geriet die Glashütte Gernheim in den Strudel der allgemeinen Wirtschaftskrise nach 1873. Trotz niedriger Preise und schlechten Absatzes der Glasprodukte war der Amtmann von Petershagen aber zuversichtlich, dass sich die wirtschaftliche Lage in absehbarer Zeit für die Glashütte und ihre Arbeiter wieder verbessern würde. In dem „Nachweise über den Stand der Haupt-Industriezweige im Amte Petershagen während der letzten drei Jahre und darüber, wie sich derselbe voraussichtlich in nächster Zeit gestalten wird“ vom 21. Oktober 1875 äußerte sich der Amtmann über den Beschäftigtenstand: „Der Arbeiter-Bestand ist gegen das Jahr 1872 nicht zurückgegangen, wenigstens soweit wirkliche Glasarbeiter in Betracht kommen“. Entlassungen schloß er aus: „Arbeiter-Entlassungen haben nicht stattgefunden, und stehen in den nächsten 3 Monaten um so weniger bevor, als Nachfrage und Preise der Fabrikate sich in der letzten Zeit bedeutend gebessert haben“. Zu Arbeitszeit und -verdienst bemerkt er: „Nicht eine Abkürzung der täglichen Arbeitszeit, aber wohl eine Herabsetzung des täglichen Verdienstes der Arbeiter hat in Folge schlechten Absatzes und schlechter Preise der Fabrikate während der beiden letzten Jahre stattgefunden. Für die nächste Zeit wird jedoch auch der Verdienst der Arbeiter in Folge größerer Nachfrage und besserer Preise wieder steigen“. Eine Stilllegung der Hütte schließt er aus: „Eine Betriebseinstellung hat weder stattgefunden, noch steht eine solche bevor.“¹⁷

Auch wenn es laut dieser Äußerungen in den Jahren 1872 bis 1875 zu keinen Entlassungen von „wirklichen“ Glasarbeitern auf der Glashütte Gernheim gekommen sein sollte, zählte die Belegschaft im Januar 1875 nur noch 55 männliche und 16 weibliche Beschäftigte. Im Vergleich zu dem Jahr 1868 mit 205 Arbeitern bedeutete das einen Beschäftigtenrückgang von 65 Prozent innerhalb von sieben Jahren.¹⁸ Erschwerend für die wirtschaftliche Situation des Unternehmens kam hinzu, dass die Bemühungen Schraders, einen Eisenbahnanschluss für seine Glashütte zu bekommen, erfolglos blieben. Infolgedessen hatte die Fabrik gegenüber Glashütten mit Eisenbahnanschluss einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil. Durch die fehlende Anbindung an das Schienennetz war Gernheim von wichtigen Absatz- und Rohstoffmärkten weitgehend abgekoppelt. Die Glasprodukte und die Rohstoffe mussten mühsam durch Fuhrwerke und Transportschiffe versendet respektive herangeschafft werden. Dieses Vorgehen war aufwendig und kostenintensiv.¹⁹ All diese Umstände führten schließlich 1877 zu der Entscheidung Schraders, die Glashütte Gernheim stillzulegen. Versuche, die Glashütte zu verkaufen, blieben erfolglos.

Die Glashütte Teutoburg

Wilhelm Schrader blieb jedoch der industrielle Glasherstellung treu. Zusammen mit seinem Schwager Wilhelm Schüffner, der zeitweilig ebenfalls in Gernheim wohnte und hier als Geschäftsteilhaber tätig war, legte er in Brackwede bei Bielefeld im Sommer 1871 die Glashütte Teutoburg

Gernheim, sie hatten hier ihre Heimat, ihren Besitz, ihre Freunde und Verwandte. Für diese Arbeiter richtete Schrader eine Stroh­hülsenfabrik ein, die er bis 1886 betrieb.

Manche der Glasmacher blieben wohl auch in der Hoffnung, dass die Hütte wieder in Betrieb gesetzt werden würde, in Gernheim. Die Schulchronik Ovenstädt's vermerkte drei Jahre nach der Stilllegung, dass „die Glashütte in Gernheim [...] auch noch während des Jahres 1880 außer Betrieb [war]“ und fügt hinzu, dass „jedoch [...] die auf derselben noch vorhandenen Arbeiter in den zu Ovenstädt und Gernheim eingerichteten Stroh­hülsenflechtereien ziemlichen Verdienst“²⁰ fanden. Allerdings mussten sich die Arbeiter „mit einem geringeren Verdienste in der Stroh­hülsenfabrik begnügen“, während sie zuvor auf der Glashütte „ihr reichliches Auskommen“²¹ hatten. Zu den Arbeitern in der Schraderschen Stroh­hülsenfertigung gehörten unter anderem der „alte“ Mechanicus der Glashütte, Christian Kahle, der zuvor über 30 Jahre auf der Hütte gearbeitet hatte, sowie E. Reckeweg und Heinrich Korff. Insgesamt beschäftigte der Betrieb im Jahr 1878 47 Arbeiter und Arbeiterinnen, 1885 etwa 70 und 1886 noch 55.



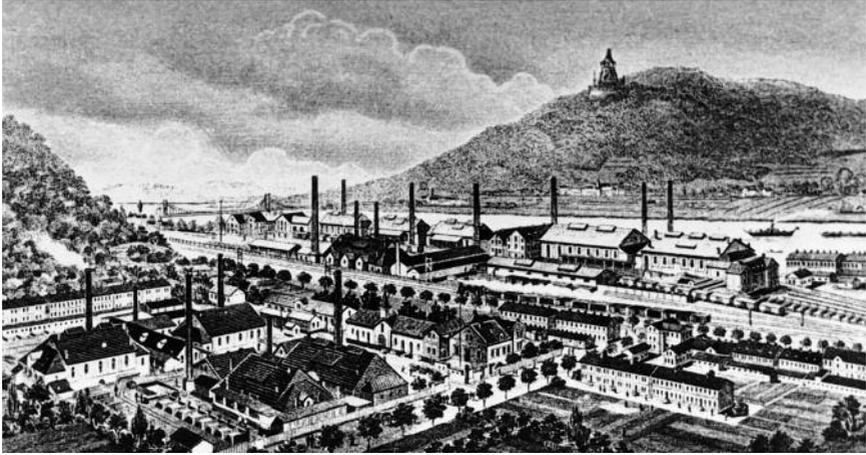
Christian Kahle und seine Frau im Jahr 1901. Kahle hatte über 30 Jahre auf der Hütte gearbeitet. LWL-Industriemuseum Glashütte Gernheim

Nach der Einstellung des Betriebs wurde auch die Schule in Gernheim geschlossen. Die betroffenen Kinder wechselten im September 1877 auf die Ovenstädter Dorfschule. Zu diesen zählten die Kinder mit den Familiennamen Müller, Greiner, Kahle, Thon, Dieker, Senne, Buddenbohm, Meier, Wieneke, Fuchs, Plassmann, Reckeweg, Wieneke, Müller und Hirschberger. Andere wanderten mit ihren Familien kurz nach Stilllegung der Fabrik zu anderen Glashüttenstandorten ab. So verließen die Familien der Glasarbeiter Friedrich Müller und Andreas Dannhof im März 1878 den Ort in Richtung Lerbeck, wo die neuen Glashütten an der Porta Westfalica Beschäftigung für qualifizierte Glasmacher boten. Wieder andere waren bis Anfang der 1880er Jahre, vor Ablauf der Schulpflicht eines ihrer Kinder, ohne Angabe des Zielorts fortgezogen. Dazu zählten die Familien der Glasmacher Hermann Meier und Heinrich Hirschberger sowie des Fabrikarbeiters Wilhelm Jäger.²²

Nach der Stilllegung wohnten zumindest für einen gewissen Zeitraum weiterhin in Gernheim die Glasmacher Carl Müller, Arnold Plassmann, Wilhelm Pohlmann, Karl Wieneke, Wilhelm Stellhorn, Heinrich Korff, der Formenmacher Wilhelm Schmidt und der Glasschleifer Ernst Reckeweg und in Ovenstädt die Glasmacher Diedrich Hartmann, Dietrich Kaiser, Wilhelm Bussing, Wilhelm Franke, August Dankelmeier, Dietrich Dankelmeier, Heinrich Speckmann, der Schürer Wilhelm Dammeier und Dietrich Stute sowie die Glasschleifer Conrath Reckeweg, Heinrich Dammeier, Ernst Rather und Wilhelm Elerding.²³ Im Jahr 1877 wurden in Ovenstädt neun Glasmacherkinder getauft, 1878 noch sechs, ein Jahr später vier, 1880 acht und 1881 noch drei. Auch in den Jahren danach gab es vereinzelt Taufen von Glasmacherkindern.²⁴ Von den in Gernheim und Ovenstädt verliebenden Glasmachern starben in den Jahren nach 1877 der Glasarbeiter Simon Seidensticker mit 64 Jahren (1877), der Glasschleifer August Menzel mit 74 Jahren (1878), die Glasmacher Karl Plassmann mit 70 und Wilhelm Kahle mit 65 Jahren (beide 1882) und der Glasmacher Friedrich Wilhelm Heinz mit 73 (1883).

Der Großteil der Arbeiter, die in den Monaten nach der Schließung abwanderten, folgte entweder Schrader auf die Glashütte Teutoburg oder fand Beschäftigung auf einer der zahlreichen Glashütten entlang der Weser. Andere zog es ins Ausland. So wanderten einige Arbeiter nach Finnland aus. „Direkt vor der Haustür“ lagen die Hütten an der Porta Westfalica. Zu diesen gehörten die Glashütten Kuhlmann & Alwes in Lerbeck (gegründet 1863, bis 1878 in Betrieb), Porta Westfalica Meyer & Schwartze in Lerbeck (gegr. 1867, bis 1931 in Betrieb) und die Berghütte ebenfalls in Lerbeck (gegr. 1871, bis 1904 in Betrieb).²⁵ Im Januar des Jahres 1875 beschäftigten bereits zwei dieser Betriebe mehr Arbeiter als die Glashütte Gernheim, als ehemals größte Fabrik der gesamten Mindener Region. Die Glashütte Kuhlmann & Alwes, die 1869 durch die Fa. Heye & Co. übernommen worden war, hatte 148 Beschäftigte, die Glashütte Porta Westfalica 93 und die Berghütte 62, während Gernheim „nur“ noch 71 Menschen Arbeit bot.²⁶

In der Mitgliederliste der Betriebskrankenkasse der Glashütte Teuto-



*Einige der Gernheimer Glasmacher wanderten auf die neuen Glashütten an der Porta Westfalica ab. Im Hintergrund ist die Glashütte Porta Westfalica Meyer & Schwartze zu sehen, im Vordergrund links die Berghütte.
Kommunalarchiv Minden*

burg von 1884 tauchten verschiedene Glasmacher auf, die aus Gernheim kamen. Dazu zählten Carl Plassmann und Hermann Greiner. Ferner arbeitete in Brackwede Rudolf Menzel, ein Sohn des Gernheimer Glasschleifers August Menzel. In der Liste wurden auch Namen geführt, bei denen es zumindest eine Namensübereinstimmung mit Glasmachern aus Gernheim gab. Dazu zählten Arnold Plassmann, Wilhelm Pohlmann, Carl Müller sowie Friedrich und Bernhard Greiner. Weitere Verbindungen von Ovenstädtern und Gernheimern nach Brackwede und Lerbeck ergeben sich aus den Akten des Ovenstädter Pfarrarchivs. In diesen erschienen vereinzelt Glasarbeiter aus Brackwede oder Lerbeck als Taufzeugen. Dazu gehörten der Glasschleifer Wilhelm Dammeier aus Bielefeld, der früher auf der Glashütte Gernheim beschäftigt gewesen war und in Ovenstädt gewohnt hatte, sowie die Glasmacher Heinrich Kahle und Wilhelm Hartmann aus Porta und Heinrich Buddenbohm aus Minden. Dabei handelt es sich um Familiennamen, die für die Glashütte Gernheim bezeugt sind.²⁷

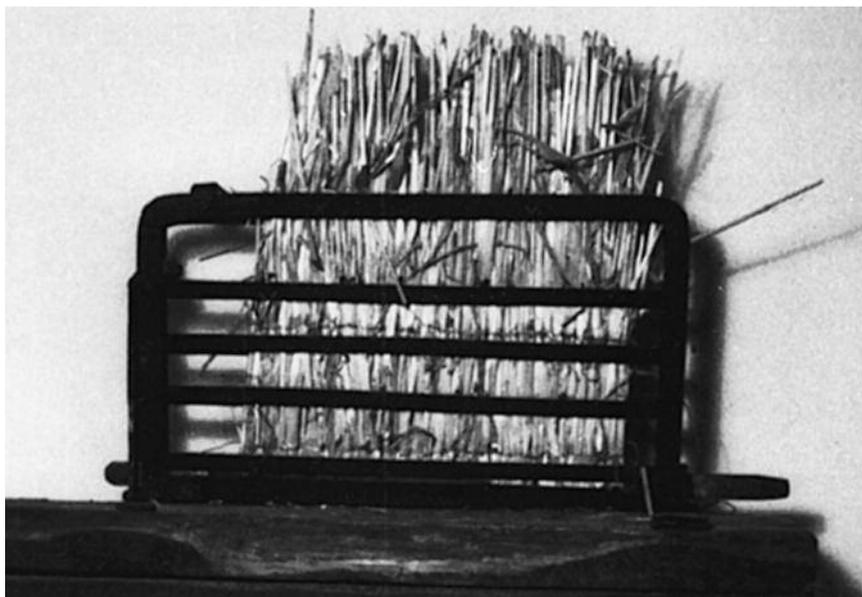
Ein weiteres Beispiel für eine solche Verbindung bildete die Familie Senne. Im Jahr 1881 heiratete der Glasmacher Ernst Senne, geboren 1858 in Windheim, wohnhaft in Lerbeck, Lisette Tegtmeier aus Ovenstädt in der Ovenstädter Dorfkirche. Während Ernst in Lerbeck wohnte und arbeitete, lebte Lisette weiter in Ovenstädt. Sein Vater Christian Senne hatte als Schürer in Gernheim gearbeitet und lebte immer noch in Gernheim. Auch ein Bruder von Ernst, Adolf, geboren in Gernheim, wohnte zu dieser Zeit in Lerbeck.

Alternative Erwerbszweige nach der Schließung: Die Strohhusenflechtereien

Die „Strohhusenbuden“ in Ovenstädt und Gernheim

Über sechs Jahrzehnte hatte die Glashütte zahlreichen Menschen Arbeitsmöglichkeiten geboten. Das Ende der Glasherstellung 1877 bedeutete für die Region einen schweren wirtschaftlichen Verlust. Der allgemeine „Mangel an Verdienst“ wurde allenthalben beklagt, auch in der Ovenstädter Schulchronik. Lichtblick waren hier nur die „Strohflechterbuden“, durch die „viele Menschen Verdienst bekamen.“²⁸ Die Herstellung von Strohhusen für Wein-, Likör- und Spirituosenflaschen bot gerade in einer ländlich geprägten Region mit wenig industriellen Arbeitsplätzen eine willkommene Verdienstmöglichkeit. Das galt im besonderen Maße für den Norden des Kreises Minden. Hier bildete die Herstellung von Strohhusen Ende des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts einen wichtigen Erwerbssektor, insbesondere für Frauen.²⁹

Ihre Blütezeit erreichte die Strohhusenfertigung in Ovenstädt von den 1880er Jahren bis in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Anfang der 1880er Jahre waren die Strohhusenflechtereien der größte Arbeitgeber im Amt Petershagen mit 130 Beschäftigten, noch vor der Zigarrenfab-



Das Funktionsprinzip beim „Klapprahmen“ war denkbar einfach und erforderte keine langen Anlernzeiten. Mit einer Nadel wurde ein Faden links und rechts durch das Stroh gezogen, anschließend das Stroh nach oben „weggekippt“ und um die Flasche herum verbunden.

LWL-Industriemuseum Glashütte Gernheim

brikation mit 81 und den Ziegeleien mit 75 Beschäftigten. Im gesamten Kreis Minden lagen die Strohhuslenfabriken Mitte der 1880er Jahre bei den Beschäftigtenzahlen an sechster bis achter Stelle mit 160 bis 210 Arbeitern.³⁰

Die Herstellung der Strohhuslen geschah bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg rein manuell mit Hilfe von „Klapprahmen“. Dadurch konnten Strohhuslenflechtereien relativ schnell eingerichtet und ebenso schnell wieder geschlossen werden. Auch wurden viele Strohhuslen in Heimarbeit hergestellt. Alleine in Ovenstädt (mit Gernheim) wurden von Ende der 1870er Jahre bis in die 1930er Jahre hinein an mindestens zehn Standorten Strohhuslen produziert. Zu den Produktionsstätten gehörten die Hausnummern 1, 2, 23, 37, 49, 51, 80, 89, die Torfscheune in Gernheim und die ehemalige Korbflechterei. Dabei traten mindestens neun verschiedene Personen als Eigentümer und Betreiber dieser Anlagen auf. Dazu zählten Busse, Möring, Gebr. Rather, Römermann, Schrader, Seidensticker, Speckmann, Spilker und Tegmeier. Viele der Flechtereien waren nur kurze Zeit in Betrieb, andere stellten zwischenzeitig ihre Produktion ein. Auch in der täglichen Arbeitszeit waren sie sehr flexibel. So betrug die Arbeitszeit in der Windheimer Filiale der Strohhuslenfabrik Gebrüder Rather Anfang des 20. Jahrhunderts zwölf Stunden. Gearbeitet wurde von 6 Uhr morgens bis 20 Uhr abends, mit zwei Stunden Pause. In der Flechterei von Diatr. Busse in Jössen wurde dagegen nur halbtags gearbeitet.

Der Verdienst in den Strohhuslenfabriken war relativ gering. Mitte der 1880er Jahre lag der durchschnittliche tägliche Arbeitslohn zwischen 70 Pfennig und 1 Mark 75 Pfennig. In der heimischen Ziegelindustrie wurden im gleichen Zeitraum Löhne zwischen 1 Mark 50 Pfennig und 2 Mark gezahlt und in der Glasindustrie lagen die Löhne zwischen 2 Mark und 2 Mark 50 Pfennig. Ab 1910 gingen der Verdienst und die Beschäftigtenzahlen in den Strohhuslenfabriken zurück, da nun die um 1890 entwickelte Strohhuslennähmaschine verstärkt zum Einsatz kam.

Die „Strohhuslenfabriken“ Rather, Möring und Busse

Zu den langlebigsten Betrieben in Ovenstädt zählten die drei Strohhuslenfabriken Gebr. Rather, W. Möring, Inh. F. Spilker, und Diatr. Busse. Nachdem Wilhelm Schrader Gernheim mit allen Fabrikgebäuden und Grundstücken verkauft hatte, übernahmen 1887 die Brüder Ernst und Hermann Rather, Söhne des Gernheimer Glasschleifers Ernst Diedrich Christian Rather, die Schradersche Strohhuslenfabrik in der ehemaligen Korbflechterei in Gernheim.

In der Folgezeit richteten die Gebrüder Rather mehrere Filialen in den umliegenden Gemeinden ein. Neben der Zentrale in Gernheim gab es Rathersche Strohhuslenflechtereien in Ovenstädt (bereits seit 1878), Eldagsen, Petershagen und Windheim. In Windheim ließen die beiden Brüder im Zeitraum von 1885 bis 1919 an mindestens fünf verschiedenen Standorten fertigen, allerdings in der Regel jeweils nur für wenige Jahre. So übernahmen sie im Jahr 1898 die Produktion von Ernst Niemann in Wind-



*Ernst Rather mit seiner Ehefrau Hedwig und den beiden Kindern Ernst und Wilhelm vor seinem Haus in Ovenstädt Anfang des 20. Jahrhunderts.
Privatbesitz*

heim. Im Mai 1900 beschäftigten sie dort sechs Männer und 20 Frauen sowie einen Jungen und fünf Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren. Im Januar 1899 arbeiteten 101 Personen in den Stroh­hülsen-Fabriken der Gebrüder Rather, davon 35 männliche und 66 weibliche Arbeitskräfte. Die Aufseher, Abschneider und Näher wohnten Ende 1899 in Ovenstädt (31), Gernheim (34), Petershagen (12), Eldagsen (9) und Glissen (1) sowie auf der rechten Weserseite in Windheim (23).

Im August 1908 verfügte die Betriebskrankenkasse der Gebrüder Rather noch über 73 Mitglieder, davon 58 aus dem Amt Petershagen und 15 aus dem Amt Windheim zu Lahde.³¹ Die Stroh­hülsenfertigung der Gebr. Rather endete Mitte der 1920er Jahre. Ernst Rather siedelte um 1927 nach Minden über. Er verstarb dort am 12. Dezember 1935. Hermann Rather verstarb am 14. Januar 1933 in Ovenstädt.

Wilhelm Möring gründete seine Stroh­hülsenfabrik im Jahr 1885. Ähnlich wie die Gebrüder Rather hatte auch er einen familiären Bezug zur Glasindustrie.³² Nach dem frühen Tod des Firmeninhabers am 25. Januar 1900 übernahm Fritz Spilker die Leitung des Unternehmens. Dieser führte zunächst die Stroh­hülsenfabrikation weiter. Produziert wurde in der Torfscheune in Gernheim, die in den 1950er Jahren abbrannte, und an zwei Standorten in Ovenstädt. Neben diesen Produktionsstätten, wovon

die älteste bereits seit 1881 in Betrieb war, gab es noch mindestens eine weitere Filiale in Petershagen. Hier ließ Spilker seit Herbst 1887 Strohhülsen fertigen und beschäftigte anfangs 22 Personen. Ein Teil der hergestellten Strohhülsen gingen in den Export, unter anderem nach Frankreich, Österreich und Spanien.

Mitte der 1920er Jahre verkaufte Spilker seine Fabrikanlagen in Ovenstädt und Gernheim, behielt aber den Namen der Firma, und siedelte nach Minden über. Unter dem alten Namen Möring, Inh. F. Spilker, betrieb Spilker nunmehr eine Handelsfirma, die Maschinen für die Getränkeindustrie verkaufte, unter anderem von der mittlerweile geschlossenen Mindener Firma Noll, aber auch, vor allem in der Zwischenkriegszeit, Wein- und Kronkorken.³³

Ein weiterer Ovenstädter Strohhülsenfabrikant war Carl Friedrich Dietrich Busse, geboren am 2. September 1862 in Quetzen. Am 29. Juni 1894 heiratete er in Ovenstädt Karoline Sophie Lisette Kranz. Im Jahr 1885 nahm Busse die Strohhülsenproduktion in Ovenstädt auf. Anfang des 20. Jahrhunderts befanden sich auf dem Fabrikationsgelände ein Wohnhaus mit Strohhülsenlageranbau, ein Fabrikhaus für Strohhülsen und ein Strohhülsenschuppen. Daneben betrieb Busse zeitweilig auch noch im kleineren Umfang Strohhülsenfabrikation in Jössen und Quetzen. Die Strohhülsenfertigung Busses endete Mitte der 1920er Jahre.

Im Vergleich mit der „Strohhülsen-Fabrik Gebrüder Rather“ waren die übrigen Betriebsstätten dieser Art in Ovenstädt von der Beschäftigtenanzahl deutlich kleiner. Busse beschäftigte im Jahr 1885 gerade mal sieben Arbeiter in Ovenstädt, zwei männliche Erwachsene, zwei weibliche sowie ein Mädchen im Alter von 12 bis 14 und zwei Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde, aufgrund von Absatzmangel, der Betrieb in den Fabriken zunächst kurzzeitig eingestellt. Im weiteren Verlauf des Krieges gingen die Strohhülsen-

Im Jahr 1892 versuchten die beiden Brüder Rather, die Glasproduktion in Gernheim wieder aufzunehmen. Dieses Unterfangen scheiterte jedoch bereits nach einigen Monaten.

Privatbesitz



fabriken dazu über, neben Flaschenhülsen auch Stroh­hülsen für die Verpackung von Granaten zu fertigen. Der Bedarf an Stroh­hülsen überstieg bald die Kapazität der Fabriken in Ovenstädt. Hinzu kam der Mangel an Stroh. Darüber hinaus waren viele der männlichen Arbeiter zum Militärdienst eingezogen worden. Um den Arbeitskräftemangel zu kompensieren, arbeiteten während des Krieges in den Flechtereien acht bis zwölf zumeist französische oder russische Kriegsgefangene mit.

Nach dem Krieg verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Betriebe in Ovenstädt zusehends. Im Jahr 1923 wurde der Betrieb in allen drei Stroh­hülsenfabriken zunächst aufgrund hoher Strohpreise und der schlechten wirtschaftlichen Lage der Zeit eingestellt. In den folgenden Jahren wurden in Ovenstädt aber auch weiterhin Stroh­hülsen produziert. Im Frühjahr 1925 stellten die Gebrüder Rather die Produktion erneut ein, nahmen sie allerdings im Herbst des Jahres für einige Monate wieder auf. Die Produktion in der Korbflechterei in Gernheim wurde spätestens 1926 eingestellt. In der Folge wurden hier bis 1963 Weidenkörbe für die Glashütte Wittekind in Minden hergestellt. Ab 1926 war die Firma Hans Ehm aus Uchte Eigentümer des Gernheimer Fabrikationsgebäudes von Spilker. Ehm modernisierte die Fertigung, indem er „elektrische Kraft (nutzte) (...), um die Maschinen zu treiben, sodaß hier mehrere Arbeit finden“³⁴. Bereits kurz zuvor hatte Spilker die „Möringsche Besitzung“ in Ovenstädt an einen Arzt verkauft. Im Jahr 1931 veräußerte Ehm die Gebäude in Gernheim an den Mindener Kaufmann Helmut Schlüter. Im Jahr 1938 kaufte Ehm das Grundstück allerdings wieder zurück. Die letzte Stroh­hülsenfabrik in Ovenstädt und Gernheim war die ehemalige Produktionsstätte der Gebr. Rather in Ovenstädt, in der, nach Auflösung der Firma Gebr. Rather, unter neuer Leitung weiterhin produziert wurde. Sie stellte in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre ihren Betrieb ein. Vermutlich wurde diese ebenfalls von Hans Ehm betrieben.

Anmerkungen

- 1 Grundlegende Publikationen zur Geschichte der Glashütte Gernheim sind Gerhard Schrader, Gernheim, Die Gründung Johann Christoph Friedrich Schraders, Ein Beitrag zur Westfälischen Wirtschaftsgeschichte im 19. Jahrhundert, (Mindener Beiträge zur Geschichte, Landes- und Volkskunde des ehemaligen Fürstentums Minden, Heft 3, N. F.), Minden 1951; Gerhard Henke-Bockschatz, Nur mutig hin zur Feuerstelle!, Studien zum Arbeiterleben im Glasmacherort Gernheim an der Weser, 1812-1893, Hagen 1988, sowie zur Arbeits- und Lebenskultur Wilhelm Schraders Stefanie Geissler, „Arbeitspaare“, Unternehmenskultur in der Glashütte, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, 77. Jg. (2005), S. 45-71.
- 2 Ovenstädter Schulchronik, Stadtarchiv Petershagen, S. 29.
- 3 Landesarchiv NRW Staats- und Personenstandsarchiv Detmold (StA Dt), Bestand Regierung Minden, M 1 I G, Sign.-Nr. 334.
- 4 Ebd.
- 5 StA Dt, Bestand Regierung Minden, M 1 I G, Sign.-Nr. 63.
- 6 Ebd.
- 7 Bereits 1816 war hier die Glasmacherfamilie Kronen wohnhaft, im Jahr 1832 lebte hier die Familie des Glasarbeiters Wöbbekind. Im Jahr 1836 kaufte Fritz Schrader das Haus für 2.748 Taler. Die sechsköpfige Familie des Glasmachers Wilhelm Schmidt, der Glasmacher Heinrich Spengler mit Frau, die neunköpfige Familie des Schürers Ludwig Quest und die fünfköpfige Familie des Glasmachers August Plassmann bewohnte das Haus im Jahr 1849, insgesamt also 22 Personen.
- 8 Der Glasmacher Spengler wohnte ab 1850 in Gernheim Nr. 10 und der Glasmacher Schmidt in Gernheim Nr. 6. Die Familie Plassmann wohnte spätestens 1861 in Gernheim Nr. 11, die Familie Schmidt, nunmehr mit der Berufsangabe Hafenschmied, in Nr. 14 und die Familie Quest in Nr. 33. In diesem Jahr lebten laut den amtlichen Nachweisungen des Amtes Petershagen keine Glasmacherfamilien mehr in Ovenstädt Nr. 9. Allerdings waren 1861 in Ovenstädt noch die Häuser Nr. 18, 41, 51, 60, 62 und 63 ganz überwiegend oder ausschließlich von Glasarbeitern der Glashütte Gernheim bewohnt. Vgl. Stadtarchiv Petershagen (StadtA Pts), Bestand Amt Petershagen, Sign.-Nr. 24 (1849) und 26 (1861).
- 9 StA Dt, Bestand Regierung Minden, M 1 I G, Sign.-Nr. 63.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd. und StadtA Pts, Bestand Amt Petershagen, Sign. Nr. 82.
- 12 StadtA Pts, Bestand Amt Petershagen, Sign.-Nr. 82.
- 13 Zur Geschichte der Unterstützungs- und Krankenkasse vgl. Henke-Bockschatz, wie Anm. 1, S. 56-59.
- 14 Den Ausführungen zur Ziegelherstellung liegt folgendes Quellenmaterial zugrunde StA Dt, Bestand Regierung Minden, M 5 B Mi, Sign.-Nr. 885, M 1 I G, Sign.-Nr. 334, 418, StadtA Petershagen, Bestand Amt Windheim, Sign.-Nr. 252, 346, 981, und Kommunalarchiv Minden (KAM), Bestand Kreisausschuss Minden, Sign.-Nr. 1531-35.
- 15 Diese Art von Ziegeleien wurde als „Handstrichziegeleien“ bezeichnet, aufgrund der Handbewegung des „Streichers“ oder „Formers“, der den aus der Form überstehenden Ton mit Hilfe eines „Streichmessers“ entfernte. Anschließend wurden die Ziegel in den Ofen eingebracht.
- 16 Die Quellen zur Chronologie der Gründung befinden sich im StadtA Pts, Bestand Amt Windheim, Sign.-Nr. 252.
- 17 KAM, Bestand Kreisausschuss Minden, Sign.-Nr. 1511.
- 18 In der „Aufstellung der Glashütten im Regierungsbezirk Minden“ wurde dagegen die Beschäftigtenzahl der Glashütte Gernheim für das Jahr 1875 mit 190 angegeben. Wie diese unterschiedlichen Zahlen zustande kamen, bleibt eine offene Frage. Allerdings muss bezweifelt werden, dass die Glashütte 190 Beschäftigte aufwies, da in der Aufstellung vermerkt wurde, dass „ein Ofen (...) aus Mangel an geeigneten Arbeitskräften außer Betrieb (hat) gesetzt werden müssen.“ So wurde in den letzten Jahren der Glashütte nur noch an einem Ofen produziert. Vgl. StA Dt, Bestand Regierung Minden, Sign.-Nr. M 1 I G, Nr. 527.
- 19 Erst 1898 erhielt Ovenstädt einen Anschluss an das Schienennetz der Mindener Kleinbahnen (MKB), später Minde-

- ner Kreisbahnen, auf der Strecke Minden-Petershagen-Uchte.
- 20 Ovenstädter Schulchronik, Stadtarchiv Petershagen, S. 33.
 - 21 Ovenstädter Schulchronik, Stadtarchiv Petershagen, S. 3.
 - 22 Die folgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf folgendem Quellenmaterial Pfarrarchiv Ovenstädt, Hochzeiten, Taufen, Todesfälle, StadtA Petershagen, Bestand Amt Petershagen, Sign.-Nr. 24, 26, StA Detmold, Bestand Regierung Minden, M 1 I G, Sign.-Nr. 527, KAM, Bestand Kreisausschuss Minden, Sign.-Nr. 1511, und Schulbuch der Schule in Ovenstädt.
 - 23 Manche der Glasarbeiter tauchten später in den Akten des Pfarrarchivs mit einer anderen Berufsbezeichnung auf. So wurden aus den Glasmachern W. Franke, E. Reckeweg und W. Kahle ab 1882 Fabrikarbeiter. H. Korff wurde 1883 noch als Glasarbeiter geführt, aber ab 1885 auch als Fabrikarbeiter. D. Hartmann verdingte sich 1882 als Arbeiter, 1884 als Tagelöhner und später als Neubauer. Der Glasschleifer H. Dammeier trat ab 1881 als Neubauer auf und der Glasmacher Dietr. Kayser um 1900 als Handelsmann. Einzig D. Dankelmeier taucht auch noch 1885 in den Akten des Pfarrarchivs als Glasmacher auf. Vgl. Pfarrarchiv Ovenstädt, Hochzeiten, Taufen, Todesfälle.
 - 24 Vgl. Pfarrarchiv Ovenstädt, Taufen.
 - 25 Vgl. Wilhelm Heine, Die Glashütten an der Porta Westfalica, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, 45. Jg. (1973), S. 89-106.
 - 26 Vgl. KAM, Bestand Kreisausschuss Minden, Sign.-Nr. 1511.
 - 27 Zur Geschichte der Glashütte Teutoburg, Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1901, Ein Beitrag zur Industriegeschichte Brackweddes, in: Brackweder Heimatblätter, 28. Jg. (1981), S. 4-43, sowie Karl Bekmann, Rolf Künemeyer, 1151-2001 Brackwede, Stationen einer 850-jährigen Geschichte, Bielefeld 2001, S. 197-200.
 - 28 Ovenstädter Schulchronik, Stadtarchiv Petershagen, S. 2.
 - 29 Die Ausführungen zu den Strohhusenflechtereien basieren im Wesentlichen auf folgendem Quellenmaterial StA Dt, Bestand Regierung Minden, M 5 C, Sign.-Nr. 583, 3065, M 1 Pr, Sign.-Nr. 195, KAM, Bestand Kreisausschuss Minden, Sign.-Nr. 1515, 1516, 1517, StadtA Petershagen, Bestand Amt Windheim, Sign.-Nr. 981, Ovenstädter Schulchronik und Zeitzeugeninterviews.
 - 30 Vgl. KAM, Bestand Kreisausschuss Minden, Sign.-Nr. 1515.
 - 31 Vgl. Mitgliederverzeichnis und Krankenkassenbuch der BKK Gebr. Rather, LWL-Industriemuseum Glashütte Gernheim.
 - 32 Der Firmengründer kam am 1. Mai 1857 in Ovenstädt als Sohn des Gernheimer Glasschleifers Ernst Diedrich Carl und Christ. Sophie Wilhelmine Lisette, geb. Rather, zur Welt. Als einer der Taufpaten fungierte sein Onkel Conrath Rather, der zumindest zeitweilig in Gernheim als Glasmacher beschäftigt gewesen war. Die Familie wohnte in Ovenstädt.
 - 33 Fritz Spilker starb 1953 im Alter von 73 Jahren. Zunächst von einer seiner Töchter, später einem seiner Enkel weitergeführt, existierte die Firma noch bis 2004.
 - 34 Ovenstädter Schulchronik, Stadtarchiv Petershagen, S. 149.

MICHAEL HACKER

Franz Boas und die Burschenschaft Alemannia zu Bonn

(Alemannia Bonn 1986)¹

Am 9. Juli 2008 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag des berühmten Ethnologen, Anthropologen und Linguisten Franz Boas (1858 – 1942). Beim Jubiläum, das besonders in seiner Geburtsstadt Minden begangen wurde, stand vor allem sein wissenschaftliches Werk im Vordergrund. Ausstellung, Vorträge und Veröffentlichungen befassten sich aber auch mit dem Menschen und engagierten Bürger Franz Boas und seiner deutsch-jüdischen Herkunft, seiner Kindheit, Schul- und Studienzeit in Deutschland.

Weniger bekannt ist, dass Boas auch Mitglied der Burschenschaft Alemannia zu Bonn war. Selbst vom fernen Amerika aus hielt er als alter Herr den Kontakt zu seiner Burschenschaft und unterstützte sie auch finanziell. Wie kam der Jude Franz Boas dazu, Burschenschafter zu werden? Wie sah das damalige korporationsstudentische Leben aus? Wie erlebte Boas den seit 1880 aufkommenden rassistischen Antisemitismus, der vor allem in studentischen Kreisen zunahm? Wie stand die Alemannia zu ihren jüdischen Mitgliedern?

Ein Beitrag, der sich mit Boas' Studentenzeit beschäftigte, war der von Erich Püschel² anlässlich Boas'

40. Todestag. Als weitere Quellen stehen die beiden Boas-Biographien von Douglas Cole³ bzw. Norman F. Boas⁴ zur Verfügung, die z.T. den umfangreichen Nachlass von Franz Boas bei der American Philosophical Society (APS) ausgewertet haben. Nicht berücksichtigt wurden bisher die Protokolle und erhaltenen Dokumente im Archiv der Burschenschaft Alemannia⁵, die auch für die folgenden Ausführungen herangezogen worden sind. Der umfangreiche Briefwechsel von Boas, der bei der APS liegt, dürfte noch weitere Erkenntnisse über Boas und sein Verhältnis zur Alemannia sowie zu einzelnen Bundesbrüdern enthalten.



Kneipbild Franz Boas (Alemannia Bonn, Repro M.H.)

Elternhaus

Franz Uri Boas entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie. Er wurde am 9. Juli 1858 als Sohn von Meier und Sophie Boas geb. Meyer in Minden geboren. Er war der einzige überlebende Sohn (von insgesamt sechs Kindern) neben einer älteren und zwei jüngeren Schwestern⁵. Das Jüdische hatte in der Familie keine große Bedeutung. Wesentlich bedeutender war der Einfluss der 1848er Revolution; insbesondere seine Mutter war eine Verfechterin der Ideen der Märzrevolution⁷ und pflegte Kontakte zu zahlreichen Revolutionären wie Carl Schurz⁸ und Abraham Jacobi, ihrem späteren Schwager⁹. Es dürfte nicht nur Zufall sein, dass Boas Schwiegervater Ernst Krackowizer ebenfalls aktiver 1848er war¹⁰.

Bereits während seiner Schulzeit am Mindener Ratsgymnasium offenbarten sich Boas' naturwissenschaftliche Neigungen, die seine Mutter bei ihrem einzigen Sohn Franz entsprechend förderte. Den Wunsch, später auf eigenen Forschungsreisen Sitten und Gebräuche anderer Völker kennenzulernen, hatte er ausweislich eines Briefes an seine Schwester schon mit 13 Jahren. Außerdem war Boas sehr musikalisch und spielte zeitlebens gerne Klavier¹¹.

Heidelberg

Nach dem Abitur am Mindener Ratsgymnasium (Ostern 1877¹²) entschied sich Franz Boas für ein naturwissenschaftliches Studium¹³. Die Wahl des Studienortes fiel auf Heidelberg. Der wesentliche Grund war die Nähe zu seiner damals in Stuttgart Musik studierenden Schwester Antonie, genannt Toni. Die ebenfalls in die engere Wahl gekommene Universität in Straßburg bot außerdem im Sommersemester 1877 keinen Einstiegskurs in Mathematik an.

So schrieb sich Boas am 21. April 1877¹⁴ an der ältesten und beliebtesten Universität in Deutschland für Mathematik ein¹⁵. Er hörte in seinem ersten Semester u.a. Vorlesungen bei Bunsen¹⁶ (Chemie), Cantor¹⁷ (analytische Geometrie), Fuchs¹⁸ (Analysis) und Kuno Fischer¹⁹ (Ästhetik/ Philosophie).

Vor Beginn seines Studiums hatte Franz seinem Vater versprechen müssen, nicht einer Burschenschaft beizutreten²⁰. Da er keinen Anschluss fand, litt er anfangs unter der Einsamkeit. Das änderte sich zur Semestermitte (Juni), als er in H. Ambronn und dessen Bekannten R. Bartelstein²¹ Freunde kennenlernte. Mit beiden verkehrte er auch im Mathematischen Verein²². Gemeinsame Aktivitäten in Form von Wanderungen in die Umgebung, Fechten, Schachspielen und Essen gehen sowie das mit Ambronn geteilte Interesse für Botanik verband die drei Studenten. Ihre Freundschaft besiegelten sie – nach damaligem Brauch – durch „Schmolli trinken“²³.

Boas nahm, wie damals auch unter nichtkorporierten Studenten („Fincken“) üblich, Unterricht beim Universitätsfechtmeister Schulze. Sein erstes Duell hatte Boas Ende Juli 1877, aus dem er zur eigenen Überraschung gegen einen vermeintlich besseren Fechter als „Sieger“ hervorging.²⁴ Auch mit der akademischen Gerichtsbarkeit machte er zum Seme-

sterende Bekanntschaft, als er nach durchzechter Nacht mit Mitgliedern des Mathematischen Vereins Gaslaternen löschte – ein damals durchaus üblicher „Studentenulk“, um die Bürger („Philister“) zu ärgern. Der verhängten dreitägigen Karzerhaft entzog sich Boas durch Abreise in die Semesterferien²⁵.

Wechsel nach Bonn

Boas hatte nur ein Semester in Heidelberg geplant. Hinzu kam, dass seine Schwester Toni nach Berlin gewechselt war, seine beiden Freunde ebenfalls Heidelberg verlassen hatten und für Physik auch nach Boas' Ansicht keine guten Dozenten in Heidelberg waren. Für Bonn sprach, dass dort sein Cousin Willy Meyer (seit SS 1876) und sein Mitschüler Adolf Vogeler (seit SS 1877) studierten und dort mit Professor Clausius ein namhafter Physiker in Bonn lehrte. Wie Boas studierten damals viele Studenten aus Westfalen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität (im WS 1877/78 115 von insgesamt 895); sie repräsentierten damit nach den Rheinländern (ca. 50%) den zweitgrößten Teil der Studentenschaft.

Nach seiner Ankunft am 20. Oktober²⁶ schrieb Boas sich am 27. Oktober 1877 in Bonn für Mathematik ein.²⁷ Vorher hatte er bereits mit Hilfe seines Cousins, bei dem er anfangs Unterkunft gefunden hatte, eine „Bude“ im Haus Belderberg Nr. 16 gefunden. Wie in Heidelberg mietete er sich auch in Bonn ein Klavier.²⁸

Bonner Universität

Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität galt nach Aussage von Heinrich Höcker (Alemannia, SS 1874) damals als „teure“ Universität²⁹. Sie war erst am 18. Oktober 1818 nicht zuletzt auf Fürsprache von Ernst Moritz Arndt vom preußischem König Friedrich Wilhelm III. gegründet worden.³⁰ Die junge Uni konnte die nicht mehr genutzten Schlösser des von den Franzosen verjagten Kurfürsten nutzen. 1877 waren 895 Studenten immatrikuliert, was bei 30.000 Einwohnern³¹ einer Quote von 3%³² entsprach. Die Uni Bonn verfügte laut Höcker³³ über einen besonders guten Ruf in den naturwissenschaftlichen Fächern.

Aktivwerden in der Alemannia

Um der Einsamkeit – wie in Heidelberg erlebt – zu entgehen, wurde Boas wie Willy Meyer (SS 1876) und Adolf Vogeler (SS 1877) in der Burschenschaft Alemannia zu Bonn aktiv. Sein Vater scheint ihm dies wegen seiner schlechten seelischen Verfassung nach dem Tod seines besten Freundes³⁴ gestattet zu haben. Boas gefiel in der Alemannia der enge Zusammenhalt und ihre liberale Einstellung, die auch seine Eltern teilten.

Die anderen waffenstudentischen Verbindungen³⁵ kamen für Boas genauso wie die konfessionellen³⁶ Verbindungen nicht infrage. Die Alemannia hatte zu dieser Zeit einen überproportionalen Anteil an Westfalen und konnte auch auf einige jüdische Mitglieder³⁷ verweisen. Sie war wie heute die größte Burschenschaft am Ort und hatte auch das aggressive „Keilen“ von neuen Mitgliedern nicht nötig. Seit den 1840er Jahren (mit

Unterbrechungen) und seit dem 4. März 1878 ständig hatte sie ihr Verkehrslokal auf dem „Schänzchen“, einer alten Gaststätte vor den Toren Bonns direkt am (linken) Rheinufer.

Wie sah das damalige Aktivenleben in der Alemannia aus?³⁸

Jeden Morgen Frühschoppen (allerdings nur sonntags verpflichtend), anschließend Besuch der Universität (Kollegien und Seminare), gemeinsamer Mittagstisch bei „Löllgen“ in der Wilhelmstraße, ab 14 Uhr gemeinsamer Paukboden (Fechtstunden); dem gemeinsamen Kaffeetrinken konnten auch spontane Ausflüge („Spritzen“) in die Umgebung (Siebengebirge, Kreuzberg) oder per Schiff auf dem Rhein folgen. Zweimal in der Woche (mittwochs und samstags) traf man sich zur gemeinsamen Kneipe auf dem „Schänzchen“. Außerdem fanden Burschen- und Fuchsenkränzchen als Pflichtveranstaltungen statt. Hinzu kamen „Exbummel“ (Fahrten am Sonntag in die nähere und weitere Umgebung, z.B. in das Ahrtal), Stiftungsfest (im Sommer), Friderizianerkommers (Februar) sowie diverse universitäre Veranstaltungen, solche der Bonner Studentenschaft³⁹ oder Besuche von auswärtigen Burschenschaften⁴⁰.

Die Aktivitas der Alemannia bestand zu dieser Zeit aus 15 bis 17 Aktiven und Inaktiven am Ort⁴¹. Unter ihnen fand Boas Gleichgesinnte. So unternahm er mit Franz Richarz⁴² (SS 1878) botanische Exkursionen in die Umgebung. Hierbei waren die Ortskenntnisse von Richarz (er stammte



Semesterbild Alemannia SS 1878: Boas unten links auf dem Fass, links neben ihm Vogeler unter dem Fass Richarz (Alemannia Bonn, Repro M.H.)



Boas (links) als Schriftwart im SS 1879, neben ihm der Sprecher Dr. Carl Hilburg (SS 1875) und Paukwart Walter König (SS 1878), darunter Couleurdiener Eduard Brüchert; Ausschnitt aus dem Semesterbild SS 1879 (Repro M.H.);

aus dem heutigen Bonner Stadtteil Enderich) von Vorteil. Mit den Bundesbrüdern Eduard Springorum⁴³ (WS 1877/78) und Carl Bertelsmann⁴⁴ (SS 1877) bildete Boas ein Trio, das auch bei Stiftungsfesten der Alemannia musizierte⁴⁵. Ein weiterer enger Vertrauter von Boas aus der Schar seiner Bundesbrüder war Hermann Blendermann⁴⁶ (SS 1877). Eine zeitlang wohnte Boas im selben Haus. Enge Kontakte bestanden aus Mindener Zeiten auch zu Meyer und Vogeler. Allerdings weilte Willy Meyer in zwei (SS 1878 und WS 1878/79) der vier Bonner Semester von Boas als Auswärtiger in Erlangen, wo er gleichzeitig seinen Militärdienst als Einjähriger⁴⁷ ableistete. Vogeler verließ Bonn in Boas' drittem Bonner Semester (WS 1878/79), um in Berlin weiterzustudieren.

Aus Briefen von Franz Boas wissen wir auch, dass er rege am rheinischen Karnevalstreiben (Bonn und Köln) teilnahm und einige Bälle besuchte⁴⁸.

Über Boas' Tätigkeit in der Alemannia sind wir vor allem durch die gedruckten Jahresberichte der Alemannia informiert⁴⁹. Sie führen Boas im WS 1877/78 in der Mitgliederliste als Fuchs, im folgenden SS 1878 als Burschen ohne Amt⁵⁰ auf. Im WS 1878/79 und im SS 1879 war Boas Zweitchargierter, also Schriftwart⁵¹. Als solcher ist er im Vollwuchs und die Alemannenfahne haltend auch auf dem Semesterbild SS 1879⁵² dargestellt. Bis Pfingsten 1879 übte er im SS 1879 zusätzlich das Amt des Kneipwartes aus.

Aus der Tätigkeit von Boas als Schriftwart ist zumindest noch ein Schreiben im Archiv der Burschenschaft Frankonia Bonn erhalten.⁵³ Die Versammlungsprotokolle, deren Erstellung Boas als Schriftwart oblag, sind im Archiv der Alemannia nicht mehr erhalten. Wegen deren unaufgeklärten Verbleibs erteilte das Ehrengericht (Beschluss vom 7.2.1880⁵⁴) Boas einen Farbenverruf bis zum 15. März 1880. Interessanterweise zitiert Boas' Biograph Cole aus Protokollen vom 10.5. bis 29.7.1879 (SS 1879)⁵⁵; der Verbleib der Protokolle muss daher als offen angesehen werden. Cole berichtet auch darüber, dass Franz Boas als der erwählte Vertreter der Bonner Studentenschaft dem Astronomieprofessor Schönfeld anlässlich dessen Doktorjubiläums die Glückwünsche der Studenten überbringen durfte. Nach der Festivität kam es zu einer Schlägerei zwischen Bürgern und Verbindungsstudenten, bei der Boas verletzt wurde.⁵⁶

Trotz des intensiven Aktivenlebens in der Alemannia studierte Boas sehr ernsthaft und laut Cole auch intensiver als in Heidelberg⁵⁷. Er führte seine naturwissenschaftlichen Studien mit dem Schwerpunkt Physik weiter. Neben Physik⁵⁸ bei Prof. Clausius⁵⁹, wegen dem er auch nach Bonn gewechselt war, Chemie⁶⁰ bei Prof. Kekulé⁶¹ sowie Mathematik⁶² bei Prof. Lipschitz⁶³ und Hermann Kortum hörte er aber auch Mineralogie, Erdkunde, Botanik, Anatomie, Astronomie und Philosophie. Außerdem belegte er noch einen Orgelkurs.⁶⁴ Die Fächervielfalt zeigte Boas' Interesse an einem studium generale und seine Bereitschaft, im Gegensatz zu Kommilitonen, nicht nur examensrelevante Vorlesungen zu belegen. In Bonn erfolgte, gefördert von Fischer⁶⁵, die allmähliche Hinwendung zur Geographie.

Boas und das Fechten

Wie damals üblich hatte auch Boas seine (waffen-)studentische Ehre im Duell zu verteidigen. Damals hatte sich der Schläger als studentische Waffe allgemein durchgesetzt. Zusätzlich wurden im Fall schwerer Beleidigungen auch Säbelkontrahagen gefochten, die jedoch in der Alemannia vorab vom Ehrengericht genehmigt werden mussten.

Bei der Alemannia begann sich zu Boas' Aktivzeit die Bestimmungsmensur durchzusetzen, obwohl sie erst 1882 in der Satzung verankert wurde. Die Bestimmungsmensur war das Ergebnis der übermäßigen Anzahl von Beleidigungen, die nur ausgesprochen wurden, um an die begehrte Partie zu kommen (Formalbeleidigungen), jedoch eines echten Grundes entbehrten. Der „dumme Junge“⁶⁶ oder die Remperei „auf dem breiten Stein“ (in Bonn am Obelisk auf dem Marktplatz) ließen die Absprache der Mensuren zwischen den Fechtwarten als das geringere Übel erscheinen. Für Alemannen galt das Prinzip der „unbedingten Satisfaktion“, also das Recht und die Pflicht, jederzeit im Fall einer Beleidigung Genugtuung mit der Waffe zu fordern und zu gewähren. Höcker beschreibt den damaligen alemannischen Anspruch an die Mensur so: Die Tapferkeit der Paukanten vor dem Feinde musste über alle Zweifel erhaben sein. Widrigenfalls wurde er mit Farbenentzug und im Wiederho-

lungsfall mit Dimission bestraft. Reinigungspartien gab es damals bei der Alemannia nicht, genauso wie laut Höcker kein Mensur- oder Paukbuch geführt wurde.⁶⁷ Daher sind wir auch in Boas' Fall auf andere Quellen angewiesen, wie z.B. Ehrengerichtprotokolle. Die Satzung der Alemannia aus dem Jahr 1882 sah in der Mensur den Beweis des persönlichen Mutes und deren Zweck in der Aufrechterhaltung einer angesehenen Stellung der Alemannia in der Studentenschaft⁶⁸.

Da Messuren verboten waren, wurden sie im Verborgenen ausgetragen. Hierzu ging man im Sommer in den Kottenforst⁶⁹ oder im Winter des Nachts in Hinterzimmer ausgesuchter Lokale unter Beachtung bestimmter Vorsichtsmaßnahmen⁷⁰. Die Alemannia hatte vom WS 1877/78 bis 1880, also zu Boas' Zeiten, ein Paukverhältnis mit den Bonner Corps, weshalb auch Boas gegen Corpsiers anzutreten hatte.

Wenn man Boas' eigener Aussage⁷¹ glauben kann, hat er insgesamt 14 Messuren geschlagen, davon 10 in Bonn. Von seiner ersten Partie in Heidelberg als „Fink“⁷² wissen wir aus seinen Briefen⁷³. In Bonn hat er u.a. gegen Langen (Corps Hansea⁷⁴) und Müller (Corps Borussia) Partien ausgetragen.⁷⁵

Die Bewertung von Boas als Fechter aus heutiger Sicht ist schwierig. Nach seiner eigenen Darstellung focht er nicht ohne Erfolg, den er am Schmiss- bzw. Nadelverhältnis festmachte.⁷⁶ Die Bundesbrüder Reckmann (zumindest für die zweite Säbelpartie in Kiel) und Graf (s. seine Stellungnahme 1904) kritisierten dagegen Boas' Haltung als nicht „stramm“ genug. Sichtbare Folgen von Boas' Messuren waren zahlreiche Schmissee, insbesondere ein langer Zieher auf seiner linken Gesichtshälfte vom Ohr bis zum Mund, aber auch auf Stirn und Nase. Daher ließ er seine Porträtfotos retuschieren oder sich nur von der rechts fotografieren.⁷⁷ Ein US-amerikanischer Journalist beschrieb Boas' Gesicht und fügte despektierlich hinzu, dass es wegen seiner zahlreichen Schmissee einen Knastbruder vor Neid erblassen lassen würde.⁷⁸ Boas selbst gab – wohl mit einem Augenzwinkern – als Grund für seine Narben eine Auseinandersetzung mit einem Bären an, wobei Bekannte und Verwandte aber die wahre Ursache kannten.⁷⁹ Letztlich hat er seine Duelle wohl als Jugendsünden gewertet.

Wechsel nach Kiel

Ursprünglich hatte Boas nach den vier Semestern in Bonn einen Wechsel nach Berlin geplant. Da seine Schwester Toni aber seit Herbst 1879 in Kiel bei Friedrich von Esmarch in Behandlung und seine Mutter wegen der jüngeren Geschwister nicht abkömmlich war, entschloss sich Franz Boas zum Wechsel nach Kiel.⁸⁰ In Kiel traf er auf den von Bonn nach Kiel auf eine Professur gewechselten Theobald Fischer, bei dem er wieder Geographie belegte. In Kiel verkehrte er bei der Kieler Burschenschaft Teutonia.⁸¹

Boas' Dimission aus der Alemannia

1880 kontrahierte Franz Boas in Kiel mit einem Freistudenten. Wegen dessen ärztlich attestiertem „Papierschädel“⁸² musste die Partie auf Säbel ausgetragen werden. Der erste Termin platzte, weil der Kontrahent ohne Paukarzt erschien. Die Mensur wurde letztlich im Juni 1880 ausgetragen.

Die Kieler Teutonen entzogen ihm danach wegen seiner angeblich schlechten Haltung auf dieser Mensur „vorläufig“ die Verkehrsrechte. Boas rechtfertigte sich und stellte seine Sicht der Partie in einem Schreiben vom 15. Juni 1880⁸³ an die Alemannia dar. Gleichzeitig bat er das Ehrengericht um Erlaubnis, die drei Erstchargierten der Teutonia auf „schweren Säbel“⁸⁴ fordern zu dürfen. Das Ehrengericht übersandte als Reaktion auf den Entzug der Verkehrsrechte der Teutonia eine sechsgliedrige P.P.-Suite⁸⁵ und erlaubte Boas, den Erstchargierten der Teutonia auf Säbel zu fordern.⁸⁶ Diese zweite Säbelpartie fand am 3. August 1880 in Kiel in Anwesenheit von Boas' Bundesbruder Reckmann (SS 1877) statt. Laut Protokoll des Ferienconvents der Alemannia vom 8.8.1880 sah Reckmann sich genötigt, Boas auf Haltung abführen zu lassen. Der Ferienconvent (mit den Vollmachten eines EG) verhängte deshalb die Dimission über Boas.



*Boas in Kiel 1881
(APS) (links)*



*Boas als
Einjähriger (APS)*

Studienabschluss mit Promotion in Kiel

Neben Geographie studierte Franz Boas vor allem Mathematik und Biologie und konnte im Labor des Physikalischen Instituts bei Prof. Gustav Karsten an seiner Dissertation arbeiten. Die Arbeit über das von Karsten vorgeschlagene Thema „Beiträge zur Erkenntnis über die Farbe des Wassers“ befriedigte Boas wenig. Er beklagte sich außerdem über die schlechte Ausstattung von Labor und Bibliothek. Seine Studien beendete Boas nach vier Kieler Semestern im Juni 1881 mit der Promotion.

Danach leistete er vom 1. Oktober 1881 für ein Jahr seinen Militärdienst als Einjähriger in Minden ab.⁸⁷

Antisemitismus

Der auch vorher mehr oder weniger in Deutschland feststellbare Antisemitismus bekam am Ende der Gründerjahre (1871 – 1873) in der anschließenden Wirtschaftsrezession nachhaltigen Auftrieb. Die Schuldzuweisungen für die Wirtschaftskrise⁸⁸ an die Juden von interessierter Seite fielen insbesondere beim unteren Mittelstand auf fruchtbaren Boden. Vor allem durch den vom Berliner Hofprediger Adolf Stöcker (und seiner 1878 gegründeten Christlich Sozialen Partei)⁸⁹ sowie dem Geschichtspräsident Heinrich von Treitschke⁹⁰ forcierten „Berliner Antisemitismusstreit“⁹¹ wurde der Antisemitismus in der deutschen Politik etabliert. Eine weitere Folge war eine 1880/81 initiierte „Antisemitenpetition“. Durch diese Unterschriftensammlung, letztlich nur von 225.000 Personen reichsweit unterschrieben, sollte Reichskanzler Bismarck aufgefordert werden, die rechtliche Gleichstellung der Juden wieder aufzuheben⁹². Bismarck lehnte die Petition jedoch ab.

Studentischer Antisemitismus

Folge des Antisemitismusstreits im studentischen Bereich war ab 1880/81 die Gründung von Vereinen Deutscher Studenten (VDSt) u.a. in Berlin und Kiel, die sich zum Kyffhäuser-Verband bzw. später VVDSt zusammenschlossen. Sie wollten den jüdischen Einfluss zurückdrängen und nahmen daher auch keine jüdischen Mitglieder auf. Dem Beispiel des VVDSt folgten andere Korporationsverbände. Besonders radikal waren die Burschenschaften in Österreich, die Anfang der 1890er Jahre jüdische Mitglieder ausschlossen⁹³ und Juden jedwede Satisfaktion verwehrten („Waidhofener Prinzip“). Als Reaktion hierauf gründeten sich rein jüdische Studentenverbindungen.

Burschenschaft und Antisemitismus

Bereits unter den geistigen Wegbereitern der Burschenschaft gab es Antisemiten⁹⁴. Auch das Autodafé auf dem Wartenberg bei Eisenach anlässlich des Wartburgfestes im Oktober 1817 wird häufig als Ausdruck antisemitischer Einstellungen der Urburschen gewertet, weil auch ein burschenschaftsfeindliches Buch eines jüdischen Autors mit verbrannt wurde.⁹⁵

Im Gegensatz dazu kann die Burschenschaft auf zahlreiche, auch prominente jüdische Mitglieder, u.a. Heinrich Heine und Ferdinand Lassalle verweisen. Die christliche Ausrichtung protestantischer Prägung der Burschenschaft führte aber zu lokalen Ausgrenzungsbeschlüssen, ehe der Burschentag 1831 alle „deutschen“ Studenten als Mitglieder zuließ. Erst 1892 wurde die Judenfrage im Allgemeinen Deputierten Convent (ADC; ab 1902 Deutsche Burschenschaft) diskutiert. 1894 wurde beschlossen, die Konfession zusätzlich im Gesamtverzeichnis des Verbandes zu vermerken⁹⁶. Ein Antrag auf dem Burschentag 1896, die Mitgliedschaft in den Burschenschaften des ADC auf Studenten „deutscher Abstammung“ unter ausdrücklichem Ausschluss „jüdischer Reichsangehöriger“ zu begrenzen, fand heftigen Widerstand.⁹⁷ Das Ergebnis der Debatte war ein

Beschluss, der feststellte, dass derzeit keine Juden Mitglieder der Burschenschaften (=Aktivitates) seien und dieser Zustand beibehalten werden sollte. Eine Verschärfung der Auseinandersetzung in der Deutschen Burschenschaft (DB) trat ein infolge der Aufnahme der Burschenschaften aus Deutsch-Österreich und dem Sudetenland 1919 in den Verband. 1920 wurde beschlossen, dass die DB „auf dem Rassestandpunkt“ stehe. Daher habe jeder Burschenschafter eine ehrenwörtliche Erklärung abzugeben, „frei von jüdischem Blut“ zu sein. Die Erziehung der Mitglieder habe so zu erfolgen, dass sie kein „jüdisches oder farbiges Weib“ ehelichten oder andernfalls austräten.⁹⁸

Boas und der Antisemitismus

Boas hatte bereits in frühen Jahren zumindest antijüdische Ressentiments erlebt. Er fühlte sich zwar selbst nicht als Jude, nahm aber wahr, dass er von seiner Umwelt als solcher angesehen wurde.⁹⁹ Da er seinen jüdischen Glauben noch weniger als seine Eltern praktizierte, gab es bei ihm auch keine ernsthaften Überlegungen zu konvertieren.

In Heidelberg und Bonn hatte Franz Boas keine antisemitischen Erfahrungen machen müssen.¹⁰⁰ Er hatte sich sogar in seinem ersten Semester über „großmäulige Juden“¹⁰¹ geärgert. Im protestantisch geprägten Kiel kursierte zu Boas' Studienzeit auch die „Antisemitenpetition“. Sie wurde zwar vom Rektor abgelehnt, fand aber einige Befürworter unter den Studenten.¹⁰² Boas initiierte über seinen Freund und Kommilitonen Giesebrecht eine Gegenunterschriftenaktion. Er war außerdem bereit, eventuellen antisemitischen Beleidigungen „mit der Waffe“ entgegenzutreten, entgegen den beschwichtigenden Aufforderungen seines Vaters. Aufgrund eines entsprechenden Rufes glaubte sich Boas vor solchen Anfeindungen sicher. Das gelang ihm nicht ganz, denn er hatte ein letztes Duell im Frühjahr 1881 wegen einer antisemitischen Beleidigung.¹⁰³

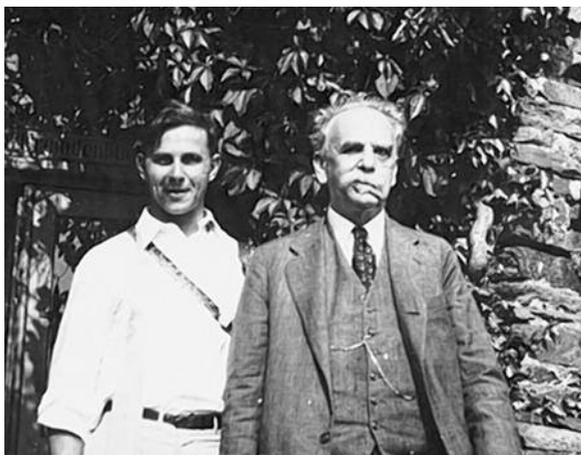
Auch wenn die Gründe anderer, insbesondere privater Natur waren, war der aufkommende Antisemitismus und die hierdurch eingeschränkten Karrieremöglichkeiten für einen jüdischen Dozenten auch ein Grund für Boas' Emigration¹⁰⁴ in die USA.

In der NS-Diktatur musste Boas erleben, dass seine Bücher von Studenten in Kiel verbrannt¹⁰⁵ und ihm seine Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationen und Ehrentitel¹⁰⁶ aberkannt wurden. Die 1923 verliehene Ehrenbürgerwürde der Alma Mater in Bonn wurde ihm im Gegensatz dazu nicht entzogen.¹⁰⁷

Wiederaufnahme in die Alemannia

Auch nach seiner Dimission im August 1880 hatte Boas Kontakt zu einzelnen Bundesbrüdern gehalten. Hierzu gehörten natürlich sein Cousin Willy Meyer, der 1884 bereits vor ihm als Arzt nach New York emigriert war, Adolf Vogeler (mittlerweile promovierter Lehrer in Hildesheim) und Franz Richarz (seit 1901 Professor für Physik in Marburg). Die mit Boas in seiner Aktivenzeit in Bonn enger verbundenen Bundesbrüder Carl Bertelmann und Hermann Blendermann waren bereits jung gestorben.¹⁰⁸

*Boas 1929 beim gro-
Ben Stiftungsfest
auf dem „Schänz-
chen“*



Die Initiative zur Wiederaufnahme von Franz Boas stammte offenbar von Vogeler.¹⁰⁹ Den satzungsmäßig nötigen Antrag stellte aber sein Konse-
mester Springorum. Von den daraufhin erfolgten Stellungnahmen sind die positiven von Vogeler, Froning und Reckmann¹¹⁰ sowie die ablehnen-
de von Graf im Archiv der Alemannia erhalten.¹¹¹ Letzterer begründete
sein negatives Votum mit der zeitlichen Distanz zur Dimission, Boas' schlechter Haltung beim Fechten und einem nicht näher erinnerten Ver-
halten von Boas in dessen Militärzeit in Minden. Außerdem klingt ein ge-
wisser Antisemitismus bei Graf an.

Dennoch wurde Franz Boas 1904 das Alemannenband wiederverliehen. Das Band konnte er persönlich im August zum 60. Stiftungsfest – gleich-
zeitig Einweihung des neuen „Schänzchens“ – entgegennehmen. Genau-
so nahm er nachweislich auch an den Stiftungsfesten 1923 und 1929 (mit Ehefrau) teil.¹¹²

Unterstützung der Alemannia

Genauso wie Franz Boas die von ihm gegründete Emergency Society for German and Austrian Science and Art vor allem Universitäten nach dem Ersten Weltkrieg finanziell unterstützte, finanzierte er auch den Mittagstisch der studierenden Alemannen auf dem „Schänzchen“ (zusammen mit seinem Cousin Willy Meyer). In den USA weilende Bundesbrüder, wie der berühmte Pathologe Ludwig Aschoff (auf einer Vortragsreise¹¹³) oder der junge Bundesbruder Frank Kerkhof¹¹⁴ (während eines Studienaufenthaltes in den USA), wurden von Boas großzügig bewirtet. In der Alemannen-Zeitung finden sich zahlreiche Hinweise auf Franz Boas¹¹⁵, aber auch Beiträge von ihm. Basierend auf den Erfahrungen seines Deutschlandaufenthaltes 1929 rief er die Bundesbrüder z.B. in einem Beitrag dazu auf, nicht das Nationale überzubetonen und die soziale Frage darüber nicht zu vergessen.¹¹⁶ Außerdem verfasste er den Nachruf (Lebensbild) für seinen verstorbenen Cousin und Bundesbruder Willy Meyer.¹¹⁷

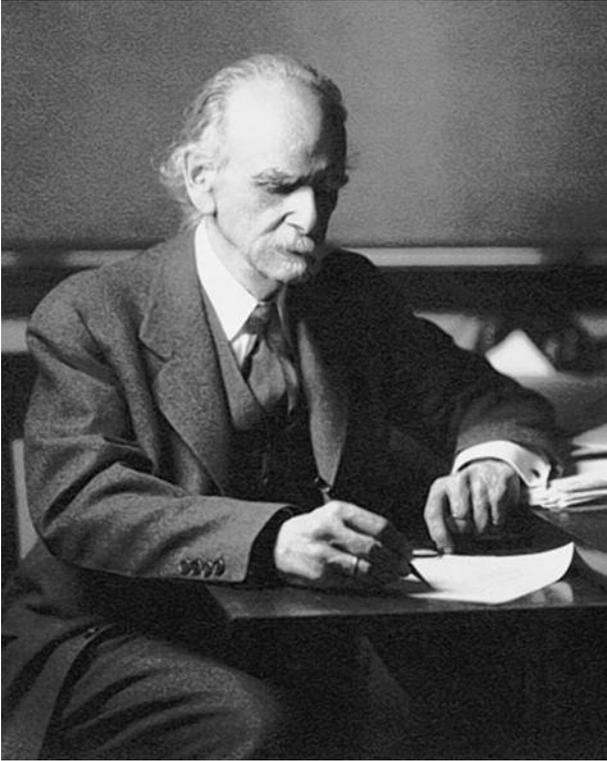
Exkurs: Arierparagraph und Judenfrage

Im April 1933 war das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (BBG) erlassen worden, nach dem Juden (Volljuden und Mischlinge mit mindestens einem jüdischen Großelternteil) aus öffentlichen Ämtern zu entlassen waren. Ausnahmen galten für diejenigen unter ihnen, die Kriegsteilnehmer, Beamte bereits vor dem 1.8.1914 oder über 60 Jahre alt waren oder einen gefallenen Vater oder Sohn hatten. Der Allgemeine Deutsche Waffening (ADW), der Zusammenschluss der waffenstudentischen Korporationsverbände, beschloss am 20. Mai 1933 die „Durchführung des arischen Prinzips in allen Gliederungen“. Danach waren „jüdisch Versippte“ (mit einer Frau, unter deren Eltern sich mindestens ein Halbjude befand, Verheiratete) und Nichtarier (mindestens ein Halbjude unter den Großeltern) auszuschließen bzw. konnten nicht mehr Mitglied einer Korporation (weder Altherrenschaft noch Aktivitas) sein. Für Nichtarier galten im Gegensatz zu den „Versippten“ die o.g. Ausnahmetatbestände gemäß BBG.

Die Führung der Deutschen Burschenschaft (DB), die Mitglied im ADW war, forderte daraufhin im Juni 1933 die Mitgliedsbünde auf, den Bundesbrüdern Fragebögen zuzusenden, in denen diese ehrenwörtlich ihre arische Abstammung und die ihrer Frau versichern sollten. Alemannia Bonn verschickte trotz erheblicher Bedenken den Fragebogen, gab aber nicht die von der DB geforderte Erklärung hinsichtlich der Durchführung der Arierbestimmungen ab, die man nur nach Ausschluss zweier „jüdisch-versippter“ Bundesbrüder hätte abgeben können; darüber hinaus gab es fünf jüdische Mitglieder, die aber unter die Ausnahmetatbestände fielen.

Bezeichnenderweise bestanden in der Alemannia Bonn keine Bedenken hinsichtlich der Durchführung der Arierbestimmungen für die Aktivitas; es wurde sogar auf die bereits seit 1921 vorliegende Beschlusslage hinsichtlich des Rassestandpunktes verwiesen. Die Kritik der Alemannen (und Bonner Franken und Erlanger Bubenreuther) richtete sich vor allem gegen die Ungleichbehandlung von Juden und „jüdisch Versippten“, da für letztere die Ausnahmetatbestände gemäß Berufsbeamtengesetz nicht galten. Da Frankonia Bonn, Alemannia Bonn und Bubenruthia Erlangen die Abgabe der Erklärung, dass bei ihnen die Arierbestimmungen des ADW durchgeführt seien, ablehnten, wurden sie am 8. April 1934 aus der DB ausgeschlossen. Da die Deutsche Studentenschaft (DSt)¹¹⁸ im März 1934 die ADW-Bestimmungen übernommen hatte und diese Alemannia Bonn ebenfalls mit Ausschluss gedroht hatte (wodurch keine neuen Mitglieder hätten „gekeilt“ werden dürfen), akzeptierte Alemannia den von den beiden betroffenen Bundesbrüdern angebotenen Austritt. Eine Rückkehr in die DB wurde, obwohl nach Austritt der beiden Bundesbrüder möglich, auch später abgelehnt.

Im März 1935 wurde die Gemeinschaft Studentischer Verbände (GStV) gegründet, deren Mitglied die „Alte Burschenschaft“¹¹⁹ und damit auch die Alemannia war. Die GStV übernahm die Arierbestimmungen des ADW von 1933. Der „Führer“ der GStV, Dr. Lammers, verschärfte diese je-



*Franz Boas 1935
in seinem Arbeits-
zimmer (APS)*

doch dahingehend, dass alle Angehörigen (Aktive und Alte Herren der Einzelkorporationen) den Ariernachweis bis 1800 (entsprechend den Regelungen der NSDAP und ihrer Gliederungen) führen mussten. Somit mussten für den Erhalt der Burschenschaft auch die bisher unter die Ausnahmetatbestände fallenden jüdischen Bundesbrüder ihr Band niederlegen, nachdem der Versuch, über den Führer der Alten Burschenschaft, Dr. Hoppmann (Straßburger Burschenschaft Germania zu Frankfurt), Ausnahmeregelungen zu erwirken¹²⁰, erfolglos gewesen war. Der Austritt der betroffenen, noch lebenden drei Bundesbrüder, darunter auch Franz Boas, war im Oktober 1935 vollzogen¹²¹.

Als Franz Boas am 21. Dezember 1942 starb, war er somit nach außen nicht mehr Mitglied der Alemannia, wurde aber nach dem Zweiten Weltkrieg im neuen Mitgliederverzeichnis (Alemannen-Album 1969) selbstverständlich wieder als Bundesbruder geführt, ohne dass es dazu eines entsprechenden Beschlusses bedurft hätte.

Zusammenfassung und Wertung

Der Eintritt in die Burschenschaft Alemannia zu Bonn war für den jungen Franz Boas aufgrund seines liberalen, durch die 1848er Revolution geprägten Elternhauses folgerichtig, „a natural choice“, wie Cole¹²² es nennt. Die Mitgliedschaft in einer angesehenen Burschenschaft, also einer waffenstudentischen Verbindung, und die Bereitschaft, seine Ehre mit der Waffe zu verteidigen, entsprachen seinem Drang nach Assimilation. Die Mitgliedschaft war aber nicht nur ein Weg zur Emanzipation (als deutscher Jude), sondern aufgrund der engen Beziehungen zu seinen Bundesbrüdern in seiner Aktivenzeit auch eine Herzenssache.

Boas war ein häufiger, wenn auch wohl kein guter Fechter. Seine später eher distanzierte Haltung zu seinen Messuren und die Kritik an der bisweilen nationalistischen Einstellung seiner (jungen) Bundesbrüder in den 1920er und 30er Jahren, kann nicht als Abkehr von der Burschenschaft gewertet werden. Seine vielfältige Korrespondenz mit anderen Alemannen und sein Interesse am deutschen Geschick bestätigen eher seine enge Bindung an die Alemannia.

Sein Einsatz für die deutsche Sache und seine liberale Einstellung entsprachen bestem burschenschaftlichen Geist. Franz Boas war daher nicht nur ein bedeutender Wissenschaftler, sondern auch ein engagierter Patriot und überzeugter Bonner Alemanne.

Quellen:

Archiv der Burschenschaft Alemannia zu Bonn und des Vereins alter Bonner Alemannen e.V. (Archiv Alemannia); u.a. Versammlungsprotokolle 20.10.1879 – 4.8.1884 (Signatur 218), Ehrengerichtsprotokolle 25.10.1879 – 9.12.1889 (Signatur 601).

Norman F. Boas „ Franz Boas 1858 – 1942. An illustrated biography“, Mystic 2004.

Douglas Cole „Franz Boas – The Early Years 1858 – 1906“, Vancouver/Toronto 1999

Michael Hacker „Franz Boas zum 60. Todestag – Bekannter Völkerkundler, aufrechter Burschenschafter und Patriot“, in Academicus WS 2002/03, S. 38 – 42 (und dort angegebene Literatur)

Otto Oppermann „Die Burschenschaft Alemannia zu Bonn und ihre Vorläufer“, Erster Band 1814-1890 (Oppermann I) und Zweiter Band 1890-1924 (Oppermann II), Bonn 1925

Erich Püschel „Franz Boas (1858-1942), Amerikas großer Ethnologe als deutscher Student und Assistent. Zum 125. Geburtstag“, in „Curare“ Vol. 6 (1983), Nr. 2, S. 81-84

Anmerkungen

- 1 Vortrag „Franz Boas und die Alemannia“ wurde gehalten am 15. Juli 2008 in Minden (Hansehaus) im Rahmen der Veranstaltungen zum 150. Geburtstag von Franz Boas auf Einladung des Mindener Geschichtsvereins e.V. Die für die überwiegend nichtkorporierte Zuhörerschaft enthaltenen Exkurse wurden hier weggelassen.
- 2 Erich Püschel: „Franz Boas (1858-1942), Amerikas großer Ethnologe als deutscher Student und Assistent. Zum 125. Geburtstag“, in „Curare“ Vol. 6 (1983), Nr. 2, S. 81-84; Püschel war Mitglied der Burschenschaft Alemannia zu Münster (SS 1923) und Alemannia zu Bonn.
- 3 Douglas Cole: „Franz Boas – The Early Years 1858 – 1906“, Vancouver/Toronto 1999
- 4 Norman F. Boas: „ Franz Boas 1858 – 1942. An illustrated biography“, Mystic 2004.
- 5 Im Folgenden zitiert als „Archiv Alemannia, Sign.“
- 6 Helene (1853-1857), Antonie („Tonni“; 1855-1935), Franz (1858-1942), Ernst (1860-1861), Hedwig („Hete“; 1863-1949), Aenna Margareta („Anna“; 1867-19??)
- 7 Vgl. Cole, S. 16.
- 8 Carl Schurz war Mitglied der Bonner Burschenschaft Franconia, emigrierte, nachdem er den Revolutionär und Bonner Professor Kinkel aus der Zitadelle in Spandau befreit hatte, in die USA, wo er es bis zum Innenminister brachte. Carl Schurz war dort auch ein Förderer von Franz Boas.
- 9 Jacobi war Kinderarzt und heiratete Sophie Boas' jüngere Schwester Fanny Meyer, die aber früh verstarb. Auch er emigrierte nach kurzer Gefängnishaft und Beteiligung an der Kinkel-Befreiung in die USA. Er war Mentor und auch finanzieller Förderer von Franz Boas. Seine Bekanntschaft mit der Familie Krackowizer brachte letztlich Franz und seine Frau Marie zusammen. Vgl. N. Boas, S. 11.
- 10 Vgl. N. Boas, S. 84 ff.
- 11 Vgl. Cole, S. 32.
- 12 Der Vater hatte Franz aus gesundheitlichen Gründen ein Jahr vor dem Abitur zurückversetzen lassen. Somit machte Franz Boas erst ein Jahr nach seinem gleichaltrigen Cousin Willy Meyer, geb. 24. Juli 1858, Abitur; vgl. Cole, S. 25
- 13 Sein Vater dachte eher an ein Medizinstudium. Der Onkel Jacobi half Franz bei der Durchsetzung seines Studienwunsches; vgl. Cole, S. 28.
- 14 Vgl. Püschel, Fußnote 3.
- 15 Auf dem Weg nach Heidelberg hatte Boas noch Station in Bonn bei seinem dort Medizin studierenden Cousin W. Meyer gemacht; vgl. Cole, S. 37.
- 16 Robert Wilhelm Bunsen (1811-1899) war seit 1852 Professor für Chemie in Heidelberg und entwickelte u.a. den Bunsenbrenner und die Spektralanalyse.
- 17 Moritz Cantor (1829-1920) lehrte seit 1860 in Heidelberg als erster Professor Geschichte der Mathematik.
- 18 Immanuel Fuchs (1833-1902), Prof. für Mathematik in Greifswald (1869-74), Göttingen, Heidelberg (1875-84) und Berlin. F. behandelte v.a. algebraische und funktionentheoretische Probleme sowie bes. die Theorie der homogenen linearen Differenzialgleichungen n-ter Ordnung im Komplexen mit analytischen Koeffizientenfunktionen (Fuchsische Differenzialgleichungen).
- 19 Kuno Fischer (1824-1907), seit 1872 Professor für Philosophie in Heidelberg.
- 20 Vgl. hierzu und zu den weiteren Ausführungen zu Heidelberg Cole, S. 37-43.
- 21 Hermann Ambronn (1856-1927) stammte aus Meiningen, studierte Botanik in Heidelberg (SS 1877), Wien u. Berlin; 1889 apl. Prof für Botanik in Leipzig, seit 1899 Prof. für Mikroskopie in Jena; über Rudolf Bartelstein (stud iur.) ist nichts Näheres bekannt.
- 22 Vgl. Cole; S. 40; Cole spricht von „mathematic club“; gemeint ist wahrscheinlich der heute nicht mehr existierende, 1876 gegründete Mathematische Verein. Lt. Cole waren Ambronn und Bartelstein Mitglieder dort. Ob Boas auch Mitglied war, ist nicht bekannt.
- 23 Vgl. Cole, S. 40. „Schmollis“ leitet sich wahrscheinlich von „Sic mihi mollis“ (Sei mir gut / gewogen) ab und war in diesem Falle das Übergehen vom „Sie“ zum „Du“; vgl. Friedhelm Golücke „Studentenwörterbuch“. Würzburg 1987.
- 24 Der andere erhielt drei Blutige, Boas nur einen; vgl. Cole S. 41.
- 25 Allerdings musste er die Strafe dann später in Bonn absitzen; vgl. Cole, S. 47.
- 26 Lt. Cole, S. 44 war es der 3. Samstag im

- Oktober.
- 27 Vgl. Studienbuch Franz Boas, Uniarchiv Bonn.
- 28 Im WS 1878/79 zog in dasselbe Haus in der Bergstraße wie sein Bundesbruder Blendermann; vgl. Cole, S. 47.
- 29 Vgl. Oppermann I, S. 340.
- 30 Daher auch nach ihm benannt; Bonn hatte den Vorzug vor Münster bei der Wahl des Standortes für eine Universität in den nach dem Wiener Kongress zu Preußen gekommenen Gebieten erhalten. E.M. Arndt wurde auch 1818 Professor in Bonn.
- 31 Bonn ohne die später eingemeindeten Stadtteile, insbesondere Godesberg und Beuel.
- 32 Bei heute etwa 27.000 Studenten und 315.000 Einwohnern haben die Studenten einen Anteil von 8,6%.
- 33 Vgl. Oppermann I, S. 346.
- 34 Reinhard Krüer, Boas engster Freund in Schulzeiten, war im August 1877 in der Weser ertrunken. Zur Bewältigung des Schmerzes hatten die Eltern Franz Boas daher mit Verwandten zum Urlaub nach Borkum geschickt. Vgl. Cole, S. 43.
- 35 Damals im Wesentlichen die Corps Borussia, Hansea und Palatia sowie die Burschenschaft Franconia.
- 36 Die katholischen Verbindungen und der evangelische Wingolf.
- 37 Neben Willy Meyer noch Boas' Konfuchs Eduard Springorum. Davor waren bereits Louis (Ludwig Eleazar) Lehmann (1845/46) und sein Sohn Ernst Lehmann (SS 1872), ebenfalls Schüler des Ratsgymnasiums Minden, aktiv gewesen.
- 38 Vgl. Ausführungen entsprechend Höcker in Oppermann I, S. 361. f.
- 39 Z.B. Festkommers anlässlich der Goldhochzeit des Kaiserpaars oder Fackelzüge zur Ehrung von Professoren; vgl. Cole, S. 48.
- 40 Boas besuchte z.B. im Mai 1878 mit einigen Alemannen die Burschenschaft Arminia Marburg; vgl. Cole, S. 48.
- 41 Also ohne die Auswärtigen, die an anderen Universitäten studierenden Alemannen.
- 42 Stud. rer. nat., seit 1901 Prof. für Physik in Marburg, vorher Greifswald, verst. 10. Juni 1920, Ehrenmitglied der Alemannia 1894.
- 43 Stud. iur. aus Bonn, später Bürgermeister in St. Wendel, verst. 1. Nov. 1912 in Bonn.
- 44 Stud. phil. aus Bielefeld, verst. 2. April 1886; bei Cole und Oppermann Karl Bertelsmann.
- 45 Vgl. Cole, S. 46. Außerdem war Franz Boas Mitglied eines Chores, und er nutzte das kulturelle Angebot in Bonn und Köln, um Konzerte bekannter Künstler zu besuchen.
- 46 Stud. med. aus Bremen, ertrunken am 27. Juli 1884 im Rhein; zuletzt Assistenzarzt an der Bonner Augenklinik.
- 47 Einjährige waren Wehrdienstleistende mit mindestens mittlerer Reife, die eine verkürzte Dienstzeit (1 Jahr ggü. 2 Jahren), das Recht auf Privatunterkunft und die freie Wahl des Truppenteils hatten: Allerdings mussten sie ihre Ausrüstung selbst bezahlen, weshalb nur Söhne aus betuchten Familien sich das leisten konnten.
- 48 Vgl. Cole, S. 47.
- 49 Diese gedruckten Berichte von Ostern bis Ostern des Folgejahres umfassten in der Regel 4 Seiten, erschienen mindestens seit Anfang der 1870er Jahre und wurden an die Alten Herren verschickt. Sie wurden 1920 von der sehr viel ausführlicheren Alemannen-Zeitung abgelöst.
- 50 Vgl. Jahresberichte Ostern 1877 – Ostern 1878 und Ostern 1878 – Ostern 1879. Der Hinweis von Püschel (Bildunterschrift), Boas sei im SS 1878 Kneipwart gewesen, ist vermutlich ein Irrtum, der aus der Position von Boas – in Pekeusche auf dem Fass sitzend – auf dem Semesterbild SS 1878 herrührt. Eine Bestätigung für Püschels Aussage findet sich nicht.
- 51 Vgl. Jahresberichte Ostern 1878 – Ostern 1879 und Ostern 1879 – Ostern 1880.
- 52 Bei den beiden Semesterbildern handelt es sich um die damals üblichen Fotomontagen. Hierbei wurden einzelne Gruppenfotos von Aktiven in einen Hintergrund montiert.
- 53 Vgl. Balder: „Frankonia Bonn 1845 – 1995“, S. 262. Das Schreiben verhängte den studentischen Verruf über die Franconia (heutige Schreibweise: Frankonia).
- 54 Damit durfte Boas, damals in Kiel, nicht in Couleur in der Universität oder bei seiner Verkehrsburschenschaft auftreten. Diese wurde von der Strafe schriftlich in Kenntnis gesetzt.
- 55 Vgl. Cole, S. 45, Fußnote 21.
- 56 Vgl. Cole, S. 48; Boas musste sogar ge-

- näht werden.
- 57 Vgl. Cole S. 48.
- 58 Lt. Studienbuch Experimentalphysik, Elektrizitätslehre, Optik und Wärmetheorie.
- 59 Rudolf Clausius (1822-1888), seit 1869 Professor für theoretische Physik in Bonn.
- 60 Lt. Studienbuch nur ein Praktikum..
- 61 Friedrich August Kekulé von Stradonitz (1829-1896), Entdecker der Benzolstruktur und seit 1867 Professor für Chemie in Bonn.
- 62 Lt. Studienbuch Differential- und Integralrechnung.
- 63 Rudolf Lipschitz (1832-1903), seit 1864 Professor für Mathematik in Bonn.
- 64 Lt. Studienbuch: Mineralogie und Kristallographie bei Gerhard vom Rath (1830-1888; Prof. der Mineralogie und Geologie, Leiter des mineralogischen Museums in Bonn), Erdkunde (allg. Erdkunde, Geographie von Amerika und Australien, Geschichte der Erforschung der Nordpolarländer, Geschichte der Entdeckung und Erforschung Amerikas) bei Theobald Fischer (1846-1910; Burschenschafter: Alemannia a.d. Pflug in Halle, Allemannia Heidelberg und später Arminia Marburg; Privatdozent in Bonn, Prof. für Geographie 1879-1883 in Kiel, 1883-1910 in Marburg), Botanik (allgemeine Botanik, mikroskopische Botanik) bei Johannes von Hanstein (1822-1880; seit 1865 Prof. für Botanik in Bonn), Vergleichende Anatomie bei Franz von Leydig (1821-1908; Prof. für Zoologie und vergleichende Anatomie in Tübingen und 1875-1887 in Bonn), Astronomie bei Eduard Schönfeld (1821-1891; Prof. für Astronomie in Bonn 1875-1891; Ersteller der „Bonner Durchmusterung“), Geschichte der Philosophie bei Jürgen Bona Meyer (1829-1897; seit 1868 Prof. in Bonn; B! Franconia Bonn SS 1850).
- 65 Fischer war sehr um Boas bemüht und verlegte für ihn auch Vorlesungstermine; vgl. Cole, S. 49.
- 66 Wenn ein Student einen anderen einen „dummen Junge“ nannte, galt das damals als Beleidigung, die zur Forderung zum Duell reichte. Vgl. Oppermann I, S. 356.
- 67 Vgl. Oppermann I, S. 354 ff. Reinigungspartie = genügende Partie, um die Folgen einer ungenügend geschlagenen Partie zu tilgen; Dimission (i.p.) = dimissio in perpetuum = dauerhafte Ausschließung.
- 68 Vgl. Oppermann I, S. 387.
- 69 Waldgebiet im Bonner Westen.
- 70 Z.B. Aufstellen von Posten, die vor evtl. auftauchenden Pedellen (Hilfskräfte des Universitätsrichters) warnen sollten.
- 71 Vgl. sein Schreiben an das Ehrengericht vom 15. Juni 1880 spricht Boas von bis dahin 12 gefochtenen Partien (je eine davon in Heidelberg und Kiel); es folgten noch nachweislich zwei weitere in Kiel: 3. August 1880 und Frühjahr 1881 (vgl. Cole, S. 60).
- 72 „Finken“ oder „Kamele“ wurden nicht-korporierte Studenten von den Korporierten genannt.
- 73 Vgl. Cole, S. 41, der Briefe vom 25. u. 29. Juli 1877 an Krüer und 30. Juli 1877 an seine Eltern anführt (Endnote 10).
- 74 Vgl. Cole, S. 46.
- 75 Vgl. Boas Brief v. 15. Juni 1880 an das EG und Brief v. Graf an die Alemannia v. 28. Mai 1904.
- 76 Vgl. ebenfalls Brief v. 15. Juni 1880. Die verletzenden Treffer oder Schmisse werden als „Blutige“ und deren Länge in „Nadeln“ gezählt.
- 77 Eine Ausnahme ist sein Porträt aus seiner Militärdienstzeit 1881/1882, auf dem die Schmisse nicht retuschiert wurden. 1915 kam noch eine tumoroperationsbedingte Lähmung der linken Gesichtshälfte hinzu, weshalb Boas sich weiterhin nur von rechts fotografieren ließ; vgl. N. Boas, S. 192.
- 78 Vgl. Cole, S. 61, Fußnote 66.
- 79 Vgl. N. Boas, S. 24.
- 80 Seine Exmatrikulation in Bonn beantragte er schriftlich von Minden aus. Vgl. Schreiben v. 23. Oktober 1879 an die Uni Bonn (Kopie im Besitz des Autors).
- 81 Die Versammlung hatte die Teutonia gegen Boas' Willen zu seiner Verkehrs-burschenschaft bestimmt; vgl. Versammlungsprotokoll v. 17.1.1880.
- 82 „Papierschädel“ bedeutete, dass der Paukant für eine Schlägermensur einen zu weichen Schädel hatte, so dass bei einer solchen Mensur und einem heftigen Schlag Hirnverletzungen zu befürchten waren.
- 83 Vgl. Schreiben Boas an das Ehrengericht v. 15.6.1880, Archiv Alemannia, Sign. 404.
- 84 „Sine sine“, also ohne sonst („cum“ bzw. „sine“) übliche Schutzbinden und

- Bandagen für Ellbogen, Hals und Achsel.
- 85 Bei einer P.P.-Suite (Pro-Patria-Suite) traten eine entsprechende Anzahl von Mitgliedern beider Korporationen gegeneinander an. Es ging dabei um die Wiederherstellung der Ehre des „beleidigten“ Bundes (patria).
- 86 Vgl. EG-Protokoll v. 10.7.1880; die P.P.-Suite wurde im November 1880 in Kiel und Bonn (je 3 Partien) ausgetragen; vgl. hierzu auch Versammlungsprotokolle v. 24. Juli, 26. Juli und 2. Nov. 1880 sowie den Jahresbericht Ostern 1880 – Ostern 1881, S. 2.
- 87 Vgl. Cole, S. 64.
- 88 Hier wurde vor allem auf den hohen Anteil der Juden an den „Spekulanten“ und Bankiers verweisen, denen die Schuld an der wirtschaftlichen Verschlechterung gegeben wurde.
- 89 Der evangelische Theologe Stöcker (1835 – 1909) versuchte durch seine Parteigründung, den Aufstieg der Sozialdemokratie zu verhindern.
- 90 Heinrich (von) Treitschke (1834 – 1896) war Professor für Geschichte in Berlin und in seiner Studienzeit Mitglied der Burschenschaft Franconia Bonn (WS 1851/52) gewesen. Sein Satz „Die Juden sind unser Unglück“ (1879) wurde zum Leitmotiv auch späterer Antisemiten.
- 91 Der Berliner Antisemitismusstreit war die öffentliche Auseinandersetzung der Antisemiten (u.a. Treitschke) und den hauptsächlich aus dem liberalen Lager stammenden Gegnern (u.a. die Professoren Virchow und Mommsen) um den Einfluss der Juden in Politik und Wirtschaft sowie ihre Assimilation; vgl. Oppermann I, S. 381 ff.
- 92 Außerdem forderte die Petition eine Sondersteuer für Juden, Ausschließung der Juden von öffentlichen Ämtern und ein Verbot der jüdischen Einwanderung; vgl. Pulzer „Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 – 1914“, Göttingen 2004, S. 141.
- 93 So musste z.B. Theodor Herzl, der spätere Begründer des Zionismus („Der Judenstaat“), seine Burschenschaft Albia Wien verlassen.
- 94 Z.B. Ernst Moritz Arndt (1769-1860), Johann Gottlieb Fichte (1762-1814), „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852).
- 95 Saul Aschers (1767-1822) „Germanoma-
- nie“ (1815) wurde neben anderen Bücherattrappen (!) unliebsamer Autoren, einem Code Napoleon, einem preußischen Schnürleib und anderen Symbolen der Unfreiheit verbrannt; Heines Wort „Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“ (Almansor) ist entgegen vielfacher Meinung ursprünglich nicht auf dieses Ereignis gemünzt gewesen; vgl. Peter Kaupp „Dort wo man Bücher verbrennt ... – Bücherverbrennungen 1933“, in Studentenkurier Nr. 2 2008, S. 6-10.
- 96 Wenige Jahre später waren dann keine Mitglieder jüdischen Glaubens mehr verzeichnet, was die Mitgliedschaft von Burschenschafftern jüdischer Herkunft aber nicht ausschließt; vgl. Oppermann II, S. 92.
- 97 Alemannia sprach sich durch ihren Vertreter Karl Jarres ausdrücklich gegen den Antrag aus und stimmte auch dagegen; vgl. Oppermann II, S. 93.
- 98 Die Zustimmung des alemannischen (Aktiven-)Vertreters wurde seitens der Altherrenschaft heftig gerügt, die Grundtendenz der Beschlüsse jedoch letztlich nicht negiert, zumal man in der DB verbleiben wollte. Im November 1920 wurde mit Walter Gerson ein Halbjuden und Altherrensohn aufgenommen, der aber unter dem Druck der Verhältnisse im Juni 1921 sein Band niederlegte, 1924 aber (als Alter Herr) das Band wiedererhielt. Vgl. zu den Burschentagsbeschlüssen und internen Debatten Oppermann II, S. 426 – 431.
- 99 Vgl. Cole, S. 280.
- 100 Cole führt dies auf den badischen Liberalismus und den katholischen Einfluss im Rheinland zurück; vgl. Cole, S. 58.
- 101 Vgl. Cole, S. 39: „loudmouthed Jews“.
- 102 Vgl. Cole, S. 60; es sollen 80 von 300 Studenten unterschrieben haben.
- 103 Vgl. Cole, S. 59 f., der einen Brief von Franz Boas vom 12. Nov. 1880 an seine Eltern zitiert.
- 104 Boas emigrierte letztlich 1887 als habilitierter Privatdozent der Berliner Universität nach New York. Vgl. auch N. Boas, S. 81.
- 105 Vgl. N. Boas, S. 236; gemeint ist die vom NSDStB initiierte Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933.
- 106 So wurde ihm der Ehrendoktor in Medizin der Universität Kiel, erst 1931 verliehen, 1933 wieder aberkannt.

- 107 Vgl. schriftliche Auskunft des Universitätsarchivs Bonn vom 11. April 2002; die damalige Verleihung hatte sein Bundesbruder Alexander Pflüger, Prof. für Physik an der Uni Bonn, beantragt.
- 108 Hermann Blendermann 1884 und Carl Bertelsmann 1886. Boas bezeichnete die beiden als seine engsten Freunde in der Bonner Zeit; vgl. Cole, S. 94.
- 109 Vgl. den Hinweis in Vogelers Stellungnahme v. 28. Mai 1904 zum Antrag auf seinen Brief aus Juli 1903; Archiv Sign. 300.
- 110 Reckmanns Votum fiel offenbar nur mit Blick auf die positive Einstellung der übrigen Bundesbrüder positiv aus.
- 111 Vgl. Stellungnahme Vogeler (28. Mai 1904), Froning (20. Mai 1904), Reckmann (19. Mai 1904), Graf (28. Mai 1904) unter Sign. 300.
- 112 Boas fuhr fast jedes Jahr mit dem Schiff für längere Zeit nach Deutschland. Vgl. N. Boas, der Reisen 1889, 1892, 1895, 1898, 1901, 1904, 1913, 1922, 1929, 1931 aufführt, Hinweise in den A-Ztg. 1923 und 1929 sowie den Brief an Ruth Benedict v. 21. Aug. 1929 (aus Mittenwald).
- 113 Vgl. A-Ztg. Nr. 4 (Juli/August) 1924.
- 114 Vgl. A-Ztg. 2-1998, S. 29 f.
- 115 Vgl. z.B. A-Ztg. Nr. 5 (Sept.) 1928, S. 142 oder A-Ztg. Nr. 2 (Febr.) 1932, S. 12 f.
- 116 Vgl. A-Ztg. Nr. 4 (Sept.) 1929, S. 108 f.
- 117 Vgl. A-Ztg. Nr. 2 (Juni) 1932, S. 32 f.
- 118 Die DSt war die Organisation, in der alle „deutschen“ Studenten seit 1933 Zwangsmitglieder waren.
- 119 Die „Alte Burschenschaft“ (DAB) war als Konkurrenzverband zur DB von ehemaligen DB-Mitgliedern gegründet worden.
- 120 Das Schreiben v. Bundesleiter Bonhage an Hoppmann v. 21.5.1935 ist im Bundesarchiv erhalten; eine Kopie ist auch im Besitz des Autors.
- 121 Die Bandniederlegung der Bundesbrüder wurde in A-Ztg. Nr. 5 (Oktober) 1935, S. 106 mitgeteilt.
- 122 Vgl. Cole, S. 44.

DR. FRANK STÜCKEMANN

Peter Florens Weddigen (1758-1809) als Pfarrer zu Kleinenbremen

„Steht es denn einem preußischen Prediger nicht frey,
für seine Pfarrkinder, deren Verhältnisse er am richtigsten
kennen zu lernen Gelegenheit hat, sich den Schutz einer
höhern Obrigkeit zu erlehen?“

Zusammen mit Arnold Andreas Friedrich Mallinckrodt (1768-1825) war „Peter Florens Weddigen im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert der bedeutendste westfälische Publizist nach Justus Möser.“¹ An seinem *Westphälischen Magazin* und dessen Nachfolgeorganen arbeiteten fast alle Literaten und Publizisten dieser Provinz mit, u.a. Möser (1720-1794), Karl Arnold Kortum (1745-1824), Anton Matthias Sprickmann (1749-1833), Anton Friedrich Büsching (1724-1793), Johann Moritz Schwager (1738-1804), Johann Gottfried Christian Nonne (1749-1821) und Johann Heinrich Philipp Seidenstücker (1766-1817).² Von dieser Gelehrtenkorrespondenz Weddigens sind lediglich sieben Briefe an Friedrich Nicolai und zwei an Möser erhalten geblieben.³ Ähnlich dürftig steht es um das bisher bekannte Archivmaterial.⁴

Der weitgehende Verlust von Autographen erlaubte Hugo Rother (1846-1936), dem von der Erweckung Minden-Ravensbergs geprägten Nestor der Westfälischen Kirchengeschichtsschreibung, eine knapp zehnjährige Reduktion Weddigens auf den Aspekt eines Heimatschriftstellers und Bahnbrechers für das Gebiet der Volkskunde, der jedoch ohne Sinn für das kirchliche Leben gewesen sei.⁵ In ähnlicher Weise hatte Rother bereits bei der Darstellung seines Urgroßvaters Johann Moritz Schwager mentale Selbstzensur geübt.⁶ Entspricht dieses Urteil der Quellenlage?

Ausgesprochen fruchtbar erwies sich die Untersuchung der zeitgenössischen Periodika: Bereits 1923 hatte Ernst Kirchhof über *Weddigen als westfälischer Publizist* promoviert und sich dabei vor allem auf dessen *Westphälisches Magazin* samt Nachfolgeorganen gestützt.⁷ Die Aufnahme von Weddigens Magazinen in den Rezensionsorganen seiner Zeit war quantitativ wie qualitativ sehr viel bedeutsamer als bislang angenommen; im Anhang einer entsprechenden Studie wurden auch erstmals die Briefe Weddigens an Nicolai und an das Minden-Ravensbergische Konsistorium, vor allem aus seiner Zeit als Pfarrer zu Buchholz im Fürstentum Minden, veröffentlicht.⁸

Die beiden Gedichtsammlungen Weddigens, *Morgenstunden der Grazien* (Bremen 1795) und *Geistliche Oden und Lieder* (Hamburg, Leipzig 1798, Leipzig ²¹801, ³¹812 und ⁴¹878), sowie sein Handexemplar des erstgenannten Titels aus dem Bielefelder Stadtarchiv mit etlichen Varianten und unbekanntenen Gedichtmanuskripten wurden bislang von der For-

schung übergangen, erlauben jedoch unter Berücksichtigung der jeweiligen Subskriptionslisten eine ziemlich präzise Analyse des theologischen Standpunktes ihres Autors.⁹

Von dem seinerzeit vielbeachteten Bielefelder Prozess des Klosters Marienfeld gegen Weddigen aus dem Jahr 1788/89 ist in den NRW-Archiven nichts erhalten. Das Urteil der Bielefelder Kammer mit entsprechender Begründung konnte in der von Christian Ludwig Stengel (1765-1802) zu Berlin herausgegebenen Fachzeitschrift *Beiträge zur Kenntniß der Justizverfassung und juristischen Literatur in den Preußischen Staaten* nachgewiesen, eine Kritik des besagten Prozesses in der Oberdeutschen allgemeinen Litteraturzeitschrift vom 24.2.1792 dem Herforder Bürgermeister und Stadtdirektor Henrich Christian Diederichs (1752-1791) zugeschrieben werden.¹⁰

Ferner wurden noch eine Handvoll Briefe und Dokumente von und über Weddigen aufgefunden. Sie stammen allesamt aus seinem letzten Lebensjahrzehnt als Pfarrer zu Klein(en)- oder Lütgenbremen im Fürstentum Minden am Nordhang des Wesergebirges an Schaumburg-Lippe grenzend. Ihrer Betrachtung und Präsentation sind diese Darstellung und Quellen-Edition gewidmet.

I. Die Lütgenbremer Gemeindechronik

Im Gefolge der Napoleonischen Kriege kam es wie vielerorts auch in Kleinenbremen zur Einrichtung einer Gemeindechronik. Sie wurde vom dortigen Lehrer Friedrich Stohlmann (geb. 1780; 1834 ausgewandert in die USA) begonnen, der sich dort in § 31 auf S. 40f. wie folgt vorstellt:

„Friedrich Stohlmann, bisheriger Schullehrer in *Eldagsen*, supra bey Petershagen. Er ist zu *Jössen*, Kirchspiels *Windheim* am 16ten April 1780 geboren, woselbst sein Vater und Großvater die Schulstelle nach einander bekleidet haben. Der frühe Tod seines Vaters war Veranlassung, daß er schon im Alter von 14 Jahren (1795, d. 9ten Jun.,) als interimistischer Schullehrer nach genanntem Orte befördert wurde; von welcher Zeit an er sich durch mehrjährigen Seminar-Unterricht bei dem Herr[n] Prediger *Gieseler*, vornehmlich aber durch eine ununterbrochen fortgesetzte Lectüre ferner auszubilden bemühte. 1807 den 7ten Octob. zog er hier ein; wurde am Sonntage den 18ten October darauf, introduciret und verehelichte sich den 15ten Dezember desselben Jahrs mit *Auguste Gritzner* aus der Stadt *Mannsfeld* gebürtig; welche zwei Jahre früher mit einem Fräulein, der humanen, edelmüthigen Chanoinesse von *Bessel* aus dem Stifte zu Halle in Sachsen, nach Petershagen gekommen war und die er dasselbst kennen gelernt hatte. – Seine Lieblings-Neigung, der Malerei opferte er einen Theil seiner Muße in den Erndte-Schul-Ferien, schöpfte die Theorie dazu hauptsächlich aus Schriften und dem Studio der Werke ober- und niederländischer Schulen, welche er in Folge der Zeit oft zu sehen Gelegenheit fand und erwarb sich durch zwanzigjährige Übung einige Praxis in der historischen Oelmalerei, deren er sich am gernsten widmete. Doch, so viel Sinn er übrigens für diese Kunst hatte, so übte er die-

selbe späterhin weniger eifrig und gab sie endlich ganz auf: weil die Zwischen-Stunden der Schulzeit vornämlich dem Unterrichte seiner eigenen Kinder bestimmt wurden, der größte Fleiß in einer Lage, wie die Seinige als Landbewohner, sich nicht lohnen konnte, und endlich die von Jahr zu Jahr zunehmenden Geschäfte ohne Zu- und Abnahme des Gehalts, keine Zeit zu Muße-Arbeiten mehr übrig ließ.“¹¹

Diese autobiographische Notiz ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Sie zeigt das ausgeprägte Selbst- und Standesbewusstsein eines Abkömmlings aus einer Dynastie von Landschullehrern, welcher schon sehr früh Verantwortung übernehmen musste und sich autodidaktisch als Pädagoge und sogar als Hobbymaler weiterbildete. Aufhorchen lässt die Erwähnung des Pfarrers und Aufklärers Georg Christoph Friedrich Gieseler (1760-1839), welcher von 1790/91 bis 1803 als zweiter Pfarrer zu Petershagen das dortige Lehrerseminar zu einer bemerkenswerten Blüte führte.¹²

Gieseler hatte sich wie kein zweiter für die Fort- und Weiterbildung der Landschullehrer eingesetzt. Schon 1788 gründete er eine Lesegesellschaft für die Lehrer des Fürstentums Minden, 1801 installierte er für sie eine weitere Lesebibliothek, deren Notwendigkeit er durch seine vielbeachtete Abhandlung *Ob die Schullehrer lesen dürfen? und wie sie lesen sollen* (Hannover 1801) aufzeigte und für die er in den Wöchentlichen *Mindenschen Anzeigen* mehrfach und vor allem sehr erfolgreich warb.¹³ Die einzelnen Titel – ganz überwiegend Klassiker der Volksaufklärung – führte von Gieseler 1801 in den „Acta w[egen] Errichtung einer Lesegesellschaft für die Landschulmeister“ auf.¹⁴

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß sich Weddigen bei seiner Bewerbung um die Pfarrstelle in Kleinenbremen dank der Protektion des Staatsministers Johann Christoph v. Wöllner (1732-1800) gegen seinen aufgeklärten Konkurrenten Gieseler durchsetzen konnte.¹⁵ Zuvor hatten sich beide schon 1787 vergeblich um die durch den Weggang Heinrich Gottlieb Friedrich Frederkings (1749-1824) an die Mindener Martinikirche freigewordene Pfarrstelle zu Bergkirchen bemüht.¹⁶

Das Verhältnis zwischen Stohlmann und seinem Dienstvorgesetzten Weddigen – dem Pfarrer oblag traditionell die Schulaufsicht – war uneingeschränkt gut. Das zeigt sich nicht zuletzt an den mitfühlenden Äußerungen des Chronisten über das tragische Ende Weddigens. Letzterer war selbst jahrzehntelang Bielefelder Gymnasiallehrer gewesen und hatte an der unzureichenden Besoldung seines Berufsstandes zu leiden gehabt. So erklärte er sich am 6.12.1799 zur freiwilligen Übernahme von Unterrichtsstunden zwecks Entlastung des Schullehrers von Kleinenbremen nur unter der Bedingung bereit, dass dieser dadurch keinerlei finanzielle Einbuße zu erleiden habe.¹⁷

II. Abschaffung der Privatbeichte

Stohlmann berichtet in seiner Lütgenbremer Gemeindechronik, Weddigen habe kurz nach seiner Installierung im dortigen Pfarramt die Privatbeichte abgeschafft.¹⁸ Dabei beschreibt er nicht ohne Süffisanz die soziologischen Hintergründe dieses Instituts, welche den Abstand zwischen dem besitzenden Großbauertum und ihren armen Heuerlingen, Knechten und Mägden voll zur Geltung brachte. Wenn er indes bei Weddigens Einführung einer öffentlichen Beichte am Sonntagmorgen auf das Wissen und die Billigung des aufgeklärten Konsistorialrats Georg Heinrich Westermann (1752-1796) aus Petershagen abhebt, so ist dabei zu berücksichtigen, daß dieser bereits am 11. Dezember 1796 verstorben¹⁹ und Weddigen erst 1798 als Pfarrer zu Kleinbremen eingeführt worden war. Aufgrund der relativen zeitlichen Nähe des Chronisten zu den berichteten Fakten dürfte hier ein Irrtum eher unwahrscheinlich sein. Es muss vielmehr davon ausgegangen werden, dass Weddigen ebenfalls schon auf seiner vorherigen Pfarrstelle zu Buchholz die Privatbeichte im Gottesdienst abgeschafft hatte. Dieses wäre für die Zeit des Wöllnerschen Religionsregimes, welches von liturgischen Neuerungen gar nichts wissen wollte, allerdings bemerkenswert.²⁰ Indessen wurde z. B. auch in Jöllenebeck die gottesdienstliche Privatbeichte 1788 abgeschafft.²¹ Von besonderem Interesse ist Stohlmanns Bericht über den vergeblichen Versuch der Wiedereinführung der Privatbeichte durch Weddigens Amtsnachfolger Friedrich Carl Wilhelm Müller (1762-1819),²² welcher unumwunden einräumte, dass es ihm dabei nicht um liturgische Inhalte, sondern nur um das Liebedienern bei den *beati possidentes* zu tun gewesen sei. Auf die Belange des dazu dienstverpflichteten Lehrers und Organisten nahm er dabei keinerlei Rücksicht.

Im Gegensatz dazu zeigt Weddigen ein tiefes hymnologisches Interesse, nicht nur als Verfasser der bereits erwähnten *Geistlichen Oden und Lieder für Christen*, sondern auch durch Stohlmanns Erwähnung „einer neuen Liturgie“²³ aus dessen Feder, die wie so vieles – wohl noch als Manuskript – vernichtet wurde. Der Vergleich zwischen der ersten und der zweiten Auflage der *Geistlichen Oden und Lieder für Christen* von 1798 bzw. 1801 belegt Weddigens konsequente Weiterarbeit an diesen Texten. Bei seinem einzigen Beitrag zu Natorps *Quartalschrift für Religionslehrer* handelt es sich ebenfalls um ein geistliches Gedicht.²⁴ Dieser Aspekt seines Wirkens ist bislang weitgehend unterschätzt worden.

III. Grenzkonflikte in Kleinenbremen mit der Bückeburgischen Seite

Im Gegensatz zu Weddigens nicht aktenkundig gewordenen Abschaffung der Privatbeichte hat es der Streit zwischen Bückeburg und dem Preußischen Westfalen wegen der nach Kleinenbremen eingepfarrten und auch von dort schulisch betreuten schauburg-lippischen Dörfer Luhden und Selliendorf sogar zu literarischen Ehren gebracht. Nachdem der *Westfälische historisch-geographische National-Kalender zum Nut-*

zen und Vergnügen zwei Jahre lang wegen Absatzschwierigkeiten pausieren musste und 1804 in einem anderen Verlag als bisher erschien, lieferte Weddigen unter der Rubrik „Kirchen und Schulsachen“ eine Zusammenfassung dieses Konflikts:

„Um das Publikum davon zu überzeugen, wie sehr man Bückeburgischer Seits es sich immer noch angelegen seyn läßt, die Rechte der hiesigen Preußischen Unterthanen zu beeinträchtigen, führe ich hier nur einen Fall an. Er betriff[ft] den Versuch, welche[n] das *Bückeburgische Consistorium* kürzlich machte, die Rechte der *Kleinenbremer* Pfarre einzuschränken, worüber selbst ein hohes geistliches Departement zu Berlin, wie die Beilage beweiset, sein Befremden nicht unterdrücken konnte. Die Sache ist diese:

In der Kirche zu Kleinenbremen ist die Bückeburger Bauernschaft *Luhden*, nebst einigen Wohnungen zu *Selliendorf* etc. etc. eingepfarrt, welche zum Theil dem Prediger jährlich sogenannte Pröven (an Fleisch und Brodt) zu geben schuldig sind. Die Pröven, welche von elocirten Stellen gegeben wurden, waren nach einer Verfügung des *Mindenschen Consistorii* auf einen in Minden üblichen marktgängigen Preis an Geld gesetzt. Diese Verfügung wurde von Bückeburgischer Seite *verworfen*. Die *Praestanda* sollten nicht nur nach einer *niedrigen* Bückeburger Kammertaxe bezahlt; sondern auch dem Prediger die Inspection über die nach Kleinenbremen eingepfarrte Luhdener Schule entzogen werden. Letzterer beschwerte sich über dieses Verfahren bey der Bückeburgischen Regierung, ward aber keiner Antwort gewürdigt. – Das Consistorium zu Minden, welches sich der Wiederherstellung der verletzten Pfarrrechte [sic] mit Nachdruck annahm, sah sich sogar in die unangenehme Nothwendigkeit gesetzt, hierüber an das Departement der auswärtigen Affairen zu berichten. Dieses hohe Departement übertrug die Sache einem hohen geistlichen Departement zu Berlin, welches folgendes Rescript an das Mindensche Consistorium ergehen ließ: [es folgt der Wortlaut des Rescripts.]“²⁵

Dieser Bericht kontrastiert durch seinen sachlichen Ton und seine nüchterne Darstellung zu Weddigens diesbezüglichen Briefen an das Bückeburger Consistorium und den Mindener Konsistorialrat Heinrich Friedrich Christian Brökelmann (1763-1817),²⁶ welche indessen ungeachtet der persönlichen Betroffenheit wichtige Ergänzungen zum Hintergrund und zur Datierung des Konflikts liefern.

Anlass zu weiteren Recherchen gibt die Eingangsbemerkung des Berichts, wonach der Bückeburger Versuch, die Rechte der preußischen Untertanen zu beeinträchtigen, kein Einzelfall gewesen sei. In der Tat entstand zur gleichen Zeit eine Kontroverse zwischen Weddigen und dem Bückeburger Regierungsrat Karl Anton König (1749-1824) über die schickanöse Behinderung von Kleinenbremer Kornlieferungen nach Minden über Bückeburgisches Gebiet. Sie wurde im *Kaiserlich privilegirten Reichsanzeiger* sowie in der *National-Zeitung der Deutschen* ausgetragen. Beide Periodika waren im gesamten deutschen Sprachgebiet verbreitet; der philanthropinische Volksaufklärer und Publizist Rudolf Zacharias Becker (1752-1822) gab sie in Gotha heraus. Deshalb ist es umso

erstaunlicher, dass besagte Kontroverse in der gesamten Literatur zu Weddigen bislang unberücksichtigt blieb.

Bei diesem Konflikt hatte Weddigen seine publizistischen Kontakte und Erfahrungen von Anfang an in den Dienst der ihm anvertrauten Gemeindeglieder gestellt. Er verfasste am 5. Dezember 1802 in ihrem Namen eine Bittschrift an die Kriegs- und Domänenkammer zu Minden und veröffentlichte sie in der letzten Woche dieses Jahres in der letztgenannten Zeitschrift. Das verlieh der Eingabe zusätzliche publizistische Druckkraft und erhöhte die Erfolgsaussichten sowohl in Minden wie auch in Bückeburg.

Die Reaktionen des ganz von kleinstaatlichem Ständedünkel erfüllten Regierungsrats König aus Bückeburg verdeutlichen dieses in exemplarischer Weise. Es handelt sich, psychologisch gesehen, um ausgesprochene Verkehrungen ins Gegenteil, wobei eigene Motive und Absichten dem Kontrahenten zugeordnet bzw. zugeschrieben werden. Vor allem die hässliche Unterstellung, Weddigen habe aus Frustration über die ihm nicht zuteil gewordene Direktorenstelle zu Bückeburg gehandelt, lässt darauf schließen, dass es kein anderer als König war, welcher Weddigens aussichtsreicher Bewerbung im Jahre 1788 hintertrieben hatte.²⁷

Wie immer die theologischen Kenntnisse und die Predigtbegabung Weddigens auch beurteilt werden mögen:²⁸ Daran, dass er ein guter Seelsorger und engagierter Anwalt seiner Gemeindeglieder zu Kleinenbremen gewesen ist, lassen seine Beiträge zu den beiden genannten Zeitschriften keinerlei Zweifel aufkommen. Sie zeugen von einem hohen Maß an Akzeptanz und Vertrauen bei seinen Gemeindegliedern.

IV. Konflikte um Pfarrhaus und Deputatholzlieferungen

Gemessen an solchen grenzübergreifenden Streitigkeiten nehmen sich weitere Konflikte als bloße Lappalien aus. Weddigens Klage wegen des Bauzustandes seines Pfarrhauses zu Kleinenbremen vom 23.7.1799 richtete sich an den nachmaligen preußischen Staatsminister, Reformler und Reichsfreiherrn Karl von und zum Stein (1757-1831), der seit 1780 Chef der Märkischen und Clevischen Kriegs- und Domänenkammer und seit 1796 auch Oberpräsident der von Minden-Ravensberg war.²⁹ Seine Amtsbefugnisse sind dem eines heutigen Regierungspräsidenten vergleichbar; Weddigens Beschwerde fiel also in seinen Kompetenzbereich. Warum sie im persönlichen Nachlass des Freiherrn und nicht mit seiner übrigen Dienstpost unter den Akten der Mindener Kriegs- und Domänenkammer im NRW-StA Münster archiviert wurde, lässt sich nicht sagen.

Der Brief Weddigens liest sich wie eine Neuauflage seines Inventariums der Pfarrgebäude zu Buchholz.³⁰ In der Tat waren Bauzustand und Bauunterhaltung der Pfarrhäuser im Preußischen Westfalen ein grundsätzliches Problem. Weddigens Amtsbruder Johann Moritz Schwager hatte jahrzehntelang um die Renovierung seines Pfarrhauses in Jöllenbeck zu prozessieren.³¹ Ihrem Dornberger Kollegen Christian Friedrich Zur Hellen (1753-1834) fiel sein Pfarrhaus sogar eines Tags über dem Kopf zusammen.³²

Zum Konfliktpotenzial bei einem Pfarrstellenwechsel gehörte mit steter Regelmäßigkeit auch die Frage nach der Versorgung einer eventuell noch lebenden Pfarrwitwe. Dass es auch bei dem Dienstantritt Weddigens in Kleinenbremen zu Unstimmigkeiten mit Maria Conradine Ebmeier, geb. Worninghausen (Lebensdaten nicht ermittelt), der Witwe seines Amtsvorgängers Christian Heinrich Ebmeier (1740-1797) gekommen ist, zeigt eine Notiz zum Zirkularschreiben der Pfarrer des Herzogtums Minden an den Konsistorialrat Brökelmann vom September 1798; vgl. Anhang.³³ Das Fehlen weiterer Dokumente deutet darauf hin, dass man sich gütlich einigen konnte.

Anders verhielt es sich bei der Klage Weddigens wegen unzureichender Lieferung von Deputatholz, die er 1804/05 gegen den zuständigen Forstfiskus anstrengen musste. Leider ist seine Klageschrift nicht mehr in den entsprechenden Akten enthalten.³⁴ Doch man weiß, dass solche Klagen – insbesondere bei dem zunehmenden Holzmangel Minden-Ravensbergs³⁵ – keine Seltenheit waren.

V. Fazit

Obwohl das Wirken Weddigens in der Pfarrgemeinde Kleinenbremen besser dokumentiert ist als das in seiner vorherigen Pfarrstelle zu Buchholz, so muss die Quellenlage insgesamt als spärlich bezeichnet werden. Dieses gilt vor allem angesichts der überragenden wissenschaftlichen, publizistischen und literarischen Bedeutung Weddigens für Westfalen.

Vor allem die wenigen Bemerkungen des ersten Kleinenbremers Chronisten Friedrich Stohlmann erweisen sich aus soziologischer wie auch aus kirchenhistorischer Perspektive als höchst aufschlussreich und bieten ein volksaufklärerisch geprägtes Gegenprogramm zum späteren Pauschalverdikt der Erweckung über den vermeintlich platten Rationalisten Weddigen. Die hingegen kaum erforschte Volksaufklärung in Minden-Ravensberg gewinnt durch die erstmals hier präsentierten Buchtitel von Gieseler's Leihbibliothek der „Lesegesellschaft für Landschulmeister“ außerordentlich an Kontur.³⁶ Weddigens Bedeutung als Liturgiker und Gesangbuchdichter ist in diesem Kontext nicht zu unterschätzen.

Vor allem aber die hier erstmals wieder zugänglich gemachten Artikel der Kontroverse zwischen Weddigen und dem Bückeburger Regierungsrat König in der *National-Zeitung der Teutschen* und dem *Kaiserlich privilegierten Reichs-Anzeiger* 1802/03 dokumentieren Weddigens seelsorgerisches und publizistisches Engagement für die elementaren Belange seiner Gemeindeglieder. Als letztlich erfolgreicher Anwalt des „gemeinen Mannes“ gegenüber obrigkeitlich-kleinstaatlicher Arroganz, Ignoranz und Intriganz hatte er sich in seiner Amtsführung Respekt zu verschaffen gewusst und genoss das hohe Vertrauen seiner Gemeindeglieder.

Ob sich Weddigen überhaupt und uneingeschränkt dem „Rationalismus“ zuordnen lässt, darf bezweifelt werden, nicht zuletzt angesichts seiner zweiten Ehe mit der Tochter des Mindener Buchhändlers Martin Gottfried Franke (gest. n. 1812) – dieser gab u.a. Werke von und über

Friedrich August Weihe heraus, mit welchem er eng befreundet war³⁷ – und auch angesichts der Heirat seiner Tochter Charlotte Florentine Weddigen (1790-1868) mit Johann Karl Rauschenbusch (1777-1815) aus der gleichnamigen Pfarr- und Erweckerdynastie.³⁸ Diese wie auch andere familiäre Verbindungen – etwa zu dem jüngeren Bruder Peter Heinrich Weddigen (1768-1828), Großkaufmann in Nordhausen, bedürfen noch einer eingehenden Untersuchung. Vielleicht kann eine solche noch weiteres Quellenmaterial zutage fördern.

VI. Anhang: Dokumente zu Weddigens Wirken als Pfarrer in Kleinbremen

Abschaffung der Privatbeichte in Kleinbremen³⁹

Auch der vorherige Prediger in Kleinbremen, Magister Weddigen, hat eine ähnliche, dem Zeitgeiste gemässe Veränderung in dem hiesigen äußeren Cultus schon bei Antritt dieser Pfarre im Jahr 1798 eingeführt, die nicht unerwähnt bleiben kann. Damals war hier an jedem Sonnabend Nachmittag von 1 Uhr an Beichtsitzung[,] und zwar eine Art Ohrenbeichte, üblich. Der Prediger nahm nemlich ein, auch wohl zwei Abendmahls-competenten zu sich in die kleine Sakristei – weil der beschränkte Raum nicht mehr erlaubte, – und bereitete diese auf die Nachmahlsfeier des folgenden Sonntags vor. Die Übrigen saßen unterdeß in der Kirche verstreut herum und hatten keine oder ihre eigenen Gedanken. Bei zahlreichen Kommunionen, gegen Ostern und Michaeli, p[erge] p[erge] wurde es oft völlig Abend, ehe er mit allen fertig war. Indeß gefiel diese Art zu beichten den großen Bauern, den Herrn und Frauen in der Gemeinde: weil sie ihnen Gelegenheit gab, vor ihren Einliegern, Knechten und Mägden p[erge] – die aus Mangel an Zeit und an *demüthiges Zurücktreten gewohnt*, nur allein am Sonntagmorgen Beichte hörten, – sich vortheilhaft auszuzeichnen und hervor zu thun. Weddigen schaffte mit Wissen und Willen des aufgeklärten Konsistorial-Raths *Westermann* in Petershagen,⁴⁰ diese Sonnabends-Privat-Beichte ab, und ließ *bloß öffentlich am Sonntag Morgen*, so wie es jetzt der Fall ist, beichten. Eine kleine Notiz darüber findet man in der Kirchen-Matrikel. – *Müller*,⁴¹ der Amtsnachfolger, suchte indeß kurz nach seiner Ankunft 1810, den ausgefegten Sauer Teig wieder hervor, theils, um sich – wie er offenherzig genug selbst sagte, – dadurch bei den Besitzern beliebt zu machen, theils um mehr Beichtgeld zu bekommen und hielt wieder 3 dieser Sonnabend-Sitzungen. Sobald indeß der rechtliche Kosistorial-Rath *Brökelmann*⁴² von diesen eigennützigem Verfahren Kunde erhielt, – denn Müller verlangte mit Trotz, daß der Schullehrer, dem nur 2 freie Nachmittage in der Woche gestattet sind; dem die Beichte nichts einbringt; der diesen Gebrauch bei seinem Antritte 1807 nicht vorfand, doch dabei figurieren⁴³ sollte, – wurde es ernstlich untersagt und die Beichte fand wieder, wie vorher, nur allein des Sonntag-Morgens statt. Müller überzeugte sich auch bei dem dreifachen Versuche, wie er selbst sagte, daß er sich sehr geirrt und die Börse nicht gehaltreicher wie sonst, gefunden habe.

Anmerkung Weddigens zu einem Zirkularschreiben der Mindener Pfarrer an den Superintendent des Fürstenthums Minden, Herrn Consistorialrath Broeckelmann vom September 1798⁴⁴

Nach dem allg[emeinen] Landr[echt] Th[eil] 2. Art[ikel] XI. § 841 heißt es: Wittwen, welche nach der Verfassung des Orts ein Wittwengehalt empfangen, können in der Regel kein Gnadenjahr fordern. – Läßt sich von diesem Gesetz für die Provinzen Minden und Ravensberg keine Anwendung machen? Oder, ist es nicht möglich[,] den Wittwen ein verhältnißmäßiges Quantum an Geld im Gnadenjahre zu bestimmen, um die bisherigen oft vermeldten Auseinandersetzungen *brevi manu* zu beenden? Ist es billig, daß die Wittwen, welche die Wintersaaten bestellen läßt, die Aerndte allein genieße, und den anziehenden Prediger in Rücksicht des Viehstandes u.s.w. in die größte Verlegenheit setzt? Ist es gerecht, daß die Wittwe, wie bey mir der Fall gewesen, wenn der Prediger schon angezogen ist, auch die Hälfte der Sommersaaten sich zueignet? Diese Fragen scheinen mir einer Erörterung nicht unwerth zu seyn. Weddigen.

S[einer] Hochwohlgebohrenen. An Herrn Oberpräsident Freyh[errn] von Stein zu Minden⁴⁵

Hochwohlgebohrener Freyherr,

Hochgebietender Herr Oberpräsident, Gnädiger Herr!

Euer Hochwohlgebohren ist es bekannt, daß das hiesige Pfarrhaus einiger nothwendiger Reparaturen bedarf, unter welchen die des Hausbodens, der nicht ohne Lebensgefahr betreten werden kann, die nothwendigste zu seyn scheint.

Ich habe, wie es meine Pflicht erforderte, darüber bereits den 25 November 1798 einer hochpreißl[ichen] Regierung bereits abgestattet, welche sich auch dieserhalb an eine hochpreißliche] Cammer gewandt hat.

Bis jetzt aber stehe ich noch in dieser Angelegenheit auf dem nämlichen Punkte, von dem ich ausgegangen bin. Es ist in dieser Sache nichts geschehen.

Mögen doch Euer Hochwohlgebohren mir die Gewogenheit erweisen, da die Erndte vor der Thür ist, und ich mein Getraide nicht zu lassen weiß, und erfüllen meinen Wunsch, durch zweckmäßige Mittel, die aber bey der nahen Erndte keinen Aufschub weiter leiden.

Mit den aufrichtigen Gefühlen der Ehrfurcht verharre ich Euer Hochwohlgebohrenen unterthänigster Diener Weddigen.

Kleinbremen den 23 Jul[i] 1799.

Schulbericht der Kleinbremer Parochie, Preuß. Antheils.⁴⁶

§ 1. Außer der Nebenschule zu Luhden im Bückeburgischen, deren Lehrer allein von Bückeburgischer Regierung angesetzt wird, befindet sich im hiesigen Kirchspiel nur eine Hauptschule im Kirchdorfe zu Kleinbremen.

- § 2. Diese Schule hat 106 Schulkinder, unter welchen sich 26 Schreibende befinden. Jedes Kind bezahlt 27 m[arien]gr[roschen] iährliches Schulgeld. Zwey Arme geben iedes iährlich 18 m[arien]gr[roschen].
- § 3. Mit Inbegriff[er] der Neubauereyen gehören zu dieser Schule 79 Contributionsnummern.
- § 4. Das Schulgebäude befindet sich in einem guten Zustande, und bedarf nur unerheblicher Reparationen.
- § 5. Die Schulstube allein ist für eine Anzahl von 106 Schülern viel zu klein. Sie ist 8 Fuß hoch, 18 Fuß lang 12 ½ breit, gut übrigens aber keine ungesunde Lage.
- § 6. Das Holz zu Heizung der Schulstube wird aus den königlichen Forsten unentgeltlich angewiesen.
- § 7. Die Accidentien des Schulbesuchs betragen ohngefähr iährlich:
 - a. an Copulationsgebühren 5 T[hale]r 30 m[arien]gr[oschen]
 - b. an Taufgeb[ühren] 7 T[hale]r 6 m[arien]gr[oschen]
 - c. an Leichen u[nd] Geläut 16 T[hale]r 24 m[arien]gr[oschen]

Vorschläge zu Verbesserungen

1. Die Schulstube bedarf einer Erweiterung, wie schon aus Obigem erhellet.
2. Die Zahl der Schüler ist für einen Lehrer zu groß, und mithin der Nutzen des Unterrichts gering. Es giebt zwey Wege den Schaden für die Zukunft wieder gut zu machen:
 - a. Wenn eine Nebenschule angelegt würde, wozu aber der Platz, weil es hier keine Gemeinheiten giebt, schwerlich auszumitteln ist.
 - b. Wenn der zeitige Prediger des Orts es sich wollte gefallen lassen, dem Schullehrer täglich die Last zu erleichtern. Dazu würde der Gegenwärtige sich, wenn er darum ersucht würde, unter folgenden Bedingungen verstehen.
1. Wenn der gegenwärtige Schullehrer auch auf die entfernteste Art darunter keinen Schaden litte.
2. Wenn ihm eine Schulstube im Pfarrgarten gebauet würde, weil es ihm im Pfarrhause an Raum fehlt.
3. Wenn er des Tages nicht mehr als eine Stunde, und zwar den erwachsenen Schülern, Unterricht in der Religion, Orthographie, Rechnen, Elementarkenntnissen der Erdkunde und biblischen Geschichte ertheilte.
4. Wenn ihm eine billige Vergütung von S[eine]r Majestät dafür zuerkannt würde.

Kleinbremen, den 6. Dec[em]ber 1799. Weddigen.

[An das Bückeburgische Consistorium]⁴⁷

*Hochgebohrner Graf, Gnädigst regierender Graf und Herr!
Euer Hochgräflichen Gnaden ist es nicht unbekannt, daß die Bückeburgische Bauerschaft Luhden zum hiesigen Kirchspiel Kleinbremen eingepfarrt ist, und daß die dortigen Schulkinder von einem zeitigen Prediger zu Kl[ein-] Bremen auch konfirmirt werden müssen. Nach*

den Gesetzen kommt auch die Inspection über die Luhder Schule so wie auch die Einführung eines neuen vom Hochlöbl[ichen] Consistorio zu Bückeburg anzustellenden Schullehrers dem zeitigen Pfarrer zu Kl[ein-] Bremen zu, wie denn diese Ordnung in Rücksicht ietzens auch mit Nammen iederzeit befolgt worden ist.

Es ist in der That auffallend, daß diese auf Gesetz aufruhende Ordnung, bey Luhden, seit des Superintendenten Meyers Zeiten, (wie auch die Beylage A, um deren Zurücksendung ich unterthänigst bitte, beweiset) bis auf den heutigen Tag hat gestöret werden können. Der nunmehr dimittirte Schullehrer Böttcher erklärte vor einigen Wochen, daß ihm angedeutet sey, wenn er etwann eine Schulstunde auszusetzen genöthiget wäre, sich dazu allein die Erlaubniß von dem p[erge] p[erge] Prediger zu Steinbergen zu erbitten. Eine Anomalie, welche, wie Euer Hochgräflichen Gnaden einsehen, abgestellt zu werden verdient.

So empfindlich es dem p[erge] p[erge] Prediger Bertelsmann zu Peetzen seyn würde, wenn einem benachbarten Preußischen Pfarrer die Inspection über die Schule zu Nammen oder die Einführung eines neuen Schullehrers daselbst einem andern, ohne seinen Willen, übertragen würde, eben so kränkend muß es auch mir seyn, wenn mir dieienigen Rechte durch Gewalt genommen werden sollen, die der Pfarre eigenthümlich und für deren Erhaltung zu sorgen ich vom Preußischen Consistorio ernstlich angewiesen bin.

Euer Hochgräflichen Gnaden bitte ich daher unterthänigst von nun an landesväterlich dafür zu sorgen, daß dem Prediger zu Kleinbremen die ihm zukommenden Rechte in Hinsicht Luhden wieder hergestellt werden, daß ihm die Inspection über die Luhder Schule so wie auch bey eintretenden Fällen die Introduction neuer Schullehrer zu Luhden, um mögliche Discussionen zu vermeiden, gnädigst zugesichert werde.

In tiefster Ehrfurcht erharre ich Euer Hochgräfl[iche] Gnaden unterthänigster Diener M[agister] Weddigen, Prediger zu Kleinbremen.

Kleinbremen, den 1. Dec[em]ber 1802.

[An den Consistorialrat Bröckelmann zu Minden]⁴⁸

Euer Hochwürden

remittire ich hiebey die Verordnungen vom 19. Nov. 1802. und bemerke nur, daß laut beyll[iegender] A[cte] dieselben zu Peetzen angekommen sind den 10ten d[es] M[onats], weitergesandt d[en] 12ten und erst am 13ten zu Leerbeck eingetroffen sind.

Auch unsre Lesebücher werden äußerst spät von Peetzen hieher gesandt, bis letzt, den 18 Dec. Habe ich die Bücher für diesen Monat nicht erhalten. Sie werden ferner ohne alle Emballage einem Krämer zu Bückeburg zugesandt, und ich erhalte sie von dorthen oft sehr besudelt. Ich muß dieß deswegen bemerken, damit ich für diese Nachlässigkeit und den daraus entstandenen Schaden nicht verantwortlich werde.

Nach der Verordnung eines Hochpreißl[ichen] Consistorii v[om] 22. October 1802 heißt es: daß in der außerordentl[ichen] Fällen, da die Pröven nicht in natura entrichtet werden können, als z. B. bey erfolgter Elocation einer Stette, solche nach dem mittlern marktgängigen Preise der nächsten Stadt mit Geld bezahlt werden müssen. Ich habe den H[errn] Amtm[ann] Habicht zu Bückeburg hierauf aufmerksam gemacht. Es sind mir aber zwey Verehrungen aus dem Grunde gestrichen, weil das Amt sich nur nach der Bückeburger Kamertaxe richten will. Ich bitte E[uer] Hochw[ürden] recht sehr, wie man sich dabey zu verhalten habe, und gefälligst den Preis der Eyer, der Brödte à 20 l[ivres; i.e.: Pfund] des Schinkens à 12 l[ivres], der Schweinerippen à 6 l[ivres] und der Würste à 3 Ellen (wie hier üblich ist) bestimmen zu lassen; falls die Bückeburger Kammer hierin dem Consistorio keine Vorschriften zu geben berechtigt ist. Auch lege ich eine Copia eines Schreibens an das Bückeburger Consistorium bey, in welchem ich mich über Beeinträchtigung, wie ich glaube, mit Grunde beschwert, aber, selbst nach wiederholter Bitte um Exekution, keine Antwort erhalten habe. Ich bitte Sie sehr[,] durch Hülfe unsers hochpreißl[ichen] Consistorii die Rechte dieser Pfarre in Schutz zu nehmen. Mit der schuldigsten Hochachtung Euer Hochwürden ganz gehorsamter Diener Weddigan

Kleinbremen, d[en] 14. Dec[ember] 1802.

National-Zeitung der Teutschen, 52stes Stück vom Dezember 1802, S. 1151-1153.

Preußisch-Minden. Die gegenwärtig in so vielen teutschen Staaten gegen einander angelegte Fruchtsperre⁴⁹ hat eine Klage der Eingesessenen der preußischen Dörfer Kleinenbremen und Wülpkte gegen die Bückeburgische Regierung bey der Mindenschen Kriegs- und Domänenkammer veranlaßt, welche viel Aufsehen erregt. –

Gedachte Eingesessene sind größtentheils verpflichtet, nach Martini ihre Zinsgefälle, die meistens in Kornfrüchten bestehen, hierher am ihre Gutsherren zu liefern; auch pflegen sie, um ihre *Praestanda* zu entrichten, um diese Zeit ihr überflüssiges Korn auf hiesigem Markte zu verkaufen. Um aber hierher zu gelangen, müssen sie, wenn sie gefahrvolle Umwege vermeiden wollen, eine kleine Strecke von einigen hundert Schritten das Bückeburger Gebiet berühren, wo sie bey der sogenannten Bückeburger Klus oder Klaus Zoll zu bezahlen haben. – Seit einigen Wochen hat nun gedachte Regierung jenen Eingesessenen, wenn sie Kornfrüchte nach Minden zu fahren haben, die öffentliche Landstraße gesperrt; es sey denn, saß sie vorher bey den dortigen Räthen um einen Paß supplizirten, welchen zu erlangen, die preußischen Bauern erst dahin und wieder zurück mußten. Sie haben sich deßfalls mit folgender Vorstellung (d[e] d[ato] 5ten Dezember 1802) an die Mindensche Kriegs- und Domänenkammer gewandt.

Allerduchlauchtigster etc.

„Wir sind, wie E[urer] K[öniglichen] M[ajestät] bewußt ist, Preußische Unterthanen; theils dem Könige, theils Gutsherrn eigen. Unsre Nahrungsquelle ist der Ackerbau, durch den wir unsre Familien ernähren, und die nothwendigen Gefälle bestreiten. Wir versilbern den Ueberfluß unsres Getreides in Minden, wohin wir dasselbe fahren.

Leider! aber hat uns seit einigen Wochen die Bückeburger Regierung die öffentliche Landstraße von Kleinenbremen nach Minden gesperrt. Wir können ohne gefahrvolle Umwege unser Korn nicht nach Minden bringen, wenn wir nicht die Bewilligung dazu, durch einen von der Regierung angefertigten Paß, mit Mühe und Zeitverlust einholen. Ohne einen solchen Paß wird uns Preußischen Unterthanen der Schlagbaum vor der Bückeburger Klus zugezogen.

Unser gegenwärtiger Prediger konnte sich nicht davon überzeugen, als wir ihm diese Bückeburger Verfügung bekannt machten, und ihn dringend baten, für uns eine Bittschrift um Abstellung derselben bey der Behörde einzureichen. – Er ließ daher am 1sten Dezember d[ieses] J[ahres] einen Boten an Cron, welcher die Bückeburger Klus in Pacht hat,⁵⁰ abgehen, mit der Frage: ob gedachte unsre Anfrage gegründet sey? und erhielt von ihm die schriftliche Antwort: daß ohne Erlaubniß der Bückeburger Regierung weder Aus- noch Durchfuhr von Korn verstattet werde, und daß die Pässe dazu von Bückeburg eingeholet werden müssen.

Wir wissen zwar wohl, daß die Landstraßen diebischem Gesindel, Vagabonden etc. gesperrt werden: aber das ist uns unbekannt, ob eine solche Sperrung den braven und ehrlichen Leuten statt finde; auch wissen wir nicht, ob die Bückeburger Regierung die Macht sich anmaßen könne, Preußischen Unterthanen eine öffentliche nach Minden führende Landstraße zu sperren, und sie dadurch in großen Schaden zu setzen.

Es kostet uns Ueberbwindung und Zeit, auch glauben wir die Hoheit des Königs Majestät zu beleidigen, wenn wir von Bückeburg gezwungen werden sollten, dann, wann wir Zinsfrüchte oder Korn zum Verkauf nach Minden fahren, die Erlaubniß dazu vorher von einer fremden Obrigkeit, der wir nicht gehuldigt haben, einzuholen.

Da es nun ein leicht möglicher Fall seyn könnte, daß, wenn ohne einen Bückeburger Erlaubnißschein unser Korn nach Minden gefahren wird, wir wohl gar von der Uebermacht arretiret würden, und ähnliche Auftritte zu erwarten hätten, wie uns die neuere Geschichte nicht verschwiegen hat: so flehen wir E[ure] K[önigliche] M[ajestät] allerunterthänigst an, uns, Dero Unterthanen gegen die Bückeburger Regierung in Schutz zu nehmen, und stellen es Höchstdenenselben anheim, falls obige Regierung uns, ohne eingeholte Erlaubnißscheine, mit dem auf unserm Boden gewonnenen Korn nicht passiren lassen will, uns durch ein an der Klus zu unsrer Sicherheit hingestelltes Preußisches Militär zu schützen etc.“

Man hat Hoffnung, daß durch Vermittelung des H[er]rn Oberpräsidenten von Stein, welcher jetzt in Münster sich aufhält, und ein naher Verwandter des Grafen von Wallmoden-Gimborn, des Vormunds-Regenten der Grafschaft, ist, ähnlichen gerechten Beschwerden künftig werde vorgebauet werden.

[An den Consistorialrat Brökelmann zu Minden]⁵¹

*Hochwürdiger, hochgeehrter Herr, Hochzuverehrender
Herr Consistorialrath!*

*In größter Eile melde ich Ihnen, daß ohngeachtet der bekannten
Vorstellung eines Hochpreiß[lichen] H[öhe]n Konsistoriums an die
Gräff[lich] Bückeburgische Regierung, die Schulstelle zu Luhden
betreffend, dort ein Schulmeister angesetzt ist, und künftig[en]
Son[n]tag durch den Pastor zu Steinbergen introduziert werden
soll. Wie sehr durch dieses despotische Benehmen eine hohe Kö-
nigl[ich] Preussische Regierung compromittirt worden sey, bedarf
keiner Auseinandersetzung.*

*Ich erharre mit der schuldigsten Hochachtung Euer Hochwürden
gehorsamster Diener Weddigen*

Kleinbr[emen] d[en] 7. März 1803.

Berichtigungen.⁵² **In: National-Zeitung der Teutschen, 18tes Stück,
den 5ten May 1803**

In dem 52sten Stücke der Nat[ional-]Z[eit]un[g] vom vor[igen] Jahre ist unter der Rubrik von Preußisch-Minden, die aber eigentlich Kleinenbremen heißen müßte, eine Vorstellung eingerückt, welche von den Eingesessenen zu Kleinenbremen und Wülpe bey der Krieges- und Domänenkammer zu Minden wider die Regierung zu Bückeburg am 5. Dez[em]b[er] 1802 übergeben seyn und viel Aufsehen erregt haben soll. Das letzte kann nicht gut möglich seyn, da von der bemeldeten Krieges- und Domänen-Kammer so wenig jene beschwerende Vorstellung als der Inhalt derselben der hiesigen Regierung mitgetheilet, und solche also nach aller Vermuthung als unstatthaft ruhig zur Seite geleet ist.

Die Sache selbst verhält sich so: Als im November v[origen] J[ahres] in den die hiesige Grafschaft umgebenden Ländern, und ins besondere auch im Fürstenthume Minden, eine Getraide-Sperre angeleget, und zugleich die Durchfuhr fremden Getraides nicht anders als gegen ausgewirkte Durchfuhr-Pässe erlaubt wurde, veranlaßte solches die hiesige Regierung, ein Gleiches zu verfügen. Wegen Ertheilung der Durchfuhrpässe wurde dabey verordnet, daß solche auf geschehene Nachweisung, daß das durchzufahrende Getraide nicht aus hiesiger Grafschaft, sondern fremdes sey, unentgeltlich ertheilet werden sollen. Jedermann fügte sich in diese Ordnung, nur nicht die Eingesessenen in den in dem Fürstenthume Minden belegenen Dörfern, Kleinenbremen und Wülpe, welche nur eine halbe Stunde von Bückeburg entfernt liegen. Ungeachtet Einigen von denselben eröffnet ward, daß nicht ein jeder Einzelner von ihnen, welche Zinskorn durch hiesige Grafschaft nach Minden zu fahren hätten, sein Quittungsbuch darüber bey der hiesigen Regierung vorzuzeigen nöthig habe, sondern daß allenfalls nur Einer von ihnen ihre sämtlichen Zinskorn-Quittungsbücher zur Nachweisung anher bringen könne, und dann gleich für sie sämmtlich die erforderlichen Durchfuhrpässe auf die in den Quittungsbüchern stehenden Quantitäten Getraide unentgeltlich ausgefertigt und ertheilet werden sollen; so haben sie ich doch zu der

Abholung der Pässe durchaus nicht verstehen wollen, sondern sind lieber, statt mit ihrem Zinskorn über den in hiesiger Grafschaft bey der Klus vorbegehenden Chausseeweg bequem zu fahren, auf einem andern schlechten und tiefen Nebenwege hinter der Klus her nach Minden gefahren und haben dabey Gefahr gelaufen, ihre Wagen und Pferde zu verderben.

Ob nun der in der beschwerenden Vorstellung bemeldete Prediger zu Kleinenbremen, Magister Weddigen, seinem Berufe nicht gemäßiger gehandelt hätte, wenn er seine Pfarrkinder lieber zur Befolgung obrigkeitlicher Anordnungen vermahnet, als ihrem Starrsinne durch Entwerfung der von ihm angeblich erbetenen Bittschrift, deren unpassenden Inhalt man aus Schonung nicht weiter rügen will, noch mehr Schwungkraft gegeben hätte, das läßt man dahin gestellt seyn.

[Karl Anton König, Regierungs-Rath zu Bückeburg.]

Gegenbemerungen. In: National-Zeitung der Teutschen, 23stes Stück, den 9ten Juni 1803.

Audiat et altera pars.

Im 18ten Stücke der Nat[ional-]Z[ei]t[un]g dies[es] J[ahres] ist unter dem vorgeblichen Titel, Berichtigungen, ein Aufsatz von einem Ungenannten eingerückt worden, dem der aufgeklärte Theil des Publikums, nach folgenden Erläuterungen, das ihm zukommende Prädikat von selbst beylegen wird. –

Die Einwohner der kön[iglich-] preuß[ischen] Bauerschaften Kleinenbremen und Wülpe leben vom Ackerbau. Die Kolonate sond grobentheils mit Zinskorn für das Domkapitel zu Minden u.s.w. belastet. Die Zinspflichtigen sind strafbar, wenn sie die Gefälle nicht zur bestimmten Zeit an Ort und Stelle liefern. – Auch verlieren sie sehr, wenn nicht der bequemste Zeitpunkt benutzt wird, den Ueberfluß ihrer Kornfrüchte zu verkaufen. – Ihr Marktplatz ist Minden. –

Dahin führen von hieraus zwey Wege. Der eine über preußisches Territorium durch Nammen; (der aber bey nasser Witterung oder im Winter, wegen seiner üblen Beschaffenheit, nur mit Gefahr passirt werden kann,) der andre über die Bückeburger Klus, wo auf eine Schußweite das Bückeburger Gebiet berührt, und für Wagen und Pferde ein starker Zoll und Weggeld bezahlet werden muß.

Nach Martini des vorigen Jahrs, wo das Zinskorn fällig ist, war die Nammer Straße sehr schlecht. Die gedachten Einwohner mußten also, wenn sie dieselbe nicht fahren wollten, Pässe von Bückeburg holen, um ihre Kornfrüchte nach Minden zu führen.

Diese Last würden sie, wie ich versichern kann, gern getragen haben; wenn man ihnen die Erlangung dieser Pässe nicht erschwere, und die edle Zeit zu dringenden Berufsgeschäften, wider Gebühr, geraubt hätte.

Die preußischen Unterthanen wurden oft umher geschickt von einem Rathe zum andern, und waren froh, wenn sie nur endlich ihre Pässe erhielten.

Ein hiesiger Meyer wendet sich an drey Rätthe um einen Paß für Zins-

korn nach Minden. Er erhält ihn nicht, und fährt auf gut Glück sein Getreide durch die Nammerstraße, wo er keines Bückeburger Passes bedurfte.

Ein hiesiger Kirchenvorsteher sucht einen Paß bey dem Herrn Rath – zu Bückeburg, und erhält, wie er mich selbst versicherte, die Antwort: Er solle über ein paar Tage wieder kommen. – Der Kirchenvorsteher erstaunt über diese Behandlung, wendet sich an die Polizey, stellt seine dringend Verlegenheit vor und setzt hinzu: wenn man ihm keinen Paß geben wolle, so müsse er sein schon geladenes Zinskorn auf der Bückeburger Klus für Rechnung der Bückeburger stehen lassen. – Nun wird ihm ein Paß gegeben. –

Bald nachher setzte ein anderer die leere Drohung hinzu: Auch der Weg über Nammen würde den preußischen Unterthanen gesperrt werden. –

Diese und noch weitere Bezeugungen, die auf Verlangen eidlich erklärt werden können, veranlaßten mehrere hiesige Eingesessene, mich zu ersuchen, ihre Beschwerden einer königl. Preuß. Kriegs- und Domänenkammer vorzulegen, und um Abstellung derselben zu bitten. –

Die Kammer verfügte unter andern d[e] d[at]o Minden 8ten Dez[ember] 1802: daß die Nammerstraße baldmöglichst in den Stand gesetzt werden soll. Eine Wohlthat, wodurch den hiesigen Einwohnern jährlich über 150 und mehrere Thaler erspart werden dürfte. – Dieß ist der wahre Verlauf der Sache. –

Hieraus folgt nun 1. daß es falsch ist, wenn in der gedachten vorgebliehen Berichtigung gesagt wird, daß die königl. Kriegs- und Domänenkammer die Vorstellung der hiesigen Eingesessenen bey Seite gelegt habe. Die Promptitude, welche der preuß. Justiz eigen ist, läßt dieß nicht einmal vermuthen.

Es folgt ferner, daß es eine niedrige Kalumnie⁵³ zu nennen ist, wenn der Anonymus in dem gedachten Aufsätze hinzusetzt, daß ich durch die für meine Pfarrkinder bey einer königl. Preuß. Kriegs- und Domänenkammer eingereichte Bittschrift den Starrsinn derselben nur mehr Schwungkraft gegeben hätte. Ich habe diesen gutmüthigen Leuten, welche wegen ihres unermüdeten Fleißes, der hier keinen zum Bettler werden läßt, alle Achtung verdienen, zu helfen gesucht, und das angeführte königl. Kammer schreiben versichert, daß ihnen durch Verbesserung der Nammer Straße geholfen werden soll. –

Uebrigens kann noch bemerkt werden, daß es durchaus unwahr sey, wenn in dem gedachten falschen Berichte des Anonymus hinzugesetzt wird, daß sich die hiesigen Einwohner durchaus nicht zu der Abholung der Pässe von Bückeburg haben verstehen wollen. Dieß kann durch mehrere hiesige Koloni, und von jedem Polizeirathe in Bückeburg selbst widerlegt werden. – Erröthet der Anonymus nicht, durch dergleichen handgreifliche Fata⁵⁴ das Publikum zu täuschen? – Weddigen.

Duplizirende Berichtigung,⁵⁵ In: National-Zeitung der Teutschen, 35stes Stück vom 1sten September 1803

Der alte Wahn, daß Geistliche, weil sie von Amtswegen das untrügliche Wort Gottes predigen, auch für ihre Person untrügllich wären, hat sich längst eben so verloren, als es aus der Mode gekommen ist, *in verba magistri*⁵⁶ zu schwören. Der Herr Magister und Prediger Weddigen im Dorfe Kleinenbremen wird es mir also nicht übel nehmen, daß ich an der Richtigkeit seiner in dem 23. Stücke der Nat[ional-] Z[ei]t[un]g eingerückten Gegenbemerkungen einen billigen Zweifel hege, und solchen hier deswegen ausführlicher darlege, weil er es nicht bloß bey seinen vorigen Anzüglichkeiten belassen, sondern sich nun auch sogar sehr ehrenrührig benommen hat. Zur vollständigen Uebersicht unserer Fehde muß ich den Inhalt seiner ersten Bekanntmachung aus dem 52sten Stücke dieser Nat[iona-] Z[ei]t[un]g vom v[origen] J[ahr] und der Berichtigung derselben aus dem 18ten Stücke d[ieses] J[ahres] hier kurz wiederholen, weil wenige Leser Zeit und Muße haben, die Blätter wieder nachzulesen, auch die wenigsten solche, da sie meistens in Zirkeln gelesen werden, gleich bey der Hand haben.

In dem bemeldeten 52sten Stücke ward von einem Ungenannten eine Bittschrift eingerückt, welche laut ihres Inhalts von dem gegenwärtigen Prediger zu Kleinenbremen für die Eingesessenen daselbst und des preuß. Dorfes Wülpke wider die Regierung zu Bückeburg bey der Kriegs- und Domänenkammer zu Minden am 5ten Dez[em]b[er] v[origen] J[ahres] übergeben seyn und viel Aufsehen erregt haben sollte. Der Inhalt betraf die damals in vielen teutschen Ländern und so auch in der Grafschaft Schaumburg-Lippe angelegte Fruchtsperre, und die Beschwerde gieng insbesondere wider die zur Beachtung der Sperre getroffene gewöhnliche Verfügung, daß, so wie einländisches Korn nur gegen ertheilte Ausfuhrpässe außer Landes zu fahren erlaubt ward, fremdes Korn nur gegen ertheilte Durchfuhrpässe durchgefahren werden durfte. H[er]r Magister Weddigen ließ hierüber in der abgedruckten Bittschrift seine Pfarrkinder also reden: „Leider etc.“⁵⁷

Man konnte es zur Unbekanntschaft des Verfassers dieser auszüglichen Bittschrift mit der reichsständischen Landeshoheit, vermöge welcher jeder Landesherr dergleichen Polizei-Verfügungen zu treffen Macht hat, zuschreiben, daß er sich so äußerst unangemessen darüber äußerte; man konnte es ferner nur seiner Unwissenheit mit der Art und Weise, wie Fruchtsperren in allen Ländern, und selbst im Fürstenthum Minden, zur Ausführung gebracht werden, beymessen, daß er über die zur Durchfuhr fremden Getreides deswegen erforderlichen Durchfuhrpässe, weil ohne solche durch Unterschleife das eigene Getreide leicht ausgefahren werden kann, so sonderbar deklamirte. Man rügte deswegen im 18ten Stücke der Nat[ional-] Z[ei]t[un]g von d[iesem] J[ahre] den unpassenden Inhalt aus Schonung nicht weiter, und erläuterte bloß:⁵⁸

Dawider replizirte der seine Anonymität nun ablegende H[er]r Weddigen in dem 23sten Stück der Nat[ional-]. Z[ei]t[un]g auf den 1sten Punkt:⁵⁹

Beweiste aber nicht die bemeldete Resolution der Kriegs- und Domainen-Kammer, die Nammerstraße zu bessern, geradezu, daß dieselbe den Inhalt der Bittschrift, den Eingesessenen in Kleinenbremen zu der Durchfuhr ihres Getreides durch das Schaumburg-Lippische Gebiet ohne Durchfuhrpässe mit militärischer Gewalt zu verhelfen, für unstatthaft gehalten habe? Weiset sie nicht vielmehr die bemeldete[n] Eingesessenen an, mit ihren Kornfuhren nach Minden auf dem preuß. Gebiete zu bleiben, und die über die Klus führende im Schaumburg-Lippischen Gebiete liegende Straße zu umgehen, wenn sie die Verfügung der Regierung zu Bückeburg, daß ohne Durchfuhrpässe kein fremdes Getreide durchgefahren werden solle, nicht befolgen wollten? Ist nicht schon dadurch das obige unstatthafte und auf einen wirklichen Landfriedensbruch abzielende Gesuch, falls es auch nicht *explicite* geschehen wäre, doch *implicite* abgeschlagen? Wie aber wenn man jetzt auch noch weiter der Wahrheit gemäß behaupten kann, daß die Kriegs- und Domainen-Kammer dem H[er]rn Magister ausdrücklich zu erkennen gegeben habe, daß ein jeder Landesherr dergleichen Polizey-Anordnungen in seinem Lande zu treffen bemachtet, und das angebrachte Gesuch also nicht zu genehmigen sey? Wie bald würde der H[er]r Magister, der dem Publikum so gerne alle Kleinigkeiten auftischt, die Resolution im Abdruck prahlerisch mitgetheilt haben, wenn seine Bitte gewährt und nicht abgeschlagen wäre? Ist aber eine auf eine eingebrachte Klage erfolgte abschlägige Resolution nicht noch mehr, als wenn erstere ohne Mittheilung an den Gegner nur bloß auf sich beruhend zur Seite gelegt wird? Hat sich nun nicht was wegen der unterbliebenen Mittheilung vorher nur in kleinerer Maaße vermuthet worden, in größerer Maaße nachher als wahr bestätigt? Und wer von beiden Theilen ist nun falsch zu Werke gegangen?

Ferner erwiederte derselbe auf den 2ten Punkt:⁶⁰

Wer vermag diese hier versicherte Bereitwilligkeit der bemeldeten Eingesessenen, Ausfuhrpässe von der Regierung in Bückeburg zu holen, mit dem Inhalte der obigen Bittschrift zu reimen? worin es ausdrücklich heißt:⁶¹

Dergleichen offenbare Widersprüche sind zu auffallend, als daß man ohne Widerwillen sich länger dabey verweilen könnte. Indessen ergibt sich doch aus der neuern Erklärung so viel, daß einige von den Eingesessenen den H[er]rn Magister mit dem Vorgeben, die Erlangung der Durchfuhrpässe würde ihnen in Bückeburg erschwert, um zu bewirkende Abhülfe durch eine für sie zu entwerfende Vorstellung ersucht hätten. Wenn solches wahr ist; so hat derselbe es doch erstlich dahin versehen, daß er die sich bey ihm gemeldeten Eingesessenen nicht, wie sich gebühret hätte, an einen Advokaten oder Justiz-Kommissarius verwiesen hat, um ihr Gesuch bey der eigentlichen Behörde ordnungsgemäß vorzubringen; zweytens auch darin gefehlet, daß er, der die Unzuverlässigkeit der Bauern doch besser kennen sollte, wegen ihres falschen Vorgebens nicht erst zu Bückeburg, wohin er doch sonst oft genug kommt, mündlich oder schriftlich nähere Erkundigung eingezogen hat, ehe er selbst eine Supplik wider ein landesherrliches Kollegium entwarf; drittens auch offen-

bar seinen Auftrag überschritten, indem er ganz etwas anders, als warum er ersucht war, und mit weit mehr, als zum Zweck gehörte, darin vorge-
tragen hat; und viertens auch darin gefehlt, daß er das verlangte Beför-
derungsgesuch zur geschwindern Erhaltung der Pässe nicht bey der ei-
gentlichen Behörde, der Regierung zu Bückeburg, angebracht hat. Aber
es ist hierbey vorzüglich auch noch dieses zu erwähnen, daß die vorgebil-
dete Verzögerung der Ertheilung der Ausfuhrpässe ebenso unbegründet
ist, als daß die Abholer derselben von einem Rathe zum andern geschickt
wären, da die ungesäumte Ausfertigung derselben dem Regierungs-Se-
kretär, Herrn Kazley-Rath Kapaun, allhier aufgetragen war, und die ein-
fache Manipulation dabey keiner weitem Berathung bedurfte. Wenn
aber von den bemeldeten Eingesessenen die die erforderlichen Beschei-
nungen, daß sie wirklich ausländisches Getreide durchzufahren hätten,
nicht in Zeiten beygebracht, oder in Ansehung des durchzufahrenden
Zinskorns ihre Quittungsbücher darüber nicht vorgezeigt worden sind:
so haben sich dieselben ihre veranlaßte Verzögerung eben sowohl selbst
bezumessen, als der erste Meyer in Kleinenbremen, der die Vorzeigung
seines Zinskorn-Quittungs.Buchs ausdrücklich verweigerte, und sein Zins-
korn gleich den meisten andern Eingesessenen lieber auf dem schlechten
Nammer Wege nach Minden fuhr. Denn nach einer glaubwürdigen Versi-
cherung des Herrn Kanzleyraths Kapaun haben sich nur zwey Eingesesse-
ne zu der erforderlichen Bescheinigung verstanden und nur zwey
Durchfuhrpässe erhalten, und es sind auch weiter keine als nur diese bey-
den Durchfuhrpässe bey der Zollstätte zur Klus, nach der damit überein-
stimmenden Versicherung des Zollpächters Kron, abgeliefert worden.

Hieraus erhellt sich nun, einmal wie frivol das gegenseitige Anerbieten
zur eigenen eidlichen Bestärkung unerfindlicher diesseitiger Verzöge-
rung sey, und zweytens wie sehr die sämmtlichen übrigen Eingesessenen
durch das von ihrem Seelsorger für sie angebrachte Gesuch um unbedin-
gtes Getreide-Durchfuhr darin bestärket worden sind, lieber den
schlechten Nammer Weg zu fahren, als Durchfuhrpässe von Bückeburg
zu holen.

Endlich weiß der H[er]r Magister auf den 3. Punkt:⁶² weiter nichts zu
antworten, als daß solches eine niedrige Kalumnie sey.

Nun freylich von einem Manne, der als Diener des Friedens, statt Fried-
fertigkeit, Eintracht und Ruhe zu befördern, es für besser hält, den Ab-
weg der Widerspenstigkeit und des Streites zu betreten; der es für nichts
achtet, die bisher glücklich bestandene Harmonie zwischen zwey nach-
barlichen Landes-Kollegien unnöthiger Weise stören zu wollen; der den
Advokaten und Justiz-Kommissarien durch unbefugtes Supplikenmachen
ins Amt fällt; der bekannte reichsständische Landeshoheitsrechte miß-
kennt und zu deren Schmälerung königl. preuß. Militär nach seiner de-
spotischen Phantasie marschiren lassen will; der seine dazu am 5ten
Dez[em]b[er] v[origen] J[ahres] entworfene Supplik, noch ehe er die
schon am 8ten desselben erfolgte Resolution erhält, schnell, wie Asmus
Henne ihr gelegtes Ey⁶³ selbst laut rezensirt und dem Publikum mit be-
haglichem Wohlgefallen bekannt macht, daß solche viel Aufsehen erregt

habe, wovon außer ihm doch niemand etwas wußte; der gleichwohl nachher nicht in Abrede stellen kann, daß ihm sein Gesuch abgeschlagen sey; der den jetzigen Streitpunkte nach Belieben verändert, bald eine in einem benachbarten Lande angelegte Fruchtsperre in Ansehung seiner Pfarrkinder für unbefugt und lästig erklärt, und bald nachher sich versichert, daß seine Pfarrkinder die dazu verordneten Durchfuhrpässe gern geholet hätten; der nun erst der Erlangung derselben Hindernisse beyfügt, die nicht vorhanden sind; der in Ansehung der hiesigen Grafschaft, worin er 1788 das damals vakante Rektorat bey dem Gymnasium zu Bückeburg und 1792 die erledigte Prediger-Stelle zu Vehlen zu erhalten suchte, aber beydes nicht erhielt, sich nun eben so taselsüchtig benimmt, als jener Nachbar[,] der aus seinem Fenster in des andern Garten sehen konnte, alle darin stehenden schönen Blumen und Früchte unbemerkt ließ, dagegen aber das hier und da aufkeimende Unkraut sorgfältig ausspürte und zudringlich jedem Vorübergehenden zeigte; freylich von einem solchen Manne ist es kein Wunder, wenn er auch nach Belieben mit niedrigen Kalumnien um sich wirft. Aber wußte denn der H[er]r Magister etwa nicht, daß erst eine Verläumdung vorhanden seyn müsse, ehe er befugt ist, jemanden derselben zu beschuldigen? Und wußte er etwa auch nicht, daß er durch seine falsche Beschuldigung selbst in eine niedrige Kalumnie verfallen würde?

Da nun in dem obigen Punkte offenbar blos reine Wahrheit und keine Verläumdung enthalten ist, und da auch jeder Unpartheyischer die aufgeworfene Frage dem auf einen Landesfriedensbruch abzielenden, widerspenstigen und hyperbolischen Inhalte der unbefugten Supplik ganz angemessen finden und solche besehen wird: so mag auch der H[er]r Magister die aufgestoßene und in gleicher Größe und Form hiermit retorquirte niedrige Kalumnie mit dem damit verknüpften Prädikat, wie sich das von Rechtswegen gebühret, auf sich behalten.

Ich schließe mit der Anti-Kritik des Apelles: *ne sutor ultra crepidam!*⁶⁴ und nehme, da mein Gegner seine anonymische Maske bey Seite gelegt hat, die meinige nun auch ab.

Bückeburg, den 21sten Julius 1803. König. Regierungs-Rath.

Kaiserlich privilegirter Reichs-Anzeiger Nr. 285; Montag, 24. Oktober 1803

Berichtigungen und Streitigkeiten.

Widerlegung eines ehrenrührigen Aufsatzes des Regierungsraths König zu Bückeburg im 35 St[ück] der Nat[ional-] Zeitutug d[er] T[eutschen] vom J[ahr] 1803 gegen mich, den Prediger Weddigen zu Kleinenbremen im Fürstenthum Minden.

„Ich bin es dem Publicum, welches noch einige Achtung für mich hegt, wie auch mir selbst schuldig, auf das Inserat zu antworten, welches sich im 35 St[ück] d[er] Nat[ional-]Zeit[ung] d[ieses] J[ahres] befindet, und zu welchem sich der R[egierungs-] R[ath] König zu Bückeburg als Verfasser bekennet. –

Eine im Monat December 1802 angebrachte Beschwerde der hiesigen

preußischen Unterthanen bey der Mindenschen Cammer über erschwerte Ausfuhr unsers Korns nach Minden, und der Abdruck dieses Actenstücks im 52 St[ück] der gedachten Zeitung v[om] J[ahr] 1802, begleitet mit treffenden Bemerkungen vom Hofrath Becker, waren die Ursachen, die meinen Gegner aufforderten, Pfeile auf mich zu schnellen, die zwar spitzig seyn schienen, aber ihrer Kraftlosigkeit wegen mich nicht trafen. Zur Sache.

Es fragt sich: Hatten die hiesigen Unterthanen (der Gegenstand betraf auch mich) Grund, jener Bedrückungen wegen klagbar zu werden, und reizte ich als Prediger durch diese Klage die Einwohner von Kleinbremen zum Starrsinn und ungehorsam: – Die Frage entscheidet sich bald. Nach der ausdrücklichen Versicherung mehrerer hiesigen Eingeseßnen, welche auch mit der Behauptung des R[egierungsrats] König (s[iehe] N[ational-]Z[eitung] St[ück] 18 S[eite] 407 und St[ück] 35 S[eite] 791) übereinstimmt, sollte den preußischen Unterthanen die Durchfuhr ihres Getreides nach Minden unter folgenden Bedingungen verstattet, und denselben die Pässe nicht verzögert werden.

a) Durch Vorzeigung ihrer Quittungsbücher, – wodurch man sich Bückeburgischer Seits von dem wahren Etat sämmtlicher Unterthanen Abgaben der hiesigen zinspflichtigen Unterthanen an ihre Gutsherrn überzeugen konnte. – Ward diese Bedingung erfüllt?

Dem hiesigen Meyer Engelking wurde die Durchfuhr seines Zinskorns verweigert, weil er jene nicht producirte; dem hiesigen Kirchenvorsteher Trebbe aber, der sie wirklich vorzeigte – wie er mir noch heute, da ich dieß niederschreibe, aufs Neue versicherte, – von dem Canzleyrath Capaun in Bückeburg, mit den Worten abgeschlagen: er solle über ein Paar Tage wiederkommen. – Als er sich hierauf an einen anderen Rath wandte (er nannte mir den Rath König namentlich) und beschwerend vorstellte; daß er, wenn man ihm den Paß versagte, sein geladenes Getreide auf der Bückeburger Klus stehen lassen müsse, ward ihm auf Befehl der Paß von dem C[anzley-] R[ath] Capaun ausgefertigt. –

b) Die zweyte Bedingung einer freyen Durchfuhr nach Minden für die Nichtzinspflichtigen betraf eine erforderliche Bescheinigung, daß sie kein fremdes sondern preußisches Korn durchführten. –

Welcher Untervoigt, welches Amt, welche Cammer konnte dieselbe ausstellen? Und auf welchem geraden Wege sollte man erforschen, daß weder durch Tausch noch Kauf fremdes Bückeburger Korn in unser Dorf gekommen sey, und wieder ausgefahren werde?

Die Verhütung einer möglichen Einfuhr lag nicht der preußischen, sondern der bückeburgischen Regierung ob, zumahl keine Obrigkeit nach Pflicht und Gewissen obigen Attest ausstellen konnte. –

Guter Rath war theuer! Für die Gutsherrn zu Minden konnte durch Vorzeigung der Quittungsbücher, welche für einen rechtskräftigen Beweis gelten sollten, daß das dort specificirte Korn kein ausländisches sey, gesorgt werden! – Aber man wollte auch Geld aus dem Ueberflusse unsers Korns in Minden lösen; der Landmann wollte die Lücke wieder auffüllen, welche eine monatliche Contribution zum Chausseewege durch

seine Felder, von Rinteln nach Bückeberg, ihm verursacht hatte; er wollte für seine und seiner Familie Erhaltung, Bekleidung und Wohlstand sorgen; er wollte seine dem Landesherrn schuldige Abgaben entrichten, wovon auch der Verfasser dieser Rechtfertigung nicht befreiet ist; man hatte militärische Execution zu fürchten, wenn die königlichen Cassen, wie die Gesetze es heischen, nicht zur bestimmten Zeit befriediget werden.

Aus diesen einleuchtenden Gründen folget nun.

1) Der gerechte Grund der Beschwerde, welche, wenn nicht einige Wochen nach Eingabe derselben bey der Mindenschen Cammer, den hiesigen Einwohnern die Durchfuhr nach Minden wäre wiederum verstattet worden, hätte fortgesetzt und näher deducirt werden müssen. – 2) Da die pflichten für Erhaltung unsrer selbst und für Gehorsam gegen unsre Obrigkeit so laut für uns sprachen: so folgt: daß es eine offenbare Verläumdung zu nennen sey, wenn mein erhitzter Gegener behauptet: daß ich durch diese Klage das Volk zum Starrsinn und Ungehorsam gegen die Gesetze habe reitzen wollen. – *Quae, qualis, quanta!* – Wie kann man ein solches Resultat aus einer Bittschrift an meine Behörde herleiten? Das verständige Publicum entscheide! –

Mein erhitzter Gegener behauptet ferner: ich habe durch die gedachte Bittschrift und Beschwerde in die Rechte angesetzter Justizcommissarien gegriffen. – Steht es denn einem preußischen Prediger nicht frey, für seine Pfarrkinder, deren Verhältnisse er am richtigsten kennen zu lernen, Gelegenheit hat, sich den Schutz einer höhern Obrigkeit zu erlehen? Wer kann dieß läugnen? Und kann und darf ein bückebergischer Regierungsrath hierüber entscheiden? –

Die übrigen inconsequenten Beschuldigungen, z. B. daß ich durch obige Beschwerde die Harmonie zwischen zwey nachbarlichen Landescollegien trenne; daß eine im J[ahr] 1788 gesuchte, aber nicht erhaltener Bückeburger Schulstelle (denn von einer Bewerbung um die Landpfarre in Vehlen im J[ahr] 1792 ist mir nichts erinnerlich) mich tadelsüchtig mache (worin?) verdienen nicht nur mein ganzes Mitleiden; sondern sind auch, wie ich ihm versichern kann, durchaus falsch.

Um ihn aber auch von der grundlosen Behauptung zu überzeugen, daß ich nicht zu der Classe derjenigen Menschen gehöre, die das Unkraut in dem Garten des Nachbarn bemerken, ohne auf die duftenden Blumen zu achten; so beliebe er nur meine Schriften über Westphalen – wenn er davon gehört – und insbesondere die historischen Data über die Grafschaft Schaumburg-Lippe zu durchblättern, wo er so manche rühmliche Anordnung der zu früh verstorbenen geistvollen Fürstinn⁶⁵ und einige ihrer Vorfahren antreffen wird. –

Der mir zur Last gelegte Widerspruch: daß einmahl in der oben gedachten Beschwerde vom December 1802 gesagt ist: Es koste den hiesigen Eingesessenen Ueberwindung und Zeit, Pässe von Bückeberg zu holen, und nachher im 23 St[ück] der N[at]i[on]al-Z[eitung] vom 9 Jul. 1803 von mir versichert werde, daß sie sich dennoch, (bey ihrer Verlegenheit) zur Abholung derselben, willig würden verstanden haben, wenn ihnen die Erlangung derselben nicht wäre erschwert worden, widerlegt sich aus

dem Vorigen von selbst. – Wenn der Regierungsrath König aber am 18 St[ück] der Nat[ional-] Zeit[ung] vom 5ten May 1803, (da die Durchfuhr nach Minden einige Monate vorher war freygelassen worden,) behauptet: die preußischen Unterthanen hätten sich zur Abholung der Pässe durchaus nicht verstehen wollen, und im 35 St[ück] vom 1 Septemb[er] wieder hinzusetzt: zwey derselben (?) hätten sich eingefunden; so ist dieß ein Widerspruch, den auch ein Kind einzusehen im Stande ist.

Was übrigens mein Gegener mit der Bemerkung sagen will: ich tische dem Publicum so gern Kleinigkeiten auf, bleibt mir ein Rätsel. – Zielet er auf obige Beschwerde; so folgt, daß sie keine Kleinigkeit war; zielet er auf meine Schriften; so muß ich das Urtheil über dieselben competenten Richtern überlassen, und das von ihm auf mich angewandte Motto des Apelles zurückgeben: *Ne sutor ultra crepidam*.

Ich schließe mit der Versicherung, daß ich mit einem Manne, der sich nicht entblödet, gegen mich, der ich hier unschuldig bin, so harte Injurien vor den Augen des Publicums auszustoßen; – der aus einer bey der Behörde eingereichten Bittschrift die lächerliche Folgerung zieht: ich reiße das Volk zum Starrsinn und Ungehorsam, griffe in die Rechte der Justizcommissarien; werde wegen einer vor 15 Jahren gesuchten, aber nicht erhaltenen bückeburger Schulstelle zur Tadelsucht verleitet; trenne durch obige Klagen das Band nachbarlicher Freundschaft zwischen zwey Landescollegien; – daß ich, mir einen sochen Manne, der durch obige Beschuldigung seine Denkkungsart vor dem Publicum hinreichend documentirt hat, in keine weitere öffentliche Fehde mich einlassen kann.

Kleinbremen im Fürstenthum Minden, den 21 Septemb[er] 1803. Weddigen.

Anmerkung. Durch die Verbesserung der Nammer-Straße, auf welcher die preuß. Unterthanen in Kleinbremen der bückeburger Clus ausweichen können, kann allein den nachtheiligen Folgen künftiger ähnlicher bückeburger Kornsperrern vorgebaut werden, und dazu hat die Mindensche Cammer in einem gnädigen Schreiben d[e] d[at]o] Minden den 8 Dec. 1802 Hoffnung gemacht.

Zum Tode Peter Florens Weddigens⁶⁶

Im Jahr 1809 den 6ten September starb der bisherige Prediger in Kleinbremen, *Peter Florenz [sic] Weddigen*, Doctor der Philosophie und Magister, in einem Alter von 50 Jahren und beinahe elfjährigem Hierseyn. Er ist Verfasser oder Herausgeber folgender mir bekannt gewordenen Schriften:

- 1) des Westphälischen Magazins, 7 Jahrgänge,
- 2) des National-Kalenders, 4 Jahrgänge,
- 3) der Oden und Lieder für Christen, ein Bändchen,
- 4) der Paderbornschen Geschichte, 3 Theile,
- 5) einer neuen Liturgie, 1 B[än]dch[e]n,
- 6) Morgenstunden der Grazien, 1 B[än]dch[e]n, unter dem Namen seiner Frau – einer geborenen Stohlmann, – herausgegeben, nebst mehrer einzelner Gedichte; wovon manche, z. B. seine „Tageszeiten“, un-

ter den „Meisterwerken deutscher Gedichte des 18ten Jahrhunderts,“ (einem gewissen so betitelten Buche,) einen Platz erhalten haben. Unter andern Vortheilen hatte ihm sein schriftstellerischer Ruhm auch die große Königl[iche] Peuß[ische] goldene und silbernen Ehren-Medaille verschaff[ft], und er besaß mehre eigenhändig geschriebene, sehr gnädige Briefe und Kabinet-Verfügungen von der hochseligen Louise, Königin von Preußen[,] und andern fürstlichen Personen.

Bald nach dem Tode seiner Gattin – den 7ten May 1808, – zeigten sich Spuren einer traurigen Geisteszerrüttung an ihm, die indeß erst nach der Verbindung mit seiner zweyten Frau – im August-Monat desselben Jahrs, – völlig zum Ausbruche kamen. Er versank in einem Zustand von tiefer Melancholie, flohe scheinlich die menschliche Gesellschaft, besonders die von Fremden, und wurde zu allen Geschäften durchaus unfähig. Wie die meisten bedauernswürdigen Unglücklichen der Art, machte auch er Anschläge auf sein Leben, die indessen immer von den ihm zur Aufsicht und Begleitung zugestellten Personen eine Zeitlang gehindert wurden: – bis er endlich in der Nacht vom fünften auf den sechsten September seine unglückliche, zur fixen Idee ausgepönnene Vorstellung: „er müsse das Diesseitige fliehen,“ freiwillig realisirte. Der Ursachen dieses traurigen Schicksals mögen mehrere seyn, sind aber fast alle mit einem dichten Schleier umhüllt: es möchte daher zu gewagt scheinen, wenn ich, obgleich ich ihn alle Tage beobachtete, aus Vorwitz etwas Gewisses – das doch im Grunde nur Hypothese wäre, – darüber niederschreiben wollte. Ich schweige also davon. (Dennoch kann ich nicht umhin, eines Umstandes zu gedenken, der vielleicht, – *wahrscheinlich*, die einzige Ursache seiner Geisteszerrüttung war, und, – ist dies, – seinen letzten Schritt *völlig* rechtfertigt. Wenigstens gebietet die Moral seiner zu erwähnen.

Auf dem Kopfe des Magisters Weddigen hatte sich schon einige Jahre vor der traurigen Katastrophe ein Gewächs erzeugt, ein harter Knoten, von der Größe einer welschen Nuß, der nur allmählich, aber ununterbrochen fortzuwachsen schien, und bereits der Gemeinde, wenn er auf der Kanzel stand, auffiel. Mehrere Male hat er mich selbst, in seinen gesunden Tagen, darauf aufmerksam gemacht und sein Bedenken geäußert. War etwa dieser Knoten mit der Hirnschale selbst verwachsen? Trat er auch inwendig hervor und drückte auf das Gehirn? – dann war ja der Zustand des Verrücktseins eine natürliche Folge und verdiente gedoppeltes Mitleid. Ich wenigstens bin ganz dafür. Schade, daß kein Arzt seinen Kopf sezirte und die Hypothese zur Gewißheit erhob. Unserer toleranten Gemeinde gereicht es zum Lobe, daß sie ihn, wie billig, nicht verachtete, sondern von Herzen bemitleidete und sich einer anständigen Beerdigung auf dem hiesigen Friedhof nicht widersetzte. Die Wittwe bezog nachher das Prediger-Wittwenhauß, erhielt die Hälfte des ganzen Wittwenenthums, sowie des Hauses, und bis zum 3ten August 1817, wo sich für sie zu einer zweyten Heirath in Herford, mit dem Cantor Bergmann, Lehrer am Gymnasio daselbst,⁶⁷ Gelegenheit fand, sind hier also zwey Prediger-Wittwen zugleich gewesen.

Diverse Gedichte Weddigens aus seiner Zeit in Kleinenbremen

*P. F. Weddigen: Bey Klopstocks Grabel*⁶⁸

Es rauschte deiner Harfe Klang
Gleich einem Waldstrom – Dein Gesang,
Entlockt der Bardenlaute, drang
Vom Staub der Erde zu den Sphären.

Du fleuchst, der Sänger Stolz, du fleuchst
In Morgenroth gehüllt, und steigst
Auf Adlerschwingen zu den Chören,
Wo dich – die Sternbewohner hören.

*P. F. Weddigen: Sprache*⁶⁹

Wie freudenleer, o Schöpfer, wär' mein Leben,
Wenn deine Huld nicht Sprache mir gegeben,
Durch die mein Geist dich feuriger verehrt,
Dein Lob vermehrt.

O daß ich doch bey jeglichem Geschäfte
Beherrigte der Sprache hohe Kräfte.
Wie nützlich würd' ich dadurch schon auf Erden
Den Brüdern werden!

Fühl ich die Angst und Noth zerschlagner Herzen,
Will ich durch sie vermindern Weh und Schmerzen,
Den Traurenden, des Kummers Pein zu stillen,
Mit Trost erfüllen.

Seh' ich den Bruder von der Tugend weichen,
Dann soll ihn schnell der Sprache Kraft erreichen,
Sie soll ihn, aus der Sünden Schlaf zu wecken,
Erfüll'n mit Schrecken.

Die Irrenden will ich durch sie regieren,
Sie auf den Pfad der reinen Wahrheit führen,
Erleuchten, bessern, daß sie schon auf Erden
Beseeligt werden.

Des Aberglaubens Nacht soll durch sie weichen,
Es sollen Brüder nicht mehr ächzend keuchen
Im Joch der Dummheit; – ich will sie belehren,
Dich rein verehren.

Will Uebermuth den Unterdrückten kränken,
Der Sprache Stärke soll zur Sanftmuth lenken,
Sie soll die Zwietracht und den Hader leiten,
Und Ruh verbreiten.

O daß ich doch bey jeglichem Geschäfte
Beherrigte der Sprache hohe Kräfte,
Wie nützlich würd' ich dadurch schon auf Erden
Den Brüdern werden. –

Gebraucht ich sie zu Meineid oder Lügen,
Um freventlich den Bruder zu betrügen,
Wie würd' ach! einst das redende Gewissen
Mich strafen müssen.

Gebraucht ich sie, des Nächsten Heimlichkeiten,
Die er mir anvertrauet, zu verbreiten,
Wie sehr würd' ich der Liebe erste Pflichten
Dadurch zernichten!

Herr, zur Vollendung guter, edler Werke,
Verleih und Schwachen Muth, Geduld und Stärke!
Lehr auch durch Sprache deinen heil'gen Willen
Uns treu erfüllen.

(1804)

*P. F. Weddigen: Der zufriedene Landmann*⁷⁰

Bin zwar wohl nur ein armer Mann,
Doch hab ich Gottes Segen,
Und kann mich mit dem Großsultan
Auf eine Waage legen;
Ich bin zufrieden, ehre Gott,
Und habe Weib und Vieh und Brodt.

Früh lacht mich Gottes Sonne an,
Spät scheinen aus der Ferne
So schön als dir, o Großsultan,
Mir Gottes Mond und Sterne;
Ja, glaub es mir, o Großsultan,
Sie lachen mich noch schöner an.

Du wohnest, wie die Rede geht,
In marmornen Pallästen,

Und lebest früh und Abends spät
In Schmausen und in Festen.
Ich lache deiner Schmausereyn,
Und mag, bei Gott, dein Gast nicht seyn.

Was hast du denn wohl mehr davon,
Als aufgedunßnen Magen?
Koliken, Kopfweh sind dein Lohn,
Du mußt die Binde tragen.
Solch Unheil triffst du, Großsultan,
Bei meiner Wenigkeit nicht an.

Mein Hüttchen ist mir nicht zu klein,
Mich und mein Weib zu fassen.
Ich lebe frey, schlaf ruhig ein,
Auch kann ich wachen, spassen,
Mich strecken hin am klaren Bach,
Es kräht nicht Hahn noch Huhn darnach.

Du aber gehst nicht hundert Schritt,
So ringeln Janitscharen
Sich um dich her, in Reih und Glied,
Als drohten dir Gefahren.
Ich danke Gott in meinem Sinn,
Daß ich kein Fürst geworden bin.

P. F. Weddigen: An den Gott der Reben⁷¹

Gott Lyäus! Sorgenbrecher!
Thyrusschwinger! strenger Rächer
Dem, der Rebensaft mißfällt;
Auf vernimm der Freude Lieder,
Womit heute, voll von Geist,
Fest umschlungner froher Brüder
Eintrachtvolles Band dich preißt.

Unter Barkas heissen Zonen,
In den Hütten, auf den Thronen,
Jauchzt dein Lob der Erdenrund.
Du belebst der Götter Herzen,
Rollst duch Adern frohes Blut,
Lehrst den wilden Krieger scherzen,
Giebst den Feigen Heldenmuth.

Leidenden, des Lebens Müden
Reichet Muth, Geduld und Frieden
Deiner Reben milder Geist.
Sklaven, von Tyrannenketten
Wund zur Erde hingedrückt,
Ruhen wie auf Eyderbetten
Wann dein Nektar sie erquickt.

Singt, auf singt dem Sorgenbrecher,
Füllt mit Perlenschaum die Becher
Trinket Lebenskraft und Muth.
Singt der Freundschaft heil'ge Bande,
Singt der Brüder Heldenmuth,
Die dem lieben Vaterlande
Opferten ihr edles Blut.

Untergang, Verderben, Ketten,
Fluch selbst auf den Todtenbetten
Der Tyrannen Höllenbrut! –
Allen, die die Menschheit schänden,
Die der Gottheit Bild entweihn,
Die duch Wahn die Völker blenden,
Werde Gift Lyäens Wein. –

Chor [Wiederholung der letzten vier Verse].

Liste nach von Gieseler der „Lesebücher[n]“ für eine Lesegesellschaft für Landschulmeister aus dem Jahre 1801:

Anweisung (? evtl.: Gründliche Anweisung zum Briefeschreiben, nach der deutschen Schreibart; Nebst deutlichem Unterrichte zur deutschen Orthographie und einem neuen Titularbuche, ingleichen einem kurzgefaßten Zeitungs-Lexico und Anhang von Handlungsbriefen, wie auch in Kupfer gestochene Vorschriften, herausgegeben von Theophilo, Leipzig 1770); Carl Friedrich Riemann, Versuch einer Beschreibung der Reckahn-schen Schuleinrichtung, Berlin, Stettin 1781; Rudolf Zacharias Becker, Noth- und Hülfsbüchlein für Bauersleute, Hamburg 1788; Christian Gott-hilf Salzmann [Hg.], Der Bothe aus Thüringen, 1. u. 2. Quartal [sc.: des er-sten Jahrgangs 1788]; Joachim Heinrich Campe, Kleine Seelenlehre für Kinder, Wien 1788; ders.: Sittenbüchlein für Kinder aus gesitteten Stän-den, Dessau 1777; ders.: Entdeckung von Amerika, 3 Bde., Hamburg 1780/81; Johann Georg Rosenmüller, Christliches Lehrbuch für die Ju-gend, Leipzig 1787; Friedrich Eberhard v. Rochow, Versuch eines Schul-buchs für Kinder der Landleute oder zum Gebrauch in Dorfschulen, Ber-lin 1772; ders., Katechismus der gesunden Vernunft, Berlin, Stettin 1786; ders., Der Kinderfreund, ein Lesebuch zum Gebrauch in Landschulen, Teil 1: Brandenburg und Leipzig 1776, Teil 2: ebd., 1779; Lavaters Gebetbuch

(Sammlung einiger Gebete auf die wichtigsten Angelegenheiten des menschlichen Lebens, Leipzig 1778, oder: Morgen und Abend-Gebethe auf alle Tage der Woche, Leipzig 61778); Georg Christian Raff, Naturgeschichte für Kinder zum Gebrauch auf Sta[d]t und Landschulen, Göttingen 1781; Georg Friedrich Seiler, Das größte biblische Erbauungsbuch, Erlangen 1785; *Acerra philologica* (1633 erstmals von dem Rostocker Peter Laurenberg herausgegebene altsprachliche Anthologie; vgl. *Acerra Philologica*; ein neues Lesebuch für die mittlere Jugend, Hamburg 1785); Carl Traugott Thieme, Über die Hindernisse des Selbstdenkens in Deutschland, Leipzig 1788; Jacques Ballexerd, Ratschläge an kluge Eltern, über die Behandlung neugebohrner Kinder, Bern 1786; Johann Heinrich Bolte, Berliner Briefsteller für das gemeine Leben, Berlin 1782; Rechenbuch (?); Heinrich Gottlieb Zerrenner, Volksbuch; ein faßlicher Unterricht in nützlichen Erkenntnissen und Sachen mittelst einer zusammenhängenden Erzählung für Landleute, um sie verständig, gut, wohlhabend, zufriedener und für die Gesellschaft brauchbarer zu machen, 2 Bde, Magdeburg 1787; Carl Friedrich Bahrdt, Christliches Sittenbuch fürs Gesinde, worin demselben eine Anleitung gegeben wird, sich durch treue Beobachtung seiner Pflichten glücklich zu machen und seinen Stand zu erleichtern: nebst Anzeige eines sehr wirksamen Mittels für Herrschaften, gutes und treues Gesinde zu bekommen, Berlin 1786; Johann Rudolph Gottlieb Beyer, Handbuch für Kinder und Kinderlehrer über den Katechismus Lutheri, 2 Bde, Leipzig 1784/85, 21787; Christian Gotthilf Salzmann, Ueber die wirksamsten Mittel, Kindern Religion beizubringen, Dessau 1787; Friedrich Gedike, Einige Gedanken über die Uebung im Lesen, Berlin 1785; Johann Heinrich Helmuth, Volksnaturlehre zur Dämpfung des Aberglaubens, Braunschweig 1786; Karl Friedrich Splittegarb, Neue Bemerkungen über das Lesenlehren, die deutsche Rechtschreibung und den Gebrauch des neuen Bilder A B Cees, Berlin 1787; Peter Villaume, Geschichte des Menschen, Berlin 1783; Friedrich August Junker, Handbuch der gemeinnützigsten Kenntnisse für Volksschulen; beim Unterrichte als Materialien und bei Schreibübungen als Vorschriften zu gebrauchen, Halle 1787; Johann Friedrich Oest, Für Eltern, Erzieher und Jugendfreunde: über die gefährlichste und verderblichste Jugendseuche: eine aus dem 6. Teil des Revisionswerkes besonders abgedruckte Preisschrift, hrsg. v. J. H. Campe, Wolfenbüttel 1787; Geschichte Gottfried Walthers (?); Johann Adam Christian Thon, Das rännonnirende Dorfkonvent, eine gemeinnützige ökonomisch-moralisch-politische Schrift für den Bürger und Landmann, 3 Bde., Erfurt 1786-1788; Beyers Communionbuch (nicht nachweisbar; vielleicht Friedrich Gemanus Lütke, Communionbuch, Berlin 1772); Johann Georg Schlosser, Katechismus der Sittenlehre für das Landvolk, Frankfurt 1771; Johann Christoph Fröbing, Die Bürgerschule: ein Lesebuch für die Bürger- und Landjugend, Hannover 1788; Rudolph Christoph Lossius, Die ältesten Geschichten der Bibel für Kinder, Erfurt 1784; Friedrich Christoph Jonathan Fischer, Geschichte Friedrichs des Zweiten, Königs von Preußen, Halle 1787; Johann August Ephraim Goeze (Hg.), Monatsschrift für allerley Leser, Nürnberg 1787; Christoph Ludolf Reinhold, Bürger- und Land-

manns Prätke, nebst einen ewigen Almanak, Wetterprophet, Menschen- und Vieharzt [et]c. für Hausväter und Hausmütter, in allen Ständen, Oßnabrück 1787; Karl Gottlieb Klein, Gebetbuch für Landleute, Breslau 1771. Marginalie rechts oben: Ludwig Christian Anton Wiegand, Vorlesung über den kleinen Katechismus Lutheri zum Gebrauch in deutschen Schulen, Quedlinburg 1787. Unter „Verschrieben sind schon“ werden folgende Titel angeführt: Johann Gottlieb Seidenburg, Taschenatlas, oder geographisches statistisches Handbuch von allen vier Welttheilen; zum lehrreichen Unterricht der Jugend, Berlin 1788; Johann Valentin Trautvetter, Christliche Catechisationen über die zehen Gebote, für die Landjugend, Leipzig 1785; Raymund Dapp, Predigtbuch für christliche Landleute, zur häuslichen Andacht und zum Vorlesen in der Kirche: Auf alle Sonn- und Festtage des ganzen Jahres, nach den Evangelien, Berlin 1788; Johann Friedrich Prenninger, Landschulbibliothek oder Handbuch für Schullehrer auf dem Lande, Berlin, 4 Bde., 1780-1789; Johann Ludwig Christ, Güldenes A. B. C. für die Bauern oder das Wesentliche der Landwirthschaft: nebst einem Anh. Nachricht von jungen Obstbäumen, Frankfurt a. M. 1787; D. F. Claß (Ps. F. Ferdinand Christian Touchy), Der Hausvater als sein eigener Vieharzt, Leipzig 1788; Johann Heinrich Jung-Stilling, Der Volkslehrer, Leipzig 1781.

Anmerkungen

- 1 Westfälisches Autorenlexikon 1750 bis 1800. Im Auftrag des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe herausgegeben und bearbeitet von Walter Gödden und Iris Nölle-Hornkamp unter Mitarbeit von Henrike Gundlach, Paderborn 1993, S. 278.
- 2 Vgl. Frank Stückemann, Peter Florens Weddigen; ein vergessener Publizist der Aufklärungszeit. In: 93. Jahresbericht des historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, 2008, S. 46-49.
- 3 Vgl. ebd., S. 74-84; ferner: Justus Möser, Briefwechsel, neu bearbeitet von William F. Sheldon in Zusammenarbeit mit Host-Rüdiger Jarck, Theodor Penners und Gisela Wagner, Veröffentlichungen der historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen XXI, Hannover 1992, S. 696 u. 711.
- 4 Stückemann (wie Anm. 2), S. 84-89.
- 5 Vgl. Hugo Rothert, Peter Florens Weddigen. In: Westfälische Lebensbilder, Bd. 3, hrsg. v. A. Bömer, O. Leutenschloß und J. Bauermann, Münster 1934, S. 34-43. Zu Rotherts erwecklicher Prägung vgl. Ulrich Rottschäfer, Verein und Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte; ein Rückblick aus Anlaß des 100-jährigen Bestehens. In: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 94, 1999, S. 11-85.
- 6 Vgl. Hugo Rothert, Johann Moritz Schwager, ein westfälischer Pastor des vorigen Jahrhunderts. In: Jahrbuch des Vereins für die Evangelische Kirchengeschichte der Grafschaft Mark 1, 1899, S. 139-151. Ders., Johann Moritz Schwager, eine westfälische Pfarrergestalt der Aufklärungszeit. In: Studien zur Geschichte des evangelischen Pfarrerstandes 2, Berlin 1929.
- 7 Ernst Kirchhof, Weddigen als westfälischer Publizist. Diss. Münster 1923 (Daktylographie).
- 8 Wie Anm. 2-4.
- 9 Vgl. Frank Stückemann, Zwischen Aufklärung und pietistischer Restauration: Peter Florens Weddigen als Pfarrer und Dichter geistlicher Lieder im Fürstentum Minden. In: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins 80, 2008, S. 53-82.
- 10 Vgl. Frank Stückemann, Der Bielefelder Prozeß des Klosters Marienfeld gegen den Publizisten Peter Florens Weddigen aus dem Jahre 1788/89 im Spiegel der zeitgenössischen Presse. In: Jahresberichte des historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg 97, 2012 (vorgelesen).
- 11 Friedrich Stohlmann, Lütgenbremer Gemeindechronik, Bd. 1, 1819-1826, Pfarramt Kleinenbremen, S. 40f. Herrn Hans Walter Juhl, der großzügigerweise Kopien der einschlägigen Passagen zur Verfügung stellte, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.
- 12 Zum Mindener Lehrerseminar vgl. Jens Brune, Zwischen Absolutismus und Aufklärung: Schule und Bildung in der preußischen Provinz des 18. Jahrhunderts. In: 86. Jahresbericht des historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, 2000, S. 7-25, insbes. S. 16f.
- 13 Gieslers Schrift wurde u.a. in der Neuen Allgemeinen Deutschen Bibliothek 73, 1802, S. 456-458 durch den bedeutenden Reformpädagogen Ernst Christian Trapp rezensiert. Die Wöchentlichen Mindenschen Anzeigen publizierten 1801 in der 20. Woche das „Schreiben des Prediger Gieseler das Institut zur Fortbildung der Schullehrer betreffend“, in der 25. Woche dessen „Nachricht von dem Institut zur Fortbildung der Volks-Schullehrer“ und in der 36. Woche sein Gedicht „An die Edlen des Landes: Bittschreiben im Namen der Volksschullehrer, des Fürstenthums Minden“. Vgl. auch Gisela Hirschberg, Erziehung im Dienst des Reiches Gottes: Georg Christoph Friedrich Gieseler – ein westfälischer Pädagoge der Aufklärungszeit. In: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 57, 1964, S. 43-79.
- 14 NRW StA Münster, Konsistorium Minden-Ravensberg III, 12, o.S.: Eine Liste der „Lesebücher[n]“, die bereits angeschafft sind,“ befindet sich im Anhang.
- 15 Im dritten Band von Gutsmuths Bibliothek der Pädagogischen Literatur von 1802, S. 300, berichtet Gieseler in seinem Aufsatz Ueber Schulconferenzen, „daß ich schon seit 1798 bey dem Hochpr[eislichen] Oberconsistorio in Berlin zur nächstmöglichen Verbesserung notiert war, und daß das hiesige preiswürdige Provinzialconsistorium schon weit früher 1794 und 1797 bey Erledigung zweyer der besten Stellen ein-

- hellig für mich berichtet hatte, nur daß es bey dem damaligen geistlichen Minister von Wöllner nicht durchdringen konnte.“
- 16 Vgl. Stückemann, wie Anm. 2, S. 84; Ferner: Brief Georg Christoph Friedrich Gieslers an das Konsistorium vom 2.8.1787; NRW-StA Münster, Akten das Pastorat zu Bergkirchen betreffend 1668-1807, Konsistorium Minden-Ravensberg IV, 23, fol. 124 et v.
- 17 Vgl. den von Weddigen verfaßten Schulbericht der Kleinbremer Parochie preußischen Antheils, NRW-Staatsarchiv Münster, Konsistorium Minden-Ravensberg III, 5, fol. 28f.
- 18 Stohlmann, wie Anm. 11, S. 77, Anm.
- 19 Vgl. Friedrich Wilhelm Bauks, Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945, Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte 4, Bielefeld 1980, S. 551, Nr. 6852.
- 20 Vgl. Johann Moritz Schwager, Ueber meine liturgischen Abänderungen. In: Materialien für alle Theile der Amtsführung 5, 1800, S. 224: „Als Mitglied und geistlicher Chef des Consistorii war er [Westermann] nicht dazu befugt, auf liturgische Verbesserungen zu dringen, am wenigsten unter dem berechtigten Religions-Edicte, das von keiner liturgischen Neuerung etwas wissen wollte; allein er war der Freund vieler Prediger, wechselte Briefe mit ihnen, besonders im Fürstenthume Minden, die unter seiner Superintendentur standen, brauchte selbst die Seilersche Liturgie, und gewann als Freund viele Prediger für sie, ohne daß Wöllner, Hermes, Hillmer und Heiler es wußten und verhindern konnten.“
- 21 Vgl. Frank Stückemann, Johann Moritz Schwager (1738-1804), ein westfälischer Landpfarrer und Aufklärer ohne Misere, Veröffentlichungen der Literaturkommission für Westfalen 36, Bielefeld 2009, S. 519f.
- 22 Zu Müller vgl. Bauks, wie Anm. 18, S. 342, Nr. 4300
- 23 Stohlmann, wie Anm. 11, S. 42 .
- 24 Vgl. Peter Florens Weddigen, Die Sprache; ein Gesang. In: Quartalschrift für Religionslehrer 1804/3, S. 518-520.
- 25 Peter Florens Weddigen, Kirchen und Schulsachen. In: Westphälischer historisch-geographischer National-Kalender zum Nutzen und Vergnügen auf das Jahr 1804, S. 236-238. Das folgende Rescript – vgl. ebd., S. 238-240 – an das Konsistorium zu Minden lautet: „Von Gottes Gnaden etc. etc. Unsern etc. etc. Das auswärtige Departement hat Euern unterm 3. v[om] M[onat] abgestatteten Bericht, die der Kleinbremer Pfarrenspection unterworfenen Gräfl. Schaumburg-Lippesche Schule zu Luhden betreffend, Unserm geistlichen Departement zum Sentiment mitgetheilt. Zur vollständigen Beurtheilung dieser Sache scheint es zu förderst auf eine nähere Untersuchung anzukommen, wie das Verhältniß der im Preußischen eingepfarrten Bückeburgischen Unterthanen et vice versa beschaffen ist, sobald man sich dießseitig aller Bestimmungen über die nach dem Auslande von Preußischen Unterthanen zu entrichtenden Proven enthalten wolle, daher Ihr dieses annoch näher eruiern und von dem Resultat zu berichten habt. Unser geistliches Departement hält übrigens dafür, daß es Bückeburgischer Seits bey der bisherigen Verfassung und Observanz, welche der etc. etc. [Mindensche Konsistorialrat] Broeckelmann attestirt, belassen, und die bisher in natura gelieferten Proven auch fernerhin in der Art prästiret, und es übrigens bey dem veststehenden Grundsatz verbleiben müsse, daß die eingepfarrten fremden Unterthanen sich in allen Kirchen-Sachen nach den Verordnungen und der Verfassung des Kirchspiels, in welches sie eingepfarrt sind, richten, und sich denselben unterwerfen müssen. Dagegen würde dasselbe aber geneigt seyn, den Prediger zu Kleinbremen von der Aufsicht über die im Bückeburgischen belegenen Schule zu Luhden zu dispensiren, wenn Bückeburgischer Seits ein Gleiches über die vier Preußischen Schulen zu Frille, Päpinghausen, Leteln und Wietersheim geschähe, und die deshalb bisher bestandene Verfassung aufgehoben würde. – Wir erwarten hierüber Euern gutachterlichen Bericht, worin Ihr Euch zugleich auch darüber auszulassen habt, auf welche Weise etwa der Nexus zwischen den dießseitigen Schulen und den Bückeburgischen Behörden ganz könne aufgehoben werden, wenn es auch nur erst nach dem Abgange derer geschehen könne, welche jetzt ein ius quaesitum haben? Sind Euch in Gnaden gewogen. Berlin den 5. Juni 1803. Auf Königl. Majestät allergnädigsten Speci-

- al-Befehl. Massow.“
- 26 Zu Brökelmann vgl. Bauks, wie Anm. 18, S. 61, Nr. 786. Die drei besagten Briefe Weddigens vom 1.12.1802, 14.12.1802 und 7.3.1803 befinden sich im NRW StA Münster, Konsistorialakten Minden-Ravensberg I, 94, fol. 12, 13v. und 14f.
- 27 Vgl. K. A. König, Duplizierende Berichtigung. In: National-Zeitung der Teutschen 1803/35, Sp. 788, über Weddigen („der in Ansehung der hiesigen Grafenschaft, worin er 1788 das damals vakante Rektorat bey dem Gymnasium zu Bückeburg und 1792 die erledigte Prediger-Stelle zu Vehlen zu erhalten suchte, aber beides nicht erhielt, sich nun ebenso tadelsüchtig benimmt ...“) mit dessen Brief an Justus Möser vom 23.11.1788: „Bey der Uebersendung der Fortsetzung des W[estphälischen] M[agazins] H. 15 schreibe ich Euer Wohlgebohren mit 2 Worten, daß meine Absicht, nach Bückeburg zu kommen, vereitelt worden ist. Die Sandbank, auf welcher das Schiff strandete, hatte ich nicht bemerkt. Ich war vom Consistorio empfohlen, wurde von der Fürstin zweymal aufs Schloß geladen, selbst zur Tafel. Mir wurde vorläufig gratuliret – nur nicht von einem Rath in Bückeburg, der sich für einen andern intereßiret hatte, welcher auch die Stelle erhalten hat.“ In: Justus Möser, Briefwechsel, neu bearbeitet von Willam F. Sheldon, Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen XXI, Hannover 1992, S. 696.
- 28 In den Konduitenlisten der Geistlichen, Küster und Schulmeister von 1801 heißt es, vgl. NRW-StA Münster, Konsistorialakten Minden-Ravensberg I, 19: „Amts-tüchtigkeit: Gute verschiedene geographische, statistische und historische Schriften herausgegeben, die mit Beifall aufgenommen wurden, und geistl. Lieder drucken lassen. Seine theologischen Kenntnisse und seine Gaben auf der Kanzel sind nur mittelmäßig. Amtsführung: Ueber seine Amtsführung wird nicht geklagt. Lebenswandel: Nichts zu erinnern.“
- 29 Brief Weddigens vom 23.7.1799, Vereinigte Westfälische Adelsarchive e. V. Cappenberg, C. Cap. C. I., Archiv Cappenberg, Nachlaß Freiherr vom Stein, Alt-signatur CI22-b/2.
- 30 Vgl. NRW StA Münster, Konsistorium Minden-Ravensberg IV, 134, Bd. 2, fol.
- 48 et verso. Veröffentlicht von Frank Stückemann, wie Anm. 2, S. 85.
- 31 Vgl. NRW StA Münster, Konsistorium Minden-Ravensberg IV, 454 (Geistliche Gebäude zu Jölllenbeck); ebd., Akten des Stifts Schildesche 127 und 128 (Pastorat Jölllenbeck, onus fabriciae des Pastorats).
- 32 Vgl. NRW StA Münster, Konsistorium Minden Ravensberg IV, 180 (Einsturz eines Theils der Pfarrwohnung zu Dornberg durch Sturm und der daraus entstandene Rechtsstreit zwischen den Eingepfarrten und dem Prediger zur Hellen wegen der Baukosten; 1805-1808).
- 33 Zu Weddigens Amtsvorgänger in Kleinbremen vgl. Bauks, wie Anm. 18, S. 110, Nr. 1413.
- 34 Vgl. NRW StA Münster: Pfr. Weddigen zu Kleinbremen :/ Forstfiskus wegen ungenügender Lieferung von Deputatholz, Kamerfiskal Minden Ravensberg 13, KDK XXXV, 952.
- 35 Vgl. August Christian Wilmanns (1757-1839), Gedanken über einen zu befürchtenden Holzmangel in der Grafschaft Ravensberg. In: Mindensche Beyträge zum Nutzen und Vergnügen 1780/39-41, Sp. 305-326; ferner: J. M. Schwager, Ueber den in der Grafschaft Ravensberg eingerissenen Holzmangel, seine Ursachen, und die Mittel, ihm abzuhelfen, nebst einem Worte von den Dieben und Bettlern überhaupt. In: Westfälischer Anzeiger 1801/8, Sp. 113-126. Ders., n Kritik; zum Spaße zu viel, zum Ernste zu wenig. In: Ebd., 1801/67, Sp. 1089-1098.
- 36 Vgl. zuletzt Gisela Hirschberg, Erziehung im Dienst des Reiches Gottes; Georg Christoph Friedrich Gieseler – ein westfälischer Pädagoge der Aufklärungszeit. In: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 57, 1964, S. 43-79.
- 37 Vgl. E. Kirchoff, wie Anm. 7, S. 4f.
- 38 Vgl. Bauks, wie Anm. 18, S. 399, Nr. 4943.
- 39 Aus: Friedrich Stohlmann (geb. 1780), Lütgenbremer Gemeindechronik, Bd. 1, 1819-1826, Pfarramt Kleinenbremen, S. 77, Anm.
- 40 Georg Heinrich Westermann (1752-1796); vgl. Friedrich Wilhelm Bauks, Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945, Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, Bd. 4, Bielefeld 1980,
- 41 Friedrich Carl Wilhelm Müller (1762-1819); vgl. Bauks, S. 342, Nr. 4300.

- 42 Heinrich Friedrich Christian Brökelmann (1763-1817); vgl. Bauks, S. 61, Nr. 786.
- 43 Auf der Orgel spielen.
- 44 NRW-StA Münster, Superintendentenakten Minden-Ravensberg 13, Superintendentur Minden Nr. 3, fol. 30 v. et 31.
- 45 Vereinigte Westfälische Adelsarchive e. V. Cappenberg, C.Cap.C.I, Archiv Cappenberg, Nachlaß Freiherr vom Stein, Altsignatur CI22-b/2.
- 46 NRW-StA Münster, Konsistorium Minden-Ravensberg III, 5, fol. 28 v.
- 47 NRW-StA Münster, Konsistorialakten Minden-Ravensberg I, 94, fol. 14 v.
- 48 NRW-StA Münster, Konsistorialakten Minden-Ravensberg I, 94, fol. 13 v.
- 49 Anm. des Herausgebers Rudolf Zacharias Becker (1752-1822): In Nr. 332 des [königlich] pr[eußischen] Reichs-Anzeigers ist ein höchstmerkwürdiger Bericht der am 31sten Jan[uar] 1772 in der Reichstags-Versammlung zu Regensburg gehaltenen Berathschlagung und Stimmengabe über diesen Gegenstand abgedruckt, aus dem sich ergibt, daß man damals besser, wenigstens gemeinsinniger darüber dachte, als jetzt.
- 50 Cron war also Zollpächter.
- 51 Ebd., fol. 12 .
- 52 A nm. des Herausgebers Rudolf Zacharias Becker (1752-1822): Auf Verlangen eingerückt.
- 53 Verleumdung.
- 54 Lat.: Märchen, Berichte.
- 55 A nm. des Herausgebers Becker: Beylage zum 35sten Stück der Nat. Zeitung der Teutschen 1803.
- 56 Lat.: auf die Worte des Magistrats od. der Regierung (d.h. sich auf die jeweils geltenden Bekenntnisschriften verpflichten zu lassen).
- 57 Hier folgt ein längeres Zitat der oben angeführten Bittschrift Weddigens mit dem lat. Kommentar: Quae, qualis, quanta! (was, wie, wieviel).
- 58 Es folgt ein (relativ ungenaues) Zitat aus dem genannten Aufsatz.
- 59 Es folgt ein Weddigen-Zitat aus dem genannten Aufsatz, die Reparatur der Nammener Str. betreffend.
- 60 Es folgt ein Weddigen-Zitat aus dem genannten Aufsatz.
- 61 Wieder folgt ein Weddigen-Zitat aus dem genannten Aufsatz.
- 62 Es folgt ein Weddigen-Zitat zu dem Vorwurf, ob der nicht besser daran getan hätte, die Pfarrkinder zur obrigkeitlichen Ordnung zu rufen, statt ihren Starrsinn noch aufzuwiegeln.
- 63 Vgl. Matthias Claudius, Die Henne. In: ders.: *Asmus omnia sua secum portans, oder Sämtliche Werke des Wandsbeker Bothen*, I. und II. Theil, Hamburg 1775. In: ders., *Sämtliche Werke*, hrsg. v. Jost Perfahl, Wolfgang Pfeiffer-Belli und Hansjörg Platschek, München 1976, S. 18.
- 64 Lat.: Schuster, bleib' bei deinen Leisten!
- 65 Gemeint ist die Bückeburger Fürstin Juliane, geb. Gräfin zu Hessen-Philippsthal (1761-1799).
- 66 Aus: Friedrich Stohlmann (geb. 1780), *Lütgenbremer Gemeindechronik*, Bd. 1, 1819-1826, Pfarramt Kleinenbremen, S. 41-44.
- 67 Karl Ludwig Ernst Bergmann (1771-1843), veröffentlichte: *Tafelrechenbuch zum Gebrauch in Stadt- und Landschulen*, enthaltend die zusammengesetzten Rechnungsarten des bürgerlichen Lebens, Rinteln 1832. Vgl. auch: Wilhelm Holtschmidt, *Geschichte der Schule 1540-1840*. In: *In alter Gebundenheit zu neuer Freiheit; 425 Jahre Friedrichs-Gymnasium zu Herford*, Herford 1965, 7-87: S. 70: „Als der Kantor Hedinger [1810] starb, wurde als sein Nachfolger und 6. Lehrer berufen Karl Ludwig Ernst Bergmann, geboren 29. Januar 1771 zu Thamsbrück im Thüringischen, vorher Kantor in Einbeck. Er hatte zu seinem Schulumte auch die Musikaufführungen in der Münsterkirche zu leiten. Trotz seiner geringen Besoldung war er treu in seinem Amte, bis er Ostern 1838 in den Ruhestand trat; er starb am 12. Dezember 1843 (Nachruf „Westphalia“ 1843).“ Diesen freundlichen Hinweis verdanke ich Herrn Rainer Brackhane.
- 68 *Staats und gelehrte Zeitung des Hamburgischen unpartheyischen Correspondenten* 1803, Nr. 55, Mittw., d. 6. April (unpaginiert).
- 69 *Quartalschrift für Religionslehrer* 1804, S. 518-520.
- 70 *Erholungs-Taschenbuch für 1805 für Freunde und Freundinnen des guten Geschmacks*, S. 43f.
- 71 Ebd., S. 45f .

SANDRA EUBEL

Archivpädagogische Praxis: Die Kulturstrolche im Kommunalarchiv Minden

Betty und Billy haben ein Problem: Sie sitzen im fernen Louisiana in den USA und suchen nach Informationen zur Geschichte Mindens. Eine Forschungsreise ist ihnen nicht möglich, sie brauchen Hilfe vor Ort. Glücklicherweise gibt es die Kulturstrolche, Mindener Grundschulkinder, die auf ihren Streifzügen die heimische Kulturlandschaft erkunden. Eingebettet in diese Rahmenhandlung können 4. Klassen Mindener Grundschulen seit Oktober 2011 das Kommunalarchiv Minden erkunden. Sie erforschen die Räumlichkeiten des Archivs, lernen etwas über die Aufbewahrung und Konservierung von Archivalien und entdecken bei der Bearbeitung kleiner Recherche-Aufträge die Funktion des Archivs als Gedächtnis der Stadt in der sie leben.

Wer sind die „Kulturstrolche“?

Gemeinsam mit echten Künstlern im Atelier malen oder einmal auf der Bühne eines Theaters stehen – all dies sind Erfahrungen, die Schülerinnen und Schüler Mindener Grundschulen als „Kulturstrolche“ von der zweiten bis vierten Klasse machen können. Die Kinder lernen schon im Grundschulalter kommunale Kultureinrichtungen ganz unverkrampft kennen und besuchen eine Reihe sehr unterschiedlicher, außerschulischer Lernorte. Sie erfahren etwas über die Arbeit, die dort geleistet wird, und die Menschen, die dort tätig sind. Eigene, praktische kulturelle Erfahrungen machen auch auf den ersten Blick eher abstrakte Einrichtungen, wie z.B. das Archiv, „begreifbar“. In Minden erreicht das Programm alle Kinder eines Jahrgangs der teilnehmenden Schulen und ermöglicht so auch den Kindern den Kontakt zu kulturellen Einrichtungen, die diesen Zugang sonst nicht haben.

Die „Kulturstrolche“ liefen 2005 in Münster als Modellprojekt an und wurden nach erfolgreicher, dreijähriger Pilotphase in das Leistungsangebot des Kultursekretariats NRW Gütersloh aufgenommen.¹ Seit 2008 können Mitgliederstädte finanzielle und organisatorische Unterstützung für „ihre“ Kulturstrolche beantragen. Das Mindener Kulturbüro ist seit dem Schuljahr 2009/2010 dabei, hier können die Kulturstrolche momentan die Vielfalt der Mindener Kulturlandschaft an acht Stationen erkunden.² Das Archiv stellt eine der letzten Stationen dar und richtet sich an vierte Klassen.³

Das Mindener Programm

Die reiche Geschichte Mindens bietet inhaltlich viele Ansätze, den Kulturstrolchen die Arbeitsweise und Aufgaben des Archivs näher zu bringen. Zur Vorbereitung auf den eigentlichen Archivbesuch findet in der Schule ein erstes Gespräch statt, bei dem die Kinder auf das Thema eingestimmt werden. Als Einstieg dient ein Brief, geschrieben von zwei Kindern aus Minden in Louisiana, Betty und Billy, die Fragen zu Mindens Geschichte haben aber nicht selbst im Archiv recherchieren können. An ihrer statt springen die Kulturstrolche ein, die sich ja schon bei anderen Kulturinstituten bewährt haben. In einem Unterrichtsgespräch in der Schule erarbeiten die Kinder gemeinsam mit den Pädagogen die grundlegenden Aufgaben eines Archivs und entwickeln Kriterien nach denen Archivalien für das Kommunalarchiv Minden ausgewählt werden können (z.B. Material und Inhalt der potentiellen „Neuzugänge“). Die erarbeiteten Kriterien werden dann direkt in der Schule auf einige von den Pädagogen mitgebrachte Objekte angewandt (zweidimensionale Papierware wie z.B. Flugblätter, regionale und überregionale Zeitungen aber auch Dreidimensionales wie z.B. Sammeltassen) und die Kinder müssen entscheiden, welche der Gegenstände in die Sammlung des Archivs aufgenommen werden und welche vielleicht besser in einem Museum oder dem Archiv einer anderen Stadt aufgehoben werden.

Beim Besuch im Archiv selbst stehen zuerst einmal das Gebäude und die speziellen Räumlichkeiten und Arbeitsweisen im Fokus. Anhand von Faksimiles werden Herstellung und Besonderheiten von Urkunden angesprochen. Anschließend begleiten die Klassen eine Akte auf ihrem Weg von der Einlieferung, über die Aufbereitung, Erfassung und Lagerung hin zur ersten Aushebung und erfahren so durch einen Gang in einen Magazinraum Grundlegendes zur Aufbewahrung von papiernen Archivalien.

Die Begegnung mit dem Original ist durch nichts zu ersetzen, aber auf Grund der speziellen Natur des Materials im Archiv ist der direkte Umgang mit Archivalien nicht ohne weiteres zu realisieren. Es gilt also einen Kompromiss zu finden. Für die Arbeitsaufträge stehen aus diesem Grund zum Teil Originale zur Verfügung, wie z.B. Adressbücher, die in mehrfacher Ausführung vorliegen. Darüber hinaus werden Replika und Drucke eingesetzt, z.B. im Bereich Siegel und Urkunden. Archivtypische Materialien, wie z.B. Kartons aus säurefreiem Papier, Mikrofiche oder originale Findbücher werden kurzzeitig aus dem Arbeitsalltag des Archivs entliehen.

Der große Sitzungssaal bietet den Kindern eine beeindruckende Kulisse, um die vorher erworbenen Spezial-Kenntnisse nun praktisch anzuwenden. In einer Einarbeitungsphase machen sich die Kinder, jetzt eingeteilt in 4-6 Gruppen zu 4-5 Schülerinnen und Schülern, mit den Fragestellungen und den vorhandenen Materialien vertraut. In einer Erarbeitungsphase bearbeiten die Gruppen selbstständig ihre Aufträge mit den zur Verfügung gestellten Materialien und präsentieren die Ergebnisse in einer Sicherungsphase den Mitschülerinnen und Mitschülern.

Inhaltlich spannen die Fragen einen Bogen, der aus der frühen Geschichte Mindens bis in die Zeitgeschichte reicht. Thematisiert wird z.B. die Geschichte des Mindener Siegels und des Mindener Wappens, die Gebäudegeschichte des ehemaligen Kreishauses und heutigen Kommunalarchivs, die Ankunft der ersten Gastarbeiter in den 1970er Jahren und das 1200-jährige Stadtjubiläum 1998.

Das pädagogische und didaktische Konzept

„Mir hat es hier sehr gut gefallen. Es hat mir ganz viel Spaß gemacht!“ (Erik, 4C, Domschule Minden). Spaß und Lernen – das ist eine Kombination, die in der Lehr-Lernforschung als wichtiges Kriterium für positive Lernerfahrungen identifiziert worden ist. Spaß wird dabei im Lernprozess durchaus als sehr komplexe Erfahrung verstanden, die eng mit der Entwicklung eines positiven Selbstbildes und der Erfahrung des eigenen Ichs als kompetenter Lerner verknüpft ist und Lernmotivation langfristig aufrechterhalten und steigern kann.⁴

Während ihres Aufenthaltes im Archiv können die Kulturstrolche, eingebunden in die oben beschriebene Rahmenhandlung, durchaus sehr komplexe Lernerfahrungen an einem außerschulischen Lernort machen. Damit das Ziel des Programms Kulturstrolche, kulturelle Institutionen ganz entspannt und druckfrei kennen zu lernen, nicht aus den Augen verloren wird, ist es wichtig, den „Forschungsaufenthalt“ zielgruppengerecht und leicht zugänglich zu gestalten.

Die Kinder erwerben bei dem vorbereitenden Gespräch und der Erkundung des Archivs Kenntnisse über Handlungsabläufe und Aufbewahrungs- und Ordnungssysteme eines Archivs. Mithilfe „archivtypischer“ Hilfsmittel in didaktisch reduzierter Form, z.B. Findbuch, Benutzeranträge und Bestellkarten, erhalten die Kinder leichten Zugang zu den üblichen Organisationsformen eines Archivs und können sich in deren Handhabung üben. Kulturstrolche erwerben Wissen auf mehreren Ebenen: Faktenwissen (z.B. Spezialvokabular wie „Findbuch“), konzeptionelles Wissen (z.B. Aufbau des Ordnungssystem im Findbuch) und strukturelles Wissen über Prozesse (z.B. Informationsbeschaffung über Findbücher).⁵ Darüber hinaus arbeiten die Kulturstrolche auf mehreren kognitiven Ebenen: Sie greifen auf schon früher Erlerntes zurück (z.B. Schreiben und Lesen) und setzen es in neue Zusammenhänge. Sie setzen sich handelnd mit den Arbeitsaufträgen auseinander, um sie zu verstehen und beantworten zu können. Anschließend analysieren sie das Informationsmaterial und bewerten und reorganisieren es für ihre Präsentation.⁶ Die Kulturstrolche erwerben so bei ihrem Besuch nicht nur neues Wissen, sondern wenden die neu erworbenen Kenntnisse im Kontext ihrer Rechercheaufträge praktisch an.

Anbindung an den Lehrplan für Grundschulen

Das Programm orientiert sich am Lehrplan Sachunterricht für Schulen des Landes NRW und versucht die Anwendung schon vorhandener Kompetenzen mit dem Aufbau neuer Fähigkeiten zu kombinieren.⁷ Im Speziellen können folgende Themenbereiche behandelt werden:

Mediennutzung: Im Archiv lernen die Kinder vielfältige Informationsträger kennen. Über den Umgang mit verschiedenen schriftlichen Quellen (Bücher, Telefonverzeichnisse, Verwaltungsberichte, Urkunden, Flugblätter, Mikrofiche) üben sich die Kinder im Umgang mit und in der Nutzung von Medien, wobei ein kritischer Umgang angestrebt wird. So kann z.B. bei der Betrachtung von Fotos verdeutlicht werden, dass diese interpretiert werden müssen und ihre Aussagekraft von zusätzlichem Wissen abhängt. Beim Besuch in der Schule wird unterstrichen, dass es sich bei dem Material im Archiv um eine Auswahl handelt, die nach bestimmten Kriterien getroffen wurde. Diese Auswahlkriterien sind zeitlich und personell bedingt und damit zum Teil variabel. Auch das Thema Datenschutz kann besprochen werden, da z.B. bei der Personenrecherche nicht alle im Archiv verwahrten Informationen den Besucherinnen und Besuchern zugänglich sind. (Bereich 2.5 Zeit und Kultur)

Schreiben früher und heute: Durch das Kennenlernen verschiedener Schrifttypen (Druck- und Handschriften) bekommen die Kinder ein Verständnis für die Entwicklung und Weiterentwicklung der Kulturtechniken „Schreiben“ und „Lesen“. In einer Übung können sie sich in einer alten Schrift selbst ausprobieren und das Ergebnis (eine beschriebene Postkarte) mit nach Hause nehmen und dort ihr neu erworbenes Wissen weitergeben. (Bereich 2.5 Zeit und Kultur)

Wohnort & Welt: Über das Gebäude und den Weg von der Schule zum Gebäude erfahren die Kinder etwas über die Anlage der Stadt in der sie leben. Die Nähe zum Stadttheater und zur Fußgängerbrücke über die Weser eignet sich ideal, das Gebäude geographisch zu verorten. Das Gebäude selbst bietet die Möglichkeit die Themenbereiche „Stadt“ und „Wohnen“ in einer historischen Perspektive zu besprechen. (Bereich 2.3 Raum, Umwelt und Mobilität & Bereich 2.5 Zeit und Kultur)

Lernen und Lehren: Die Schülerinnen und Schüler machen bei ihrem Besuch vielfältige Erfahrungen im Bereich der Informationsbeschaffung. Zur Bearbeitung der Arbeitsaufträge müssen die Kleingruppen ihre Anstrengungen als Team koordinieren und sich forschend und handelnd mit den Materialien aber auch mit der Aufbewahrungssystematik des Archivs auseinandersetzen. Dies bedeutet z.B., dass die Gruppen das benötigte Material selbständig lokalisieren, bestellen und auswerten. Neben der Lesekompetenz werden zudem auch sprachliche und soziale Kompetenzen genutzt und gefördert, da die Schülerinnen und Schüler in kurzen Gruppen-Präsentationen die Fragen, Ergebnisse und genutzten Medien vorstellen müssen. (Sachunterricht LP: 1 Aufgaben und Ziele: 1.2 Lernen und Lehren)

Aufbewahrung und Konservierung: In den Gesprächseinheiten in der Schule und im Archiv werden verschiedene Materialien (Schwerpunkt



Kulturstrolche recherchieren im Kommunalarchiv.

Kommunalarchiv Minden

Papier & Pergament) besprochen. Die Schülerinnen und Schüler bekommen die Gelegenheit, diese Materialien anzufassen – Papier dabei auch in unterschiedlichen Erhaltungszuständen. Verschiedene Möglichkeiten, Archivalien fachgerecht und schonend aufzubewahren und zu nutzen, werden vorgestellt. Dies dient zur Vorbereitung auf einen sachgemäßen und behutsamen Umgang mit den Archivalien. (Bereich 2.1. Natur und Leben)

Bisherige Erfahrungen

Seit Oktober 2011 haben acht 4. Klassen als „Kulturstrolche“ das Kommunalarchiv besucht. Die Reaktionen von Kindern und Lehrerinnen und Lehrern waren bisher sehr positiv. Befragungen des Kulturbüros Minden in den Klassen – einige Zeit nach dem eigentlichen Besuch – haben ergeben, dass Lehrkräfte und Klassen den hohen Anteil an selbstständigem Arbeiten sehr schätzen. In einer anonymen Befragung konnten die Schülerinnen und Schüler zur Frage „Warum hat dir der Besuch gefallen?“ Stellung nehmen. Die Möglichkeit hinter „verschlossene Türen“ zu blicken stellte für einige Kinder den besonderen Reiz dar, so schrieb ein Kind: „gefallen hat mir das Lager, wo sonst keiner hin kann“. Andere wiederum begeisterten sich besonders für das Recherchieren und die

Möglichkeit, ihre Ergebnisse im Plenum zu präsentieren. So schrieben sie z.B. „weil wir in unserer Gruppe zusammen was gelernt und gearbeitet haben“ oder „es war schön, weil wir alle einen Vortrag halten durften“. Auffällig ist, dass fast alle Kinder Freude an der direkten Recherche- und Gruppenarbeit zum Ausdruck bringen, oft in Kombination mit „es war interessant“ und „ich habe etwas gelernt“. Die Kinder erfahren sich bei ihrem Besuch als selbstständige Lerner und erschließen sich forschend und entdeckend die Institution „Archiv“. In diesem Zusammenhang lernen sie das Kommunalarchiv als lebendiges Gedächtnis ihrer Stadt und sich selbst als kompetente Rechercheure kennen.

Anmerkungen

- 1 <http://www.kulturstrolche.de/>
- 2 <http://www.minden.de/internet/page.php?site=7000516&typ=2>
- 3 <http://www.kulturstrolche.de/index.php?Kommunalarchiv-1>
- 4 Andress, Reinhard, Charles J. James, Barbara Jurasek, John F. Landale II, Thomas A. Lovik, Deborah Lund, Daniel P. Stoyak, Lunne Tatlock, Joseph A. Wipf. (2002). Maintaining the momentum from high school to university: report and recommendations. *Die Unterrichtspraxis/Teaching German*, 35(1), 1-14. S. 3/4. Deci, Edward L., Robert J. Vallerand, Luc G. Pelletier, Richard M. Ryan. (1991). Motivation and education: The Self-Determination Perspective. *Educational Psychologist*, 263 (3&4), 325-346, S. 326/327.
- 5 Krathwohl, David R. A revision of Bloom's Taxonomy: An overview. *Theory & Practise*. Autumn 2002, 41.4, 212-218. S. 214.
- 6 Krathwohl, David R. A revision of Bloom's Taxonomy: An overview. *Theory & Practise*. Autumn 2002, 41.4, 212-218. S. 215.
- 7 <http://www.standardsicherung.schulministerium.nrw.de/lehrplaene/lehrplaene-gs/sachunterricht/>

NEUE RUBRIK

Schüler-Facharbeiten

An dieser Stelle möchte der Mindener Geschichtsverein in Zukunft herausragende Facharbeiten von Schülerinnen und Schülern veröffentlichen, um auch Jüngere zu regionaler Forschung zu motivieren und das historische Interesse von Schülerinnen und Schülern einem breiteren Leserkreis bekannt zu machen.

Arbeiten, die im weitesten Sinne historische Themenstellungen mit regionalem Bezug behandeln, können beim Redaktionskreis der Mindener Mitteilungen eingereicht werden. Thema und Fragestellung der Arbeit müssen den Zielen und dem Arbeitsbereich des Mindener Geschichtsvereins entsprechen. Der Vorschlag soll durch die betreuende Lehrkraft erfolgen. Dazu muss ein Gutachten und ein Empfehlungsschreiben eingereicht werden. Der Redaktionskreis prüft die eingesendeten Arbeiten und entscheidet über die Veröffentlichung. Ein Anspruch darauf besteht nicht.

Der Redaktionskreis

Aus dem Gutachten zur Facharbeit von Theresia Lakomek

Entstanden ist diese in jeder Hinsicht vorbildliche Arbeit durch den Hinweis des dem Fachlehrer befreundeten Mindener Pfarrers Dr. habil. Andreas Müller¹, das Kirchengebäude von St. Simeonis sei im Zuge der Schlacht bei Minden 1759 ein Lazarett gewesen. Schließlich wurde durch die Mithilfe des Kommunalarchivs Minden (KAM) tatsächlich dazu eine Quelle gefunden, doch die war natürlich handschriftlich, weil aus dem Jahre 1763 stammend. Theresia erklärte sich bereit, quasi eine Arbeit in der Arbeit auf sich zu nehmen, nämlich in Zusammenarbeit und deutlicher Mithilfe von Mitarbeitern des KAM und entsprechender Literatur Strategien zu entwickeln, diesen Text zu entschlüsseln und im Rahmen der Schlacht bei Minden 1759 zu interpretieren.

(...)

Im Eingangsbereich der St. Simeonis-Kirche wurden 2009, dem 250. Jahrestag der Schlacht bei Minden, Tafeln angebracht, von denen eine das seinerzeitige Lazarett zum Gegenstand hat. Der Text geht auf Theresia Lakomeks Facharbeit zurück und wurde von ihr verfasst.

Festzuhalten bleibt, wie erfreulich problemlos die Zusammenarbeit zwischen Schule – in diesem Falle dem Ratsgymnasium –, Kommunalarchiv, Preußen-Museum NRW und Kirchenkreis in Minden funktioniert hat, was in anderen Fällen sicherlich auch in Zukunft so sein wird.

Werner Schütte

¹ Dr. Andreas Müller hat seit 2010 eine Professur für Evangelische Theologie an der Universität Kiel inne.

Theresia Lakomek

Lesen lernen handschriftlicher Quellen am Beispiel von St. Simeonis in der Schlacht bei Minden 1759

Facharbeit am Ratsgymnasium Minden im
Leistungskurs Geschichte, betreut von Werner Schütte

1. Einleitung

Die vorliegende Facharbeit thematisiert die Auswirkung der Schlacht bei Minden 1759 am Beispiel der Simeoniskirche, die zu dieser Zeit als Lazarett genutzt wurde, und zeigt zugleich wichtige Aspekte des Lesenlernens handschriftlicher Primärquellen aus dieser Zeit auf.

Zum 250. Jahrestag der Schlacht bei Minden war das Interesse an diesem Ereignis stark gestiegen. Die Stadt Minden führte im Jahr 2009 zahlreiche Veranstaltungen durch, die der Bevölkerung dieses historische Ereignis näher brachten¹. So ist auch diese Facharbeit ein Beitrag zur weiteren Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Bei der Recherche ließ sich nach Hinweisen aus einer Sekundärliteratur² im Kommunalarchiv Minden KAM) eine handschriftliche Primärquelle S. Anhang³) finden, die wichtige Informationen zur Rolle der Simeoniskirche in der Schlacht bei Minden aus zeitgenössischer Sicht liefert.

Mit dem Auffinden der Primärquelle tat sich das Problem des Lesenlernens handschriftlicher Quellen aus dieser Zeit auf. Da kein wissenschaftlich fundierter Algorithmus zum Lesenlernen vorliegt, beschreibt die Facharbeit zusätzlich Strategien, die das Lesen solcher Quellen möglich machen.

So beschäftigt sich diese Arbeit mit zwei zunächst unterschiedlich erscheinenden Themenfeldern, die in diesem Kontext aber nur gemeinsam zielführend sind: Ein allgemeiner Teil beschäftigt sich zunächst mit wichtigen inhaltlichen Informationen über die Schlacht bei Minden, das Lazarettwesen und St. Simeonis. Die handschriftliche Quelle wird formal und inhaltlich vorgestellt. Zum Lesenlernen werden sowohl allgemeine als auch auf die Quelle bezogene Strategien aufgezeigt, die den Zugang zu handschriftlichen Quellen aus dieser Zeit erleichtern. So sind schließlich aus der Primärquelle wichtige Schlüsse auf die Auswirkungen der Schlacht bei Minden auf die Kirche selbst, die Stadt Minden und das kirchliche Leben zu ziehen.

2. Allgemeiner Teil

2.1 Schlacht bei Minden 1759⁴

In der Schlacht bei Minden, welche im Rahmen des Siebenjährigen Krieges (1756-1763) stattfand, trafen am 1. August 1759, also vor 250 Jahren, eine Koalition aus Preußen, Hannoveranern, Braunschweigern, Hessen und Schaumburg-Lippern, welche mit den Engländern verbündet waren, auf die Franzosen, die wiederum ein Bündnis zu den Sachsen hatten.

Die preußische Monarchie war im Jahr 1759 in stärkster Bedrängnis: Im Osten hatte Friedrich der Große den Kampf um Schlesien verloren, im Westen wurde er durch die Franzosen bedrängt, die auch Hannover einnehmen wollten. Der britisch-hannoversche König Georg II. sah dies auch als Gefahr überseeische Territorien an Frankreich zu verlieren.

So wurde 1757 Herzog Ferdinand von Braunschweig, der als exzellenter Kriegsstratege galt, als Oberbefehlshaber des „Koalitionsheeres“ eingesetzt. In der Schlacht bei Minden „verfügte [er] über 40.000, die Franzosen über 55.000 Mann.“⁵ Das Ergebnis dieser Schlacht war ein Sieg von „Herzog Ferdinand von Braunschweig über [die Franzosen und Sachsen angeführt durch] den französischen Marschall Contades“⁶. Hier kam es zu einem bis dahin für unmöglich gehaltenen „erfolgreichen Angriff von Infanterietruppen gegen die traditionell überlegende Kavallerie.“⁷ In diesem Gefecht starben in einem Zeitraum von nur vier Stunden über 10.000 Soldaten, unzählige wurden verletzt. „Die Fuhrten mit Verwundeten knarrten auf den ausgefahrenen Sandwegen auf Minden [...] zu, wo die Lazarette waren.“⁸

„Für Frankreich bedeutete die Niederlage nicht nur eine außenpolitische sondern auch eine innere Schwächung, die drei Jahrzehnte später in die Französische Revolution mündete. Für Preußen erlosch die Bedrohung aus dem Westen, es konnte zur europäischen Großmacht aufsteigen.“⁹ Großbritannien wurde zur Weltmacht und gewann Nordamerika und Indien als britische Kolonien.

Die Schlacht bei Minden hatte somit erhebliche Auswirkungen auf die Weltgeschichte, aber auch auf die Stadt selbst – bis hin zu einzelnen Bauwerken wie die St. Simeonis-Kirche in der Mindener Altstadt, die durch ihre Verwendung als Lazarett erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde vgl. Primärquelle [künftig PQU])

2.2 Lazarette¹⁰

„Lazarett“ bezeichnet die „Einrichtung des militärischen Sanitätswesens zur stationären Behandlung von Angehörigen der Streitkräfte“¹¹.

Der Ursprung lazarettähnlicher Einrichtungen ist bereits auf die Zeit der römischen Armee zurückzuführen. Frankreich begann ab 1590 mit dem Aufbau mobiler und stationärer Lazarette für die Söldnertruppen. „Nach der dazu erlassenen Ordnung sollten im Feldspital [mobiles Lazarett] die erkrankten und verwundeten Soldaten erste Hilfe erhalten und im Hauptspital [stationäres Lazarett] endgültig versorgt werden. [...] Dieses Prinzip der Lazarettorganisation blieb in den meisten deutschen Terri-

torien bis Anfang des 19. Jahrhunderts bestehen“¹². In Preußen wurden die ersten Militärlazarette 1704 aufgebaut.

„Die Behandlung der Verwundeten und Kranken oblag den Kompanie- und Regimentsfeldscheren“¹³; dies waren sehr unzulänglich ausgebildete medizinische Hilfskräfte, die aus dem Militäretat bezahlt wurden. „Bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts“ waren zusätzlich „einige wenige akademisch gebildete Ärzte“¹⁴ tätig.

In den Lazaretten herrschten besonders im Falle einer großen Schlacht große Missstände, da zusätzlich zu der mangelnden medizinischen Versorgung viele Soldaten vernachlässigt, schlecht gepflegt und teilweise sogar vom Militär ausgeplündert wurden. Auch Alkoholismus war in vielen Lazaretten ein Problem.

2.3 St. Simeonis¹⁵

„St. Simeon liegt, zusammen mit der benachbarten Mauritius-Kirche, am südlichen Ende der Altstadt [...] [Mindens].“¹⁶ „Sie ist benannt nach Simeon von Trier“¹⁷. Eingeweiht wurde sie am 1. Juni 1214 als zunächst einschiffiger Bau, der im 13. Und 14. Jahrhundert um zwei Seitenschiffe erweitert wurde. 1435 wurde St. Simeonis vom Mauritius-Kloster, das in die Stadt verlegt wurde, inkorporiert und diente nun als Klosterkirche für den Benediktinerorden. Zur Zeit des 30-jährigen Krieges wurde St. Simeonis von 1629 bis 1634 geschlossen.

Mit dem Siebenjährigen Krieg wurde St. Simeonis ab 1757 zunächst für die Franzosen als provisorisches Lazarett umfunktioniert, von 1758 an diente sie abwechselnd für Hannoveraner, Braunschweiger, Hessen und Engländer als Lazarett. Hierbei wurde die Kirche stark beschädigt und große Reparationskosten entstanden (S. PQu).

3. Analyse der Primärquelle über St. Simeonis

3.1 Grundzüge der Primärquelle

Die vorliegende Primärquelle ist ein handschriftlicher Entwurf, der am 27. Januar 1763 wahrscheinlich von einem Stadtschreiber im Auftrag des Bürgermeisters Schrader (1753 – 1776) und Rathert (wahrscheinlich ein Verwaltungsbeauftragter) aufgeschrieben wurde. Der Adressat ist in der Kopfzeile nicht namentlich aufgeführt (PQu: S. 1, Kopfzeile: „Allerdurchlauchtigster pp“), am Ende des Briefes kann auf den König geschlossen werden (PQu: S. 6, Anrede: „S. K. M.“ [seine königliche Majestät]?). Eine Reinschrift des Briefes ist am 28. Januar vermutlich an die Kriegs- und Domänenkammer abgeschickt worden (PQu: S. 6: „exp id 28. ejur“?).

Thema des Schreibens ist die Reparation der bei der Schlacht bei Minden ruinierten Simeonis- sowie Marienkirche. Letztere wird jedoch nur am Rande thematisiert. In diesem Brief werden sowohl die Verwendung der Simeoniskirche als Lazarett ab 1758 bzw. ab 1757 als provisorisches Lazarett) als auch die dadurch entstandenen Schäden dargestellt (S. inhaltliche Interpretation). Intention der Verfasser ist die Erlangung einer finanziellen Unterstützung von 2000 Reichstalern aus der „General Servis Casse“

zur Beseitigung der aufgetretenen Schäden an der Simeoniskirche.

3.2 Formal-technische Beschreibung

Die Primärquelle ist im Kommunalarchiv Minden als städtischer Aktenbestand unter C 870 6 ff. archiviert. Die Quelle ist über das Repertorium (Findbuch) „Stadt Minden C 1723 – 1807“ unter dem Kapitel „Andere Städt. Bauwerke und Grundstücke“ S. 74/75) auffindbar.

Der handschriftliche Entwurf umfasst beidseitig beschrieben drei Seiten. Sie sind unregelmäßig begrenzt mit einer Höhe von 33 cm und einer Breite von 20 – 21 cm. Hergestellt sind sie aus Hadernpapier, welches aus alten, zerrissenen Textilien handgeschöpft wurde; eine damals häufig verwendete, weil in der Herstellung günstige Papierart.

Als Schreibgerät wurde eine Vogelfeder (Gänse- oder Rabenfeder) benutzt.¹⁸

3.3 Formal-graphologische Beschreibung

Geschrieben ist die Primärquelle von Hand in Kurrentschrift, eine Schreibschrift mit verbundenen Buchstaben und einer schrägen, von links nach rechts geneigten Lage. Eigennamen sowie Worte mit lateinischen Wurzeln werden in lateinischen Buchstaben geschrieben.

Das Schreiben ist bis auf die Kopfzeile / den Betreff sowie einige Ergänzungen auf der rechten Seitenhälfte verfasst. Im Mittelteil der Quelle umfasst jede Seite 32 bis 33 Zeilen, die erste Seite enthält neben der Anrede und dem Betreff 25 Zeilen, die letzte weist einen Zeilenumfang von 22 Zeilen zuzüglich Anrede und Unterschriften auf.

Da es sich um einen Entwurf handelt, finden sich häufiger Wortstreichungen, Einfügungen, Tintenkleckse und besonders gegen Ende hin eine zunehmend schwieriger lesbarere Schrift.

4. Lesen lernen handschriftlicher Quellen

4.1 Einführung in das Lesenlernen

Primärquellen sind in Form und Inhalt ein Spiegelbild ihrer Zeit. Sie unterscheiden sich daher grundlegend von heutigen Quellen.

Das Lesen historischer Primärquellen muss unterteilt werden in das Entziffern und die Übertragung in heutige lateinische Schriftzeichen sowie in das inhaltliche Erfassen der Schrift, da nicht nur die Schriftzeichen von den heutigen abweichen, sondern auch die Wortwahl, die Rechtschreibung, der Satzbau und der formale Aufbau eines Schriftstückes variieren.

Für das Lesenlernen handschriftlicher Quellen gibt es keine klare wissenschaftliche Methode, was sich schon daraus ergibt, dass jede Handschrift individuell ist. Sehr wohl gibt es aber Hilfen zum Lesenlernen in Form von Seminaren an Universitäten) und Büchern, die den Zugang zu diesen Quellen erleichtern.

Auch mit Hilfen, von denen grundlegende im Folgenden dargestellt werden, kann das Lesenlernen nur schrittweise erfolgen. Zeit und Geduld

sind hierfür wichtige Voraussetzungen.

4.2 Hilfsmittel/ Strategien allgemein

4.2.1 Schriftarten

Seit dem 16. Jahrhundert unterscheidet man in Deutschland folgende Schrifttypen: Kurrentschrift, Frakturschrift, Kanzleischrift und Lateinschrift¹⁹.

Häufig wurde die Kurrentschrift benutzt, die „leichte Schriftzüge, mit langen Haarstrichen verbundene Buchstaben, bei denen ein starkes Bestreben nach Einzügigkeit, das heißt Schreiben der Buchstaben in einem Zuge, zu erkennen ist“²⁰, verwendet.

„Allmählich gab man der Schrift eine schräge, für das Schreiben von links nach rechts besonders geeignete Lage, die auch für unsere heutige Schrift typisch ist.“²¹

4.2.2 Buchstaben

Unerlässlich für das Lesen handschriftlicher historischer Primärquellen ist die Zuhilfenahme eines Alphabets²², welches die Buchstabenausprägung zu der entsprechenden Zeit darstellt. Bei Schriften des 18. Jahrhunderts tauchen für den Leser einige unbekannte Buchstabenschreibweisen auf: So kann das kleine „e“ leicht mit einem „n“ verwechselt werden, wie auch das „n“ mit dem „u“ vertauscht werden kann. „Die deutsche Schreibschrift kennt [...] zwei verschiedene Formen des „s“: Das sogenannte lange und das runde „s“. Grundsätzlich gilt folgende Regel: kann nur am Ende eines Wortes oder einer Silbe stehen, in allen anderen Fällen steht “²³ Auch Ligaturen (Verbundbuchstaben) wie das „st“ bedürfen einiger Übung um diese zu erkennen, da sie ein anderes Erscheinungsbild im Vergleich zur Einzelschreibweise aufweisen.

Mit Hilfe der Alphabettafel²⁴ der entsprechenden Zeit versucht man nun sich in die betreffende Quelle „einzulesen“, das heißt einzelne Buchstaben oder Buchstabenfolgen zu erkennen. Dafür muss man oft mehrfach die Buchstaben mit ähnlichen Buchstaben aus anderen Worten vergleichen. Ganz entscheidend hängt die Erkennbarkeit der Buchstaben von dem Schriftbild des jeweiligen Schreibers ab, wobei offizielle Schriften in der Regel besser, Entwürfe oder persönliche Notizen auf Grund zum Teil unsauberer Schrift, Einfügungen und durchgestrichener Wörter schwieriger zu lesen sind. Eine weitere Erschwernis kann die Verwendung einer sogenannten „Mischschrift“ sein, in der zusätzlich lateinische Buchstaben besonders in Orts- und Eigennamen sowie Fremdwörtern vorkommen.²⁵

4.2.3 Wörter

Nun gilt es aus der Kenntnis der einzelnen Buchstaben Worte zu erkennen. Diese kann man schließlich nutzen, um andere Worte zu entschlüsseln. Man wird sich einige Worte häufig nochmals ansehen müssen, weil sie sich erst bei mehrfachem Vergleichen mit bereits entzifferten Worten erschließen lassen.

Eine weitere Hürde, die es zu überwinden gilt, ist die Rechtschreibung. „Vor 1901 war diese in den deutschsprachigen Ländern keinen allgemein-

gültigen Richtlinien unterworfen“²⁶ Da die Schreibweise sich somit oft im Vergleich von der heutigen unterscheidet, können einzelne Worte dadurch zunächst verwirrend wirken. Zudem werden bei handschriftlichen Dokumenten oft Abkürzungen verwendet. Dies gilt zum Beispiel für Maß- und Münzeinheiten, aber auch für Anreden und Grußformeln. Sie lassen sich oft erst aus dem Kontext erschließen.

4.2.4 Sätze

Ist es nun gelungen, die meisten Worte durch die oben genannten Strategien zu entschlüsseln, folgt sodann eine erste inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Schriftstück. Oft ist das Erschließen mancher Wörter nur aus ihrem Satzzusammenhang möglich. Gleichzeitig kann auch durch dieses Verfahren die Schlüssigkeit der „übersetzten“ Worte und Wortgruppen überprüft werden. Man erhält Satzteile und Sätze.

4.2.5 Inhaltliche Erfassung

Die nun lesbaren Sätze entsprechen in der Syntax und im Aufbau oft nicht den heutigen Vorgaben und muten daher oft ungewohnt und unverständlich an. Es empfiehlt sich, den Text mehrfach in seiner Gesamtheit durchzugehen und ihn inhaltlich zu erfassen. Hier können gegebenenfalls Zusatzinformationen helfen den Inhalt zu erschließen und zu verstehen.

Durch diesen Prozess des Lesenlernens gelangt man schließlich von der anfangs wahrgenommenen völligen Unlesbarkeit der Quelle hin zur Erfassung des Inhalts, der eine historische Erkenntnis ermöglichen kann.

4.3 Lesen lernen der handschriftlichen Quelle über St. Simeonis

Grundsätzlich ist auch bei der vorliegenden Primärquelle nach der oben dargestellten Strategie vorzugehen. Im Folgenden werden deshalb nur Besonderheiten und Schwierigkeiten, die beim Lesenlernen dieses handschriftlichen Entwurfs aufgefallen sind, dargestellt:

Um den Gegenstand der Quelle zu erfassen, war es zunächst notwendig, diese nach Worten hin zu „durchforsten“, die etwas mit dem erhofften Thema zu tun haben könnten. Da die Kurrentschrift in dieser Quelle für Laien ohne Leseerfahrung nicht ohne Weiteres entzifferbar ist, boten sich Worte an, die in lateinischer Schrift geschrieben sind PQu: z.B.: S. 1, Z. 12: „Simeonis“). Hier war also der Gebrauch der lateinischen Schrift bei Eigennamen und Fremdwörtern nicht eine Erschwernis, sondern er ermöglichte den Zugang zu dieser Quelle. Mit der dadurch gewonnenen Hoffnung auf Informationen über die St. Simeoniskirche musste nun eine Zeitangabe gefunden werden. Dies erwies sich als relativ einfach, da in der Kopfzeile das Datum der Erstellung PQu: S. 1; Kopfzeile: „Minden am 27. Januar 1763“) aufgeführt ist. Hierbei war die Ziffer „6“ zunächst schwierig zu entziffern, im Vergleich zu weiteren Zahlen PQu: S. 3; Z.29: „3766“) war dies aber möglich. Zudem wiesen diese Zahlen in Kombination mit der Abkürzung für Reichstaler²⁷ und der ebensolchen Nennung in weiteren Textpassagen PQu: S. 1, Anmerkungen links; S. 2, Z.10; S. 6, Z.14) auf Geldforderungen hin. Die gut entzifferbare Jahreszahl „in anno 1758“ PQu: S. 2, Z. 15) ließ vermuten, dass es sich um Forderungen, die in der Kriegszeit begründet waren, handelt. Hinweise auf die Nutzung der Simeoniskirche

als Lazarett ließen sich anhand weiterer Begriffe, die in lateinischer Schrift geschrieben sind, finden PQu: z.B.: S. 1, Z. 4/5: „hohen Alliierten Armee“; Z. 6: „hospitaler“). Somit war sichergestellt, dass es sich bei der vorliegenden Primärquelle um eine Schlüsselquelle über die St. Simeoniskirche als Lazarett im Zeitraum der Schlacht bei Minden sowie sich daraus ergebene Geldforderungen handelt.

Nun folgten Entschlüsselungen einzelner Worte unter Zuhilfenahme der Alphabettafel²⁸. Hierfür war es sinnvoll zunächst mit denjenigen Begriffen zu beginnen, die öfter vorzukommen scheinen, möglichst wenige Buchstaben enthalten und gleichzeitig in sauberer Schrift geschrieben sind PQu: z. B. S. 1, Z. 1: „der“). So konnte anschließend das Ergebnis der Entschlüsselung auf weitere gleichartige Worte übertragen werden PQu: z. B.: S. 1, Z. 4: „der“) sowie in einem nächsten Schritt Abweichungen zu ähnlichen Worten erkannt und diese benannt werden PQu: z.B. S. 1, Z.2: „dem“). Dies wurde nach und nach auf auch längere Worte ausgedehnt. Nach dem Erlangen eines relativ großen Buchstabenschatzes aus der vorliegenden Primärquelle, zeigte es sich nun als vorteilhaft sich schrittweise von dem Alphabet als Vorlage zu lösen. Einzelne Buchstaben sollten jedoch bei Schwierigkeiten immer wieder mit diesem abgeglichen werden. Denn da diese Handschrift des Stadtschreibers starke individuelle Züge trägt, sind auch in seiner Schrift deutliche Abänderungen der Buchstaben im Vergleich zur Alphabettafel²⁹ festzustellen z.B. das „K“: PQu: S. 1, Z.1: „Krieges“; Z.12: „Kirchen“). So war also ein Vergleich der Buchstaben innerhalb dieser Primärquelle von großem Nutzen. Zudem boten einzelne Buchstaben Anlass sie mit anderen zu verwechseln PQu: z.B. S. 1, Z. 9: „haben“). Diese waren manchmal dann nur aus dem Wortkontext zu klären. Besonders auffällig an dieser Quelle ist die unterschiedliche Schreibweise des „s“ PQu: z.B. S. 1, Z.2: „hiesigen“; Z.3: „sey“; Z. 5: „auseinander“; Z. 10: „rechnungs“). Auch die Rechtschreibung erscheint dem heutigen Leser fremd PQu: S. 1, Z.7: „gantzen“; Z.24: „hiebey“).

Da dies ein handschriftlicher Entwurf ist, erschweren Einfügungen vgl. PQu: S. 4, Z.12), durchgestrichene Worte vgl. PQu: S. 1, Z.23), zum Teil unleserliche Schrift vgl. PQu: S. 2, Z.19), Tintenklekse vgl. PQu: S. 3, Z. 30-32 links) und Abkürzungen vgl. PQu: S. 3, Z.29) zusätzlich das Lesen der Schrift.

War es schließlich gelungen große Bestandteile eines Satzes zusammenzufügen, wurden nun verbleibende Unklarheiten aus dem Kontext gelöst.

Für die „letzten“ Schwierigkeiten standen schließlich erfahrene Historiker³⁰ des Kommunalarchivs Minden mit Rat zu Seite. Bei manchen Worten war es selbst für Experten schwierig diese zu entziffern PQu: z.B. S. 3, Z.27/28: „Werdverständigen“).

So ist es schließlich gelungen, die vorliegende Primärquelle vollständig zu lesen.³¹

Das Erfassen des Inhalts gestaltet sich wegen der differentiellen Wortwahl, Satzbau und Grammatik schwierig.³²

5. Interpretation

5.1 Aspekte der Auswirkungen des Krieges

Primär beabsichtigt das Schreiben des Bürgermeisters Schrader und des Verwaltungsbeauftragten Rathert als Vertreter des Mindener Magistrats) an die Kriegs- und Domänenkammer vgl. Kap. 3.1) vom 27. Jan. 1763 Reparationszahlungen für die in der Zeit des 7-jährigen Krieges als Lazarett umfunktionierte und dabei stark beschädigte Simeoniskirche zu erlangen.

Aus diesem Schreiben wird aber nicht nur die Summe der erbetenen Reparationszahlungen sichtbar, sondern es erschließen sich auch wichtige Aspekte der Auswirkungen des Krieges auf die Stadt und das städtische Leben, den Umgang des Militärs mit kirchlichen Gebäuden und wohl auch in Teilaspekten die Stellung der Kirche in der Zeit der kriegsbedingten Militärpräsenz.

5.2 Auswirkungen des Krieges auf die Kirchengebäude

Kirchenbauten wurden auf Militärbefehl hin als Lazarette umgenutzt. Die einquartierten, verwundeten Soldaten wurden wohl auch in der Simeoniskirche medizinisch schlecht versorgt, oft vernachlässigt und mangelhaft gepflegt (S. Kap. 2.2). Hierdurch und oft durch erhöhten Alkoholkonsum bedingt, resultierten bei den Soldaten Langeweile, Frustrationen und Aggressionen, die zur Zerstörung besonders der Inneneinrichtung der Kirche führten vgl. PQu: S. 2, Z.29-33). Dies muss zumindest unter Duldung der für die Soldaten und das Lazarett zuständigen militärischen Vorgesetzten erfolgt sein. Aber auch zur Pflege eingesetzte Feldschere haben Inventar der Kirche zerstört, indem sie zum Beispiel Kirchtüren ausgebaut und als Krankenliege genutzt haben³⁴.

Folglich sind Kirchenbauten wie hier die Simeoniskirche in ihrer Inneneinrichtung von den Militärangehörigen vollständig ruiniert und unbrauchbar gemacht worden (S. PQu: z.B.: S. 1).

Doch wird die Lazarettnutzung nicht nur starke negative Auswirkungen auf die Kirchengebäude gehabt haben, die Zerstörungen und die Menschenmengen werden auch zumindest eine Lärm- und Geruchsbelästigung auf das städtische Umfeld gehabt haben.

5.3 Auswirkungen des Krieges auf die Stadt Minden und das städtische Leben

Der 7-jährige Krieg hat auf die Stadt Minden und das städtische und kirchliche Leben weitere gravierende Auswirkungen gehabt. Aus der Primärquelle ist zu entnehmen, dass nicht nur Kirchen hier die Simeoniskirche und wohl auch die Marienkirche) auf Befehl des preußischen Königs als Lazarette umgenutzt wurden vgl. PQu: S. 2, Z.13-19), sondern auch Privat(?) Häuser mit kranken Militärangehörigen belegt worden sind vgl. PQu: S. 5, Z.26-28). Auch verdeutlicht die Quelle, dass in den Kriegszeit ganze Straßenzüge / Bezirke wie der Weingarten Weingarten bezeichnete nicht nur eine Straße, sondern auch ein Gebiet in der südlichen Altstadt) leer standen vgl. PQu: S. 4, Z.14-19). Ein normales städtisches wie auch kirchliches Leben wird kaum noch anzutreffen gewesen sein, wenn

Bezirke leer standen, Kirchen und Häuser als Lazarette genutzt wurden, sonntags in den Kirchen keine Gottesdienste mehr stattfinden konnten (Lazarettbelegung), es kein Kirchengeläut mehr gab vgl. PQu: S. 4, Z. 25-29) und auch Beerdigungen nicht wie gewohnt durchgeführt werden konnten vgl. PQu: S. 4, Z. 19-24).

5.4 Die Stellung der Kirche in der Zeit des Krieges

In der Zeit der kriegsbedingten Militärpräsenz hat die Kirche wohl keinen Einfluss auf zumindest einen Teil ihrer Gebäude gehabt (sie waren dem Militärbefehl unterworfen), sie musste die Zerstörungen mit ansehen, ihre Einnahmen brachen weg und sie konnte ihre Angestellten nicht entsprechend bezahlen vgl. PQu: S. 4, Z.31- S. 5, Z. 7). Gottesdienste und Beerdigungen konnten nicht wie gewohnt stattfinden. Die Quelle beschreibt, dass kirchliche Handlungen wie das Läuten der Glocken sogar direkt von Militärangehörigen behindert und unmöglich gemacht wurden vgl. PQu: S. 4, Z.27-29). Dies verdeutlicht, dass die Präsenz der Kirche in der Zeit des 7-jährigen Krieges nicht nur deutlich in den Hintergrund gerückt wurde, sondern die Kirche der Zerstörung der Gotteshäuser machtlos gegenüberstand und ihr die Ausübung ihrer kirchlichen Aufgaben zumindest teilweise verwehrt wurde.

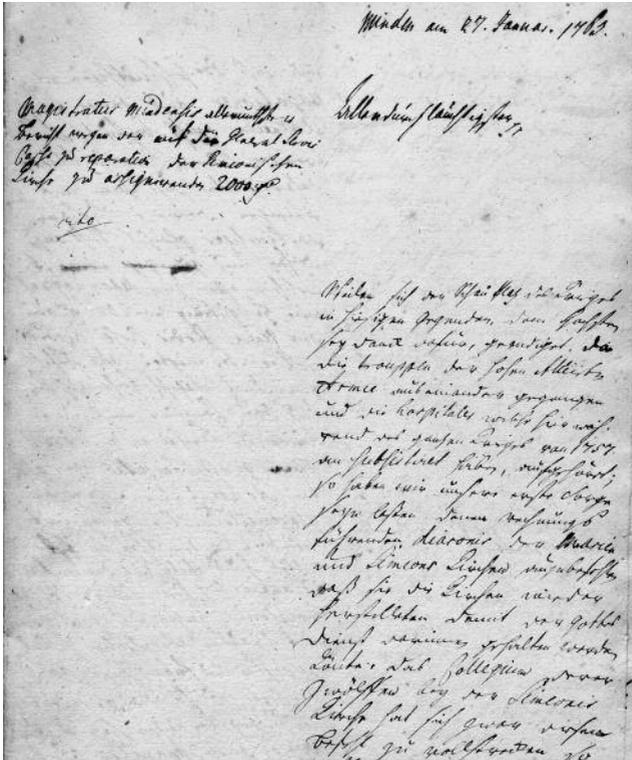
Doch nach Ende des Krieges war sofort das dringende Bestreben nach Wiederherstellung der gewohnten Kirchenpräsenz auch aus höchsten Mindener Vertretungen (Bürgermeister) zu beobachten. So beginnt das Schreiben mit einem Dank an Gott vgl. PQu: S. 1, Z.2-3), dass der Krieg zu Ende sei und es wird schon im zweiten Satz dargestellt, dass es die erste Sorge des Mindener Magistrats gewesen sei, die Kirchen wieder herzustellen, um Gottesdienste abhalten zu können und damit auch der Kirche wieder ihre bisherige Stellung zu geben).

6. Fazit

Auf der Grundlage einer handschriftlichen Primärquelle konnten in dieser Facharbeit wichtige Strategien für das Lesenlernen handschriftlicher Quellen aus dem 18. Jahrhundert aufgezeigt werden. Diese machten es möglich auf der Basis der Primärquelle einige Auswirkungen der Schlacht bei Minden auf die Simeoniskirche, die Stadt Minden und auch auf die Stellung der Kirche zu dieser Zeit darzustellen.

Im Weiteren wäre es wünschenswert, zusätzliche Quellen unter diesen inhaltlichen Gesichtspunkten zu untersuchen, um das Bild der Auswirkungen der Schlacht bei Minden zu vervollständigen. Ein Lesen dieser Quellen wird durch die beschriebenen Strategien sicherlich leichter möglich sein.

Anhang: Transkript der Quelle



Ausschnitt der ersten Seite des untersuchten Textes
Quelle:
Kommunalarchiv Minden, Stadt Minden C, Nr. 870

Minden am 27. Januar 1763
Magistratus Mindensis allerunterthänigster
Bericht wegen der aus der General Servis Casse zu reparation der Simeonischen Kirche zu assignieren den 2000 Reichstaler)
Cito
Weilen sich der Schauplatz des Krieges in hiesigen Gegenden dem höchsten sey dank dafür geendiget. Da die Truppen der hohen Alliirten Armee auseinander gegangen und die hospitäler welche hier während des gantzen Krieges von 1757 an subsistiret haben, aufgehöret so haben wir unsere erste

Sorge seyn lassen denen rechnungs führenden diaconis der Marien und Simeonis Kirchen anzubefehlen daß sie die Kirchen wieder herstellten damit der Gottes dienst darinnen gehalten werden könte. Das Collegium derer Zwölften bey der Simeonis Kirche hat sich zwar diesem Befehl zu vollstrecken so willig als schuldig bezeiget, in dem unterm gestrigen Dato bey uns eingereichten Exhibitio, welches in copia hiebey gehet, aber das Unvermögen gestrichen) und daß die hochstnötigen reparationes aus den Kirchen revenuen nicht bestritten werden können, vorgestel-

let, daher gebeten daß ihnen mit einigen derer hiesigen Particuliers gleiches Recht ange deihen und durchgestrichen)et welchermaßen zum dedom magement eine Vergütung von 2000 RT aus der General Servis Casse accordti ert werden mögte. Auf Befehl Ewr. Königl. Majest. Hochpreißl. KR. und Dom. Cammer musste die Simeonische Kirche in anno 1758 dem groben hospital der alliirten Armee unter anderen emplacements* mit eingeräumt *zu Belegung der kranken werden. Von dem Jahre an ist das Soldaten Gotteshaus theils von denen hannoveranern und Braunschweigern theils von denen hessen und engellandern mit Kranken abwechselnd belegt gewesen, und haben besonders die letztern ihr den größten Stoß gegeben indem sie nicht und die an eineim separaten ohrte verwahrt und verschloßen gewesene Kirchen Stühle nach vorgängiger gewaltsahmer Erbrechung deßselben herausgenommen, sie sämtlich ruiniert und verbrannt, sondern auch die Windladen der Orgel ver dorben die Pfeiffen abhanden ersetzt) gebracht durchgestrichen) und sie dermaßen spoliieret haben, daß eine Haupt reparation damit vorgenommen werden muß, wann sie wieder in den Standt, daß sie beyen Gottes dienste gewähret verbessert) werden kann, gesetzet werden soll. Dabey haben es diese hospi talisten nicht bewenden laßen sondern ihr frewel ist soweit gegangen daß sie die tribunen ebenergestalt ruiniert die untersten Fenster Scheiben eingeworffn und fast die sämtlichen Kri chen Thüren von ihnen zerschlagen worden, und läßet sich der

desolate Zustand dieses Gottes hauses nicht so lobhafft schildern als an bey dazustellenden Augenschein in die Sinne fällt. Die dazu erforderlichen Reparationen betragen nach deren aufgenommenen Anschlägen von Werdverständigen eine Summe von 3733 RT 30 Mariengroschen) 4 Pf. in alten Gelde oder Golde Not: wann die Anschläge in currentes und können im fall es von Euer Müntze gemacht. So ist diese clausul Königl. Majest. demandiret werden hienach abzuändern. sollte, die Anschläge in original eingesandt werden. Dagegen ist der Ertrag der sämtlichen Kirchen Einnahme ohngefehr höchstens 6 bis 700 Thaler welcher nach Ausweise des Corpori bonorum mehrentheils außer dem durchgestrichen) wenigen Kirchen gelde so auf die eingepfarrten häuser radieciert und davon jährlich entrichtet werden muß, in ungewißem gefallen als Kirchen Stuhl Miethe, Geläute und Eröffnungsgeldern besteht. Das Kirchen Geld hat von denen Parochianis a potiori nicht bezahlet werden können weilenstatt kündiger maßen der sogenannte Weingarten von Einwohnern leer und die Häuser ohne Eigenthümer öde stehen. Die Kirchen Stuhl Miethe hat ebenfalls seit 1758 cessieret und den Eröffnungsgeldern auch nichts erfolgen können weil das darin gewesene hospital die Eröffnung der Gräber nicht verstatten wollen und mit dem Geläute hat es gleiche Bewandtniß gehabt indem der Küster auf den Thurm zu gehen behindert und ihm solches untersaget worden. Gleichwol müßen hiervon, weil die Simeonis Kirche, keinen andern Dotem hat der Pre-

diger Küster, Organist, Musicant und übrige Kirchen bediente halbiert und unterhalten werden und haben die einkommen intraden nicht hingereicht vorbemerkte Ausgaben daraus zu bestreiten. Hieraus ergibt sich augenfällig das Unvermögen der armen Simeonischen Kirche und daß deren revenue nicht auslangen mit selbigen die gegenwärtig erforderlichen reparations Kosten vornehmen laßen zu können. Wann um Ewr. Königl. Majest. allerhuldreichst geruhet nach der oballegirten Anzeige des zwölften Collegii, welche nach eingezogener Erkundigung in der Wahrheit beruhet einigen Particuliers aus dem fond der General Servis Casse ein erkleckliches zur Entschädigung wegen ihrer Häuser welche während des Krieges mit hospitälern belegt gewesen, zu assignieren, so tragen wir um so weniger Bedenken das höchst

billige Gesuch derer Vorsteher der Simeonis Kirche, wie hiermit geschieht Krafft der uns obliegenden Ampts Pflichten zu unterstützen und in Rücksicht der vorangeführten in der offenkundigen Wahrheit beruhenden Umstände allerunth ertänigst dahin anzutragen: daß der mehrgedachten Kirche, gleich der demoiselle Hollsteins und der verwittweten Fr. Regierungs Rätthin Conde lans verwilliget ex iden titate rationis die nachge suchte Vergütung von 2000 Thaler zum Behuf der reparation auf die General Servis Casse allergnädigst assignieret werden möge wir emphelen dieses so gerechte als billige Gesuch in zuzustimmender?) Submission eingefügt) nochmahlen aufs nachdrücklichste angelegenstlich ?) und ersterben mit dem profoundesten Respect, S. L.M?) exp id 28. ejur?) Schrader?. Rathert

Anmerkungen

- 1 vgl. Minden Marketing GmbH (Geschäftsführer: Dr. Jörg-Friedrich Sander): Die Schlacht bei Minden. (künftig: Minden Marketing GmbH, Die Schlacht bei Minden)
- 2 s. Korn, Ulf-Dietrich: St. Simeon, VI.2 Geschichte. In: Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen: Die Stifts- und Pfarrkirchen, Band 50, Stadt Minden, Teil III, Altstadt 2, S.632 (künftig: Korn, St. Simeon)
- 3 KAM: städtischer Aktenbestand, C 870, S. 6ff
- 4 Darstellung folgt: - Cramer, Hans: Die Schlacht bei Minden zusammengestellt nach alten und neueren Berichten. In: Steffen, Martin (Hrsg.): Die Schlacht bei Minden. Weltpolitik und Lokalgeschichte, J.C.C. Bruns' Verlag, Minden 2008, S.18, S.24 (künftig: Cramer, Die Schlacht bei Minden) - Minden Marketing GmbH, Die Schlacht bei Minden
- 5 Cramer, Die Schlacht bei Minden, S. 21
- 6 Cramer, Die Schlacht bei Minden, S. 18
- 7 Minden Marketing GmbH, Die Schlacht bei Minden
- 8 Cramer, Die Schlacht bei Minden, S.24
- 9 Minden Marketing GmbH, Die Schlacht bei Minden
- 10 Darstellung folgt: - Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte: Schriften des Militärgeschichtlichen Instituts der deutschen demokratischen Republik, Militärverlag, VEB-Berlin, 1985 (künftig: Wörterbuch zur Militärgeschichte) - Reuß, Carsten (stellvertretener Museumsleiter des Preußenmuseums Minden): persönliche Mitteilung (künftig: Reuß, persönliche Mitteilung)
- 11 Wörterbuch zur Militärgeschichte
- 12 Wörterbuch zur Militärgeschichte
- 13 Wörterbuch zur Militärgeschichte
- 14 Wörterbuch zur Militärgeschichte
- 15 Darstellung folgt: - Korn, St. Simeon, S.626 - Evangelischer Kirchenkreis Minden (Öffentlichkeitsreferat/Internetredaktion: Pfr. z. A. Matthias Motter): Geschichte [der St. Simeonis]. (künftig: Kirchenkreis Minden, Geschichte der St. Simeonis)
- 16 Korn, St. Simeon, VI.1 Lage, S.624
- 17 Kirchenkreis Minden, Geschichte der St. Simeonis
- 18 vgl. Noichel, Elisabeth und Schmeißer, Christa (Bearb.): Deutsche Schriftkunde der Neuzeit, Ein Übungsbuch mit Beispielen aus bayrischen Archiven, Unterkapitel: Einführung in die Schriftgeschichte: Beschreibstoffe und Schreibgeräte, München, 1. Auflage, 2006, S.9 (künftig: Noichel und Schmeißer: Deutsche Schriftkunde der Neuzeit)
- 19 vgl. Noichel und Schmeißer: Deutsche Schriftkunde der Neuzeit, Unterkapitel: Die Entwicklung unserer Schrift, S.11
- 20 Noichel und Schmeißer: Deutsche Schriftkunde der Neuzeit, S.11
- 21 Noichel und Schmeißer: Deutsche Schriftkunde der Neuzeit, S.11
- 22 s. Anhang: Gutzwiller, Hellmut, Die Entwicklung der Schrift in der Neuzeit, in: Archiv für Diplomatik 38 (1992), S. 381 ff (künftig: Gutzwiller, Entwicklung der Schrift in der Neuzeit)
- 23 Süß, Harald: Deutsche Schreibschrift, Lesen und Schreiben lernen, Unterkapitel: Erster Teil: Das Lesen, Lehrbuch, Augustus Verlag, Augsburg, 1991, S.17 (künftig: Süß, Deutsche Schreibschrift)
- 24 s. Anhang: Gutzwiller, Entwicklung der Schrift in der Neuzeit
- 25 vgl. Süß, Deutsche Schreibschrift, S.19
- 26 Süß, Deutsche Schreibschrift, S.19
- 27 vgl. Noichel und Schmeißer: Deutsche Schriftkunde der Neuzeit, S.21
- 28 s. Anhang: Gutzwiller, Entwicklung der Schrift in der Neuzeit
- 29 s. Anhang: Gutzwiller, Entwicklung der Schrift in der Neuzeit
- 30 KAM, Schulte, Dr. Monika
- 31 vgl. Anhang: „Übersetzung der Primärquelle“
- 32 Persönliche Mitteilung von Carsten Reuß, Preußen-Museum NRW

Rezensionen

Barbara Groß: Hexerei in Minden: Zur sozialen Logik von Hexereiverdächtigungen und Hexenprozessen (1584-1684)
Münster (Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG) 2009.

In ihrer Dissertation untersucht Barbara Groß die in dem Jahrhundert zwischen 1584 und 1684 belegten und vor dem Mindener Ratsgericht verhandelten 170 Hexereiverfahren.¹ Mit der Bearbeitung dieses umfangreichen Quellenbestands schließt die Autorin eine klaffende Forschungslücke und erhellt einen bedeutenden Ausschnitt der frühneuzeitlichen Mindener Stadtgeschichte.

In einem einführenden Kapitel werden zunächst Gegenstand, Leitfragen und Forschungsansatz der Studie vorgestellt (Kap. I.1 und I.2). Um die „Verfolgungen als sinnhaltige Muster sozialer Praxis (...) beschreiben“ zu können (S. 22), entwickelt Groß ihren theoretischen Bezugs- und Begriffsapparat um den etwas sperrigen Begriff der „sozialen Logik“. Anhand seiner soll das Handeln der Akteure bei Hexereiverdächtigungen und im Prozessgeschehen untersucht werden, und zwar unterschiedslos sowohl instrumentalisierendes und bewusstes Handeln als auch habituell (im Bourdieuschen Sinne) und unbewusst motiviertes (Re-)Agieren. Indem Groß den in der Wissenschaft gängigen Begriff der Funktion „bewusst durch den der sozialen Logik ersetzt“ (25 f.), will sie unter anderem das „Vorverständnis“ unterbinden, „es sei hinter den Kulissen von Hexenangst, Hexereiverdächtigungen und Hexenprozessen eigentlich um etwas anderes gegangen als im Rampenlicht der Bühne – etwa um die Lösung von Nachbarschafts-, Familien-, Schicht- oder Geschlechterkonflikten“. Bereits an dieser Stelle präsentiert Groß ein als Voraussetzung formuliertes Teilergebnis der nachfolgenden Untersuchung: „Hexereiverdächtigungen und Hexenprozesse dienten aber nicht eigentlich zum Austrag sozialer Konflikte, sondern auch, und zwar auf ganz spezifische Weise und nur unter bestimmten Umständen, die es als soziale Logik zu untersuchen gilt“ (26 f.). Anschließend thematisiert die Autorin die Besonderheiten der Hexenprozessakten als historische Quellen (Kap. I.3), verortet ihre Fragestellung im Kontext der neueren Hexenforschung (Kap. I.4) und entwickelt die begrifflichen und juristischen Voraussetzungen der frühneuzeitlichen Hexenverfolgungen (Kap. I.5) sowie



die politischen und jurisdiktionellen Rahmenbedingungen der Mindener Gerichtspraxis (Kap. I.6).

Der systematischen Analyse von sozialer Praxis und sozialer Logik stellt die Autorin in Kapitel II die chronologisch angelegte Schilderung dreier Fallstudien voran (wobei diese Fälle, wie man vermuten darf, aufgrund der guten Dokumentationslage ausgewählt wurden). An dieser Stelle und auch in der Rekonstruktion der sozialen und kommunikativen Logik von Hexereverdächtigungen, die sich im ersten analytischen Teil (Kap. III) anschließt, folgt Barbara Groß im wesentlichen Rainer Walz, der in seiner wegweisenden Untersuchung zur magischen Kommunikation in den lip-pischen Dörfern der frühen Neuzeit Strategien und Funktionen von Hexereverdächtigungen schwerpunktmäßig für die Ebene der Dorfgemeinschaft herausgearbeitet hat.² Im zweiten Teil der Analyse (Kap. IV) greift sie ein von Walz formuliertes Desiderat auf und untersucht Funktion (bei Groß: soziale Logik) und kommunikative Struktur der Prozessführung des Ratsgerichts als obrigkeitlicher Instanz. Nach den Handlungsspielräumen der Prozessbeteiligten (Kap. IV.1) widmet sie sich (in Kap. IV.2.2) der für die Studie zentralen Frage, „welcher sozialen Logik der Mindener Rat folgte, wenn er in bestimmten Jahren verstärkt auf die Handlungsoption ‚Hexenprozess‘ zurückgriff, (...) verbunden mit der Frage nach der jeweiligen politischen Lage, in der er sich befand“ (S. 33). Die Prozessführung des Ratsgerichts behandelt Groß als potentiell eigenständiges Phänomen, für das erst noch zu zeigen ist, ob und wie es mit den vorgelagerten Hexereverdächtigungen, die in der „Bevölkerung“ kursierten, verzahnt war. Groß stellt die Frage nach symbolischen, inszenatorischen und dramaturgischen Funktionen im politischen Raum und greift damit nicht nur Themen der jüngeren Hexen- und Kriminalitätsforschung, sondern auch der Neuen Politikgeschichte auf.³ Mit der Frage, „inwiefern man bei den genannten Städten [Minden, Lemgo, Osnabrück, Herford] von einem speziellen Typ städtischer Verfolgungszentren mit spezifischen strukturellen Rahmenbedingungen sprechen kann“ (S. 34), schließt sie außerdem an eine von Wilbertz, Scheffler und Schwerhoff formulierte regionalgeschichtliche Fragestellung an.⁴ Die abschließende Zusammenfassung in Kapitel V stellt Groß’ Befunde zusammen. Demnach handelt es sich bei den Hexereverdächtigungen im Vorfeld der Prozesse um „weitgehend unabhängige sinnhafte Muster sozialer Praxis“, die einer anderen Logik folgten als derjenigen, die den Rat zur Einleitung von Verfahren antrieb (S. 352). Die große Masse der Mindener Hexereverdächtigungen sei – so Groß – „jenseits sozialer Spannungen und Konflikte“ im Kontext klatschhaften Handelns⁵ entstanden, das als zentraler Vergemeinschaftungsmechanismus vorgestellt wird (S. 350). Die Durchführung von Hexenprozessen habe folglich auch nicht der Lösung von Spannungen und Konflikten gedient; sie sei von den frei flottierenden und jederzeit verfügbaren Hexereverdächtigungen weitgehend unabhängig entstanden und folge – losgelöst von ökonomischen und sozialen Rückbindungen – der völlig anders garteten Logik einer „symbolischen Prozessfüh-

rung“, die „ihren Sinn in sich selbst hatte“ (S. 352). Letztendlich sei es irrelevant, „gegen wen, aus welchem Grund und mit welchem Ergebnis prozessiert wurde“; sinnhaft werde die Prozessführung in ihrer „konkreten machtpolitischen Funktion“ und deren zwei Aspekten, dem vertrauensbildenden, identitätsstiftenden Moment (gegenüber der Bürgerschaft) und der Machtdemonstration gegenüber konkurrierenden Herrschaftsträgern, die je nach politischer Lage in den Vordergrund träten (S. 352 f.).

Die von Groß konsequent beibehaltene heuristische Trennung zwischen „Stadtgesellschaft“ und „Politik“, zwischen Verdächtigungs- und Prozessebene, zwischen „Bevölkerung“ und „Obrigkeit“ öffnet den Blick auf Strukturen, die der einen und der anderen Ebene exklusiv eigen sind. So gelingt es der Autorin insbesondere, die Prozessführung des Ratsgerichts als nur begrenzt reaktiven, vielmehr aktiven Part der Obrigkeit herauszuschälen und als eigenständiges politisches Phänomen zu konturieren. Die Rückgewinnung und Neubestimmung der politischen Dimension für das Verständnis von Hexenjagden und die Akzentuierung der jeweiligen kommunikativen Funktionen von Verdächtigungen und Prozessführung sind ein bedeutender Gewinn für die immer noch an Komplexität gewinnende Hexenforschung.

Leider verzichtet Groß darauf, die in analytischer Absicht herausgetrennten „Logiken“ in die komplexe Lebenswelt der frühneuzeitlichen Stadt Minden zu reintegrieren. Nur dort, wo sich die politische Konkurrenz zwischen Rat, Vierzigern und Landesherrn und die Auseinandersetzung um städtische Autonomie in symbolischer Prozessführung niederschlägt, werden die Rahmenbedingungen der sich entfaltenden Logiken umrissen, doch selbst das für Groß' These zentrale Kapitel IV 2.2 fällt in dieser Hinsicht vergleichsweise knapp aus. Beginn und Ende der Mindener Prozesswellen werden von der Autorin mit Ereignissen und Entwicklungen, die die Ratsherrschaft entweder in Frage stellten oder konsolidierten, parallelgeschaltet – was im Großen und Ganzen durchaus plausibel ist, angesichts der Vielfalt der möglichen zu verknüpfenden Daten aber mitunter beliebig wirkt. An das Verfahren der zeitlichen Parallelisierung der Eckdaten von Krieg, konfessionellen Auseinandersetzungen und Wechseln der Landesherrschaft im Umfeld des Dreißigjährigen Krieges einerseits und den Prozesskonjunkturen andererseits schließen sich mancherlei Fragen an, weil Fakten und Bezüge, die das Bild weiter aufgehell hätten, nicht eingearbeitet wurden. So fehlt etwa der Hinweis auf das Hexenpatent des brandenburgischen Statthalters Graf Georg Friedrich von Waldeck vom 8. Dezember 1657 (und dessen Erneuerung durch den Kurfürsten am 13. September 1675), die mit der auffallenden Zurückhaltung des Mindener Rats in diesem Zeitraum korrelieren könnten. In dem Patent von 1657 werden, weil „auch bei kleinlichen Anlässen einer den andern zu unleidlicher Beschimpfung für Zauberer, Zauberin, Hexenkinder, Werwölfe, Trommelschläger und dergleichen schilt und

ausruft, wodurch oft ehrliche Leute in ihrer Ehre gekränkt werden", die Austräger von Hexereibezichtigungen mit Landesverweis bedroht, sofern sie ihre Anklagen nicht beweisen können.⁶ In ähnlicher Weise würde sich die Tatsache, dass nach dem Westfälischen Frieden für Minden eben keine Friedenszeit anbrach, sondern ab 1667 der sogenannte zweite Dreißigjährige Krieg mit weiteren militärischen Bedrohungen und finanziellen Belastungen begann, in die von Groß entwickelte politische Logik einfügen. Und wenn die Auseinandersetzungen zwischen Rat und Vierzigern 1635 um die gerechte Verteilung finanzieller Lasten, um die undurchsichtige Geschäftsführung des Rats und um Privilegien, kurz: um ökonomische Fragen kreisten, wie in der Darstellung mehrfach deutlich wird,⁷ wäre spätestens hier zu fragen, wie die politische Dimension des Ratshandelns sich gegenüber den aufscheinenden wirtschaftlich-sozialen Interessensgegensätzen verhält, Interessensgegensätzen, die man auch Konflikte nennen könnte.

Dass die Autorin den Stellenwert von Konflikten im Rahmen kommunikativer und sozialer Logiken möglicherweise falsch einschätzt, hat mehrere Ursachen. Da sind vor allem die „schwarzen Löcher“ der Mindener Stadt- und Regionalgeschichte, der Mangel an Quelleneditionen und belastbarer Grundlagenforschung zu Agrarkonjunkturen und Bevölkerungsentwicklung, zur Ökonomie der adligen und bürgerlichen Eliten, zu Schäden, die der große Krieg anrichtete, kurz das, was Philipp Koch als „sumpfigen Boden historischer Unwissenheit“ bezeichnet.⁸ Diese Leerstellen sind im Rahmen einer noch so quellengesättigten Einzelstudie nicht auffüllbar. Gleichwohl hätten sie benannt werden sollen, denn Einschätzungen wie die Rekrutierung der Beschuldigten aus der „Unterschicht, unteren und gehobenen Mittelschicht und Oberschicht“ (8) sind im Grunde mangels belastbarer sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Erhebungen nicht zu leisten. Auch die methodisch begründete Konstruktion von quasi monolithisch nebeneinander existierender „Obrigkeit“ und „Bevölkerung“ erweist sich einerseits im analytischen Zugriff auf jeweils unterschiedliche „Logiken“ durchaus als fruchtbar. Andererseits ist „Obrigkeit“ jedoch vielfältig segmentiert und vernetzt und über Wirtschaftsbeziehungen, Verwandtschaften, Nachbarschaften, Patenschafts- und Klientelbeziehungen sowie durch Teilhabe an „Mustern sozialer Praxis“ selbst Teil von „Bevölkerung“. Die „Usurpation und zielgerichtete[n] Lenkung der Verfahren durch innerstädtische Führungspersonen bzw. Fraktionen“, wie sie von Scheffler, Schwerhoff und Wilbertz für Lemgo beschrieben wird, begründet sich auch in dieser räumlichen und sozialen Nähe von obrigkeitlichem Personal und Bürgerschaft.⁹ Ohne eine Rückkopplung der herausgearbeiteten Logiken an die vielfältigen lebensweltlichen Bezüge der Stadtgesellschaft ist beispielsweise die Frage nicht zu klären, ob Spannungen und Konflikte tatsächlich – wie von Groß behauptet – weitgehend irrelevant für die Prozessführung waren. Es ist immerhin auffällig, dass im Jahre 1631 zwischen den Nachkommen des Mindener Bürgermeisters Kaspar Vogel und den Mindener Bürgern Hein-

rich Fredeking, Jan Brackrogge und Heinrich Costedt am Reichskammergericht ein Prozess um den Nachlass des Bürgermeisters anhängig ist, und dass gegen Arndt Brackrogges Witwe (1631), Arndt Brackrogge (1671), Arndt Frederkings Frau (1670), Arndt Costedes Frau und Margarete Costede (1669/1670) Hexenprozesse eingeleitet wurden, die um klassische Schadenaubervorwürfe kreisten.¹⁰ Könnte sich hier ein Konflikt oder eine städtische Fraktionsbildung in Hexenprozessen abgebildet haben? Falls dem so sein sollte – was erst zu überprüfen wäre – hätte diese Dimension aus den Prozessakten allein wohl nicht gewonnen werden können und wäre auch dem analytischen Blick auf eine aus lebensweltlichen Bezügen herausgelöste kommunikative oder soziale Logik verborgen geblieben.¹¹ Denn es ist fraglich, ob, wie Groß annimmt, „eine Auseinandersetzung um Hexerei (...) völlig anderen Regeln gehorchte als der (...) Eigentumskonflikt“.¹² Zwar war der Hexereivorwurf in jedem Fall die ungleich schärfere Waffe. Doch insofern die Hexe danach strebte, ihren Anteil an den guten Dingen des Lebens auf Kosten ihrer Mitbürgerinnen zu vergrößern, konnten in Hexereikonflikten auch materielle Verteilungskämpfe abgearbeitet werden; insofern die Hexe als Teufelshure ihrem Götzen Adepten zuzuführen verpflichtet war, konnten sexuell abweichendes Verhalten und Kuppelei in Hexereigerüchte umschlagen; und insofern die Teufelssekte die evangelische Stadt und ihre Obrigkeit bedrohte, konnten Fragen des Gemeinwohls und des Umsturzes im Hexereidiskurs eingebettet und gedeutet werden.

Bei günstiger Forschungs- und Quellenlage lassen sich solche Umdeutungen beispielhaft verfolgen.¹³ Der Vergleich zwischen der Prozessführung in Minden und Lemgo – zwei Städten, deren Zugehörigkeit zu einem speziellen Typ städtischer Verfolgungszentren vermutet wird – hätte sich angeboten. In Lemgoer Prozessakten läßt sich auch eine zusätzliche Spielart symbolischer Prozessführung beobachten: Teile der Bevölkerung verweigerten sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der identitätsstiftenden Intention des Ratsgerichts. Dessen Legitimation zur Prozessführung wurde in Frage gestellt, indem ein Rollentausch stattfand. Mitglieder der verfolgenden Obrigkeit fanden sich in der Position des „Teufels“ wieder, Angeklagte wurden als Opfer wahrgenommen.¹⁴

Insgesamt ist festzustellen, dass regionale Literatur und vertiefende Studien von Groß nicht immer rezipiert wurden, was sich in kleineren Ungenauigkeiten wie der Verwechslung des Rostocker Juraprofessors Ernst Cothmann mit seinem Großneffen Hermann, dem Lemgoer „Hexenbürgermeister“ niederschlägt.¹⁵ Folgenreicher noch sind Groß' Bemerkungen über den Scharfrichter, „dessen Unehrllichkeit als in höchstem Maß ansteckend gedacht wurde“.¹⁶ Wäre dem in Minden so gewesen, wäre er nicht zu den Festmahlen geladen worden, die die Ratswahlen beschloßen und die Gemeinschaft derer konstituierten, die Herrschaft ausübten.¹⁷ In diesem Fall führt eine Fehleinschätzung des Sachverhalts zu einer fragwürdigen Interpretation der Quelle. Der Blick in die Region hätte

möglicherweise die Erkenntnisse zur Logik, die den Rat zur Einleitung von Verfahren antrieb, noch erweitern können.

Der Ansatz der Autorin ist jedoch ein anderer: Ihre Analyse konzentriert sich darauf, die kommunikative und soziale Logik von Hexereiverdächtigungen und die soziale und politische Logik der Prozessführung innerhalb der Stadt Minden herauszuarbeiten. Barbara Groß' Studie ist richtungsweisend, weil sie eine fruchtbare These formuliert, die Mindener Hexenprozesse auf der Höhe der Forschung analysiert und Ansatzpunkte für weitere Forschungen liefert.

Uschi Bender-Wittmann

Anmerkungen

- 1 Eine chronologische Übersicht der Prozesse findet sich im Anhang.
- 2 Rainer Walz, Hexenglaube und magische Kommunikation im Dorf der Frühen Neuzeit. Die Verfolgungen in der Grafschaft Lippe, Paderborn 1993.
- 3 Barbara Stolberg-Rilinger, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, Einführung in: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, hg. von ders., Berlin 2005 (Zeitschrift für Historische Forschung. Beihefte 35); ansonsten einführend Ute Frevert, Neue Politikgeschichte, in: Kompass der Geschichtswissenschaft, hg. von Joachim Eibach und Günther Lottes, Göttingen 2002, S. 152-164.
- 4 Jürgen Scheffler, Gerd Schwerhoff, Gisela Wilbertz, Umriss und Themen der Hexenforschung in der Region, in: Hexenforschung und Regionalgeschichte. Die Grafschaft Lippe im Vergleich, hg. v. dens., Bielefeld 1994 (Studien zur Regionalgeschichte, Bd. 4 / Beiträge zur Geschichte der Stadt Lemgo, Bd. 4), S. 9-24, hier: S. 20.
- 5 Mit „klatschhaftem Handeln“ bezeichnet Groß den Handlungsaspekt von „Klatsch“, also das „Klatschen“ (vgl. Anm. 353, S. 276):
- 6 Zitiert nach Karl Spannagel, Minden und Ravensberg unter brandenburgisch-preußischer Herrschaft von 1648 bis 1719, Hannover und Leipzig 1894, S. 243.
- 7 Hierzu vor allem Kap. IV.2.2 passim.
- 8 Vgl. Philipp Koch, Licht auf lange Schatten borussischer Historiographie. Karl Spannagel und die Geschichte Mindens und Ravensbergs, in: Westfälische Forschungen 59/2009, S. 353-377, hier: S. 370.
- 9 Gisela Wilbertz, Gerd Schwerhoff, Jürgen Scheffler, Umriss und Themen der Hexenforschung in der Region, in: Hexenverfolgung und Regionalgeschichte: die Grafschaft Lippe im Vergleich, hg. von dens., Bielefeld 1994, S. 9-26, hier: S. 20; von Barbara Groß zitiert auf S. 344.
- 10 Bei der Witwe Arndt Brackrogges war es in der Rückschau(!) eines Zeugen die zauberische Tötung mehrerer Pferde im Jahr 1627, bei Arndt Brackrogge der Vorwurf, als Werwolf ein Rind gerissen zu haben; vgl. S. 249 und 260f.

- 11 Vgl. Günter Aders und Helmut Richter (Bearb.), *Gerichte des alten Reiches. Reichskammergericht und Reichshofrat, Münster 1966-1973*, Bd. 3, Nr. 1999.
- 12 Vgl. S. 265.
- 13 Zum Ineinandergreifen der unterschiedlichen Diskurse vgl. Uschi Bender-Wittmann, „*Communis salutis hostis*“: Die Kauffrau Anna Veltmans, in: *Biographie und Stadtgeschichte. Lemgo in der Spätphase der Hexenverfolgung*, hg. von Gisela Wilbertz und Jürgen Scheffler, Bielefeld 2000, S. 150-184.
- 14 Vgl. Uschi Bender-Wittmann, „Hexen machen“. Geschlechter- und Hexeideiskurse in einer frühneuzeitlichen Stadt, in: *L'Homme 7/2* (1996), S. 43-55.
- 15 Vgl. Sönke Lorenz, Ernst Cothmann (1577-1624) aus Lemgo in Westfalen. Ein Iurisconsultus Rostochiensis in Sachen Hexenprozeß, in: *Das Andere Wahrnehmen. Beiträge zur europäischen Geschichte. August Nitschke zum 65. Geburtstag gewidmet*, hg. von Martin Kintzinger, Wolfgang Stürner und Johannes Zahlten, Köln u.a. 1991, S. 437-449.
- 16 S. 131 und 207. Was die „Unehrllichkeit“ der Scharfrichter betrifft, gab es bedeutende Unterschiede zwischen Nordwest- und Süddeutschland; vgl. Richard van Dülmen, *Der ehrlose Mensch. Unehrllichkeit und soziale Ausgrenzung in der Frühen Neuzeit*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 43. Im nordwestdeutschen Raum war die Unehrllichkeit mit der Tätigkeit des Abdeckens (toter Tiere) verbunden. Der Scharfrichter besaß zwar in der Regel das (lukrative) Abdeckerprivileg, hielt sich aber von der Tätigkeit fern und ließ diese von seinen Knechten verrichten; vgl. Gisela Wilbertz, *Familie, Nachbarschaft und Obrigkeit. Soziale Integration und Loyalitätskonflikte im Leben des Lemgoer Scharfrichters David Clauss d. Ä. (1827/29-1696)*, in: Wilbertz und Scheffler, *Biografie*, wie Anm. 12, S. 247-307. Der von Groß „Meister Asmus“ genannte Mindener Scharfrichter hieß übrigens mit Nachnamen Rathmann; vgl. Uta Halle, „Hereyn wer Stiffl und Schuh bedarf“. Die Lemgoer Schuhmacherfamilie Halle im 17. Jahrhundert, in: Wilbertz und Scheffler, *Biografie*, wie Anm. 12, S. 347-388, hier: S. 378.
- 17 Vgl. Monika M. Schulte, *Macht auf Zeit. Rats Herrschaft im mittelalterlichen Minden, Warendorf 1997* (Beiträge und Quellen zur Stadtgeschichte Niedersachsens, Bd. 4), S. 139.

**Quaschny, Rico (Hrsg.): Friedrich Wilhelm IV. und Bad Oeynhaus-
sen. Eine Spurensuche zum 150. Todestag des preußischen Königs.
Geschichte im unteren Werretal, Band 6,**

hrsg. vom Arbeitskreis für Heimatpflege der Stadt Bad Oeynhausen e.V. und vom Heimatverein der Stadt Löhne e.V. in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Löhne und dem Stadtarchiv Bad Oeynhausen, Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2011, 144 S., zahlreiche, teils farbige Abbildungen.

Dem 300. Geburtstag Friedrichs II., des Großen, kann man sich in 2012 angesichts der zahlreichen Ausstellungen, Fernsehdokumentationen und einer Flut von neuen Publikationen kaum entziehen. Weit über das unmittelbare Umfeld der ehemaligen Haupt- und Residenzstadt hinaus ist Friedrich landauf, landab präsent. Historische Jahrestage, wie die „Preußenjahre“ 1981, 1986 oder 2001 bieten in jeder Generation Anlässe, um Ereignisse oder Personen wieder-, oder neu zu entdecken, Blickwinkel und Bewertungen zu überprüfen oder zu revidieren.

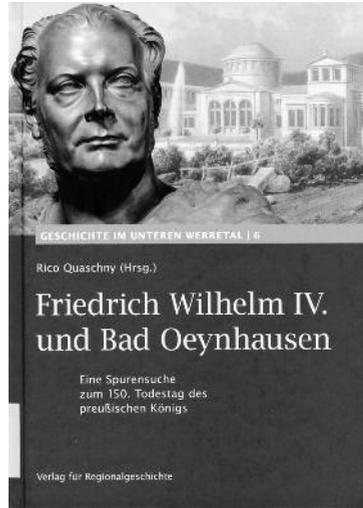
Weitgehend still und außerhalb Berlins und Potsdams unbemerkt, vollzog sich im Jahr 2011 die Erinnerung an den 150. Todestag Friedrich Wilhelms IV. von Preußen, der 1861 in jenem Schloß Sanssouci verstarb, an dessen Erbauer so nachdrücklich erinnert wird.

Ähnlich kunstsinnig und auch persönlich künstlerisch begabt, wie sein von ihm bewunderter Ahnherr Friedrich, ist dieser Preußenkönig der heutigen Öffentlichkeit kein Begriff mehr und allenfalls noch Schülern im Zusammenhang mit dem Revolutionsjahr 1848 zumindest vorübergehend geläufig.

Die als Band 6 in der Reihe „Geschichte im unteren Werretal“ erschienene Publikation nähert sich diesem wohl zu Unrecht weitgehend vergessenen und auf das „tolle Jahr 1848“ negativ reduzierten Monarchen über die regionalgeschichtlichen Bezugspunkte in das östliche Westfalen.

Die Reihe wird vom Arbeitskreis für Heimatpflege der Stadt Bad Oeynhausen, dem Heimatverein der Stadt Löhne und den Kommunalarchiven beider Städte ediert.

Die ansprechend gestaltete, vom Umfang her übersichtliche Veröffentlichung, will eine historische „Spurensuche“ und Dokumentation darstellen, und, auf den ersten Blick vielleicht ungewöhnlich, zugleich die Werbung für die Idee einer späten Denkmalswürdigung des Königs in Bad Oeynhausen befördern.



Die vom Herausgeber und Autor Rico Quaschny im Mittelteil des Buches unternommene Würdigung Friedrich Wilhelms IV. als maßgeblichem Begründer, Förderer und wohl auch unmittelbarem architektonischen Mitgestalter der Bades Oeynhausen und seiner Kuranlagen, wird durch zwei weitere Essays flankiert.

Die Mitautoren Kurt Krutemeier und Jutta v. Simson liefern mit ihren Beiträgen einer biographischen Skizze zum Leben des Königs und seines Wegbegleiters und künstlerisch wirkenden Zeitgenossen Christian Daniel Rauch, die Einbindung in die politischen, wie kunstgeschichtlichen Aspekte der Epoche.

Die durchgehende Illustration mit Portraits, Dokumenten, Zeichnungen und Planskizzen aus dem Bildarchiv der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin- Brandenburg, Potsdam, aus Landes- und Kommunalarchiven in NRW und aus Privatsammlungen, verleiht dem Buch Anschaulichkeit und eine abwechslungsreiche Einführung in die Atmosphäre und das Erscheinungsbild jener Zeit.

Ein Geleitwort des heutigen Chefs des Hauses Preußen, Prinz Georg Friedrich, bindet die Publikation in den Reigen der Beiträge des „stillen Gedenkjahres“ ein und erinnert indirekt an die Verbundenheit, die Angehörige des früheren preußischen Herrscherhauses immer wieder mit den Territorien im Rheinland und in Westfalen verband. Das anschaulich, kurzweilig und flüssig verfasste Buch versteht sich gewiss nicht als wesentlicher Beitrag zu einer Neubewertung Friedrich Wilhelms IV. Es ist aber ohne Zweifel geeignet, um an einem konkreten Einzelbeispiel eine in der Regel eher unbekanntere, private Seite dieses begabten und feinsinnigen Mannes zu dokumentieren.

Der ansonsten vornehmlich im Kontext mit dem vorübergehenden politischen Scheitern der bürgerlichen und nationalen Emanzipationsbewegung Mitte des 19. Jh. bewertete Monarch, ist sicherlich als historische Persönlichkeit facettenreicher und interessanter, als es viele Klischeebilder bislang wahrhaben wollten.

In seinem Vorwort erinnert der Herausgeber daran, „daß Friedrich Wilhelm IV. eine Herrscherpersönlichkeit der preußisch-deutschen Geschichte darstellt, die es auch kritisch zu betrachten gilt und dessen politische Rolle zum Beispiel im Umfeld der Revolution von 1848/49 eine positive Würdigung erschwert.“

Kurt Krutemeier gibt in seiner biographischen Skizze weitgehend den aktuellen Forschungsstand zur Person des Königs wieder und weist auf die insgesamt ambivalente Beurteilung des Monarchen hin. Durch seine Lehrer Delbrück und Ancillon in der Tradition Rousseaus erzogen, unterrichtet von Schinkel, Savigny, Clausewitz und den Brüdern Humboldt entwickelte der Prinz schon früh außergewöhnliche zeichnerische Begabungen und schöpferische Interessen. Zu Beginn des 19. Jh. rückten die Territorien im Rheinland und in Westfalen wieder deutlicher in den Blickpunkt des preußischen Staates, aus strategischen, wirtschaftlichen und naturromantischen Gesichtspunkten. Die Biographie Friedrich Wilhelms spiegelt diese neue Westorientierung des Herrscherhauses ebenfalls wi-

der. Bereits 1817, auf einer Rheinreise, begeisterte sich der Kronprinz für die verfallenen Bauzeugen mittelalterlicher Herrlichkeit. Die Vollendung des Kölner Dombaus und der Wiederaufbau der Burg Stolzenfels wurden Projekte, die der König maßgeblich beförderte und die zugleich viel über sein Herrschafts- und Geschichtsverständnis aussagen.

Friedrich Wilhelm IV. war ein Künstlerkönig, tief gläubig und durchdrungen von Vorstellungen mittelalterlichen Gottesgnadentums und dynastischer Tradition, ein Förderer karitativer Wohlfahrtspflege, der Wissenschaften und der Künste. Im Gegensatz zu seinem Bruder Wilhelm war er vergleichsweise wenig an militärischen Fragen interessiert und gegenüber den politischen Forderungen seiner Zeit, im Angesicht der industriellen Revolution, bürgerlicher Partizipationsbestrebungen, des Konstitutionalismus und der deutschen Nationalbewegung, sicherlich weitgehend überfordert. Insofern bietet die von Rico Quaschny vorgenommene Spurensuche nach der Rolle des Königs als Gründer, Förderer und Gestalter des Bades Oeynhausen unmittelbare Einblicke in die eigentliche Gedankenwelt Friedrich Wilhelms, in den privaten Gegenentwurf zu den damaligen tagespolitischen Forderungen.

Bereits 1817 durchreiste der Kronprinz auf dem Weg in das Rheinland Ostwestfalen und passierte die Saline Neusalzwerk bei Rehme. Die seit 1829 durch den Oberbergrat Carl v. Oeynhausen vorangetriebenen Bohrungen nach Steinsalzvorkommen wurden 1836 und 1839 von Prinz Friedrich Wilhelm besichtigt. Nach seiner Thronbesteigung und Heirat mit der bayerischen Prinzessin Elisabeth reiste das Königspaar 1842 zur Vollendung des Kölner Dombaus in das Rheinland und machte in Minden und Umgebung Station. An den Besuch erinnern u. a. die Königsglinde und der Königsweg am Wittekindenberg.

Minutiös zeichnet Quaschny die schrittweise Entwicklung der Anlage Neusalzwerk von den ersten Probebohrungen, die nach einiger Zeit statt der erhofften Steinsalzvorkommen eine Thermalsolequelle zutage förderten, bis hin zur königlichen Ordre vom August 1848, der Bade-Anstalt in Neusalzwerk den Namen „Bad Oeynhausen“ zu geben. Es ist dies auch die Geschichte jenes ambitionierten preußischen Beamten, der vielleicht in der biographischen Darstellung ein wenig mehr Konturenschärfe und weitere Kommentare verdient hätte, und dem das ganze Projekt später seinen Namen verdankte.

Offensichtlich gelang es Carl v. Oeynhausen bereits frühzeitig, über befreundete Gönner, wie Alexander v. Humboldt, Zugang zum Monarchen zu bekommen und ihn für eine nachhaltige Förderung der Vorhaben zu gewinnen.

Mit der Erschließung der Thermalsolequelle entstanden ab 1840, zunächst mit behördlicher Genehmigung, privatunternehmerische Aktivitäten der Grundstückseigentümer im Umfeld, die künftige lukrative Einnahmequellen durch ein Kur- und Heilbad witterten.

Ebenso rasch setzte der preußische Staat jedoch ab 1844 die Sicherung seiner Monopolstellung in dieser Hinsicht u. a. auf dem Wege der Enteignung durch. Ab 1845 war der Badebetrieb bereits behördlich konzessio-

niert, ab 1847 durch königliche Kabinettsordre „als eine gemeinnützige Anstalt unter unmittelbarer Leitung des Staates eingerichtet“. Ein entsprechender Rechtsstreit mit dem Eigentümer des Quellengrundstücks zog sich von 1845- 1852 hin und trug dem Herforder Gerichtsassessor und Redakteur Carl Kindermann als Rechtsbeistand später die Entlassung aus dem Staatsdienst, Gefängnis und Geldstrafen ein.

Auch das Heilbad in Ostwestfalen war keine abgeschlossene Idylle, die von den drängenden politischen Fragen der Zeit verschont blieb. Noch relativ verhalten vorgetragen, konzentrierte sich hier jedoch die Kritik auf die Berater des Königs und vor allem auf die Person v. Oeynhausens selbst, der als der eigentliche Urheber des Übels angesehen wurde.

Letzterer wird mit seinem Pro Memoria vom November 1845 zur Anlage des Solbades bei Neusalzwerk, unter Schilderung aller Besonderheiten der Quelle, der Reize der Natur und der „ausgezeichnetsten Communications- Anstalten“, wie der Chaussee Herford- Minden, der Weser und der im Bau befindlichen Cöln-Mindener Eisenbahn, den König letztlich persönlich für das Projekt eingekommen haben.

Auf Oeynhausens Vorschlag ging auch die Einbeziehung des kgl. Gartendirektors Lenné in die weitere Ausgestaltung des Vorhabens zurück, der 1847 erstmalig das Bad besuchte. 1847, 1853, 1855 und 1857 brachte der Monarch durch weitere persönliche Besuche sein Interesse zum Ausdruck, und regte 1853, ganz im Sinne seiner religiösen Überzeugung, den Bau einer evangelischen und einer katholischen Kirche vor Ort an. Hofbaumeister Stüler, ein weiterer namhafter Repräsentant preußischer Kunstgeschichte im 19. Jh., hatte die Pläne dazu bereits 1858 gefertigt, die jedoch erst Ende 1871 zur Ausführung gelangten.

Neben zahlreichen weiteren Details zur architektonischen Ausgestaltung der Kuranlagen und –einrichtungen, widmet sich Quaschny vor allem der Darstellung des persönlichen Anteils des Königs an den Planungen des Badehauses I, das er mit anderen Architekturentwürfen des kunstsinnigen Herrschers in Beziehung setzt.

Die Erinnerung an Friedrich Wilhelm IV. verblasste in der Folge durch die politischen Veränderungen in Deutschland, die nationale Einigung und die zunehmende Popularität seines so gänzlich anders orientierten Bruders und Nachfolgers. Letzterem immerhin verdankte Bad Oeyhausen, noch in seiner Zeit als Prinzregent, die Erhebung in den Rang einer Gemeinde und den Stand der Städte 1860.

Einem weiteren großen Künstler Preußens widmet Jutta v. Simson ihren abschließenden Beitrag über Christian Daniel Rauch. Sein Lebensweg führte vom Kammerlakai der Königin Luise zum prominenten Bildhauer unter der Protektion Friedrich Wilhelms IV., der Rauch persönlich bis an das Lebensende eng verbunden blieb.

Zahlreiche Skulpturen und Denkmäler des Künstlers zierten die Hauptstadt, wie das Reiterstandbild Friedrichs des Großen Unter den Linden. Auch von Friedrich Wilhelm IV. schuf Rauch in den Jahren 1823 und 1845 ausdrucksvolle Portraitbüsten. Seine Darstellung des Monarchen, in reiferen Lebensjahren, soll nach dem Willen des Arbeitskreises für Heimat-

pflege der Stadt Bad Oeynhausen, zur Erinnerung an die Gründungsgeschichte des Ortes und die Mitwirkung des Königs, in den Kuranlagen Aufstellung finden. Das Vorhaben nimmt ein bereits 1908 initiiertes, aber durch den Kriegsausbruch 1914 nicht mehr zur Umsetzung gelangtes Vorhaben wieder auf.

„Friedrich Wilhelm IV. und das Bad Oeynhausen“ ist eine über die engeren lokalen Bezüge hinausreichende, durchaus weiter auf Preußens Kulturgeschichte im 19. Jh. insgesamt ausgerichtete Darstellung, die zahlreiche große Namen Revue passieren lässt. Dass die sicherlich ambivalent zu bewertende Persönlichkeit Friedrich Wilhelms IV. im Koordinatennetz der kulturellen und künstlerischen Verflechtungen eine größere Bedeutung einnahm, als lediglich die des königlichen Mäzens, verdient Aufmerksamkeit und Beachtung.

Eine regionalgeschichtlich ausgerichtete Zeittafel, sowie ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis auf aktuellem Stand runden das informative Buch ab und regen zur weiteren Auseinandersetzung mit der Person des Königs und einer Epoche im Umbruch an.

Carsten Reuß M.A.

Jahresbericht des Mindener Geschichtsvereins 2010

Mitgliederentwicklung

Zu Jahresbeginn hatte der Verein 464 Mitglieder. Den 2010 neu eingetretenen 5 Mitgliedern stehen 34 Abgänge gegenüber. Damit verringert sich die Zahl der Mitglieder zum Jahres-ende 2010 auf 435.

Wir betrauern den Tod von 14 unserer Mitglieder.

Wilhelm Allewelt, Lübbecke
Else Fuchs, Minden
Gerda Brepohl, Petershagen
Hatto Kusserow, Minden
Hans Sieg, Minden
Doris Raabe, Minden
Annelore Schöning, Warmsen
Guido Wieschollek, Minden
Hannelore Meyer, Hellenthal
Erica Tannen, Minden
Annemarie Drabert, Minden
Dr. Wilhelm Kolbe, Burscheid
Edmund-Rainer Drabert, Minden
Wilfried Gruppe, Minden

Wir werden unseren verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Vortragsveranstaltungen

Für unsere Vortragsveranstaltungen hatten wir erneut einen Kooperationspartner: die VHS Minden. Gemeinsam haben Frau Dr. Schulte und der Vorsitzende die Programmreihe „Leben am Fluss. Minden und „seine „Weser“ mit den Verantwortlichen der VHS konzipiert. Dabei sind insgesamt acht Vorträge, zwei Ausstellungen sowie ein Podiumsgespräch zum Thema Minden und die Weser durchgeführt worden. Zusätzlich fand am 19. September ein Familientag statt. Mit diesem Veranstaltungstag hat der Geschichtsverein durchaus Neuland betreten. Erstmals haben wir uns an der Durchführung von Kinder- und Familienaktionen beteiligt. Auch wenn die Witterung recht kühl war, konnten wir am Weserstrand viele Kinder im Grundschulalter, ihre Eltern sowie eine große Zahl von Besuchern zu diesem Aktionstag mit Modellschiffbau, Wassermobil, Märchen-

und Wesersagenprogramm auf der Schiffmühle und Musik für einen Sonntagnachmittag begrüßen. Der Aufwand war sehr hoch, aber ich denke, dass wir auf diese Weise auch auf den Geschichtsverein und seine Anliegen auch bei Leuten aufmerksam machen können, die unsere Arbeit sonst nicht wahrnehmen. Solche Gelegenheiten sollten wir weiterhin nutzen.

Die gesamte Reihe hat zur Zusammenarbeit mit mehreren Vereinen in der Stadt wie den Weserfreunden und dem Schiffmühlenverein geführt; auch das ein positiver Nebeneffekt.

Die insgesamt acht Vorträge gingen zum Teil ökologischen Fragen nach. Zum großen Teil sind sie jedoch von unserer Seite organisiert worden und behandelten historische Themen wie das Treideln, das Führungsglück bei Veltheim 1925, das Benediktinerkloster St. Mauritius, die Glasproduktion in Gernheim und die Bedeutung der Hanse. Die drei zuletzt genannten Vorträge fanden bereits in 2011 statt. Unsere Vorträge waren durchweg gut bis sehr gut besucht und es lässt sich feststellen, dass der Geschichtsverein durchaus von der Kooperation profitiert hat.

Das Jahr 2010 war zudem geprägt von der Planung unserer Beiträge zum Rahmenprogramm der „Woche der Brüderlichkeit“, deren bundesweite Eröffnung feierlich mit der Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille an Dr. Navid Kermani am 13. März 2011 stattfand.

Studienfahrten

▷ 24. April 2010:

Nienburg (Peter Kock)

7. Mai 2010:

Hafenstadt Hamburg (Detlef Schust)

▷ 3. Juni 2010:

Heimatkundliche Radwanderung Espelkamp

(Marie-Luise Binz/Hans-Eberhard Brandhorst)

▷ 15.-20. Juni 2010:

Augsburg – Von den Römern bis zu den Fuggern

(Hanns-Joachim Zwiefka)

▷ 25. September 2010:

Unterwegs im Landkreis Nienburg

(Marianne Reinking-Plaggemeier)

▷ 30. Oktober 2010:

„Aufruhr 1225!“ – Sonderausstellung im LWL-Museum für Archäologie Herne (Dr. Ulrike Faber-Hermann)

Den Organisatoren und Organisatorinnen sei an dieser Stelle erneut sehr herzlich gedankt für ihren mühevollen Einsatz, der einen wichtigen Aspekt unseres Vereinslebens darstellt. Ebenso möchte ich Frau Dr. Tüting und Herrn Siegmann herzlich danken für ihre organisatorische Arbeit rund um das Fahrtenprogramm. Sie alle leisten sehr viel für diesen Verein.

Mindener Geschichtspreis

Am 3. November 2010 konnten wir zum vierten Mal den Mindener Geschichtspreis verleihen. Er ging an Herrn Prof. Dr. Andreas Müller für seine Arbeit zur evangelischen Kirche im Widerstreit von Deutschen Christen und Bekennender Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus. Herr Müller hat einen wichtigen Beitrag geleistet zur Erforschung dieser Frage am Beispiel von Kirchengemeinden unserer Region. Die Preisverleihung selbst in der Petrikerche war sehr gut besucht, auch der Kreis, die Stadt sowie der Kirchenkreis waren vertreten. Entsprechend positiv wurde die Veranstaltung in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Der Petrigemeinde sei auch an dieser Stelle nochmals für die äußerst freundliche und zuvorkommende Unterstützung gedankt, durch die wir einen angemessenen und würdigen Rahmen für die Verleihung hatten.

Geschäftsstelle und Vorstand

Die Geschäftsstelle des Vereins im Kommunalarchiv Minden bearbeitete im Berichtsjahr 286 schriftliche Vorgänge.

Die Vereinsbibliothek erhielt 2010 einen Zugang von acht Einzelschriften und etwa 200 Zeitschriftenbänden.

Der Vorstand setzte sich 2010 neben dem Vorsitzenden aus Dr. Ulrike Faber-Hermann als stellvertretender Vorsitzenden, Dr. Monika M. Schulte als Geschäftsführerin, Vinzenz Lübben als stellvertretendem Geschäftsführer, Hans Eberhard Brandhorst als Schatzmeister sowie den Beisitzern Reinhard Busch, Rico Quaschny sowie Dieter Besserer zusammen.

Der Mindener Geschichtsverein verfolgt aufmerksam die Entwicklungen bei den in und um Minden ansässigen Instituten historischer Vermittlung. Es gehört zu den Vereinszielen, diese Arbeit zu fördern, so dass es uns nicht egal sein kann, welche Entwicklungen v.a. unsere Museen nehmen.

So freut es uns, dass die Bauarbeiten im Mindener Museum offenbar auf einem guten Wege sind und die Häuserzeile bald wieder ohne Plänen und Gerüst zu sehen sein wird. Wir hoffen, dass die Entwicklung im Innern ebenso voran schreitet. Es wird nun auch für den Geschichtsverein eine Aufgabe sein, die weitere Einrichtung des Hauses, vor allem natürlich der neuen Ausstellung im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen.

Zugleich gab es 2010 viele Diskussionen um das zweite historische Museum in der Stadt: das Preußen-Museum NRW. Bei allen neuen Überlegungen, die ja eine landes- oder regionalgeschichtliche Ausrichtung vorsehen, wird wichtig sein, dass sich Mindener Museum und Preußen-Museum ergänzen und es nicht zu einer inhaltlichen Konkurrenz durch konzeptionelle Überschneidungen kommt, sondern höchstens zu einer um die besseren Ideen.

Jahresbericht des Mindener Geschichtsvereins 2011

Zu Beginn möchte ich ihnen einen Überblick über die Aufgaben und Aktivitäten des Geschichtsvereins im vergangenen Jahr geben. 2011 war von vielen gemeinsamen Überlegungen geprägt, deren Früchte wir hoffentlich in diesem Jahr ernten.

Mitgliederentwicklung

Zu Jahresbeginn hatte der Verein 430 Mitglieder. Den 2011 neu eingetretenen 15 Mitgliedern stehen 13 Abgänge gegenüber. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich somit zum Jahresende 2011 auf 432. Damit konnten wir erfreulicherweise erstmals seit einigen Jahren den Trend zurückgehender Mitgliederzahlen stoppen.

Leider müssen wir den Tod von 7 unserer Mitglieder betrauern. Ihre Namen sind:

Frau Aenne Brüggemann
Dr. Joachim Lömker
Herr Reinhard Plieth
Herr Pfarrer Wolfgang Günther
Frau Irene Scheel
Herr Dietrich Rohlfing
Frau Gundula Küppers-Retzlaff

Wir werden unseren verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Geschichtsverein konnte auch im vergangenen Jahr ein bewährtes Angebot vorweisen:

Es fanden zunächst insgesamt fünf Vortragsveranstaltungen unter dem gemeinsamen Thema „Ad fontes“ statt. Im Frühjahr haben wir noch einen zusätzlichen Vortrag von Herrn Prof. Arno Herzig zur jüdischen Geschichte in Minden im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit“ angeboten.

- ▷ Dr. Gerald Kreucher, Münster
Das Urkataster – Eine kaum beachtete Quelle zur Heimat- und Familienforschung
- ▷ Dr. Andreas Prieuer, Bielefeld
Die Ordnung der Denkmäler – Leopold von Ledebur und die Anfänge der staatlichen Denkmalinventarisierung im Regierungsbezirk Minden
- ▷ Prof. Dr. Wilfried Reininghaus, Düsseldorf / Dr. Mechthild Black-Veldtrup, Münster
Ludwig Freiherr von Vincke und seine Tagebücher
- ▷ Dr. Bettina Tremmel, Münster
Römerlager in Porta Westfalica-Barkhausen.
Die Ergebnisse der Ausgrabungen 2008-2011
- ▷ Philipp Koch M.A., Bad Oeynhausen
Wirtschaftlicher Niedergang einer ausgebeuteten Provinz? Brandenburg-Preußen und das Fürstentum Minden im Merkantilismus 1648 bis um 1800

Studienfahrten

Wir konnten in 2011 mehrere interessante Tagesfahrten und eine Mehrtagesfahrt durchführen.

Allen Organisatoren und Organisatorinnen sei an dieser Stelle erneut sehr herzlich für ihren Einsatz gedankt, der einen wichtigen Aspekt unseres Vereinslebens darstellt. Besonders ist Frau Dr. Tüting, Herrn Brandhorst, Herrn Siegmann und Herrn Zwiefka herzlich zu danken für ihre organisatorische Arbeit rund um das Fahrtenprogramm.

Veröffentlichungen

Auf der Frage der Veröffentlichungen des Vereins lag in 2011 eines der Hauptaugenmerke der Vorstandsarbeit und es ist – auch wenn sie davon bisher noch wenig gespürt haben – sehr vieles auf den Weg gebracht worden.

Wie sie wissen und wie auf der letzten Jahreshauptversammlung mitgeteilt wurde, konnten in 2010 und 2011 keine Jahressbände und Heimatblätter bearbeitet werden. Die Redaktion wird auch in absehbarer Zeit nicht in der Geschäftsstelle erfolgen können. Der Vorstand hatte sich deshalb zu Beginn des vergangenen Jahres entschieden, die Betreuung der fehlenden Bände 2008 und 2009 per Werkvertrag zu vergeben.

Lassen sie mich an dieser Stelle auch der großzügigen Förderung und Treue danken, die wir seitens des Verlags JCC Bruns und namentlich der Herren Rainer und Sven Thomas erfahren. In diesem Jahr werden wir immerhin gleich mehrere Bände der Mitteilungen veröffentlichen. Die Kulturförderung ist damit sehr in Anspruch genommen, aber der Geschichtsverein hat hier einen verlässlichen Partner.

Zum Punkt Veröffentlichungen hat der Vorstand im vergangenen Jahr außerdem beschlossen, einen neuen Band im Rahmen der Reihe Mindener Beiträge herauszugeben. Er wird eine Zusammenfassung älterer und neuer Aufsätze von Prof. Arno Herzig zum Thema jüdisches Leben in der Region sein. Mit diesem Band wird ein hervorragender Zugriff auf die wichtigen Arbeiten Herrn Herzigs auf diesem Gebiet möglich. Wir freuen uns, dass Herr Battermann aus Petershagen es übernommen hat, den Band redaktionell zu betreuen. Auch hier findet sich großes Engagement für die Vereinsarbeit. Der Band wird noch in diesem Jahr erscheinen.

Geschäftsstelle und Vorstand

Die Geschäftsstelle des Vereins im Kommunalarchiv Minden bearbeitete im Berichtsjahr zahlreiche schriftliche Vorgänge, telefonische Anfragen und Postsendungen.

Allen Beteiligten in der Geschäftsführung und in der Geschäftsstelle möchte ich im Namen der Mitglieder für ihre den Verein tragende Arbeit danken. Nach wie vor ist die Erledigung so vieler Aufgaben, die oft im Hintergrund geschehen, eine wesentliche Stütze. Dies wurde im Vorstand mehrfach zum Ausdruck gebracht.

Der Vorstand setzte sich 2011 neben dem Vorsitzenden aus Dr. Ulrike Faber-Hermann als stellvertretender Vorsitzenden, Dr. Monika M. Schulte als Geschäftsführerin, Vinzenz Lübben als stellvertretendem Geschäftsführer, Hans Eberhard Brandhorst als Schatzmeister sowie den Beisitzern Reinhard Busch und Dieter Besserer zusammen.

Herr Quaschny aus Bad Oeynhausen musste seine Arbeit im Vereinsvorstand aufgeben. Er hat seit dem 1. Juli des vergangenen Jahres eine neue Arbeitsstelle als Archivleiter in Iserlohn übernommen. Wir bedauern den Weggang von Herrn Quaschny ausdrücklich. Er war über einige Jahre Beisitzer im Vorstand und hat sich engagiert in die Vorstandsarbeit eingebracht. Zugleich freuen wir uns natürlich über seine berufliche Weiterentwicklung und haben ihm alles Gute für den weiteren Weg gewünscht.

Der Vorstand hat im vergangenen Jahr entschieden, das Mindener Museum in traditioneller Verbundenheit bei der Neueinrichtung der Dauerexposition zu unterstützen. Wir werden in Absprache mit und nach den Wünschen der Museumsleitung das Museum finanziell bei einem Projekt unterstützen.

Im vergangenen Jahr hat der Geschichtsverein ein neues, wichtiges Projekt begonnen. Es wurde, unter Federführung des Vereins, eine Gruppe zum Thema „NS-Erinnern in der Region“ ins Leben gerufen. Sie besteht aus Vertretern unterschiedlichster Initiativen des Kreisgebiets. Hier ist es gelungen, eine finanzielle Förderung aus Mitteln eines Programms des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Jugend und Senioren zu bekommen. Sie werden uns im Rahmen des so genannten Lokalen Aktionsplans Minden gewährt. Der Geschichtsverein nimmt hier auch eine gesellschaftspolitische Verantwortung wahr in der aktuellen Arbeit gegen Extremismus, Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit und repräsentiert die hier wichtige historische Perspektive.